

Raul Zelik / Aaron Tauss (Hrsg.)

Andere mögliche Welten?

Krise, Linksregierungen, populäre Bewegungen:
Eine lateinamerikanisch-europäische Debatte

VSA: Verlag Hamburg

Inhalt

Raul Zelik/Aaron Tauss
Einleitung 7

Repräsentationskrise, Staat, neue politische Subjekte

Klaus Meschkat
Demokratie neu denken 14
Die rätedemokratische Debatte und ihre politische Relevanz heute

Andrés Antillano
Von der Demokratie der Straße zu den Consejos Comunales 29
»Demokratie von unten« in Venezuela

Patricia Chávez
Der politische Prozess in Bolivien 48
Dilemmata und Spannungen zwischen
Staat und sozialen Bewegungen

Raul Zelik
Von Konstellationen und Hegemonien 63
Über die Notwendigkeit, zwischen Linksregierungen
und emanzipatorischer Politik zu unterscheiden

Leopoldo Múnera
Soziale Bewegungen in Lateinamerika 81
Zwischen der Form »Gemeinschaft« und der Form »Staat«

Joachim Hirsch
Radikaler Reformismus 95
Zur Rolle des Staates in gesellschaftlichen Emanzipationsprozessen

Alternativen zur Entwicklung, solidarische Ökonomie und Gemeineigentum

Pablo Ospina Peralta

Temporäre Versprechen:

Der Wechsel im Akkumulationsregime in Ecuador 108

Vorhaben und Praxis der »Bürgerrevolution«

Elmar Altvater

Wachstum, Energiemodell und Kapitalakkumulation

nach Fukushima 129

Jairo Estrada Álvarez

Zur politischen Ökonomie

der Sozialpolitik in Lateinamerika 151

Reflexionen über die progressiven Regierungen
des Subkontinents

Christian Siefkes

Peer production & Commonism 169

Von der freien Softwarebewegung
zur »freien Assoziation der ProduzentInnen«?

Aaron Tauss

Argentiniens besetzte Betriebe 180

Das emanzipatorische Potenzial
und die Grenzen der Arbeiterkontrolle

Autorinnen und Autoren 196

Einleitung

Slavoj Žižek hat einmal behauptet, dass es heute leichter ist, sich das Ende der Welt als ein Ende des Kapitalismus vorzustellen – als bliebe dieser auch dann noch »erhalten, wenn alles Leben auf dem Planeten« ausgelöscht ist.¹ Tatsächlich verfügen wir über ein reiches, von Hollywood bereitgestelltes Bilderarsenal der Apokalypse – Independence Day, 2012, Krieg der Welten, Armageddon –, wagen es gleichzeitig jedoch kaum, ein viel realistischeres Szenario zu denken: den Zusammenbruch des Kapitalismus. In der Finanzkrise von 2008 stand die Welt kurz vor dem Kollaps der Finanzsysteme und damit auch der globalen Märkte. Trotzdem haben danach nur wenige den Versuch unternommen, über eine gesellschaftliche Organisation jenseits von Akkumulationszwang und Dominanz der Märkte nachzudenken.

Nun gibt es in den kritischen, auf Marx zurückgehenden Sozialwissenschaften eine problematische Tradition des Katastrophismus. Manche Marxisten reden schon so lange vom »Spätkapitalismus«, dass dieser, als der Begriff aufkam, noch recht jung gewesen sein muss. Der »real existierende Kapitalismus« hat die meisten seiner Untergangspropheten überlebt. In diesem Zusammenhang lohnt es sich, an Joseph Schumpeter zu erinnern, der einst behauptet hat, der Kapitalismus werde nicht an seinen Krisen scheitern, die ihn immer wieder zu innovativen Transformationssprüngen zwingen, sondern sich zu Tode siegen. Er tendiere nämlich dazu, die gesellschaftlichen und natürlichen Rahmenbedingungen zu zerstören, die seine Existenz überhaupt erst ermöglichen. Ob Schumpeter historisch recht behalten wird, sei dahingestellt. Sicher ist jedoch, dass Gesellschaftskritik sich davor hüten sollte, immer wieder von Neuem ins Weltuntergangshorn zu stoßen.

Dennoch gibt es gute Gründe für die Annahme, dass sich die Krise heute von anderen Krisenmomenten unterscheidet. Ein erster, sofort sichtbarer Unterschied besteht darin, dass sich im Augenblick wirtschaftliche, soziale, ökologische und politische Krisendynamiken überlagern. Alex Demirović und andere² haben das als »multiple Krise« bezeichnet: Tatsächlich schwelt

¹ Žižek, S. (1999): *Human Rights and Its Discontents. Speech on the European Graduate School*, online unter: <http://www.egs.edu/faculty/slavoj-zizek/articles/human-rights-and-its-discontents/>, 20.9.2010

² Demirović, A./Dücker, J./Becker, F./Bader, P. (2011): *Vielfachkrise im finanzmarktdominierten Kapitalismus*, Hamburg: VSA

die globale Finanzkrise unvermindert weiter, weil staatlich finanzierte Bankenrettungsprogramme, die Niedrigzinspolitik der Notenbanken und die Gründung gesellschaftlich getragener »Bad-Banks« dafür gesorgt haben, dass die spekulativen Kapitalblasen fortbestehen und sogar weiter aufgebläht werden konnten. Diese Krisenstrategie hat die staatliche Verschuldung in einigen Ländern explosionsartig steigen lassen. Dass Länder wie Spanien oder Irland, die zu Beginn der Finanzkrise eine *geringere* Schuldenquote als Deutschland aufwiesen (oder, wie Spanien, nach wie vor aufweisen), internationale Rettungskredite in Anspruch nehmen mussten, hatte in erster Linie damit zu tun, dass sie den drohenden Konkurs einheimischer Privatbanken abwenden sollten.

Durchgesetzt wurde diese Verstaatlichung der drohenden Finanzverluste von den einheimischen Eliten, aber auch von großen deutschen, französischen und englischen Banken, die ihrerseits enge Kapitalverflechtungen mit den Banken der Krisenländer besitzen. Heute bezahlen dort weite Teile der Gesellschaft mit Verarmung, was die Finanzwirtschaft an Ausfallrisiko nicht tragen will.

Auch das internationale Währungssystem steht weiter unter gewaltigem Druck. Der Absturz des Dollars, der aufgrund der internationalen Handelsverschiebungen schon länger vorhergesagt wird, ist ausgeblieben – nicht zuletzt aufgrund des fortgeführten Euro-Dramas und der währungspolitischen Unentschlossenheit Chinas, das über gewaltige Dollar-Anlagen verfügt und bei einer Verdrängung der US-Währung beträchtliche Verluste befürchten müsste.

Dazu kommen viertens die sozialen Krisen, die im Kapitalismus zwar selten eine Nachricht wert, aber nicht weniger beunruhigend sind: Nach Angaben der Vereinten Nationen wächst die weltweite Armut trotz eines leichten relativen Rückgangs in absoluten Zahlen weiter. Ein Siebtel der Weltbevölkerung, etwa eine Milliarde Menschen, leidet an Hunger, während gleichzeitig große Anbauflächen – im Zuge des *Land Grabblings* – der Bodenspekulation überlassen und Agrarkonzernen übereignet oder für die Herstellung von »klimaneutralen« Biokraftstoffen umgewidmet werden. Die Reichtumskonzentration erlangt immer absurdere Ausmaße; die daraus resultierenden Migrationsströme werden von der westlichen Staaten-gemeinschaft, der selbsterklärten Hüterin von Demokratie und Menschenrechten, mit der massiven Militarisierung von Außengrenzen und einer an afrikanische und asiatische Länder outgesourceten Kontrolle der Migrationsrouten beantwortet.

Auch politisch wanken die etablierten Regulationsformen. Die Legitimationskrise der politischen Klasse hat mittlerweile auch die (immer noch sa-

turierten) Industriestaaten erreicht. Immer mehr Menschen teilen die – von Colin Crouch ein wenig oberflächlich unter dem Begriff »Postdemokratie«³ verhandelte – These, dass die politischen Institutionen heute vor allem von Eliten kontrolliert werden und der Parlamentarismus auf die Funktion reduziert ist, Legitimation für bereits getroffene Entscheidungen zu organisieren. Die Bewegung 15M in Spanien oder die anhaltenden Proteste in Griechenland sind ein Hinweis darauf, dass den europäischen Staaten ein ähnlicher Kollaps der Repräsentationssysteme bevorstehen könnte, wie er in Lateinamerika zwischen 1990 und 2006 zu beobachten war. Da in Europa auch rechtspopulistische und rassistische Projekte von diesem Kollaps profitieren würden, ist das nicht unbedingt eine erfreuliche Perspektive.

Doch um es noch einmal zu betonen: Die Geschichte des Kapitalismus ist seit jeher von Finanz-, Schulden-, sozialen und politischen Krisen bestimmt gewesen, ohne dass dies einen System-Crash nach sich gezogen hätte. Der Kapitalismus versteht es, Krisen und sozialen Widerstand als Modernisierungsimpuls zu nutzen und dadurch grundlegende Anpassungen der ökonomischen und gesellschaftlichen Regulation zu beantworten. Wenn die »multiple« Krise heute dennoch eine »systemische« Dimension besitzt, dann deshalb, weil zu den alten, inneren Widersprüchen ein weiteres, sozusagen äußeres Problem hinzukommt: Wir leben in einem endlichen Raum und einer begrenzt belastungsfähigen Natur. Der Kapitalismus jedoch beruht auf unbegrenzter Inwertsetzung und unendlicher monetärer Akkumulation. Es liegt auf der Hand, dass das auf Dauer nicht gutgehen kann.

Ein »Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen« (Altwater)⁴ ist also eine durchaus wahrscheinliche Option. Die Frage wird weniger lauten, ob es zu grundlegenden Veränderungen kommt oder nicht, sondern ob diese in einem geplanten Übergang oder in einer schockartigen Krise umgesetzt, autoritär aufgeherrscht oder gesellschaftlich vereinbart werden, sich an den Interessen von Eliten oder von gesellschaftlichen Mehrheiten orientieren.

In Lateinamerika wird vor diesem Hintergrund schon länger ein grundlegender gesellschaftlicher Wechsel propagiert. Dass der von den Regierungen Venezuelas, Boliviens und Ecuadors proklamierte »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« als antikapitalistische Alternative verstanden wird, stellt einen bemerkenswerten Paradigmenwechsel dar, materialisiert sich – wie wir in diesem Buch zeigen wollen – bislang aber kaum in praktischer Politik. Doch wie kam es zu diesem Diskurswechsel der Politik?

³ Crouch, C. (2005): *Postdemokratie*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

⁴ Altwater, E. (2006): *Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen: Eine radikale Kapitalismuskritik*. Wiesbaden: Westfälisches Dampfboot.

Um die Entwicklung in Lateinamerika zu verstehen, muss man zunächst berücksichtigen, dass den Wahlerfolgen anti-neoliberaler Präsidentschaftskandidaten soziale Aufstände und breite gesellschaftliche Widerstandsbewegungen vorausgingen. Seit Ende der 1980er Jahre hat es auf dem Subkontinent Dutzende von Revolten gegen das politische und ökonomische Modell des Neoliberalismus gegeben. Auslöser dieser Unruhen waren die Sparprogramme des Internationalen Währungsfonds, die (aus der Öffnung der Ökonomien gegenüber dem Weltmarkt resultierende) soziale und wirtschaftliche Deregulierung, der Ausverkauf von Rohstoffen an transnationale Konzerne und die damit verbundene Zerstörung traditioneller Lebensräume.

Diese Serie von Aufständen relativiert die Bedeutung der Linksregierungen in Lateinamerika: Ohne die Plünderungen des »Caracazo« 1989 und dem von sozialen Bewegungen erzwungenen Kollaps des politischen Systems in den 1990er Jahren wäre der linksnationalistische Offizier Hugo Chávez 1998 nie zum Präsidenten gewählt worden. Ähnlich auch in Ecuador, wo sich populäre Bewegungen, meist unter Führung der Indígena-Organisation CONAIE, zwischen 1990 und 2001 fünf Mal gegen die Regierung erhoben und die neoliberalen Programme blockierten, und in Bolivien, wo eine Kette von Insurrektionen zwischen 2000 und 2005 dafür sorgte, dass das Land von den traditionellen Eliten nicht mehr regiert werden konnte.

Es ist also keineswegs so, dass die Regierungswechsel gesellschaftliche Veränderungen, sondern umgekehrt, dass gesellschaftliche Prozesse Regierungswechsel möglich gemacht haben.

Vor diesem Hintergrund fällt die Bilanz der Linksregierungen widersprüchlich aus. Zwar haben verfassunggebende Versammlungen in Venezuela, Ecuador und Bolivien neue Formen der Demokratie denkbar gemacht und den Geist der liberal-repräsentativen Demokratie, die im 18. und 19. Jahrhundert als Demokratie *einer* Klasse und *eines* Geschlechts entstand und insofern von jeher von Ausschlussmechanismen gegenüber der »Plebs« durchzogen war, gebrochen. Doch im politischen Alltag werden partizipative, direktdemokratische und gemeinschaftliche Formen der Demokratie häufig von den klientelpolitischen Praktiken neuer und alter Staatlichkeit konterkariert.

Ähnlich auch die ökonomische Entwicklung: Der Neoliberalismus mag in Teilen Lateinamerikas besiegt erscheinen, doch das herrschende Entwicklungs- und Akkumulationsmodell steht nicht zur Disposition. Der »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« beschränkt sich darauf, der fortschreitenden Inwertsetzung sozialer Beziehungen mit einer – ebenfalls problematischen – Stärkung des Interventionsstaats zu begegnen. Durch mehr Sozialpoli-

tik, die staatliche Kontrolle von Rohstoffvorkommen bzw. Schlüsselindustrien sowie die politische Inklusion bislang marginalisierter Bevölkerungsgruppen will man die Gesellschaft demokratisieren. Dabei lässt man jedoch außer Acht, dass der Staat selbst – nicht nur in Lateinamerika – eine von Klientelismus durchzogene und von Korruptionslogiken deformierte Herrschaftseinrichtung ist.

Zusammengefasst gehen wir von drei Grundthesen aus:

1) Die neueren Transformationsprozesse in Lateinamerika stellen einen Bruch mit der klassischen Dichotomie »Reform vs. Revolution« dar. Wir schlagen vor, dass man von einer spezifischen Verbindung von Bruch, Kontinuität und Transformation ausgehen sollte. Der *Bruch* wird dabei von den anti-neoliberalen, nicht-militärischen, aber durchaus militanten Aufständen repräsentiert, wie sie viele Länder Lateinamerikas in den vergangenen zwei Jahrzehnten erschütterten. Der *Kontinuitätsmoment* kommt darin zum Ausdruck, dass die Regierungswechsel innerhalb bestehender politischer Systeme stattfanden und – durchaus zur Überraschung der Beteiligten – von den traditionellen Eliten und den jeweiligen Regierungen in Washington mehr oder weniger zähneknirschend akzeptiert wurden. Dass sich dann aber anders als bei sozialdemokratischen Regierungswechseln in Europa auch tatsächlich *Transformationsperspektiven* eröffnet haben, war vor allem den verfassunggebenden Prozessen geschuldet, die eine Neugründung der Politik, sozusagen eine zweite republikanische Revolution, ermöglichten.

Diese Betrachtungen sind für eine allgemeine Diskussion über Transformationsstrategien von einiger Bedeutung, zeigen sie doch, dass ein Politikwechsel erst *nach* sozialen Aufständen möglich wurde und vor allem in Form eines Verfassungsprozesses (was auf Negris Thesen zur konstituierenden Macht verweist) vonstattenging.

2) Trotz der revolutionären Rhetorik fallen die realen Veränderungen deutlich bescheidener aus, als Anhänger und Feinde der Linksregierungen gemeinhin unterstellen. So hat es zwar einen Bruch mit der neoliberalen Doktrin gegeben, aber Alternativen zur exportorientierten Ressourcen-Ausbeutung, repräsentativer Demokratie oder kapitalistischer Marktförmigkeit haben sich bislang kaum herausgeschält. Der »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« ähnelt in dieser Hinsicht eher einer mit radikal-antimperialistischer Rhetorik untermauerter Wohlfahrtspolitik.

3) Die Blockaden und Widersprüche in den Prozessen verweisen darauf, dass soziale Emanzipation nie vorrangig von administrativ-staatlicher Macht ausgehen kann, sondern sich aus der Mobilisierung der Gesellschaft entwickeln muss. Allerdings zeigt sich auch, dass staatliche Politik – ob erzwun-

genermaßen oder aus Überzeugung, ist zweitrangig – gesellschaftliche Prozesse maßgeblich fördern kann. In diesem Sinne ist es nicht gleichgültig, dass in Venezuela und Bolivien (der Fall Ecuador ist weit weniger klar) heute Linksregierungen im Amt sind. Doch auch der linksregierte Staat steht den realen demokratischen und sozialistischen Transformationen meist eher im Weg, als dass er sie vorantreiben würde.

Diese drei Arbeitsthesen dienten auch als Ausgangspunkt für eine internationale Konferenz, die wir im Mai 2011 in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Nationaluniversität Kolumbiens in Medellín organisiert haben und die den Titel »Andere mögliche Welten? Die Konstruktion alternativer Politiken durch Regierungen und soziale Bewegungen in Lateinamerika« trug. Unsere Fragen lauteten: Welche wirtschaftlichen und politischen Alternativen gibt es im Hinblick auf die Krisen der Gegenwart überhaupt? Wie ist die Rolle der alternativen Regierungen in Lateinamerika zu bewerten und wie erklären sich die Spannungen zwischen ihnen und indigenen, popularen und sozialen Bewegungen? Welche alternativen politischen Akteure könnten gestärkt werden und welche Strategien sind denkbar, wenn der Staat als Hauptträger eines gesellschaftlichen Befreiungsprozesses ausscheidet?

Das vorliegende Buch beruht im Wesentlichen auf den während der Konferenz gehaltenen Referaten und ist im Februar 2012 zunächst auf Spanisch erschienen. Neu hinzugekommen sind Aufsätze von Joachim Hirsch über »radikalen Reformismus« und die empirische Untersuchung von Aaron Tauss über besetzte Fabriken in Argentinien. Die inhaltliche Struktur der Konferenz haben wir beibehalten. So wird im ersten Abschnitt der Komplex »Repräsentationskrise, Staatlichkeit und neue demokratische Subjekte« verhandelt, d.h. es werden Fragen zur Demokratisierung und Horizontalisierung der Macht gestellt, die über das – sowohl vom bürgerlichen Staat als auch von der traditionellen Linken verteidigte – Konzept der Repräsentation hinausreichen.

Im zweiten Teil des Buchs, der den Titel »Alternative Entwicklung, Solidarökonomie und Gemeineigentum« trägt, geht es um eine kritische Auseinandersetzung mit Wachstumsmodellen, alternativen Formen produktiver Kooperation und einer Bilanz der Sozial- und Wirtschaftspolitik der Links- und Mitte-Links-Regierungen in Lateinamerika.

Danksagung

Abschließend möchten wir uns bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Nationaluniversität Kolumbiens in Medellín für die finanzielle und moralische Unterstützung bei der Veröffentlichung dieses Buchs ganz herzlich bedanken, im Besonderen bei Miriam Lang, der Leiterin des Anden-Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Quito. Dank gilt weiterhin auch Luisa Lopez, Martin Molina, Daniel Pardo und Jonathan Piedrahita, die als Mitglieder unserer Forschungsgruppe die spanische Ausgabe des Buchs mitbetreut und wichtige inhaltliche Anregungen gegeben haben, der lateinamerikanischen Arbeitsgruppe »Más allá del desarrollo« (Jenseits der Entwicklung), deren Diskussionen dieses Projekt stark beeinflusst haben, sowie den Lektoren des VSA: Verlags, die uns bei der Überarbeitung der deutschen Fassung unterstützten.

Demokratie neu denken

Die rätedemokratische Debatte und ihre politische Relevanz heute

Unser Ausgangspunkt sind die jüngeren Entwicklungen der bolivariischen Revolution. 2006 hat Hugo Chávez, durch seine Wahlerfolge ermutigt, eine Wende bei der Umgestaltung des venezolanischen Staates proklamiert, dann aber bei dem Referendum über die von ihm vorgeschlagene Verfassungsreform 2007 seine bisher einzige Niederlage an den Urnen hinnehmen müssen. Seitdem will die Regierung die Institutionen der repräsentativen Demokratie erst einmal ohne Änderung der Verfassung durch neue politische Organisationsformen an der Basis ergänzen. Dies sind die so genannten *Consejos comunales*, die weitreichende Kompetenzen für die Gestaltung des gemeinschaftlichen Lebens in kleineren territorialen Einheiten, vor allem bei der Verwendung von Ressourcen besitzen. Diese »Räte« sollen eine Demokratie an der Basis verwirklichen, die weit über die traditionelle kommunale Selbstverwaltung hinausreicht. Anvisiert wird auch ein Zusammenschluss mehrerer basisnaher Räte zu einer »Comuna«, von der eine aktive Rolle bei der Organisation des regionalen Wirtschaftslebens erwartet wird. So soll Schritt für Schritt eine neue politische Struktur entstehen, zunächst neben dem bestehenden Staat, aber doch mit dem Potenzial, ihn in der Zukunft überflüssig zu machen und zu ersetzen.

Unabhängig davon, ob sich Hugo Chávez explizit auf Vorbilder der revolutionären Bewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts bezieht, erinnert schon die gewählte Terminologie an historische Erfahrungen: an die »Räte«, russisch *Sowjets*, wie sie in der russischen Revolution von 1905 zuerst in Erscheinung traten und dann nach Lenins Slogan »Alle Macht den Räten« zum Vehikel der Oktoberrevolution von 1917 wurden, aber auch an die Debatte über Rätedemokratie nach der steckengebliebenen deutschen Revolution des Jahres 1918. Mein Ziel ist, diese Debatte in Erinnerung zu rufen und ihre Bedeutung auszuloten. Beleuchtet werden muss die reale Entwicklung der Räte in Sowjetrußland, ihre Entmachtung – bereits zu Lebzeiten Lenins und schließlich definitiv unter Stalin und seinen Nachfolgern – durch den allmächtigen Parteiapparat. Zunächst einmal fällt einem beim Begriff »Kommune« jedoch – auch wenn man nicht dem Eurozentrismus verfallen ist – die Pariser Kommune des Jahres 1871 ein, an deren Beispiel Karl Marx zeigen wollte, auf welchen Wegen das Proletariat den bürgerlichen Staat überwinden kann.

Die meisten Abhandlungen über die »Rätedemokratie« gehen von der Erfahrung der Pariser Kommune aus. Der Aufstand in Paris liegt 140 Jahre zurück und dauerte nicht länger als 72 Tage, vom 18. März bis zum 28. Mai 1871. Beindruckender als ihre Zeitdauer ist die Zahl der Opfer bei ihrer Niederschlagung: Bei den Straßenkämpfen der blutigen Maiwoche und den anschließenden Massenexekutionen kamen etwa 30.000 Kämpfer der Kommune ums Leben, viele Tausend wurden für lange Jahre eingekerkert oder in Sträflingskolonien nach Übersee verbannt. Zu den Opfern gehörten auch Mitglieder der Ersten Internationale, in deren Auftrag Marx seine berühmte Adresse über den Bürgerkrieg in Frankreich verfasste. Er hatte seine Genossen in der französischen Hauptstadt zuvor vor einer bewaffneten Erhebung gewarnt, stellte sich dann aber entschlossen auf die Seite der Kommune. Dies entsprach nicht nur dem Wunsch, seinem großen Rivalen Michael Bakunin den Wind aus den Segeln zu nehmen, der mit einigem Recht die Kommune für seine Doktrin des Anarchismus in Anspruch nahm. Marx war im Gegensatz zu vielen späteren selbst ernannten »Marxisten« der Ansicht, dass sich die Formen künftiger Emanzipation nicht einfach aus seiner Theorie des Kapitals, also aus der Kritik der politischen Ökonomie, ableiten lassen. In der Auseinandersetzung mit dem Klassegegner müsse das Proletariat, so Marx, selbst die Elemente einer neuen politischen und sozialen Ordnung entdecken und entwickeln.

Angesichts der Tatsache, dass die industrielle Revolution in den Ländern Kontinentaleuropas noch in ihren Anfängen stand und das Proletariat selbst in städtischen Zentren wie Paris noch vorwiegend handwerklich geprägt war, konnte ein derartiger Emanzipationsversuch zu Lebzeiten Marx' nur in einer Ausnahmesituation stattfinden. Im Verlauf des deutsch-französischen Kriegs war Paris nach der Niederlage Napoleons III. von den Preußen eingeschlossen. Die bürgerliche Regierung samt Parlament und Bürokratie hatte sich aus Furcht vor der Pariser Volksbewegung aus der Hauptstadt nach Versailles zurückgezogen: Das bei Sedan besiegte stehende Heer war in preußischer Gefangenschaft. So wurde die Schwäche des Proletariats im gesamtfranzösischen Maßstab vorübergehend dadurch kompensiert, dass in der isolierten Hauptstadt jene Gegenkraft abwesend war, die nach Marx bei einer künftigen proletarischen Revolution unbedingt zerschlagen werden muss: der Schmarotzerauswuchs der bürgerlichen Gesellschaft, nämlich der bürgerliche Staat.

An seine Stelle trat nun als Ausdruck proletarischer Herrschaft eine politische Ordnung, die kein Staat im bisherigen Sinne mehr war. Dessen Ver selbstständigung, die nach Marx im Bonapartismus ihren Höhenpunkt erreicht hatte, wurde zurückgenommen; zunächst einmal dadurch, dass eine

allgemeine Volksbewaffnung in Form von Milizen das stehende Heer ersetzte. Die neue Macht musste sich jedoch demokratisch legitimieren. Marx sagt, dass nichts dem Geist der Kommune fremder sei als das allgemeine Stimmrecht durch hierarchische Investitur zu ersetzen (MEW 17: 340) – in Paris wurden solche Wahlen durchgeführt, nachdem die vorwiegend aus Arbeitern bestehende Nationalgarde dem Versuch ihrer Entwaffnung widerstand und ihr Zentralkomitee zunächst als eine Art provisorische Gegenregierung fungiert hatte. Aber die Art der Repräsentation hatte sich grundlegend verändert: Die Abgeordneten waren ihren Wählern rechenschaftspflichtig und jederzeit abberufbar, sie waren auch nach ihrem Einkommen nicht aus dem Volk herausgehoben: ebenso wie alle öffentlichen Angestellten erhielten sie nicht mehr als den durchschnittlichen Arbeiterlohn. Diese Prinzipien sollten nicht auf kommunale Selbstverwaltung in einer Stadt beschränkt sein, sondern auf das ganze Land übertragen werden: »Die Landgemeinden eines jeden Bezirks sollten ihre gemeinsamen Angelegenheiten durch eine Versammlung von Abgeordneten in der Bezirkshauptstadt verwalten, und diese Bezirksversammlungen dann wieder Abgeordnete zur Nationaldelegation nach Paris schicken; die Abgeordneten sollten jederzeit absetzbar und an die bestimmten Instruktionen ihrer Wähler gebunden sein« (MEW 17:340).

Natürlich konnte die Kommune in den kurzen 72 Tagen ihrer Existenz nicht unter Beweis stellen, wie sich unter ihrem Regime die ökonomische Befreiung der Arbeit vollziehen sollte. »Ihre besonderen Maßregeln konnten nur die Richtung andeuten, in der eine Regierung des Volks durch das Volk sich bewegt.« (MEW 17: 347) Zu diesen Maßregeln gehört die Abschaffung der Nacharbeit von Bäckergehilfen, das Verbot der Lohnrückerei und die Auslieferung der von ihren Besitzern verlassenen Werkstätten und Fabriken an Arbeitergenossenschaften. Der »Sozialismus« der Kommune musste fragmentarisch bleiben, und doch wagte Marx in Verlängerung der in ihr angelegten Tendenzen die Voraussage, dass sich das kapitalistische System verdrängen lässt, wenn »die Gesamtheit der Genossenschaften die nationale Produktion nach einem gemeinsamen Plan regeln ...« (MEW 17: 343).

Die Nähe der Marx'schen Kommune-Deutung zum Anarchismus tritt in vielen Formulierungen deutlich hervor. So sagt er zum Beispiel im ersten Entwurf zum »Bürgerkrieg in Frankreich: »Die Kommune war eine Revolution gegen den Staat selbst, gegen diese übernatürliche Fehlgeburt der Gesellschaft; sie war eine Rücknahme des eigenen gesellschaftlichen Lebens durch das Volk und für das Volk. Sie war nicht eine Revolution, um die Staatsmacht von einer Fraktion der herrschenden Klasse an die andere zu übertragen, sondern eine Revolution, um diese abscheuliche Maschine der Klassenherrschaft selbst zu zerbrechen.« (MEW 17: 541).

In seiner Einleitung von 1891 zur Marx'schen Kommune-Schrift resümiert Engels dessen Interpretation und argumentiert im Sinne von Marx: »...daß diese Arbeiterklasse, um nicht ihrer eigenen, erst eben eroberten Herrschaft wieder verlustig zu gehen, einerseits alle, bisher gegen sie selbst ausgenutzte Unterdrückungsmaschinerie beseitigte, andererseits aber sich sichern müsse gegen ihre eigenen Abgeordneten und Beamten, indem sie diese, ohne alle Ausnahme, für jederzeit absetzbar erklärte.« (MEW 17: 623)

Diese von Marx und Engels herausgearbeiteten Prinzipien der Pariser Kommune kennzeichnen eine politische Ordnung jenseits des bürgerlichen Staats, die später in revolutionären Prozessen des 20. Jahrhunderts als »Rätedemokratie« in Erscheinung getreten ist, zuerst in den russischen Räten der Revolution von 1905. Als Lenin 1917 nach der Februarrevolution wieder nach Russland zurückkehrte, verkündete er in seinen Aprilthesen die Losung »Alle Macht den Sowjets!«. Er forderte den Sturz der Provisorischen Regierung, die den Krieg gegen Deutschland fortsetzte, und musste angesichts einer drohenden Verhaftung abermals ins Ausland fliehen, ins benachbarte Finnland. Dort verfasste er in kurzen Wochen im August und September 1917 seine berühmte Schrift »Staat und Revolution« – eine unter dem Druck sich überschlagender revolutionärer Ereignisse entstandene theoretische Abhandlung, die auch Lenin-Kritiker als eine sorgfältige Rekonstruktion der Marx'schen Staatstheorie gelten lassen.

Allerdings stellt sich die Frage, ob in der tatsächlichen politischen Strategie Lenins, die zum Oktober-Umsturz führten, die »Sowjets« nach dem Vorbild der Pariser Kommune eine mehr als nur instrumentelle Rolle gespielt haben. In der historischen Kommune gab es ja ein Zusammenwirken von Vertretern unterschiedlicher Strömungen, die in der Arbeiterschaft ein Echo gefunden hatten: Von Marx beeinflusst waren nur wenige Kommunisten, die größte Gruppe bestand aus Anhängern Proudhons, den Marx als kleinbürgerlichen Ideologen kritisiert und bekämpft hatte; im Gegensatz zu ihnen traten die immer tatbereiten Anhänger Blanquis auf, und manche auf der Linken der Kommune orientierten sich eher an seinem Rivalen Bakunin als an Marx. Es gab weder eine »führende Partei« noch einen unentbehrlichen charismatischen Führer; die Kommune verkörpert sich nicht in einer einzelnen Person. Ein solcher »Pluralismus« als Zusammenwirken unterschiedlicher Tendenzen ist dem Denken Lenins fremd. Er selbst steht an der Spitze einer von ihm geprägten Partei, die sich in Abgrenzung von allen möglichen Abweichungen herausgebildet und gefestigt hat. Für Lenin sollen die Sowjets deswegen alle Macht erhalten, weil die im Proletariat der Großbetriebe verankerten Bolschewiki in ihnen Schritt für Schritt Mehr-

heiten erobern konnten, zuerst in den großen Städten, weshalb das Militärkomitee des Petersburger Sowjets den bolschewistischen Aufstand im Oktober 1917 vorbereiten und bewerkstelligen konnte.

Diese Machtübernahme, später als »Große Sozialistische Oktoberrevolution« verklärt und heute von manchen Historikern als »Oktoberputsch« abgewertet, warf bald die Frage nach dem Verhältnis von Räten und allgemeiner Volksvertretung auf. Während der Zweite Allrussische Sowjetkongress Ende Oktober 1917 die neue Macht als Sowjetmacht legitimierte, brachten die fast gleichzeitig erfolgenden Wahlen zur Konstituierenden Versammlung eine klare Mehrheit der Sozialrevolutionäre, die in der bäuerlichen Bevölkerung noch großes Ansehen genossen – vielleicht auch deshalb, weil noch nicht durchgedrungen war, dass diese Partei in der Provisorischen Regierung nach dem Sturz des Zaren die Fortsetzung des Krieges und den Verzicht auf eine durchgreifende Agrarreform mitgetragen hatte. Als sich die Mehrheit der Konstituierenden Versammlung weigerte, die oberste Autorität der Sowjets und deren Programm anzuerkennen, wurde diese gesamtrossische Volksvertretung einfach auseinandergejagt. Rosa Luxemburg (1918/1974) hat dieses Vorgehen der Bolschewiki bekanntlich scharf kritisiert.

Mit der Beseitigung einer über Parteilisten gewählten repräsentativen Volksvertretung war in Russland eigentlich der Weg frei für eine reine Räte-demokratie. Lenin und seine Anhänger hatten allerdings schon vor dem Oktoberaufstand erkennen lassen, dass Räte für sie nur akzeptabel waren, solange sie von den Bolschewiki dominiert wurden und als Werkzeug ihrer Politik eingesetzt werden konnten. Zahlreiche Äußerungen Lenins belegen, dass er, wenn die Vorherrschaft der Partei in Gefahr geriet, im Zweifel auch die Einrichtungen der Räte-demokratie zu opfern bereit war. Extreme Polarisierung lag in der Logik der Leninschen Politik: Er wandte sich sogar gegen Versuche einiger seiner Parteifreunde, Menschewiki und linke Sozialrevolutionäre in ein gesamtsozialistisches Bündnis einzubeziehen, und abgesehen von der kurzfristigen Beteiligung linker Sozialrevolutionäre an einer Koalitionsregierung (Dezember 1917 bis März 1918) blieb es bei einer Einparteienherrschaft der Bolschewiki. Diese Tendenz wurde durch den bald einsetzenden Bürgerkrieg noch verstärkt. Die anderen Parteien wurden als tatsächliche oder potenzielle konterrevolutionäre Kriegsgegner nach und nach ausgeschaltet, verboten und verfolgt, und auch bei den Bolschewiki, in der anfangs noch Fraktionen ihre unterschiedlichen Plattformen vortragen konnten, schrumpfte der Spielraum offener Auseinandersetzungen. Die Ausschaltung der innerparteilichen Diskussion gipfelte in dem berüchtigten Fraktionsverbot auf dem X. Parteitag von 1921, das damals noch als vorübergehende Notmaßnahme gerechtfertigt wurde.

Es ist hier nicht möglich, das Schicksal der Räte in den Anfangsjahren Sowjetrusslands unter den Vorzeichen des Kriegskommunismus im Detail nachzuzeichnen. Angesichts der verheerenden Wirtschaftslage kam es zu Protesten gegen die Willkürmaßnahmen der Einparteiendiktatur. Diese Proteste gipfelten im Kronstädter Aufstand von 1921: Die Matrosen der baltischen Flotte in der Petersburg vorgelagerten Festung, die einst die Speerspitze der Oktoberrevolution gewesen waren, standen nun gegen den Abbau der Räteherrschaft auf und forderten »Sowjets ohne Bolschewiki«. Reguläre Einheiten der Roten Armee unter dem Kommando von Trotzki schlugen den Aufstand blutig nieder. Dies bedeutete das Ende unabhängiger Räte in Russland und den endgültigen Triumph der Herrschaft einer monopolisierten Einheitspartei, die bis zum Ende der Sowjetunion andauerte – eines Staates, der sich als »Union sozialistischer Sowjetrepubliken« zu Unrecht auf die Räte-demokratie berief.

Die Räte-demokratie in Russland ging auch deshalb zugrunde, weil es nach der Oktoberrevolution nicht gelungen war, in den entwickelten Ländern West- und Mitteleuropas von der Mehrheit der Arbeiter getragene Revolutionen zum Erfolg zu führen – also nach den Wunschvorstellungen der Führer der Bolschewiki den Schwerpunkt der Weltrevolution von Moskau nach Berlin zu verlagern. Allerdings hatten sich auch in Deutschland gegen Ende des Weltkriegs radikalsozialistische Kräfte formiert, die, vom russischen Beispiel inspiriert, vom Kaiserreich direkt zu einer Räterepublik gelangen wollten. Auf dem linken Flügel der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, die sich wegen ihrer Opposition gegen den Kriegskurs von der Mehrheitssozialdemokratie abgespalten hatte, agierte die von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg geführte Gruppe Spartakus, die schon 1917 zur Bildung von Räten aufrief. Daneben gab es die in den Großbetrieben der Rüstungsindustrie verankerten »Revolutionären Obleute«, die das Ziel eines »reinen Räte-systems« ohne Beibehaltung eines Parlaments proklamierten. In der deutschen Novemberrevolution des Jahre 1918 spielten Arbeiter- und Soldatenräte eine vorwärtstreibende und für den Sturz des Kaisers entscheidende Rolle; eine Vollversammlung der Berliner Räte rief sogar die Sozialistische Republik aus. Aber die Mehrheitssozialdemokraten wollten keine sozialistische Revolution und setzten schon auf dem 1. Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands im Dezember 1918 eine Entschließung für die Nationalversammlung und damit gegen das Räte-system durch. Dies war der entscheidende Unterschied zur russischen Entwicklung: In Deutschland legitimierte der oberste Räte-kongress selbst die Entmachtung der Räte zugunsten einer aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen obersten Volksvertretung. Der »Rat der Volksbeauftragten«, ursprünglich vom Vollzugsrat der

Berliner Arbeiter- und Soldatenräte als neue Regierung legitimiert, wurde nach dem Ausscheiden der USPD zu einem Instrument der revolutionsfeindlichen Mehrheitssozialdemokraten mit Friedrich Ebert an der Spitze. Im Januar 1919 kam es zum Spartakusaufstand gegen diese Regierung, der vom rechtsgerichteten Militär blutig niedergeschlagen wurde. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wurden ermordet, mit Wissen oder sogar auf Befehl der mehrheitssozialdemokratischen Regierung.

Doch auch nach der Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919, die eine bürgerliche Mehrheit brachte, blieb der Rätegedanke zunächst lebendig. Im April trat der zweite Rätekongress zusammen, auf dem das Verhältnis der Räte zur parlamentarischen Ordnung diskutiert wurde. Dass es weiterhin Betriebsräte geben sollte, war dabei weitgehend unumstritten, und auch aus SPD und USPD kamen Vorschläge, eine solche Vertretung der Werk tätigen an den Produktionsstätten nach einem stufenweisen Rätemodell nach oben, auf die Ebene der Bezirke, der Provinzen und der Nation zu verlängern. Die Mehrheitssozialdemokraten wollten hier freilich auch die Unternehmerseite mit einbeziehen: Arbeiterräte und Unternehmervertretungen sollten gemeinsam »Kammern der Arbeit« besetzen, bis hinauf zu einer Reichswirtschaftskammer mit eng umgrenzten Kompetenzen neben der Nationalversammlung. Richard Müller¹ von den Revolutionären Obleuten hatte ein anderes Modell im Sinn: aus den Arbeiterräten, ausschließlich von den Hand- und Kopfarbeitern gewählt, sollten wiederum nach dem Rätemodell einer stufenweisen Vertretung Bezirks-Wirtschaftsräte und darüber ein Reichs-Wirtschaftsrat gewählt werden, der für die Sicherung und Aufrechterhaltung des gesamten Wirtschaftslebens verantwortlich sein und das Recht besitzen sollte, der Nationalversammlung Gesetze und Verordnungen vorzulegen. Umgekehrt sollte auch das Parlament dem Reichs-Wirtschaftsrat wirtschaftspolitische Gesetze unterbreiten können. Müller schlug also eine gleichberechtigte Koexistenz, nicht die bloße Unterordnung der Arbeiterräte unter die repräsentative Demokratie vor.

Radikaler war das Konzept des »reinen Rätessystems«, an dem Ernst Däumig als Sprecher der Revolutionären Obleute festhielt. Sein Träger konnte nur das Proletariat sein, und »da das dem Rätegedanken folgende Proletariat ausgesprochen antikapitalistische Ziele verfolgt, kann es in seinen Räteorganisationen keine kapitalistischen Vertreter dulden«. (Ernst Däumig in: Bernbach 1973: 80). Dies lief auf den Entzug des Wahlrechts für Nichtproletarier hinaus, obwohl es auch Anhänger des reinen Rätessystems gab, die Ein-

¹ Müllers »Geschichte der Novemberrevolution« ist im Verlag Buchmacherei unlängst neu aufgelegt worden (Anm. d. Hrsg.).

schränkungen des Wahlrechts für unnötig und kontraproduktiv hielten. In jedem Falle sollten die Räte-Organen keine langfristigen Vollmachten erhalten, sondern stets der Kontrolle ihrer Wähler unterstehen und jederzeit abberufen werden können. Als Werkzeuge zur Befreiung des gesamten Proletariats sollten Räte niemals die Domäne einer einzelnen Partei werden dürfen.

Auch der den Revolutionären Obleute nahestehende Karl Korsch, einer der wichtigsten marxistischen Denker des 20. Jahrhunderts, sah die Räte-demokratie im Zusammenhang mit dem Sozialisierungsprozess der Wirtschaft, d.h. der Abschaffung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln. In seiner grundlegenden Schrift »Was ist Sozialisierung? Ein Programm des praktischen Sozialismus« (1919/o.A.: 16f.) zeigte er, dass es solange kein wahres Gemeineigentum geben könne, wie sich zwei Interessen einander gegenüberstünden: »Das Interesse der produzierenden Arbeiter jedes einzelnen Produktionszweigs einerseits, das Interesse der Gesamtheit der übrigen Produzenten und Konsumenten andererseits ... Sobald bei der Regelung der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse das Interesse der Konsumenten oder der Produzenten bevorzugt wird, wird ... durch die angebliche »Sozialisierung« für den bisherigen Privatkapitalismus nun ein neuer Kapitalismus eingetauscht, welcher je nachdem als ein Konsumenten-Kapitalismus (Staats-, Gemeinde- Konsumvereins-Kapitalismus) oder als Produzentenkapitalismus zu bezeichnen ist.«

Beide Gefahren müssen nach Korsch vermieden werden, sollen eine sozialistische Wirtschaftsordnung und Gesellschaft entstehen. Wenn sich für den produzierenden Arbeiter nichts ändert, weil nach der Verstaatlichung seines Betriebs nur vom neuen Staat eingesetzte Betriebsleiter an die Stelle der Sachwalter privaten Kapitals treten, kann von Sozialismus noch nicht gesprochen werden. Umgekehrt kann eine Verallgemeinerung der produktivgenossenschaftlichen Bewegung und des Syndikalismus (»die Bergwerke den Bergleuten, die Eisenbahnen den Eisenbahnern« usw.) zur Verstärkung des Betriebs- oder Branchenegoismus privilegierter Belegschaften führen.

Beide Formen der Sozialisierung sind legitim, mit beiden kann begonnen werden: z.B. mit Verstaatlichungsmaßnahmen durch das oberste gesetzgebende Gremium eines Landes, oder durch die Besetzung von Betrieben und ihre Übernahme durch die eigenen Arbeiter. Beide Grundformen der Sozialisierung sind aber ergänzungsbedürftig, es muss ein Ausgleich herbeigeführt werden. Obwohl Korsch in der zitierten Schrift noch nicht zur organisatorischen Umsetzung seiner Vorstellung von einem nötigen Interessenausgleich vorstößt, kann es m.E. kaum Zweifel daran geben, dass er sie im Rahmen eines Rätessystems für machbar hielt. Setzen wir die Gedanken

von Korsch fort, drängt sich die Schlussfolgerung auf, dass eine dem Sozialismus dienende Räteordnung mit zwei Vertretungssträngen denkbar wird.

Der eine führt von Arbeiterräten in den Betrieben über Räte der Betriebszweige zu einem nationalen Wirtschaftsrat, der andere könnte von Räten in kleinen territorialen Einheiten ausgehen und sich stufenweise zu einem obersten »Konsumentenrat« fortsetzen. Beide Stränge müssten an der Spitze zusammengeführt werden, um eine gesamtgesellschaftliche Planung zu ermöglichen.

Dies alles bewegt sich im Rahmen eines »reinen Räteystems«, das die Aufhebung des bisherigen Parlamentarismus voraussetzt. Beim Fortbestehen einer aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Volksvertretung müsste diese auch die Interessen der Gesamtheit der Konsumenten wahrnehmen, während daneben Arbeiterräte die besonderen Interessen der Hand- und Kopfarbeiter an der Gestaltung der Produktion zum Ausdruck bringen würden.

In jedem Fall scheinen mir die Debatten in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg geeignet zu sein, heutige Versuche einer Wiederbelebung des Rätegedankens kritisch zu bewerten.

Zur Aktualität der Rätediskussion und der Rätekonzepte

Grundsätzlich wäre es falsch, an die Rätekonzepte der 1920er Jahre direkt und unvermittelt anzuknüpfen, und die Politik von Hugo Chávez daran zu messen, ob sie Vorbildern aus anderen Kontinenten und anderen Epochen der revolutionären Bewegung naheifert. Wohl aber ist es richtig, seinen Anspruch ernst zu nehmen, den nach der Verfassung von 1999 bestehenden Staat rätedemokratisch zu ergänzen oder zu ersetzen, und deshalb mit aller Vorsicht vergleichende Betrachtungen anzustellen, um das Spezifische der aktuellen Situation in Venezuela erfassen zu können. Es muss gefragt werden, inwiefern von einem »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« die Rede sein kann.

Das betrifft zunächst einmal die Rahmenbedingungen einer nach dem Räteprinzip organisierten Ordnung. Wo immer in der Vergangenheit Rätedemokratie verwirklicht werden sollte, herrschten Ausnahme- und Umbruchsituationen, in denen der Übergang zu einer anderen Ökonomie durch besondere Notlagen erschwert wurde: die Bürgerkriegskonfrontation im belagerten Paris von 1871, die Räte als Kampforgane in den russischen Revolutionen von 1905 und 1917 und in den nachfolgenden Bürgerkriegen, die Rätedemokratie im bedrängten Katalonien während des Abwehrkampfes

gegen Franco. Ganz anders stellt sich die Situation im gegenwärtigen Venezuela dar: Solange die Erdölvorräte nicht erschöpft sind und tendenziell steigende Erdölpreise zu erwarten sind, verfügt der zentrale Staat über reiche Ressourcen, aus denen er lokalen Räten etwas zuteilen kann. Gewiss musste der Zugang des Staates zu diesen Ressourcen in den ersten Jahren der Präsidentschaft von Hugo Chávez erst einmal hart erstritten werden – gegen den erbitterten Widerstand der Opposition, der im Ölstreik der PdVSA 2002/2003 kulminierte. Die seither bestehende Möglichkeit ständiger Subventionierung aller ökonomischen Aktivitäten impliziert jedoch nicht nur günstige Rahmenbedingungen, sondern birgt auch die Gefahr, Ineffizienz und unter Umständen auch Korruption zu fördern. Solange die zentralen Fonds nicht transparent verwaltet werden und keiner demokratischen Kontrolle unterliegen, verschieben sich die Machtgewichte zugunsten einer unkontrolliert operierenden Zentrale und zuungunsten der Räte an der Basis. Es wird dann schwer, die neu entstandenen Abhängigkeitsstrukturen von allzu bekannten Formen des Klientelismus abzugrenzen.

Die gegenwärtigen Linksregierungen in Lateinamerika sind allesamt nicht aus revolutionären Umstürzen, sondern aus mehr oder weniger spektakulären Wahlerfolgen innerhalb der bürgerlich-repräsentativen Demokratie hervorgegangen. Der alte Staatsapparat, mit dem nach Marx das siegreiche Proletariat niemals weiterwirtschaften darf, blieb erhalten, vor allem wurden die existierenden Streitkräfte keineswegs zerschlagen und durch eine allgemeine Volksbewaffnung ersetzt, sondern blieben als separater Teil des Machtapparats bestehen. Die neue Staatsführung sicherte sich die Loyalität des Militärs in der Regel durch Aufrechterhaltung und Vergrößerung seiner Privilegien und durch das geschickte Auswechseln seines Spitzenpersonals, was noch besser gelingen konnte, wenn wie im Falle Venezuelas der Präsident selbst aus dem Offizierskorps stammte und über entsprechende Verbindungen und Informationsquellen verfügte. Die neue Verfassung, die bald nach dem Wahlsieg von Hugo Chávez von einer konstituierenden Versammlung ausgearbeitet wurde, schuf keine grundlegend neue politische Ordnung etwa nach dem Rätemodell, brachte aber wichtige Reformen im Rahmen eines repräsentativen Verfassungsstaats, vor allem eine Ausweitung der sozialen Rechte, eine Anerkennung der ethnischen Minderheiten, eine Aufnahme rätedemokratischer Regeln, indem zum Beispiel die Abwahl von Amtsträgern bis hinauf zum Präsidenten ermöglicht wurde. Damit ist die Verfassung Venezuelas von 1999 demokratischer als die meisten Verfassungen der bürgerlichen europäischen Staaten.

Nicht nur bei einem Programm sozialistischer Umgestaltung, sondern selbst bei einer Politik weitreichender sozialer Reformen im Interesse der

Unterschichten ist mit dem Widerstand von Teilen des bestehenden Staatsapparats zu rechnen. Herkömmliche Ministerien mögen sich als ungeeignet erweisen, umfassende Programme zur Alphabetisierung oder Basis-Gesundheitsversorgung durchzuführen, das alte Personal kann sogar verschleppende Sabotage betreiben. Wenn diese bürokratische Maschinerie nicht zerschlagen werden kann, bleibt noch ein anderer Weg, den Hugo Chávez beschritten hat: Man kann sie beiseitelassen, sie umgehen. Dies geschah seit 2003 durch die so genannten Misiones – kampagnenartige Programme, die vom Präsidenten direkt aus den Überschüssen der nunmehr von ihm kontrollierten staatlichen Erdölfirma finanziert wurden, in ihrem Umfeld Formen der Selbstorganisation ermöglichten und so im besten Falle rätedemokratischen Strukturen Raum gaben. Vielleicht lassen sich die seit 2006 existierenden Consejos Comunales als eine Fortsetzung dieser Bypass-Strategien verstehen: Nachdem der Präsident mit einer Verfassungsreform gescheitert ist, die u.a. den territorialen Umbau Venezuelas zum Ziel hatte, will er nun durch die Schaffung der Consejos Comunales die bestehende staatliche Ordnung unterlaufen. Im Zweifelsfall werden wohl nicht die oppositionell kontrollierten Gemeinden, sondern die neu geschaffenen Consejos in den Genuss zusätzlicher Finanzmittel gelangen. Der Zusammenschluss mehrerer solcher Consejos zu einer Comuna könnte die regionale Planung von Wirtschaftsaktivitäten ermöglichen und ein Schritt von einem repräsentativen Verfassungsstaat zu einer Räteordnung sein.

Also alle Macht den Räten? Wer dies als Perspektive für Venezuela andeutet, muss einen Blick zurückwerfen und darüber nachdenken, wie sich das Verhältnis von Partei und Räten unter dem Vorzeichen der bolivariischen Revolution gestalten könnte. Im zurückliegenden Jahrfünft ist ja parallel zur Förderung des Consejos Comunales eine neue Partei entstanden, die nach dem ursprünglichen Plan von Hugo Chávez alle politischen Kräfte der Linken sammeln sollte. Bekanntlich ist das nicht vollständig gelungen, weil politische Gruppierungen wie die Kommunistische Partei Venezuelas auf ihrer organisatorischen Eigenständigkeit bestanden haben und nicht in der Vereinten Sozialistischen Partei (PSUV) aufgehen wollten. Dennoch hat die PSUV innerhalb weniger Jahre Mitgliederzahlen erreicht, die an die Massenparteien des real existierenden Sozialismus erinnern, allerdings bisher keinen alle gesellschaftlichen Aktivitäten steuernden Parteiapparat aufgebaut.

Ist damit für die Aktivisten in den Räten ein Freiraum garantiert? Haben Nichtparteimitglieder und Angehörige anderer Parteigruppierungen eine reale Chance, in den Räten mitzuwirken und gleichberechtigten Zugang zu den von der Zentrale vergebenen Mitteln zu finden? Derartige Fragen und

Zweifel lassen sich nur empirisch klären, und hier ist Misstrauen gegenüber allen sozialwissenschaftlichen Untersuchungen angebracht, die solche Probleme einfach aussparen. Leider blieb die Rolle der Partei bei den Darstellungen des »poder popular«, also der Rätewacht, in den staatssozialistischen Ländern (einschließlich Kuba) fast immer ausgeklammert. Vieles durfte von Sozialwissenschaftlern diskutiert und erforscht werden, nur nicht das reale Funktionieren der Partei als Herrschaftsinstrument einer kleinen Führungsgruppe.

Aus der stecken gebliebenen deutschen Revolution von 1918/19 ergeben sich aber auch noch andere Fragen zu den politischen Perspektiven in Venezuela: Geht es darum, die »reine Rätedemokratie« zu verwirklichen, also auf Grundlage der Consejos Comunales zu einem nationalen Rätekongress zu gelangen, der das bestehende Parlament ersetzt? Ein solches rätedemokratisches Modell ist bisher nirgends auf der Welt verwirklicht worden – in Sowjetrußland musste es schon früh einer Diktatur der Partei Platz machen. Es ist ein anspruchsvolles Modell, das breiteste Beteiligung aller aktiven Bürger voraussetzt. Der oberste Rätekongress dürfte grundlegende Fragen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung erst nach einer offenen gesellschaftlichen Debatte entscheiden und müsste die Spitze der Exekutive bindend instruieren. So müsste sicher auch im Fall Venezuelas über Konflikte beraten und entschieden werden, die sich aus dem Widerspruch zwischen maximaler Nutzung ausbeutbarer Ressourcen und dem Interesse am Erhalt der natürlichen Umwelt ergeben. Selbstverständlich müssten auch grundlegende außenpolitische Entscheidungen vom obersten Rätekongress getroffen werden, etwa die Frage nach dem Umgang mit Vertretern extrem repressiver Regime wie den gegenwärtigen Machthabern des Iran.

Es scheint mir nicht ausgemacht, dass Hugo Chávez eine solche auch für ihn folgenreiche Entwicklung anstrebt, die ihn selbst einer ständigen Kontrolle durch die oberste Instanz einer »reinen« Rätedemokratie unterwerfen würde. Gegenwärtig handelt es sich um etwas anderes, um eine vom Präsidenten gesteuerte Förderung rätedemokratisch intendierter Basisaktivitäten in kleinen territorial festgelegten Kollektiven, wobei an zentraler Stelle darüber entschieden wird, wer und in welchem Umfang in den Genuss solcher Förderung kommt. Daneben bleibt das aus freien und geheimen Wahlen hervorgegangene Parlament als Organ einer repräsentativen Demokratie bestehen, und im Rahmen der gegebenen Verfassung müsste dieses Parlament auch der Ort sein, wo Diskussionen über gesamtgesellschaftliche Probleme und grundlegende Weichenstellungen der venezolanischen Politik stattfinden. Das meint jedenfalls Edgardo Lander, wenn er

schreibt: »In der Verfassung von 1999 werden die repräsentative Demokratie und die direkte oder partizipative Demokratie nicht als gegensätzlich verstanden, sondern als komplementär. Ohne eine nationale Öffentlichkeit bleibt das Potential der partizipativen Demokratie beschränkt und auf lokale Bereiche begrenzt. Das Parlament ist ein wesentlicher Teil dieser Öffentlichkeit.« (Lander 2011: 11)

Hier plädiert Lander für eine Art Kombination rätedemokratischer Praktiken im lokalen Bereich mit der Existenz einer gesamtnationalen Vertretungskörperschaft, die er als Teil einer Öffentlichkeit begreift, die gerade für den Aufbau einer neuen Gesellschaft unentbehrlich ist. Auch ein imaginärer Oberster Rätekongress müsste übrigens die Funktion erfüllen, durch kontroverse Debatten Öffentlichkeit herzustellen. Auch in ihm würde es gewählte Delegierte geben, nur dass sie auf anderen Wegen gewählt würden und ihren Wählern verantwortlich blieben. Vermutlich würden wie in der Pariser Kommune die Delegierten in einem solchen Rätekongress auch bestimmten Strömungen zuzurechnen sein, und es ist anzunehmen, dass sich Gesinnungsgenossen zu beständigeren parteiähnlichen Gebilden zusammenfinden würden. Jedenfalls hat es in den historischen Räten durchaus Parteien gegeben; nicht an deren Vielfalt sind sie zugrunde gegangen, sondern am Machtanspruch einer selbst erklärten Avantgarde, die keine Konkurrenten neben sich dulden wollte.

Noch einmal zurück zu Rosa Luxemburg (1918/1974): Gegen Ende ihrer Aufzeichnungen zur russischen Revolution zeigt sie im Zusammenhang mit ihrer Kritik an der Auflösung der Konstituierenden Versammlung, dass auch die Räte nur unter bestimmten Bedingungen eine Demokratisierung mit sich bringen: »Lenin und Trotzki haben anstelle der aus allgemeinen Volkswahlen hervorgegangenen Vertretungskörperschaften die Sowjets als die einzige wahre Vertretung der arbeitenden Massen hingestellt. Aber mit dem Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande muss auch das Leben in den Sowjets immer mehr erlahmen. Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben ... einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboden, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliqueswirtschaft – eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker ...«

Für Rosa Luxemburg ist Rätedemokratie also nicht nur von einer bestimmten formalen Räteordnung abhängig, sondern auch davon, dass bestimmte »bürgerliche« Freiheiten nicht abgeschafft, sondern ausgeweitet werden. Uneingeschränkte Öffentlichkeit, die von den Befürwortern abgeschotteter und als Geheimorden organisierter Avantgardeparteien verabscheut wird, ist für Rosa Luxemburg der Nährboden einer Demokratie, in der die Mehrheit der Bevölkerung sich freien Ausdruck verschaffen kann.

Wenn Rosa Luxemburg in diesem Zusammenhang die »Diktatur des Proletariats« erwähnt, so muss sie das auch deshalb tun, weil zu diesem Zeitpunkt Lenin und Trotzki eine verhängnisvolle Verschiebung dieses Begriffs vornehmen. Sie tun eben das, wovon Rosa Luxemburg mit guten Gründen warnt: die theoretische Überhöhung von in der Zwangssituation nach der Oktoberrevolution ergriffenen Notmaßnahmen zu einem bleibenden Kennzeichen proletarischer Revolutionen. Mit Recht weist Rosa Luxemburg darauf hin, dass Lenin so zu einem Diktaturbegriff gelangt, der dem von Kautsky unter umgekehrten Vorzeichen gleich ist: Diktatur als eine Summe möglichst entschiedener Zwangsmaßnahmen bis hin zum Terrorismus.

Engels meinte etwas ganz Anderes, als er in seiner bereits zitierten Einleitung zu Marx' »Bürgerkrieg in Frankreich« schreibt, die Pariser Kommune zeige, wie eine Diktatur des Proletariats aussieht. »Diktatur des Proletariats« bezeichnet hier einen soziologischen Diktaturbegriff, der nichts anderes als Klassenherrschaft bedeutet – so wie zuvor die »Diktatur der Bourgeoisie«. Während aber jene Diktatur der Bourgeoisie Herrschaft einer Minderheit ist und in sehr unterschiedlichen politischen Formen ausgeübt werden kann – geschichtlich auch in Form des Bonapartismus oder der faschistischen Diktatur, heute in vielfältigen Formen von der Militärdiktatur bis zur repräsentativen parlamentarischen Demokratie –, ist die politische Form der »Diktatur des Proletariats« dadurch bestimmt, dass sie zum ersten Mal in der Geschichte die Klassenherrschaft einer überwältigenden Mehrheit gegen die Minderheit früherer Ausbeuter herstellt. Deshalb hat sie ihre politische Form in einem »Kommunenstaat« gefunden, der eigentlich schon kein Staat mehr ist und auf die Aufhebung jeder Klassenherrschaft hinzielt, eben jener »Rätedemokratie«, die immer eine Ausweitung demokratischer Rechte und demokratischer Praktiken beinhaltet.

Von größter Bedeutung für diese politische Form ist, dass sich die siegreiche Arbeiterklasse ihre Macht auch gegen ihre eigenen Abgeordneten und Beamten sichern muss. Nach den schmerzlichen Erfahrungen der Revolutionen des letzten Jahrhunderts sollte hinzugefügt werden: auch gegen ihre großen Führer, die sich selbst für unentbehrlich halten. Rätedemokratie ist kein beliebiges Instrument, mit dem ein Führer eine Machtverschie-

bung bewirken kann: Sie muss ihn selbst einbeziehen und ihn als »Führer« schließlich überflüssig machen.

Literatur

- Bernbach, U. (Hrsg.) (1973): Theorie und Praxis der direkten Demokratie, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Hillmann, G. (Hrsg.) (1972): Die Rätebewegung II, Reinbek: Rowohlt.
- Korsch, K. (1919/Reprint o.A.): Was ist Sozialisierung? Ein Programm des praktischen Sozialismus, Hannover: Freies Deutschland Verlagsgesellschaft.
- Lander, E. (2011): ¿Venezuela: ¿Radicalizar el proceso? ¿Más estatismo verticalista y personalista o más democracia y más participación?, <http://www.tni.org/es/paper/venezuela-%C2%BFradicalizar-el-proceso>, 2.11.2011.
- Luxemburg, R. (1974): Zur Russischen Revolution, in: Gesammelte Werke, Bd. 4. Berlin: Dietz.
- Marx, K. (1962): MEW 17 (Marx-Engels-Werke), Berlin/DDR.
- Tschudi, L. (1973): Rätedemokratie und Marxismus, Basel: Edition etcétera.

Andrés Antillano

Von der Demokratie der Straße zu den Consejos Comunales

»Demokratie von unten« in Venezuela

In diesem Aufsatz sollen jene Demokratieformen »von unten« debattiert werden, mit denen populare¹ Sektoren in Venezuela seit dem Ausbruch der Krise der repräsentativen Demokratie in den 1980er Jahren experimentierten. Es geht darum, die kollektiven Praktiken nachzuzeichnen, mit denen neue Formen der politischen Aktion entstehen, alte Herrschaftsfiguren zersetzt und Möglichkeiten populärer Souveränität erweitert werden. Dieser Aufsatz fragt nach den Bedingungen, in denen diese Praktiken entstehen, und nach den Subjekten, die sie ermöglichen; nach den Eigenschaften, die sie annehmen – und die diese Praktiken auszeichnen von früheren populären und Arbeitertaktiken unterscheiden – sowie nach den Vergesellschaftungsformen und ihren Szenarien. Auch wenn dieser Beitrag sich dabei auf städtisch-populäre Praktiken und Subjekte in Venezuela bezieht, lässt sich wahrscheinlich vieles von dem, was hier erörtert wird, auch auf andere politische Zusammenhänge beziehen: auf die argentinischen *Piqueteros*, die Stadtteilkämpfe in Bolivien, die Revolten in den Armenvierteln des ganzen Kontinents. Manche Überlegungen hingegen – zum Beispiel die Beziehung dieser Praktiken zum Staat sowie die Bedeutung ihrer Autonomie – haben nur im venezolanischen Kontext Sinn, wo der Staat der wichtigste Eigentümer der Produktionsmittel ist und das soziale Leben weitgehend reguliert. Diese spezifische Rolle des Staates in Venezuela ist komplex und von besonderer Bedeutung, um die Beziehungen zwischen den populären Kämpfen und der chavistischen Regierung zu verstehen.

In den Text sind zwei Exkurse eingebaut, die dazu beitragen sollen, Begriffe zu präzisieren (in einem Essay, der allerdings weder Definitionen liefert noch dies für sich in Anspruch nimmt). Der erste Exkurs verhandelt den Begriff der »sozialen Bewegungen«, der zweite den der »Gemeinschaft« (*comunidad*) als Subjekt von Regierungspolitik. Sind die im soziologischen wie

¹ Das Adjektiv *popular* bezeichnet im Spanischen sowohl eine Klassenzugehörigkeit als auch ein politisches Projekt. Da das deutsche Äquivalent »Volk« und »Volksklassen« ethnisch aufgeladen ist, der spanische Begriff jedoch auf die Heterogenität der subalternen Klassen verweist, haben wir ihn, wie ihn sozialwissenschaftlichen Texten zuletzt häufiger der Fall, einfach eingedeutscht (Anm. d. Übs.).

im politischen Diskurs so populären Begriffe *soziale Bewegung* und *Gemeinschaft* zutreffend und politisch geeignet, um den Charakter der Prozesse zu beschreiben, das heißt, ein Programm zu formulieren, das die populären Forderungen aufnimmt? Tragen die beiden Konzepte dazu bei, den Emanzipationsprozess und die Kämpfe zu verstehen, die von den neuen Machtformen der venezolanischen Menge (*muchedumbre*²) artikuliert werden?

Schließlich muss darauf hingewiesen werden, dass es sich bei diesem Beitrag nicht um einen wissenschaftlichen Aufsatz, sondern eher um Aktivist-Prosa handelt – denn das ist mein Platz in der Debatte. Ich nehme mir daher auch die Freiheit heraus, weniger rigoros zu argumentieren, als es in der wissenschaftlichen Debatte üblich ist. Mein Ziel ist es, von der politischen Praxis aus – und nicht von einer theoretischen Position aus, mit der in erster Linie analytische Begriffe geschärft werden sollen – etwas zur Debatte beizutragen.

Repräsentationskrise und der Aufstand der »Demokratie der Straße«

Ende Februar 1989 erhoben sich die Bewohner der Armenviertel von Caracas zu einem mehrtägigen, erst nach brutaler Repression und unzähligen Toten niedergeschlagenen Aufstand. Diese wahrscheinlich erste populäre Rebellion gegen den Neoliberalismus auf dem lateinamerikanischen Subkontinent stellt einen Einschnitt in der Geschichte Venezuelas dar. Die zweite Regierung von Carlos Andrés Pérez (1989-1993), die kurze Zeit zuvor angetreten war, die populistische Politik der ersten Amtsperiode von Präsident Pérez (1974-1979) neu aufzulegen, jedoch unmittelbar nach dem Regierungswechsel ein drakonisches Sparpaket verabschiedete, verlor innerhalb kürzester Zeit jede Legitimität in der Bevölkerung, was schließlich die Amtsenthebung des Präsidenten nach sich zog. Gleichzeitig begann ein Zyklus immer politischer und konfrontativer auftretender populärer Proteste. Und schließlich beschloss eine Gruppe Militärs, die im so genannten *Caracazo* ihre Blut- und Feuerprobe erlebt hatte, ihre Waffen nicht mehr ge-

² Antillano entwickelt in seinem Text die These, dass die populären Klassen Venezuelas als ein plurales, im Territorium konfiguriertes Subjekt zu verstehen sind. Er umschreibt dies mit dem Begriff der »plebejischen Macht«, den er von den traditionslinken Konzepten »Arbeiterklasse« und »Massen«, aber auch vom unspezifisch-offenen Begriff *Negris*, der *Multitude*, abgrenzt. Die »Menge« (*muchedumbre*) ist begrifflich in einer Reihe mit »populären Klassen« und »plebejischer Macht« zu interpretieren (Anm. d. Übs.).

gen das Volk zu erheben. Diese Strömung der Unzufriedenen war es, die im Jahr 1992 die beiden Armeeaufstände organisierte. Der Februar 1989 stellt in der Geschichte Venezuelas eine Wegscheide dar.

Doch darüber hinaus markiert der *Caracazo* auch das gewalttätige und definitive Entstehen eines neuen populären Subjekts. Waren die Massenkämpfe bis dahin von Studenten und Gewerkschaften bestimmt gewesen, so wurde im Aufstand des 27. Februar 1989 ein Subjekt außerhalb der Beschäftigungsverhältnisse sichtbar. Die Rebellierenden waren Arbeitslose oder prekäre Arbeiter, die von der Arbeitswelt, dem Konsum und – als Bewohner der verarmten städtischen Peripherie – auch von der Stadt als Ort sozialer Teilhabe ausgeschlossen waren.

Es handelt sich in dieser Hinsicht um ein exkludiertes und prekäres Subjekt, das nicht auf die Fabrik als Vergesellschaftungs- und Organisationsort zurückgreifen kann. Das Wohnviertel und die dort entstandenen Beziehungen des Zusammenlebens und der Solidarität verleihen diesem Subjekt seine Form. Nicht der Kampf um die Rückeroberung der Arbeit oder des Mehrwerts mobilisiert es; das ganze Leben ist umkämpftes Terrain. Die Stadt und die Armenviertel sind sozusagen die Oberfläche, an der sich dieses Subjekt materialisiert. Insofern ist es kein Zufall, dass der *Caracazo* mit den Fahrpreisprotesten der Satellitenstädte seinen Anfang nahm, sich von dort ausgehend in der ganzen Stadt ausbreitete und seine Angriffsziele immer weiter diversifizierte: Straßenschlachten mit der Polizei, die Plünderung von Geschäften, die Zerstörung von Fahrzeugen und Gebäuden.

Dieses Subjekt, das in anderen städtischen Kämpfen – wie den Protesten um Trinkwasserzugang, gegen Fahrpreiserhöhungen oder Räumungsbefehle in Armenvierteln – einen Vorläufer besaß, ist zentraler Akteur der historischen Prozesse, die Venezuela seitdem erlebt. Sein Entstehen ist ohne den Formwandel des Kapitals nicht zu verstehen, also der Verwandlung von produktivem in spekulatives Kapital, das sich aller Lebensbereiche ermächtigt, indem es in allen kollektiven Tätigkeiten und Bedürfnissen eine Rente abschöpft. Es geht nicht mehr nur um Arbeitskämpfe; der massive Angriff auf das Leben impliziert, dass das Leben als solches, sprich alle Bedingungen seiner Reproduktion (Wohnraum, Wasser, Strom, Konsum, Freizeit, symbolische Anerkennung) Objekte der Auseinandersetzungen werden.

Die Kampfformen des neuen Subjekts entsprechen seiner Natur und der Natur seiner Forderungen: die Rückeroberung jener Räume und Güter, die durch das Kapital enteignet, privatisiert oder exkludierend organisiert worden sind, die Besetzung von Land, Fabriken und öffentlichen Räumen, die direkte und explosive Aneignung von Gütern und Dienstleistungen. Die Straße ist seine Bühne, die traditionellen Organisationsformen werden aufgege-

ben; der Tumult, die eigenständige Mobilisierung und die Vollversammlung ersetzen formale und auf Mitgliedschaft beruhende Strukturen.

Sowohl die Forderungen als auch die Methoden und Organisationsformen dieses Subjekts weisen unmittelbar und direkt über die Grenzen traditioneller demokratischer Formen hinaus, die im Korsett der Interessenrepräsentation und in den institutionellen Bahnen der Repräsentation gefangen sind. In Szene gesetzt wird eine *plebejische Demokratie*, eine Demokratie der Straße, dank der Herrschaftsbeziehungen durch direkte Massenaktionen destrukturiert und Räume und Prozesse kollektiv angeeignet werden.

Diese politische Massenaktion setzt das Bestehen einer Repräsentationskrise voraus. Parteien, Gewerkschaften und andere Vermittlungsinstanzen durchlebten in den 1990er Jahren ebenso wie die konventionellen Partizipationsmöglichkeiten (die traditionell hohe Wahlbeteiligung in Venezuela ging ab Ende der 1980er Jahre dramatisch zurück) einen rasanten Legitimationsverlust. Von nun an wurde jede Repräsentations- und Vermittlungsform gewaltsam zurückgewiesen. Übrig blieben nur das tumultuarische und unregierbare populäre Subjekt auf der einen Seite und der sein grausamstes und autoritärstes Gesicht offenbarende Staat auf der anderen. Staatliche Gewalt ersetzte die verbrauchten Kooptationsformen. Die massive und brutale Repression, mit der der Staat gegen die Februar-Proteste vorging, etablierte den Ausnahmezustand als permanentes Regierungsdispositiv gegenüber den Armen.

Ist der Begriff der »sozialen Bewegung« geeignet, um das neue Subjekt zu beschreiben?

Der Begriff der »sozialen Bewegungen« ist Ausdruck davon, dass Repräsentation und Arbeit als Bezugspunkte politischer Partizipation in eine Krise geraten sind. Ursprünglich entstanden, um Bewegungen zu beschreiben, die ihre Kämpfe außerhalb von Arbeitsbeziehungen und repräsentativer Politik entwickeln, hat sich der Begriff sowohl in der soziologischen Literatur als auch in der Rhetorik der Aktivisten erfolgreich durchgesetzt. Meine Absicht ist nicht, die geführten Diskussionen für hinfällig zu erklären. Dennoch muss man festhalten, dass das Konzept der »sozialen Bewegung« im venezolanischen Fall kaum geeignet ist, um den Charakter der Konfrontation zu beschreiben.

Der Begriff der »sozialen Bewegung« verweist erstens auf formale, einigmaßen kontinuierlich arbeitende und über Strukturen verfügende Orga-

nisationen. In Venezuela jedoch haben wir es nicht mit einem organisierten, sondern mit einem *mobilisierten* Subjekt zu tun, sprich einem Subjekt, das sich nicht durch Organisation, sondern Mobilisierung auf der Straße manifestiert. Ab Mitte der 1980er Jahre verlieren die populären Organisationen in Venezuela (lokale Stadtteilräte, kulturelle oder religiöse Gruppen, Gewerkschaften), vermutlich infolge der Flexibilisierung der Arbeit und der fortschreitenden Exklusion aus dem gesellschaftlichen Leben, rasant an Bedeutung, während sich die populären Proteste im Gegenzug verstärken und vervielfachen. Wenn jemand den Versuch unternähme, relevante »soziale Bewegungen« zu suchen, die die stete Mobilisierung von unten erklären können, würde er zu dem Ergebnis gelangen, dass es genau in den gesellschaftlich konfliktivsten Jahren aufgrund fehlender Organisation zu einer politischen Demobilisierung kam. Die einzigen formalen Organisationen, die in diesem Zeitabschnitt überleben, sind Nichtregierungsorganisationen, die in den 1990er Jahren – vom Staat gefördert, um die Verantwortung für soziale Belange an die »Zivilgesellschaft« zu transferieren – prächtig gediehen.

Zweitens impliziert der Begriff der »sozialen Bewegungen« eine Exklusion aus dem Staat und legt damit die alte Unterscheidung zwischen ziviler und politischer Gesellschaft³ neu auf. Im venezolanischen Fall ist diese Unterscheidung gänzlich ungeeignet, um das komplexe Verhältnis zwischen dem Staat, der als Herr über die Erdölrente über enorme Verteilungsmacht verfügt, und den populären Klassen zu bestimmen. Ziel der populären Mobilisierung war seit jeher die Teilhabe an der Erdölrente, die entweder konfliktiv (durch Kämpfe) oder unkonfrontativ (durch die Unterwerfung unter Klientelstrukturen) erreicht wurde. Man könnte insofern behaupten, dass sich die populären Aktionen zwar gegen den Staat richten, eine gleichberechtigte Verhandlungsposition mit ihm anstreben oder sich ihm unterwerfen, aber niemals ohne den Staat existieren können. Das führt dazu, dass der Widerstand gegen den Neoliberalismus in Venezuela – anders als im Rest Lateinamerikas, wo sich populäre Organisationen und Sektoren aufgrund der neoliberalen Hegemonie vom Kampf um den Staat abwandten und außerhalb von diesem eine eigenständige politische Kraft aufzubauen versuchten – schnell zu einem Kampf gegen die Regierung und *für* die Transformation des Staates wurde. Das fand in den Forderungen nach Rücktritt der alten

³ Gramsci verwendet die Begriffe »zivile« und »politische Gesellschaft« in Zusammenhang mit seinem Konzept des »erweiterten Staates«. Die »politische Gesellschaft« wird vom eigentlichen Staatskörper repräsentiert, die »zivile Gesellschaft« sind alle jene öffentlichen politischen und kulturellen Akteure und Prozesse, mit denen Hegemonie, d.h. Regierbarkeit, hergestellt wird (Anm. d. Übs.).

Regierung, einer Verfassunggebenden Versammlung und schließlich der populären Unterstützung für die Regierung Chávez seinen Ausdruck.

Analog dazu hat die Unterstützung der populären Massen für den Präsidenten in den Jahren seit 1999 nicht unbedingt den Verlust von Autonomie oder ein Ende der konfliktiven Beziehungen zum Staat bedeutet, wie man es bei der traditionellen Gegenüberstellung von sozialen Bewegungen und staatlicher Sphäre eigentlich hätte erwarten sollen.

Drittens werden die sozialen Bewegungen gewöhnlich über ihren Mangel, also als defizitäre Subjekte verstanden. Das führt zu einer Wahrnehmung als »Opfer« (ihr Leiden muss sichtbar gemacht werden und man muss ihnen Anerkennung verschaffen) und verlangt nach einer Politik, die die unbefriedigten Bedürfnisse verwaltet. Das populäre Subjekt in Venezuela hingegen zeichnet sich durch einen Prozess der Selbst-Affirmation von unten aus, seine Aktionen lassen sich nicht einfach in Bedürfnisse übersetzen. Es ist unregierbar; der Überschuss, nicht der Mangel definiert es. Das erklärt auch seine rasante Politisierung, denn es sind nicht die spezifischen Forderungen oder Bedürfnisse, die es auf die Straße treiben, sondern die Rebellion gegen eine Ordnung, die es zum absoluten Mangel reduziert.

Tatsächlich besteht eine der größten politischen Gefahren in Venezuela heute in dem Versuch, die Kraft dieses widerspenstigen und subversiven Subjekts zu bändigen, seine Aufsässigkeit durch Klientelbeziehungen zu zähmen und es in jene Ordnung der Bedürfnisse zurückzuführen, in der der Staat Bedürfnisbefriedigung gegen Unterwerfung tauscht.

Man könnte also zusammenfassen: Während sich soziale Bewegungen durch sektorale und fragmentierte Forderungen auszeichnen, ist das vielschichtige und molare populäre Subjekt fähig, verschiedene Forderungen zu verbinden und in der Politisierung der Mobilisierung über die ursprünglichen Forderungen hinauszugehen. Das populäre Subjekt setzt sich über jene Segmentierungen hinweg, mit deren Hilfe ein neuer, entpolitisierender und voneinander isolierender Kooperativismus begründet werden soll. Die Aktion veranlasst dieses Subjekt dazu, seine Forderungen ständig zu erweitern. Es will immer mehr.

In der akademischen Debatte werden gewöhnlich die subjektiven Aspekte, die kulturellen Praktiken und Forderungen der so genannten sozialen Bewegungen hervorgehoben. Deren Existenz zielt darauf ab, Anerkennung für unsichtbare Gruppen zu erkämpfen, neue Subjektivitäten und »Lebenswelten« zu generieren. Mehr als um Gleichheit geht es dabei um die Produktion und Anerkennung der Differenz. Im venezolanischen Fall entsteht – auch wenn eigene, differente Subjektivitäten (das »Barrio« oder der »Gauerner« und seine kulturellen, ästhetischen und diskursiven Ausdrucksformen)

sichtbar geworden sind und neue gesellschaftliche Beziehungen hervorgebracht haben (die Vollversammlung, das Fest, die Straße als sozialen Ort) – die Differenz aus brutaler Ungleichheit und Exklusion und ist somit Ausdruck, nicht Programm der Subjektivität. Die Reaktion auf den neuen Rassismus und seinen symbolischen, mit der Klassensegregation der letzten Jahre einhergehenden Ausschluss stellt einen grundlegenden Bestandteil der politischen Aktion dar – fast schon in Form der Provokation: »Wir sind die Horde, die »Affen«, die Kriminellen, die Zahnlosen!«. Doch das populäre Subjekt beschränkt sich nicht darauf. Das Kulturelle ist nicht mehr als eine Form, denn es geht nicht um die ästhetische Bekräftigung oder eine symbolische Anerkennung der Differenz, sondern darum, die Eliten herauszufordern und die den »Differenzen« zugrunde liegenden Ungleichheiten hinwegzufegen. Das führt uns zu einer ersten Unterscheidung:

Die sozialen Bewegungen, wie sie in der soziologischen Literatur und im politischen Diskurs verhandelt werden, besitzen keinen Bezug zur Klassenzusammensetzung der Gesellschaft, zum Konflikt zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Armen und Macht. Der Begriff löst die Widersprüche auf und rückt andere Konflikte in den Mittelpunkt: sexuelle und Gender-Differenz, Umweltkämpfe, kulturelle Anerkennung. Die Ungleichheit verliert jede politische Dichte, büßt ihren strukturellen Anker ein und hört auf, die herrschende Ordnung in Frage zu stellen, um sich in ein »technisches« Problem zu verwandeln, das mit der Expansion der liberalen Demokratie und des Marktes überwunden werden kann.

Die auf der Differenz beruhenden Forderungen stellen die Ordnung nicht in Frage, sondern legitimieren die – gegenüber den neuen Differenzen sensibilisierte – Ordnung. Die Differenzen werden bearbeitet, ohne dass die Ausbeutungs- und Exklusionsbeziehungen angetastet werden. Die populären Kämpfe in Venezuela hingegen haben einen Klassencharakter; es geht ihnen weder um die »Sphäre der kulturellen Reproduktion« noch um Teilforderungen. Sie suchen vielmehr die direkte Konfrontation mit der ökonomischen und sozialen Ungleichheit und ihren Verantwortlichen: den ökonomischen Eliten und ihren Regierungen. Diese Position negiert andere Kämpfe nicht, sondern schließt sie auf der Seite der Ausgebeuteten und ihrer Emanzipation ein. Die Rolle der Frauen bei Straßenprotesten und in der Organisation der Armenviertel, die Forderung nach mehr Rechten für die indigenen Völker, die Mobilisierung von sexuell-diversen Gruppen und die Umweltkämpfe werden in dem Maße, in dem es ihnen gelingt, Teil der Mobilisierung der Armen und Exkludierten zu werden, politischer und systemfeindlicher.

Schließlich kann man behaupten – ohne dass ich das an dieser Stelle erschöpfend behandeln kann –, dass sich die sozialen Bewegungen mit einer

Beteiligung zufrieden geben, die man als Management organisierter Partikularinteressen gegenüber einem alten, sozialdemokratischen, für inkompetent und paternalistisch gehaltenen Staat beschreiben könnte. Der Begriff der Partizipation, der als politische Formel oft in Verbindung mit sozialen Bewegungen auftaucht, ersetzt soziale Veränderung durch lokale Praktiken der Interessenvertretung und erlaubt es dem Staat damit, sich seiner Aufgaben zu entledigen. Die politische Aktion wird auf diese Weise durch die technische Verwaltung sozialer Probleme substituiert. Die populäre Mobilisierung hingegen lässt sich von institutionellen Mechanismen und Managementpraktiken nicht in Besitz nehmen. Sie setzt auf Aneignung und Unterbrechung, nicht auf Partizipation. Sie will die politische und ökonomische Macht zurückdrängen und die Politik neu etablieren, indem sie ihren Sinn erweitert und neue Forderungen hinzufügt: die Besetzung von Land und Gebäuden, die Aneignung von verweigerten Gütern, Straßenblockaden anstelle der institutionellen Lobby.

Die sozialen Bewegungen ersetzen, zumindest so wie der Begriff heute in den hegemonialen Diskursen verstanden wird, den Widerspruch Kapital-Arbeit oder den Kampf zwischen dem Popularen und dem Oligarchischen durch eine Spannung zwischen Zivilgesellschaft und Staat. Diese Spannung wird nicht in Begriffen der Emanzipation gedacht und durch den Aufbau direkter Demokratie konfrontiert, sondern als Gegenüberstellung von Politik und Verwaltung verstanden. Die Bedeutung, die der Staat als zentrales Instrument der Klassenherrschaft und des ökonomischen Kommandos besitzt (in dieser Hinsicht erfüllt der venezolanische Rentenstaat, der das Öleinkommen in privatkapitalistische Hände umleitet und die Kontrolle der subalternen Klassen durch Klientelpolitik gewährleistet, eine ähnliche Funktion wie die Wohlfahrtsstaaten in den Industrieländern), zieht einen hohen Politisierungsgrad der sozialen Mobilisierungen nach sich. Diese nehmen die Form einer politischen Organisation an und streben die Kontrolle des Staates durch verschiedene Klassen an oder artikulieren sich als Kampf *gegen* den Staat, um Forderungen und soziale Veränderungen durchzusetzen. Das neoliberale Projekt will den Staat zur repressiven Maschine degradieren (der Polizeistaat und militarisierete Kontrolltechniken ersetzen die Klientel- und Umverteilungspraktiken, die exkludierte Bevölkerungsgruppen ruhig gestellt haben) und verwandelt Aufgaben, die zuvor in den Zuständigkeitsbereich des Staates fielen, in »gesellschaftliche Probleme«, die von strukturellen Verhältnissen und dem Klassenwiderspruch völlig losgelöst sind. Lösungen dieser Probleme werden auf diese Weise nur noch als Interessenverwaltung und technisches Management gedacht.

In diesem Sinne trifft der Begriff der »sozialen Bewegung« in Venezuela am ehesten auf die – parallel zum Entstehen des neuen populären Subjekts ablaufenden – Organisationsprozesse der Mittel- und Oberschicht in den wohlhabenden Stadtvierteln zu. Ab Ende der 1980er Jahre entstehen dort zahllose Nachbarschaftsorganisationen, Eigentümerversammlungen und von den damaligen Regierungen geförderte Nichtregierungsorganisationen, die sozialpolitische Maßnahmen für die marginalisierten Bevölkerungsteile umsetzen. Auch diese Gruppen sind ein Ausdruck der Repräsentationskrise, wurden aber als Instrumente konzipiert, um einen den Partikularinteressen organisierenden und verwaltenden Korporativismus zu stärken. Sie setzen auf formale Organisationsstrukturen, um Zugang zu Ressourcen zu erhalten. Auf diese Weise artikuliert sich ein Diskurs, der – indem er dem ineffizienten Interventionsstaat die dynamische und unternehmerische Zivilgesellschaft entgegensetzt – das neoliberale Projekt in den 1990er Jahren legitimiert und nach dem Kollaps der traditionellen Parteien bei den Wahlen 1998 zum Fundament der Opposition gegen den bolivarianischen Prozess wird. Auch wenn sich dieser Diskurs gegen alte Repräsentationsformen wendet, zielt er doch nur darauf ab, diese durch die *Partizipation*, verstanden als Interessenverwaltung der vom Staat aufgegebenen Kompetenzbereiche, zu ersetzen.

Demokratie der Straße und bolivarianische Revolution

Der gewalttätige und unkontrollierbare Aufstand des neuen populären Subjekts reißt die repräsentative Demokratie in Venezuela in den 1990er Jahren in den Abgrund. Vielleicht aufgrund seiner Natur etabliert dieses Subjekt jedoch kein alternatives Modell, geht also nicht über eine massive und allgemeine Ablehnung des Bestehenden hinaus. Die populäre Aktion verhindert ein ums andere Mal, dass sich der herrschende Block neu formiert: Die Privatisierungen im öffentlichen Dienst und in den Staatsbetrieben werden verhindert, die Benzinpreiserhöhung muss zurückgenommen werden, die Arbeitsreform wird fast ein Jahrzehnt lang verschleppt, die Regierung kann die geplante Kürzung der Sozialausgaben in Anbetracht des allgemeinen Widerstands nicht durchsetzen. Gleichzeitig bringt die populäre Mobilisierung aber auch keine Alternative hervor, die die Blockadesituation mit Hilfe einer nicht-neoliberalen Strategie durchbricht. Die Antwort des populären Subjekts ist immer wieder einfach nur Widerstand, Straßenblockade, die Schaffung flüchtig befreiter Räume und von Praktiken, die die Herrschaft herausfordern, aber keine neue Ordnung etablieren.

In diesem Zusammenhang etabliert sich ein instabiles Gleichgewicht. In Anbetracht der Krise sowohl des Rentenmodells als auch der repräsentativen

tiven Demokratie können weder die Herrschenden eine Lösung erzwingen noch die Subalternen eine Alternative entwickeln, die über die Verhinderung der herrschenden Politik hinausreicht. 1992 kommt es zu den Aufständen fortschrittlicher Militärs, die dem Wahlsieg eines ihrer Anführer, des Oberstleutnants Hugo Chávez, sechs Jahre später den Weg bereiten. Erst dadurch kann die Blockadesituation zugunsten des popularen Blocks durchbrochen werden.

Das von den neuen Akteuren verfolgte Projekt beschränkt sich auf eine so einfache wie mächtige Parole: Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung, die die Grundlage für eine neue Republik legt (der bolivarianischen Geschichtsschreibung zufolge handelt es sich um eine fünfte Republik – nach den drei Republikgründungsversuchen während des Unabhängigkeitskrieges und jener vierten Republik, die, wie es heißt, das Programm Bolívars verraten und eine oligarchische Regierung etabliert hat). Die Forderung nach einer Verfassungsgebenden Versammlung wurde erstmals während des Putschversuchs von Februar 1992 von linken Intellektuellen und Teilen der popularen Bewegungen ins Gespräch gebracht, von den aufständischen Militärs dann jedoch schnell aufgegriffen. Chávez macht sie später zu einem zentralen Punkt seines Programms.

Es mag überraschen, dass sich die Armen in einem von massiver Arbeitslosigkeit, Armut, Exklusion und Ungleichheit geprägtem Land für eine so abstrakte Forderung wie die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung begeistern konnten. Doch genau das zeugt vom Charakter der popularen Mobilisierung in Venezuela. Sie besitzt einen hochpolitischen Charakter: Die Forderungen beschränken sich nicht auf soziale Verbesserungen oder Teilreformen. Das populare Subjekt will eine radikale Veränderung der Ordnung, wie sie die Verabschiedung einer neuen Verfassung verspricht. Des Weiteren wird die Verfassungsgebende Versammlung als populärer Prozess »von unten« verstanden, der die subalternen Klassen anerkennt und einbindet, also als Debatten- und Mobilisierungsraum, der die Neugründung des Landes und die Unterbrechung der herrschenden Macht ermöglicht. Tatsächlich zielen Wahlversprechen und -programm von Chávez nicht auf eine Umverteilung ab, sondern auf die Mobilisierung, Einbindung und politische Anerkennung des popularen Subjekts, das ein Jahrzehnt zuvor auf der politischen Bühne aufgetaucht war.

Von ihrer Einberufung an setzt die Verfassungsgebende Versammlung eine breite gesellschaftliche Beteiligung in Gang. Außerdem etabliert sie, über ihre formale, im Dezember 1999 endende Existenz hinaus, eine neue Gegenüberstellung zwischen politischen Eliten und populärer Mobilisierung, die in den Begriffen »konstituierte« vs. »konstituierende Macht« artikuliert wird.

Die Zeit zwischen dem Regierungsantritt Chávez' im Februar 1999 bis zu seinem Sieg im Abwahlreferendum 2005 ist erneut durch eine intensive populäre Mobilisierung charakterisiert, durch die die Repräsentation und Delegation der Macht beständig unterlaufen wird (selbst die der eigenen Führungsinstanzen und der chavistischen Regierung). Chávez wird – paradoxerweise – als absolute Negation dieser Repräsentation betrachtet: der Kommandant, der die Abwesenheit eines Chefs gewährleistet, der Caudillo als Garant der Selbstbestimmung. »Mit Chávez regiert das Volk«, lautet eine der populärsten Parolen.

In diesem Zeitabschnitt behält die politische Massenaktion ihren klar antiinstitutionellen Charakter. Sie ist widerständig, und ihr Programm zielt auf die Selbstaffirmation des popularen Subjekts ab. Neben der politischen Debatte auf der Straße, die während des Verfassungsgebenden Prozesses 1999 ihren Höhepunkt erreichte, liegt der Schwerpunkt auf der direkten Aktion: Straßenproteste, die Besetzung von Institutionen, Fabriken, Land und Gebäuden oder Aktionen gegen die Destabilisierungsversuche der bürgerlichen Opposition. Die unerwartete Mobilisierung vom 12. und 13. April 2002, mit der innerhalb von 48 Stunden der reaktionäre Staatsstreich gegen Chávez in die Knie gezwungen wurde, oder die selbstorganisierten Aktionen, durch die der Unternehmer-Lockout im Dezember des gleichen Jahres besiegt wurde, sind sowohl Ausdruck der popularen Macht als auch ihrer Autonomie gegenüber den Institutionen. Letztere nahmen zwar für sich in Anspruch, die politische Führung des popularen Prozesses übernommen zu haben, hatten aber während des reaktionären Staatsstreichs in den Apriltagen von 2002 jede Initiative eingebüßt oder wirkten sogar demobilisierend.

Nach der Niederschlagung des rechten Putschversuchs entwickelt die Regierung verschiedene Mechanismen, um die populäre Partizipation, die bis dahin eher chaotischen und tumultartigen Charakter gehabt hatte, zu formalisieren. Die wichtigsten, in Momenten der politischen Konfrontation entstandenen Beteiligungsformen können in diesem Sinne als populäre Ererungenschaften verstanden werden. Auf jede Krise, die dank der popularen Mobilisierung überstanden wird, erfolgt eine Ausweitung der Partizipationsformen und der Übertragung von Macht. So entstehen beispielsweise die *Mesas Técnicas de Agua* (ein Mechanismus der Ko-Verwaltung der Wasserversorgung, bei dem die Regierung und die Bewohner von Armenvierteln zusammenarbeiten) oder die Genossenschaften. Beides sind Mittel zur Teilhabe an der ökonomischen Aktivität. Schon etwas früher, nämlich nach dem ersten Unternehmerstreik Ende 2001, werden die Bolivarianischen Zirkel (*Círculos Bolivarianos*) gegründet und Anfang 2002 schließlich die städtischen

Landkomitees (eine Struktur der Armenviertel zur umfassenden Regularisierung von Land). Nach dem Staatsstreich und dem Unternehmerstreik 2002 folgten die Sozialprogramme *Misión Barrio Adentro* (zur Gesundheitsversorgung der Armenviertel) und verschiedene Bildungsmissionen. Auch sie sind als Partizipationsmechanismen zu sehen, da sie, ausgehend von der Selbstorganisation der Armenviertel,⁴ den subalternen Klassen den Zugang zu Gesundheit und Bildung eröffnen.

Doch neben der Anerkennung der Basis und einer Übertragung der Macht werden die Programme auch als Instrumente genutzt, um die gleichermaßen unkontrollierbare wie effiziente populäre Mobilisierung zu kanalisieren. Derselbe aufständische Impuls der mobilisierten Plebs, der die bürgerlichen Putschversuche in die Knie gezwungen hatte, verwandelt sich aus Sicht der neu entstehenden politischen Eliten in eine unbequeme Kraft, die es zu zähmen gilt. Diese Kooptationsversuche scheitern jedoch – zum einen, weil sich die mobilisierten Massen ihrer Macht bewusst geworden sind und jedem Unterwerfungsversuch ablehnend gegenüberstehen, zum anderen aber auch wegen des Regierungsdiskurses selbst. Vor allem Präsident Chávez hält die Mobilisierung in Gang, indem er einerseits zwar zu Ordnung und Disziplin, andererseits aber auch zu Ungehorsam und Rebellion aufruft. Diese Spannung zwischen der stürmischen und ungehorsamen Volksmacht – die sich stets auf Chávez als Zeichen beruft und in den Straßenkämpfen vom Februar 1989 ihre Wurzeln hat – und einer letztlich für die Staatsbürokratie funktionalen Partizipation, also der Widerspruch zwischen dem revolutionären Impuls und seinem möglichen *Thermidor*, durchzieht den bolivarianischen Prozess der vergangenen Jahre.

Von der Horde zu den *Consejos Comunes*

2003 wurden die so genannten – und in der Verfassung von 1999 bereits angelegten – lokalen Planungsräte (*Consejos Locales de Planificación Pública*) geschaffen. Auch wenn diese im öffentlichen Leben der subalternen Klassen nur geringe Bedeutung besaßen und das Interesse an ihnen schnell verflog, markierte ihre Gründung doch einen taktischen Kurswechsel in der Beziehung zwischen Regierung und popularem Subjekt. Die »Planungsräte« sind eine Variante des Bürgerhaushaltes, der ausgehend von den Erfahrungen in

⁴ Aufgrund der schweren Staatskrise wurden die »Missionen« zunächst in einer Art Ko-Regierung umgesetzt: Der venezolanische Staat stellte technische Hilfsmittel zur Verfügung oder übernahm die Bezahlung der kubanischen Ärzte, während die Selbstorganisation der Armenviertel für Klassen- und Untersuchungsräume oder die Unterbringung der Ärzte sorgen musste. Damit brachen die Missionen vorübergehend mit der paternalistischen Sozialpolitik des traditionellen Klientelstaates (Anm. d. Übs.).

Porto Alegre/Brasilien in den 2000er Jahren von Regierungen ganz verschiedener ideologischer Couleur übernommen wurde. Diese Bürgerbeteiligung stellt im venezolanischen Kontext einen bedeutsamen Wandel in den Formen der Beteiligung von unten dar. Obwohl frühere Partizipationsformen die Entscheidungsmacht von unten zumindest rhetorisch akzeptierten, wurden die Konflikte nicht weniger. Im Gegenteil, diese wurden auf institutionellem Terrain sogar gefördert, was auf einen Machtverlust für einen der involvierten Akteure hinauslief. Als Folge kam es häufig zu Spannungen zwischen den Regierungsinstitutionen und den aufstrebenden populären Akteuren. So demonstrierten Genossenschaften gegen die sie unter Vertrag nehmenden staatlichen Einrichtungen, verlangten Nachbesserungen bei den Verträgen oder setzten sich gegen ein verdecktes Outsourcing zur Wehr. Im Fall der *Comités de Tierra Urbana* (CTU) konnten diese – ohne dass das einen Widerspruch dargestellt hätte – an einem Tag mit den Verantwortlichen der Wohnungsbaupolitik verhandeln und am nächsten auf der Straße gegen die institutionelle Politik demonstrieren.

Mit den *Consejos Locales de Planificación Pública* (CLPP) sollte dieses Spannungs- und Konfliktverhältnis durch eine Institutionalisierung geklärt werden. Das Problem war dabei nicht nur, dass die Vertreter dieser Planungsräte von einer kleinen Zahl von AktivistInnen gewählt wurden (eine Teilnahmebedingung war die Gründung einer formalen Organisation, womit der bis dahin vorherrschenden Praxis offener Vollversammlungen ein Ende bereitet wurde), sondern auch, dass die Aufgabe der CLPP sich darauf beschränkte, Projekte für den regulären Gemeindehaushalt zu präsentieren. Auf diese Weise wurden Stadtteile und Organisationen in eine Konkurrenz um staatliche Finanzmittel gedrängt und Konflikte zwischen ihnen gefördert. In der Folge breiteten sich bürokratische und Klientelpraktiken aus, mit denen die Gemeinschaften die Gunst institutioneller Entscheidungsträger zu gewinnen suchten.

Eine der entscheidenden (und schon früh kritisierten) Beschränkungen der CLPP lässt sich weiterhin auf die »Beteiligung zweiten Grades« zurückführen: Die Macht wurde in Händen von Delegierten konzentriert, deren Kommunikation mit der Basis gering war. In Anbetracht dessen, dass die institutionelle Kultur in Venezuela zur Schaffung von enormen, diskret verwalteten Sonderhaushalten tendiert, blieben die CLPP mit ihrer auf die Beteiligung am formalen Gemeindehaushalt begrenzten Entscheidungskompetenz in der Praxis faktisch bedeutungslos.

Zwei Jahre später wurde dann das Gesetz der *Consejos Comunes* verabschiedet, mit dem die Begrenztheit der CLPP durch die Schaffung von territorialen Basiseinheiten überwunden werden sollte. Im Unterschied zu den

CLPP sollen die *Consejos Comunales* Lokalprojekte direkt planen und ausführen können. Doch das Vorhaben geht noch darüber hinaus. Die *Consejos Comunales*, deren Gründung mit der Erklärung des sozialistischen Charakters der boliviarischen Revolution zusammenfällt, werden als Schritt in Richtung einer Räte Demokratie und einer neuen, auf Volksmacht beruhenden staatlichen Architektur betrachtet. Das neue Projekt wurde schnell aufgegriffen und im ganzen Land entstanden Tausende derartiger Räte.

Wie schon erwähnt, ist der Aufbau neuer, über die Repräsentationsmodelle hinausgehender Demokratieformen seit der Verfassungsgebenden Versammlung und der Definition Venezuelas als »partizipative und protagonische Demokratie« Bestandteil des vom Chavismus proklamierten boliviarischen Programms. Die Schaffung von Volksmachtstrukturen wie den *Consejos Comunales* war in diesem Sinne eine notwendige und logische Maßnahme.

Tatsächlich können die *Consejos Comunales* als Ergebnis eines Akkumulations- und Ausdehnungsprozesses der Demokratie von unten, als eine vom antiliberalen Widerstand zur sozialistischen Perspektive führende demokratische Radikalisierung verstanden werden. In diesem Sinne stellen sie einen qualitativen und quantitativen Sprung der popularen Beteiligung dar. Aber da sie in einem Moment entstehen, in dem der Staat aufgrund der Niederlage der Rechten das politische Kommando zurückerlangt hat und seine Kassen wieder gut gefüllt sind, und da sie eher Ergebnis einer staatlichen Initiative denn einer popularen Selbstorganisation sind, bergen sie auch die große Gefahr einer Institutionalisierung und Zähmung der popularen Macht.

Die konkrete Umsetzung des Gesetzes – sowohl, was die Definition der *Consejos* angeht, als auch die Art und Weise, wie viele von ihnen praktisch entstanden (nämlich auf Initiative von Institutionen, die sich auf diese Weise die Kontrolle über die Räte sichern wollten) – hat diese Gefahren verschärft. Dazu kommt außerdem, dass die *Consejos* nur als Mittel der lokalen, kommunalen Verwaltung verstanden werden und wenig oder keine Entscheidungsmacht in der gesamtstaatlichen Politik für sie vorgesehen ist. Vor diesem Hintergrund haben die *Consejos Comunales* hauptsächlich die Funktion erfüllt, lokale Projekte zu formulieren und mit transferierten Ressourcen umzusetzen. Das hat die Beteiligung auf den beschränkten Rahmen der örtlichen Gemeinschaft reduziert, von strukturellen Prozessen abgekoppelt und die Räte zu einem Vermittler zwischen dem finanzierenden Staat und der lokalen Gemeinschaft degradiert. Außerdem führt die Bemühung um eine Verbesserung lokaler Lebensverhältnisse zu einer Isolation und Konkurrenz der Räte, die untereinander um die Bewilligung von Projekten konkurrieren. Dadurch werden Klientelbeziehungen zum Staat und die Fragmentierung von Kämpfen in strikt lokale Initiativen zusätzlich begünstigt.

Im Unterschied zu anderen rätedemokratischen Modellen, die mit einem klaren Klassencharakter entstanden – entweder, weil sie in der Fabrik geboren oder von organisierten Arbeitern angeführt wurden – setzen die *Consejos Comunales* auf das Territorium und das Subjekt der *Gemeinschaft*, was den Klassencharakter der Widersprüche und damit auch des Kampfs um die Macht in der Regel verschleiert. Die in Unternehmen entstandenen oder sich auf die Arbeiterklasse stützenden Räteerfahrungen der Vergangenheit beruhen auf dem historischen Verständnis, dass der Kampf um die Produktionsbeziehungen die Grundlage der politischen Macht ist. Nun ist zwar richtig, dass die Produktion oder zumindest die Fabrik nicht mehr das Zentrum von Herrschaft und Klassenkampf repräsentiert – das kann man auch daran erkennen, dass das Subjekt der Veränderungen in Venezuela nicht der industrielle Arbeiter ist. Andererseits muss man aber auch in Frage stellen, ob die Gemeinschaft (*comunidad*) heute diese Rolle spielt und ob sich Herrschaftsbeziehungen und die Möglichkeit, sie durch demokratische Beziehungen und Macht von unten zu ersetzen, wirklich in erster Linie in abgegrenzten Territorien artikulieren. In anderen Worten: ob die in lokalen Kämpfen gebundene (Stadtteil- oder Dorf-) Gemeinschaft objektiv Quelle einer Macht sein kann, die den Subalternen Souveränität und Führung der gesamten Gesellschaft ermöglicht.

In der Praxis beschränken sich viele *Consejos Comunales* auf die Verwaltung von Ressourcen und managen die Beziehungen zwischen Basis und Staat. Zweifellos hat auch diese begrenzte Tätigkeit insofern wichtige Ergebnisse gezeitigt, als sie die Verbesserung der Lebensumstände besonders von marginalisierten Gemeinschaften ermöglicht hat. Außerdem haben in den Räten wichtige Lern- und Erfahrungsprozesse stattgefunden, die die lokalen Akteure in einem propädeutischen Effekt auf größere Aufgaben vorbereiten. Doch ohne die zahlreichen und wichtigen Ausnahmen zu verkennen, muss man im Großen und Ganzen doch festhalten, dass es zu einer Befriedung, Demobilisierung und Entpolitisierung der Volksmacht gekommen ist. Die Räte haben sich von den Klasseninteressen und jenen politischen Gesamtprojekten gelöst, die Voraussetzung ihrer Politisierung waren. In dieser Hinsicht ist ein Übergang von der Mobilisierung zur Verwaltung, vom Konflikt mit dem Staat zum Assistenzialismus, von der popularen Macht zur Unterordnung zu beobachten.

Die rechte Opposition und ihre Medien dämonisieren die *Consejos Comunales* in der Regel als von der Regierung kontrollierte Instrumente, durch die Pluralismus und Demokratie in Gefahr sind. Diese Darstellung ist nicht nur falsch (die Struktur der *Consejos* ermöglicht ganz unterschiedlichen Gemeinschaften die Organisation, d.h. in Mittelschichts- und Reicheviertel

besitzen antichavistische Gruppen eine Hegemonie in ihnen), sondern verdeckt auch die eigentliche Gefahr für die Demokratie. Im Gegensatz zu den Thesen der Opposition besteht die große Gefahr nicht in einer politischen Instrumentalisierung der Räte, sondern im Gegenteil in ihrer Entpolitisierung, in der Beseitigung ihres revolutionären und transformatorischen Gehalts, in der Durchsetzung einer von Assistenzialismus und Verwaltungspraktiken bestimmten Beziehung zwischen Staat und Volk. Was tatsächlich in Gefahr ist – das lässt sich auch an den schlechten Ergebnissen des Regierungslagers bei den Wahlen 2010 ablesen –, ist das auf der populären Mobilisierung beruhende und von ihr getragene chavistische Projekt selbst.⁵

Die Gemeinschaft (*comunidad*) als Subjekt von Volksmacht

Damit kommen wir zum zweiten Exkurs in diesem Aufsatz: Ist der Begriff der »Gemeinschaft« eine Kategorie, um – wie es sich im politischen Diskurs der letzten Jahre durchgesetzt hat – die Demokratie von unten zu entfalten?

Der Begriff hat in der westlichen soziologischen Debatte ein breites Echo gefunden. Sowohl im utopischen Sozialismus also auch in den frühen Arbeiten der Sozialwissenschaften hat das Konzept der Gemeinschaft eine nostalgische, dem Individualismus der modernen Gesellschaft kritisch gegenüberstehende Bedeutung erlangt. Auf der anderen Seite ist die *Comunidad* in Lateinamerika zu einem wichtigen politischen Konstrukt geworden, um sich dem homogenisierenden und rassistischen Charakter des Nationalstaats zu widersetzen. In diesem Sinne sind politische Programme entstanden, die – wie der Katarismus in der bolivianischen Hochebene oder des Zapatismus der indigenen Völker in Chiapas/Mexiko – auf bäuerliche und indigene Traditionen zurückgreifen.

Die jüngere Rezeption des Begriffs speist sich jedoch weniger aus diesen Quellen als aus den konservativen Diskursen der neoliberalen Regierungen in den Metropolenstaaten. In diesen bietet der Kommunitarismus eine effiziente ideologische Alternative sowohl zu den universalistischen Bürgerdiskursen der von der Macht entfernten Sozialdemokratie als auch zu den Klassendiskursen der Linken. Die »Gemeinschaft« widersetzt sich jedem Universalismus, entpolitisiert universelle, dem Wohlfahrtsstaat zugrunde

⁵ Ein Kennzeichen, das der boliviarische Prozess in Venezuela mit den Erfahrungen anderer gewählter Linksregierungen auf dem Kontinent teilt, ist, dass er an den Wahlurnen ständig »einer Prüfung« unterzogen werden muss. Das verleiht ihm einen kontinuierlichen plebiszitären Charakter und macht eine intensive populäre Mobilisierung notwendig. Zudem werden die Wahlen dadurch, und im Gegensatz zur Situation in den meisten anderen Ländern, wo Wahlen entpolitisierend und demobilisierend wirken, zu einem Politisierungs- und Mobilisierungsmoment.

liegende Forderungen und deslegitimiert politische Programme, die auf eine Transformation der sozialen Strukturen abzielen.

In dieser Hinsicht ist der Begriff der Gemeinschaft, zumindest so, wie er in den vorherrschenden politischen Programmen sowohl von Neoliberalen als auch von Progressiven verwendet wird, *blind gegenüber dem Klassenunterschied*. Die Differenz zwischen einer marginalisierten, um ihr Recht auf Grundgüter kämpfenden Gemeinschaft und einer Mittelschichtssiedlung, die sich organisiert, um sich vor Fremden zu verteidigen oder die Sicherheit zu erhöhen, verschwimmt. Der Begriff der Gemeinschaft *entpolitisiert*, weil er ihrer Natur nach universelle politische Forderungen in Partikularforderungen auflöst, die ohne eine Veränderung von Macht- und Herrschaftsbeziehungen verwaltbar sind. Er *demobilisiert*, weil die Betonung des Lokalen in marginalisierten und pauperisierten Gemeinschaften die zugrundeliegenden, systemischen und deshalb außerlokalen Zusammenhänge kaschiert. Schließlich fördert die Zentralität der Gemeinschaft in den politischen Beziehungen *konservative Praktiken und Werte*, da das Primat der lokalen Interessen dazu führt, »Fremde« misstrauisch zu beäugen, auch wenn sie zur gleichen Klasse wie man selbst gehören.

Selbstverständlich geht es nicht darum, die Bedeutung von lokalen Organisationsprozessen in Lateinamerika oder die transformatorische Dimension der Form Gemeinschaft⁶ als Ort zu verkennen, an dem neue, auf Solidarität und Gleichheit beruhende soziale Beziehungen entstehen, sondern darum, auf die Gefahren einer unkritischen Rezeption des Begriffs für die politische Praxis hinzuweisen. Es ist kein Zufall, dass die Gemeinschaftsrhetorik sowohl im venezolanischen Prozess als auch im Diskurs der rechten Uribe-Regierung in Kolumbien (2002-2010) eine zentrale Position einnimmt.

Der populäre Protagonismus in Venezuela: Herausforderungen und Risiken

Mit der politischen Niederlage des reaktionären Blocks im Referendum 2004 und der Rückaneignung der ökonomischen Interventionsmacht des Staates, die sich in der Re-Nationalisierung der Erdölindustrie 2003 und den in den Folgejahren stark steigenden Staatseinnahmen manifestierte, ist der 1989 einsetzende Kollaps des neoliberalen Projekts zu einem Abschluss gekom-

⁶ García Linera, Álvaro (o.A.). *La Potencia Plebeya. Acción colectiva e identidades indígenas, obreras y populares en Bolivia*, La Paz: Instituto Internacional de Integración del Convenio Andrés Bello

men. Das Ergebnis ist die Stärkung der Regulations-, Produktions- und Verteilungsmacht des Staates. Nach dieser Niederlage des Neoliberalismus droht nun jedoch eine Rückkehr des Staatskapitalismus, wie er die venezolanische Geschichte von 1958 bis in die 1980er Jahre hinein prägte und der von der zentralen Rolle des Staates bei der Aneignung und Verteilung der Erdölrente bestimmt war. Das bringt das Entstehen neuer, von staatlichen Investitionen abhängiger Wirtschaftseliten, aber auch die Kanalisierung und Zähmung der popularen Mobilisierung mit sich, insofern diese die sich neu entfaltenden Herrschaftsverhältnisse zu gefährden droht.

Die Neuformierung des Staates und des herrschenden Blocks (die mit dem Aufstieg neuer Eliten einhergeht) ist von Bemühungen begleitet gewesen, den popularen Protagonismus zu bändigen und die Mobilisierung durch institutionelle Beteiligungsmechanismen bzw. die populare Macht durch Klientelpraktiken zu ersetzen. Das Ziel ist eine Umverteilung der Erdöl-Rente anstatt einer Umverteilung der Macht; eine inhaltliche Entleerung der popularen Beteiligung, ihre Umwandlung in eine entpolitisierte Mitverwaltung, die weder den Staat noch die neuen Machtgruppen in Frage stellt.

Sozialismus ist jedoch nicht nur Umverteilung. Er impliziert populare Souveränität und die faktische Kontrolle des sozialen Produktionsprozesses durch das Volk. Wenn Volksmacht keine Macht zur Veränderung jener sozialen Beziehungen ist, die die Mehrheit von der Ausübung der Souveränität fernhalten; wenn sie auf die Verhandlung von Pfründen und Ressourcenverwaltung reduziert wird und auf eine Praxis verzichtet, die private Aneignung der sozialen Produktion in alter oder neuer Form zu unterlaufen, dann hat sie ihren Namen nicht verdient. Dann handelt es nur um eine fürsorgliche Verwaltung.

Bislang ist nicht endgültig entschieden, wohin sich der Prozess entwickelt. Neben den Tendenzen der Kooptation und Kanalisierung der Volksmacht gewinnen auch gegenteilige Praktiken an Bedeutung. Die neuen Erfahrungen mit der Arbeiterkontrolle in staatlichen Betrieben, in denen sich die Macht in der Konfrontation zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, in diesem Fall dem Arbeitgeber Staat, niederschlägt, oder die Indizien für den Verfall assistenzialistischer Politik und die daraus folgende Mobilisierung von *Consejos Comunales* und anderen zuvor demobilisierten Sektoren beweisen, dass es sich um ein offenes, von Spannungen und Konflikten durchzogenes Feld handelt – und nicht um eine irreversible Situation. Der Aufbau von Kommunen, in denen sich die *Consejos Comunales* und andere territoriale Einheiten zusammenschließen und legislative, wirtschaftliche und Verwaltungskompetenzen erhalten, eröffnet die Möglichkeit, Lokalismus und Verwaltungslogiken zu überwinden. Die verschiedenen Bündnis-

sätze zwischen Bauernprotesten, städtischen Bewegungen, Besetzungen und Arbeiterkämpfen und die Politisierung dieser sektorialen Kämpfe öffnen einer Artikulation zuvor fragmentierter Forderungen den Weg und zeugen von der Lebendigkeit des popularen Subjekts. Auch Präsident Chávez selbst hat die Notwendigkeit einer Re-Politisierung betont und zum popularen Protest gegen Regierungsinstanzen aufgerufen, mit dem die Bürokratisierung gestoppt werden soll.

Wie lässt sich die Gefahr eines Thermidors vermeiden, der die von der bolivariischen Revolution geweckten popularen Kräfte vernichten würde? Die Spannung zwischen der konstituierenden Macht, die der Revolution den Weg bereitet hat, und der drohenden Institutionalisierung ist vermutlich für jeden revolutionären Wandel charakteristisch. Gebannt werden kann die Gefahr nur durch die permanente Reaktivierung der subversiven, kreativen Kraft des Volkes.

Wir glauben nicht an Antworten, die fern der (die Fragen formulierenden) politischen Praxis entwickelt worden sind – erst recht dann nicht, wenn es sich um einen gänzlich neuen politischen Prozess wie dem venezolanischen handelt. Ein Weg kann nur durch die popularen Kämpfe, den Widerstand gegen Bürokratie und Kooptation gefunden werden. In jedem Fall wird es darum gehen, einen sich selbst tragenden Prozess der Erweiterung der Demokratie und der Macht von unten voranzutreiben. Zumindest in Venezuela gilt es, Selbstregierungserfahrungen, Verhandlungen mit dem Staat und Konflikte mit diesem miteinander zu verbinden.

Gleichzeitig müssen wir gemeinsame Interessen und eine kollektive Organisation der Macht artikulieren, die ohne Repräsentation und jede andere Form auskommt, durch die das Volk seiner Souveränität beraubt wird. Die Re-Politisierung des Prozesses und der Kämpfe von einem Klassenstandpunkt aus ist hierfür unerlässlich. Die venezolanische Gesellschaft ist weiterhin kapitalistisch und läuft in Gefahr, sich in eine staatskapitalistische zu verwandeln. Eine Stärkung der Demokratie von unten kann es deshalb nur geben, wenn die popularen Kämpfe und Praxen sich den Standpunkt der ausgebeuteten Klassen zueigen machen – sowohl hinsichtlich der von ihnen aufgestellten Forderungen als auch der Bündnisse. Die politische Aktion muss auf jene Bedingungen abzielen, die die Reproduktion des Kapitalismus sicher stellen und letztlich darüber entscheiden, wer die reale Macht besitzt.

(Übersetzung: Raul Zelik)

Der politische Prozess in Bolivien

Dilemmata und Spannungen zwischen
Staat und sozialen Bewegungen

»So wie bei dieser Art von Revolutionen üblich, entwirft die neue
Macht die Massen, die sie hervorgebracht haben.«

René Zavaleta

Der so genannte Transformationsprozess in Bolivien hat heute ebenso viele Bedeutungen, wie es politische Interessen gibt, die ihm einen bestimmten Inhalt zu verleihen versuchen. Die Notwendigkeit, sich zu legitimieren, veranlasst die staatlichen Autoritäten, den Prozess als »Revolution« zu bezeichnen, und die konservativsten oligarchischen Sektoren akzeptieren diese Bezeichnung, geben ihm jedoch die negativste, von antikommunistischen Ängsten beherrschte Bedeutung. Diese Polarität wird jedoch relativiert, wenn man sieht, wie pragmatisch einheimische Unternehmerverbände, internationale Regierungen und ausländische Firmen die Wirtschaftspolitik der Morales-Regierung in verschiedener Hinsicht zu unterstützen beginnen und wie im Gegenzug die Unternehmerinteressen größeres Gewicht bei den Regierungsprojekten erlangen.¹ Auf der anderen Seite mehren sich in der bolivianischen Bevölkerung allgemein (im Speziellen unter Indigenen- und Arbeiterorganisationen) die Stimmen, die die offensichtlicher werdenden Widersprüche zwischen den von den sozialen Protesten 2000 bis 2005 artikulierten Zielen und deren Umsetzung in ein staatliches Format seit dem Jahr 2006 (als angeblich ein »Staat der sozialen Bewegungen« entstand) kritisieren. Was bedeutet das: Staat der sozialen Bewegungen? Ein Staat mit, für, unter oder über den sozialen Bewegungen? Um die Widersprüche und Konflikte des Transformationsprozesses, das Wiederentstehen von Hierarchien und Macht zu erklären, ist es nicht hilfreich, eine monolithische Einheit der »am Prozess beteiligten Akteure« zu reklamieren oder Druck auf diejenigen auszuüben, die mit den Erklärungen des intellektuellen *Estab-*

¹ Vgl. Econoticias 11.4.2006: »Evo Morales: En el pasado yo estaba contra las oligarquías, pero reconozco que fue un error porque necesitamos empresarios«; El País 17.2.2009: »Evo Morales recibe el apoyo de Sarkozy a su política de reformas«; Los Tiempos 30.10.2010: »En cooperación con Irán Evo quiere exportar energía nuclear«; Pukara 1/2011: »El Gasolinazo 2010 y sus consecuencias«, Los Tiempos: 10.6.2011: »Transgénicos: Comisión aprueba ley productiva«; Bolpress: 16.6.2011: »Deciden legalizar los transgénicos en Bolivia«.

ishments nicht einverstanden sind. Von diesem Establishment werden die Konflikte zwischen sozialen Bewegungen und dem Staat nämlich als Spannungen zwischen Akteuren desselben Projekts interpretiert, vor allem wenn es um Verhandlungen zwischen der Regierung nahestehenden Organisationen und deren Repräsentanten und Funktionären geht.

Doch wenn die Widerstände ihren Ursprung in der Konfrontation verschiedener politischer Projekte haben, verwandeln sich die Spannungen in Widersprüche. Das ist genau das, was sich über die zuletzt wachsenden Differenzen zwischen der Regierungspolitik und einigen gesellschaftlichen Gruppen sagen lässt, die in der Regierungspolitik eine Restauration von alten – mit einem sich selbst als demokratisierend, entkolonisierend und sogar sozialistisch verstehenden Projekt unvereinbaren – Ideologien, Argumenten und Praktiken zu erkennen meinen. Wer sich in diesem Zusammenhang einfach auf den Begriff »Prozess« zurückzieht, um damit die Ambivalenz und die Kluft zwischen Regierungspolitik und populären Erwartungen zu beschreiben, versucht nur, eine Debatte über die inhaltliche Richtung des Projekts zu vermeiden.

Im Allgemeinen gruppieren sich die politischen Strömungen sowohl in der Forschung als auch in der öffentlichen Meinung Boliviens um zwei Positionen herum: Bei der ersten stehen staatszentristische Perspektiven und Absichten im Vordergrund. Hier wird das gesellschaftliche Leben aus der Perspektive der Bedürfnisse und Interessen staatlicher Macht gedacht, die aus irgendeinem unerklärten Grund quasi-automatisch ihren Herrschaftscharakter verliert, sobald sie von Vertretern der populären Gruppen geleitet wird – auch wenn der koloniale, patriarchale und kapitalistische Gehalt des Staats unberührt geblieben ist. Auf der anderen Seite ist eine zweite Tendenz der Ansicht, dass es bei einer Entstaatlichung der Debatte nicht darum gehen kann, die Existenz des Staates zu ignorieren und seine Bedeutung zu unterschätzen. Dieser Position zufolge ist es von zentraler Bedeutung, die Rolle dieser Institution bei der Konfiguration komplexer, uns durchziehender Unterdrückungsverhältnisse, aber eben auch bei der Entwicklung von ebenfalls komplex zu denkenden Emanzipationsprozessen zu berücksichtigen. Diese Tendenz geht weiterhin davon aus, dass die emanzipatorischen gesellschaftlichen Interessen als Ausgangspunkt gewählt werden müssen. Es geht also nicht darum, einen nichtstaatlichen Blick auf Staat und Gesellschaft zu werfen, sondern umgekehrt eine *gesellschaftliche* Perspektive auf beide zu entwickeln.

Dieser zweiten Position fühlt sich dieser Aufsatz verpflichtet, in dem einige Ereignisse beschrieben werden, anhand deren sich die Errungenschaften, Grenzen und Erweiterungsmöglichkeiten freiheitlicher und selbstbestimmter Perspektiven in den sozialen Kämpfen Boliviens erörtern lassen.

Der proletarisch-indigene Charakter und die Perspektiven der sozialen Kämpfe in Bolivien

Im Morgengrauen des 22. Januar 2006 machten sich Hunderte Menschen auf den Weg zur Plaza Murillo.² Mit einer Zuversicht, wie sie seitdem nicht mehr zu beobachten war, drängten sich die Menschen in den Straßen rings um den Regierungspalast, um Zeuge bei der Amtseinführung von Evo Morales zu sein. Die Bedeutung dieses Ereignisses ist nur zu begreifen, wenn wir die »Rassifizierung« der Politik und die Erfahrungen berücksichtigen, die die populäre und indigene Bevölkerung mit Exklusion und Demütigungen gesammelt hat. Als eine aus den staatlichen Einrichtungen, der Armeeführung, den Universitäten und den »Territorien« der reichen Mestizen und Weißen ausgeschlossene oder nur als Befehlsempfänger tolerierte Gruppe, war die indigene Masse bis dahin einem Prozess der Destrukturierung und Belagerung ausgesetzt. Dieser Prozess beinhaltete sowohl Strategien der physischen Auslöschung als auch der Assimilation und Deklassierung, welche paradoxerweise³ mit der Ausübung einiger politischer und wirtschaftlicher Rechte einhergingen. Diese im Lauf der Geschichte eroberten Rechte – Arbeitsgesetzgebung, kostenlose Erziehung, allgemeines Wahlrecht – ermöglichten es einigen populären Sektoren in sehr beschränktem Maße, sich das für eine Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben notwendige soziale Kapital anzueignen. Es bestand jedoch jederzeit die Möglichkeit, dass diese Rechte aus rassistischen Motiven wieder aufgehoben wurden.

Auf diese Weise lebte und lebt die indigene Bevölkerung – unabhängig davon, ob sie marginalisiert ist oder sich in der gesellschaftlichen Struktur

² Der zentrale Platz von La Paz, wo sich die meisten zentralen Einrichtungen befinden – darunter der Oberste Gerichtshof, das Parlament, der Regierungssitz und die Kathedrale. Als emblematisches Zentrum der Macht war der Platz ein bedeutender Ort in den politischen Auseinandersetzungen des Landes.

³ Hier ist von einem Paradoxon die Rede, weil das, was als erkämpfte Errungenschaft galt, wie z.B. der kostenlose Schulbesuch, das Gegenteil von dem bewirkte, was offiziell angestrebt wurde. In dieser Hinsicht wurde der Zugang zu bestimmten Bereichen demokratisiert, gleichzeitig wurde dadurch aber auch eine Modernisierung und Überwindung der indigenen Geschichte vorangetrieben, die auf eine Deklassierung und kulturelle Assimilation abzielte. In den Worten René Zavaletas könnte man sagen, dass diejenigen, die lesen und schreiben lernten, gegen ihr Land und sich selbst lasen und schrieben. Auch wenn diese Tendenz nach wie vor dominant ist, ist doch bemerkenswert, dass indigene Sektoren die Situation umgedreht haben und ihre universitäre Präsenz nutzen, um die offizielle Geschichtsschreibung zu hinterfragen und ihre eigene politische, historische und philosophische Interpretation zu entwickeln. Die indianische und indigenistische Intellektualität sind das sichtbarste Beispiel hierfür.

Bolivien positionieren konnte – ihre Herkunft und Kultur als Anlass von Unterlegenheit und sozio-ökonomischer Beschränkung. Die Tatsache, dass ein Indígena bis an die Spitze des Staates aufsteigen konnte, stellte insofern schon einen politischen und symbolischen Bruch dar und verlieh der Regierung eine noch nie da gewesene Legitimation. Tatsächlich ist die indigene Präsenz der emblematischste Ausdruck der neuen politischen Situation. Oft ist sie der sichtbarste oder auch der einzige Ausdruck der Veränderung. Die heroischen Aktionen der sozialen Bewegungen haben sich hingegen immer mehr in einen formalen Bezugspunkt ohne echte Bedeutung verwandelt.

Zu Beginn der Regierung Evo Morales verwiesen die Intellektuellen der an den Urnen besiegten Oligarchie eilig und nicht ohne anmaßenden Unterton, dass es das Wahlsystem gewesen sei, das die nötige demokratische Öffnung ermöglicht habe; dass es »erlaubt« habe, dass zwei aus »antisystemischen Bewegungen« stammende Personen – ein indigener Führer der Kocabauern und ein Ex-Guerillero – bis in die höchsten Regierungsämter aufsteigen konnten. Mit dieser Aussage wollten sie die These widerlegen, dass das politische System Boliviens von einem kolonialen Charakter geprägt ist. Die Verkettung von Aufstands-Momenten und Momenten sozialer Normalität bedarf einer gesonderten Untersuchung, doch jenseits des Wahl- und Parteienspektakels ist offensichtlich, dass die Fokussierung auf Wahlprozesse eine extreme Reduktion darstellt, über die man sich lustig machen könnte, wenn durch sie das Leiden jener Bevölkerungsgruppen, die während des Aufstandszyklus 2000 bis 2005 auf der Straßen waren, nicht weiter unsichtbar gemacht und verstärkt würde.

An Morales' Amtsübernahme nahmen Delegationen von indigenen und Bergarbeiter-Führern teil. Die »roten Ponchos« in ihrer traditionellen Tracht – in Sandalen, mit bunter Wollmütze und Peitsche, dem Symbol ihrer Autorität – mischten sich mit martialisch auf beiden Straßenseiten postierten, Koka kauenden Bergarbeitern. In einem Umkreis mehrerer Straßen um den Palacio Quemado⁴ herum sorgte ein Sicherheitskordon von »roten Ponchos« und Bergarbeitern dafür, dass nur geladene Gäste und Journalisten zum Ort der Zeremonie vordringen konnten. Die bolivianische Polizei beobachtete diese Einmischung in ihre Aufgaben mit Misstrauen und Ressentiment, aber hatte – da die Präsenz von Indigenen und Bergarbei-

⁴ Der Regierungspalast heißt »Verbrannter Palast«, weil er während der Regierung von Tomás Frías (1872-1876) bei einem Volks- und Armeeaufstand niedergebrannt wurde.

tern so massiv war – keine andere Wahl, als sich mit den Gewerkschaftsgruppen abzustimmen.

Die Bergarbeiter und Indigenen repräsentierten die beiden Stränge der populären Organisationsprozesse, die dieses Ereignis möglich gemacht hatten. Auch wenn die Minenarbeiter durch die Wirtschaftsreformen und die politische Verfolgung der neoliberalen Regierungen ab Mitte der 1980er Jahre fragmentiert und geschwächt wurden, standen sie doch für die Geschichte der Arbeiterkämpfe (mit ihren heroischen Widerstandshandlungen, Widersprüchen, Niederlagen und Massakern), die vor allem die Jahrzehnte zwischen 1950 und 1985 geprägt hatten. In dieser Zeit war der Gewerkschaftsdachverband *Central Obrera Boliviana* (COB) mit den Bergarbeitern an der Spitze zum großen politischen Vermittler zwischen Gesellschaft und Staat aufgestiegen. Der indigene Widerstand wiederum – mit den Aufständen von Tupak Amaru, Tupak Katari, Zarate Willka und den im 20. Jahrhundert verübten Massakern an indigenen Gemeinschaften als historische Höhepunkte – verwies nicht nur auf eine allgemeine Mobilisierung der Bevölkerung, sondern fungierte auch als aktive Erinnerung der Gemeinschaften, die bei Straßenblockaden oder der Verteidigung von Territorien gegen die Armee neue Form annahm.

Mit dieser knappen Beschreibung ist nicht beabsichtigt, die genannten Subjekte zu idealisieren. Es gibt sehr viel mehr Arbeiteridentitäten: Fabrikarbeiter, Lehrer, Angestellte von sozialen Diensten und die zahllosen vom Schleier der informellen Ökonomie unsichtbar gemachten Menschen, Frauen und Männer, die von Nahrungsmittel- und Textilunternehmen, auf Zuckerrohrplantagen oder in Privathaushalten als Subunternehmer beschäftigt sind. Diese Arbeitswelt verweist auf die begrenzte Organisationsfähigkeit und Repräsentativität des Gewerkschaftsverbandes *Central Obrera Boliviana* (COB).

Auch das Indigene wird häufig als homogene Welt betrachtet, während es doch in Wirklichkeit von Spaltungen und sich verschiebenden Klassen-, Gender- und Kulturverhältnissen durchzogen wird. In diesem Sinne hat man an den idealisierenden Darstellungen der indigenen Welt kritisiert, dass sie eine ethnozentristische Perspektive der sozialen Wirklichkeit einnehmen und mit ihrem fast schon paradiesischen Bild des Kommunitären die Existenz von intra-kultureller und zwischengeschlechtlicher Ungleichheit völlig negieren. Nichtsdestotrotz waren die indigenen und die Bergarbeiterkämpfe in den Aufstandsmomenten der letzten Jahre zentrale Bezugspunkte für die Konstitution einer politischen Perspektive.

Den wichtigsten Wendepunkt in der Geschichte der sozialen Kämpfe Boliviens stellte der so genannte Wasserkrieg dar, der im Jahr 2000 im

Departement Cochabamba stattfand. Bei dieser Auseinandersetzung gelang es, das multinationale Unternehmen »Bechtel« zu stoppen, das über sein Tochterunternehmen »Agua del Tunari« die Wasserversorgung privatisieren wollte. Im Februar 2003 wurden die von der Regierung Sánchez de Lozada beschlossenen Steuererhöhungen durch massive, auch von der Polizeiführung unterstützte Proteste gestoppt. Die Polizei rebellierte und stellte sich der regierungsnahen Armee entgegen. Im Oktober 2003 desselben Jahres mündeten eine Reihe von blutigen Ereignissen in den Aymara-Gemeinden Warisata und Achacachi in den »Krieg ums Gas«, der sich in Richtung der Großstädte El Alto und La Paz verlagerte, den Verkauf von Erdgas an Chile verhinderte und zur Flucht der Regierung Gonzalo Sánchez de Lozada aus Bolivien führte. In den Jahren bis zu den Wahlen 2005 folgten noch eine Reihe anderer Kämpfe, die verhindern sollten, dass das politische System grundlegende Veränderungen durch kleinere Reformen umgehen konnte.

In diesem Zusammenhang muss man berücksichtigen, dass die indigenen Völker, besonders die im Osten Boliviens, diesen Prozess mit Protestmärschen und der Organisation in regionale und lokale Organisationszusammenschlüsse vorweggenommen hatten. Die Verbindung all dieser Prozesse sorgte für den Kollaps des damaligen Parteiensystems. Man kann nicht wirklich behaupten, dass die Parteien als Instanzen politischer Vermittlung in eine Krise geraten seien, denn dafür hätten sie diese Funktion zuvor erst einmal ausüben müssen. Die bolivianischen Parteien jedoch repräsentierten zu keinem Moment gesellschaftliche Interessen gegenüber der Regierungsmacht. Sie waren in erster Linie von patrimonialen, autoritären, kolonialen, Klientel- und Klassenmustern beherrschte Wahlapparate, die nur unmittelbar vor Wahlen funktionierten und danach Koalitionsbildung und Postenverteilung aushandelten, während sich jede institutionelle Verbindung mit der Gesellschaft unmittelbar nach dem Urnengang wieder verflüchtigte.

Was also tatsächlich in die Krise geriet, war die Leidensbereitschaft jener materiell und moralisch fragmentierten gesellschaftlichen Mehrheit, die nicht nur Gewalt und Repression der neoliberalen Ära, sondern vor allem die Herrschaft einer ihnen fremden politischen Repräsentation ertragen musste, welche im Namen der Gesellschaft, tatsächlich aber über die Köpfe der Bevölkerung hinweg über die ökonomischen Geschicke entschied.

Als die gewerkschaftlichen und kommunitären Netzwerke stärker wurden und die populären Sektoren ihre Organisationen ohne Zutun der politischen Eliten und deren Intellektuellen – die in erster Linie damit beschäftigt waren, das Ende des Klassenkampfes zu proklamieren – neu formierten, entfaltete sich eine enorme soziale Kraft, die das Parteiensystem kollabieren ließ.

Als Ergebnis hiervon brachten die sozialen Bewegungen zwei politische Projekte hervor, die trotz beständiger Widersprüche und Konflikte koexistierten. Die politischen Subjekte schufen zwischen diesen beiden Projekten eine Reihe von Verbindungen, auf die sie je nach Notwendigkeit zurückgriffen. Das erste Projekt eröffnet die Möglichkeit einer Regierung jenseits der kapitalistischen und kolonialen Staatsinstitution. Das zweite hingegen ist »gemäßigter«, weil es im Rahmen des existierenden Staates, als Reform und Modernisierung desselben, gedacht wird. Das heißt nicht, dass es weniger bedeutend wäre, sondern dass es, verglichen mit dem ersten, einen begrenzteren Horizont besitzt.

In ihren radikalsten und dramatischsten Momenten stellten die Aufstände den Staat, die Parteienvermittlung und das auf dem Bündnis mit dem ausländischen Kapital beruhende ökonomische Projekt – also die »Kapitalisierung« der Staatsunternehmen – in Frage. Die Überlegungen, wie sich eine Institutionalität jenseits des Staates schaffen lässt, wurden nicht nur formal-theoretisch, sondern vor allem in den alternativen, in der Mobilisierung entstandenen Organisationsformen verhandelt. Diese gingen in ihren Absichten und Mechanismen über den liberalen und kolonialen Horizont hinaus. Eine dieser Organisationen war die *Coordinadora del Agua y de la Vida*, die während des »Wasserkriegs« im Jahr 2000 in Cochabamba Aktionen und Entscheidungen der städtischen und ländlichen Bevölkerung koordinierte.

Dieser Zusammenschluss war kein Verband oder Organisation, sondern eher ein Netzwerk selbstorganisierter Organisationen wie der Föderation der Fabrikarbeiter von Cochabamba, der Umweltkomitees, diverser Fachhochschulen oder dem für Bewässerungsfragen und Wassernutzung gebildeten Zusammenschluss FEDECOR. Die Koordination beruhte auf einer anderen Form der Politik, bei der es weniger um die Ernennung von Vertretern als um die Wahl von Sprechern ging. Niemand konnte Entscheidungen treffen, ohne diese mit den anderen Organisationen und Personen der Koordination abzustimmen. In diesem Sinne handelte es sich also um »Sprecher« und nicht um »Repräsentanten«. Die Vollversammlungen beschränkten die kollektive Teilnahme zudem nicht nur auf mit dem Protest zusammenhängende Fragen, sondern auch auf alltägliche Probleme wie der Nachbarschaftshilfe bei Raub und Diebstahl.

Die Neuartigkeit dieser Organisationsformen irritierte nicht nur den Staatsapparat, der den Aktionen der Koordination mit den herkömmlichen Repressionsmitteln – etwa der Verhängung des Ausnahmezustands – nicht beizukommen wusste, sondern stiftete auch Verwirrung unter den Protestierenden selber, die die *Coordinadora* nicht für eine Organisation, sondern für eine Anführerin des Aufstands hielten.

»Mehr als einmal wurde die Coordinadora mit einer Person verwechselt. Ein Anführer der Fabrikarbeiter forderte bei einer hitzigen Versammlung (...) Anfang April: »Genossen, es ist Zeit, dass wir die Coordinadora kennen lernen.« Die anderen Teilnehmer mussten ihm erklären, dass alle, die am Treffen anwesend waren, die Organisation zur Verteidigung des Wassers repräsentierten.« (Gutiérrez 2008: 82)

Daneben stellt weiterhin die Bildung der »Indigenen Kaserne von Qalachaka« (2001), die weniger bekannt ist als andere Organisationsformen, einen Wendepunkt im Aufstandszyklus dar. Die kommunale Struktur beschränkte sich nun nicht mehr nur auf Widerstandsformen wie Straßenblockaden, sondern führte zur Bildung eigener militärischer Strukturen. Unzufrieden mit den Gesetzesvorhaben der Banzer-Regierung und mit der noch frischen Erinnerung an den Wasserkrieg von Cochabamba, schlossen sich die Gemeinschaften der Hochebene zusammen und organisierten zunächst Blockaden der Überlandstraßen. Als die Militärs gewalttätiger dagegen vorzugehen begannen, beschlossen die Gemeinden auf dem Berg Qalachaka, der in der Nähe der wegen ihrer Kampfgeschichte bekannten Ortschaft Achacachi gelegen ist, eine indigene Kaserne einzurichten, die verschiedenen Quellen zufolge bis zu 40.000 mit Knüppeln, Steinen oder alten, aus der Revolution von 1952 stammenden Mauser-Gewehren bewaffnete Kommunisten mobilisierte: »Ich glaube, es waren etwa 40.000, denn immer wenn die Regierung eine Repressionsmaßnahme ankündigte, brachte das noch mehr Menschen dazu, am Qalachaka zusammenzukommen [...] Auf der offenen Vollversammlung haben alle gemeinsam entschieden (...), dass niemand, auch die örtliche Autorität nicht, Befehlsmacht besitzen soll. Es sollte einfach ein Sprecher der Basis sein, der die Entscheidung der Versammlung in El Alto und La Paz vertrat.« (Chávez 2009: 125) Die »indigene Armee« wurde von kommunalen und gewerkschaftlichen Gruppen getragen und durch ein komplexes System von Wach-Schichten aufrechterhalten, bei dem sich Gemeinden und Organisationen miteinander abwechselten. In diesem Sinne handelte es sich um eine kommunale Kriegsmaschinerie. Die Versorgung mit Lebensmitteln, der Nachrichtenfluss, die Bildung einer Reserve und alle anderen Aufgaben militärischer Logistik waren in Händen von Massenversammlungen und Räten, die darüber entschieden, wie die indigene Kaserne mit minimalem physischen Aufwand aufrecht erhalten werden sollte: »Wenn es da zum Beispiel hundert Bewohner gab, dann mussten fünfzig an der Blockade teilnehmen, während die anderen ihre Arbeiten fortsetzten. Es war nicht wie bei einem Streik in der Stadt. Nein, dort [in den Gemeinden] machen die Leute normal ihre Arbeit, während die andere Hälfte bei der Straßenblockade war.« (Chávez 2009)

Den Protestierenden gelang es schließlich, die reguläre Armee zurückdrängen; sie stellten damit die Fähigkeit der Bevölkerung unter Beweis, parallel zu den staatlichen Repressionsorganen eine eigene militärische Organisation aufzubauen.

Ein drittes Beispiel der Selbstorganisation der bolivianischen Gesellschaft waren die so genannten Mikro-Regierungen der Viertel (Mamani 2006), die vor allem in El Alto geschaffen worden waren, um den Widerstand der Nachbarschaften gegen die Belagerung der Armee zu organisieren. Ähnlich wie im Fall der indigenen Kaserne regelte ein nachbarschaftliches, räteähnliches System die Verteilung von Aufgaben und Wachdiensten. Als Dachverband fungierten die in der Föderation der *Juntas Vecinales* (FEJUVE) zusammengeschlossenen Nachbarschaftsorganisationen. Es wurden spezifische Komitees zur Versorgung mit Nahrungsmitteln, zur Verteidigung von Vierteln und zur Errichtung von Barrikaden gebildet: »Auf der Versammlung des im Norden gelegenen Distrikts Nr. 5 beschlossen die Anführer, ihre Organisationsform zu verändern und sich, wie die Aymara, militärisch zu strukturieren. Man gründete ein Hauptquartier für das Gebiet und die Viertel erhielten die Vollmacht, selbst über ihre Angriffs- und Verteidigungspläne zu entscheiden. Es wurden auch Alarmzeichen und Kommunikations-Codes vereinbart. In Tupac Katari wurden Straßenpatrouillen organisiert und das Gebiet in zwei Sektoren aufgeteilt. In Villa Ingenio wurden *Mallkus* gewählt, um das Kommando bei Aktionen zu übernehmen, und man bildete ein strategisches Planungstreffen, um die Blockade der Brücke über dem Rio Seco gemeinsam mit anderen Nachbarschaftsversammlungen vorzubereiten« (Gómez 2004: 84).

Diese Fähigkeit, parallele Organisationsformen zu schaffen und somit Alternativen zur herrschenden Institutionalität aufzuzeigen, artikuliert sich vor allem in den Augenblicken der Mobilisierung. Gleichzeitig entwickelte sich aber auch eine gemäßigtere Perspektive, die allerdings ebenfalls über Transformationspotenzial verfügte. Die Macht wurde als Staatsmacht gedacht und die Erwartungen der Protestierenden verlagerten sich immer mehr auf die Bildung populärer Parteien, die die traditionellen Parteien stoppen sollten. Auf diese Weise entstand, vor allem aus den Bauerngewerkschaften und Indígena-Organisationen, eine interessante parteipolitische Vermittlung: das »Politische Instrument für die Souveränität der Völker« (*Instrumento Político por la Soberanía de los Pueblos*), eine Plattform, die danach als *Movimiento al Socialismo* (MAS) bekannt wurde. Die Partei verfügte ab 2002 über eine minoritäre Präsenz im Parlament und verwandelte sich, nachdem die gesellschaftliche Mobilisierung Ende 2005 die Durchführung von Präsidentschaftswahlen erzwungen hatte, in die wich-

tigste Regierungspartei. Auf ähnliche Weise entstand auch die Indigene Bewegung Pachakut (MIP), die zwischen 2002 und 2005 im Parlament saß, nach internen Spaltungen aber ihre Sitze verlor.

Wie sich zeigte, hat das radikalere politische Projekt keine Form gefunden, um sich längerfristig zu behaupten und in eine Alternative zum Staat zu verwandeln. Aber es hat die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Angehörige der bäuerlich-populären Bevölkerung Teil der Regierungshierarchie werden. Das ist nicht nur deshalb bemerkenswert, weil es sich um Indigene handelt – schon früher sind Bauern und Indios in den Staatsapparat integriert worden –, sondern auch, weil die Personen durch eine gesellschaftliche Protestwelle in den Staat getragen wurden.

Es handelt sich also weder um ein Geschenk noch um ein vorübergehendes Ereignis, »das sich historisch in nichts konkretisiert« (Zavaleta 1990: 28), sondern um ein organisches, über Führungs- und Transformationspotenzial verfügendes Eindringen in die exklusive Ordnung der institutionellen Macht. Diese Ankunft im Staat impliziert zwar nicht, dass sich die emanzipatorischsten Forderungen der sozialen Kämpfe durchsetzen, aber eröffnet doch Möglichkeiten und Garantien für das organisierte Eindringen der Volksmassen in das »historische Land«⁵ (Zavaleta 1990).

Dies sind, grob zusammengefasst, die durch die Aufstände der 2000er Jahre eröffneten Perspektiven. Sie stellen die Grundlage des national-populären Projekts dar und schlugen sich in der Forderung nach einer die Politik erneuernden Verfassungsgebenden Versammlung nieder. Auch die Forderung nach der Nationalisierung der Bodenschätze, hinter der sich eine Ablehnung des entfremdeten Verhältnisses mit der Natur und ihren Ressourcen verbirgt, hat hier ihren Ursprung.

Ein »Staat der sozialen Bewegungen«?

Bildhaft haben einige indigene Führer und Intellektuelle ihre Arbeit im Staat – fünf Jahre nach Beginn ihrer Tätigkeit als Repräsentanten der Bevölkerung – folgendermaßen beschrieben: »Wir haben uns den Staat wie eine Kartoffel vorgestellt. Unsere Aufgabe war es, uns wie ein Wurm hineinzufressen

⁵ Der bolivianische Soziologe René Zavaleta (1935-1984) beschreibt mit dem Begriff des »historischen Landes (*país histórico*) den Übergang von einem Bolivien, das sich (in Anbetracht der neokolonialen Realität) auf Widerstandshandlungen beschränkte (*país resistente*), zu einem Land, das als Subjekt eigene Geschichte schreibt (Anm. d. Übs.).

und ihn von innen kaputtzumachen. Aber was ist in diesen Jahren passiert? Die Kartoffel ist immer noch da, und viele Würmer sind gestorben.«

Mit dem Wissen um die in den sozialen Kämpfen geschaffenen politischen Alternativen können wir uns wieder dem Moment zuwenden, als der Eintritt der Indígenas in die Staatsmacht große Erwartungen weckte, und die Irritation und Enttäuschung zu verstehen versuchen, die viele Gruppen erfassten, als die realen Ergebnisse dieses »Eindringens in den Staat« sichtbar wurden. Um das zu illustrieren, will ich auf einige Kommentare indigener Parlamentsabgeordneter zwischen 2002 bis heute zurückgreifen.⁶

Man muss zunächst darauf hinweisen, dass die Biografien der indigenen Abgeordneten von ihrer Arbeit in Gewerkschaften und kommunalen Organisationen geprägt waren. Mit ihrem enormen Erfahrungsschatz als Gemeindeautoritäten oder Aktivisten und Anführer populärer Bewegungen hofften die Abgeordneten nicht nur, gesellschaftliche Forderungen im Parlament unterstützen zu können, sondern auch die Dynamik im Kongress durch eigene politische Praktiken wie Ämterrotation oder Konsensabstimmungen bei Versammlungen zu ergänzen. Sie mussten jedoch schon bald feststellen, dass es sich um eine völlig andere politische Welt handelte, in der Raum, Zeit und Sprache eine grundlegend andere Funktion besitzen als in Gemeindeversammlungen oder Räten. »Als ich zur ersten Parlamentssitzung kam, hatte ich mehrere Beutel Koka dabei und begann sie unter den Leuten zu verteilen. Auf dem Klo tauchten dann Koka-*pijchos* auf (gekautes und ausgespucktes Koka). Das war für einige Leute ganz schlimm.« (Chávez 2005)

Die politische Auseinandersetzung wurde ebenfalls sehr ambivalent wahrgenommen: Sie war von verbalen Scheingefechten, gleichzeitig aber auch von realer Komplizenschaft beherrscht. Man befand sich auf einem gemeinsamen Spielfeld, das heißt in einem Raum der Macht, in dem die Rollenverteilung zwischen Regierungslager und Opposition den zugrundeliegenden Korpsgeist, dass nämlich beide Seiten zu einer privilegierten politischen Klasse gehörten, zu keinem Zeitpunkt in Frage stellte. »Ich habe das am Anfang gar nicht verstanden. Ich wusste nicht, warum sie sich drinnen beschimpfen und dann draußen die Hand gaben. Wenn mich jemand

⁶ Diese Darstellung beruht auf drei für die Friedrich-Ebert-Stiftung zwischen 2002 und 2010 durchgeführten Studien über die Selbstwahrnehmung indigener Abgeordneter im Parlament: »Balance de la presencia y la labor política de los parlamentarios indígenas en el congreso boliviano (2002-2005)«, »Relaciones de interculturalidad entre parlamentarios indígenas y no indígenas del parlamento boliviano (2006 -2009)« und »Balance de la presencia de los representantes de las circunscripciones especiales indígenas en la Asamblea Legislativa Plurinacional (2010)«.

beschimpft, gebe ich ihm nicht die Hand. So ist die Politik: drinnen wüste Beschimpfungen, aber draußen war es, als wäre nichts geschehen.« (Chávez 2010)

Diese Konfrontation zwischen verschiedenen Formen der Politik manifestiert sich auch beim parlamentarischen Prozedere. Das soziale Kapital, das erlaubt, sich auf diesem Feld zu bewegen, ist die Beherrschung von Sprache und festgelegten, durch bürokratische Abläufe, Ordnung und Hierarchien definierte Zeiten. Das unterscheidet sich grundlegend von den basisdemokratischen Diskussions- und Entscheidungsprozessen der gewerkschaftlichen oder kommunitären Organisationen.

»Das Parlament ist Bürokratie. Es ist in Kommissionen und Komitees gegliedert, und wenn ein Gesetzesprojekt im Großen bewilligt ist, geht es zurück an die Kommission, die dann wieder bei der Exekutive fragen muss, ob das so geht oder nicht. Das dauert Jahre. Mein Projekt z.B. hat mehr als zwei Jahre gebraucht. Deswegen sage ich, dass man für eine einfache Unterschrift Monate braucht, für eine einfache Unterschrift.« (Chávez 2005)

Die indigenen Abgeordneten mussten auch eine Reihe symbolischer Kämpfe ausfechten, um ihre Identität im Parlament behaupten oder einen eigenen Platz jenseits der traditionell für sie bestimmten Marginalität finden zu können. Eine der Auseinandersetzungen hatte mit dem Gebrauch indigener Sprachen im Parlament zu tun. Die Einführung einer Simultanübersetzung weckte zunächst große Erwartungen. Dieses System wurde aber schon bald nicht mehr genutzt, weil das Spanische weiterhin die Sprache der Politik ist. Dieses Problem lässt sich mit einem Übersetzungssystem nicht lösen, denn Sinn und Bedeutungen der Politik sind vom Repräsentationsuniversum des Spanischen durchzogen, und es ist für indigene Sprachen sehr schwer, diese Barriere zu durchbrechen.

»Wenn wir ehrlich sind, haben wir sehr wenig Beteiligung der Brüder gehabt, die sich vielleicht wegen ihrer Sprache, ihrer Kultur nicht beteiligten. Was man im Parlament beobachten konnte, war, dass das Spanische vorherrschend war. Man konnte ein paar Beiträge in anderen Sprachen machen, aber nur wenige.« (Chávez 2009)

Auch hinsichtlich der Kleidung, der Verwendung indigener Tracht und bei der Darstellung sozialen Kapitals – wie den akademischen Titeln – lassen sich ähnliche Beobachtungen machen. Auf der einen Seite sahen sich die indigenen Abgeordneten dazu gedrängt, »Respekt« für ihre kulturellen Praktiken einzufordern, auf der anderen Seite brachte sie das in eine Situation der Unterlegenheit und unterwarf sie wieder diskriminierenden Praktiken. »Sie mustern dein Gesicht, du bist Indio, deswegen durchsuchen sie dich. Aber einem gut frisierten *q'ariso* (Weißer) mit blauen Augen und schicker

Frisur sagen sie nichts.« (Chávez 2005) »Ich hab viel Selbstbewusstsein und mich deshalb nie unterlegen gefühlt. Außerdem inszeniere ich einen Skandal, wenn man mich nicht mit Respekt behandelt, ich behandle die Leute ja schließlich auch mit Respekt.« (Chávez 2010)

Auch wenn die offene Diskriminierung aufgrund des Aussehens oder kulturellen Auftretens immer weniger toleriert wird, sind die Ausschlussmechanismen in anderer Form neu bekräftigt worden. Das spiegelt sich beispielsweise in der Forderung akademischer Titel nieder, die als Beweis spezifischer Kenntnisse gelten und deren Fehlen viele Abgeordnete daran gehindert hat, eine aktivere Rolle im Parlament auszuüben. Es sind besonders Frauen und Indigene, die nicht über dieses Kapital verfügen und denen daher nahegelegt wird, erst einmal Bildungsprozesse zu durchlaufen. Sie haben daher kaum Möglichkeiten, ihre als Aktivistinnen und Kämpfer erworbenen Fähigkeiten in der Parlamentsarbeit zur Geltung zu bringen.

Die Situation der Frauen ist sehr spezifisch, da sie heute zweifelsohne eine größere Präsenz besitzen – zumindest numerisch betrachtet – als vor einigen Jahren. In den meisten Fällen üben sie jedoch nur die Funktion von Beisitzern aus⁷ und müssen sich weiterhin in den männlich geprägten Formen der Politik bewegen.

»Der Machismo wird in erster Linie unter den Männern ausgeübt, das ist ihre Art zu verhandeln. Wir als Frauen kämpfen dagegen an, und die Zusammenarbeit unter uns ist sehr gut, aber eine große Schwierigkeit besteht darin, dass wir als stellvertretende Abgeordnete nicht dafür sorgen können, dass unsere Entscheidungen auch umgesetzt werden. Es gibt ein männliches Denken, das das verhindert.« (Chávez 2010)

Man könnte den neuen plurinationalen Charakter der staatlichen Gewalten in diesem Sinne auch als pluripatriarchal bezeichnen. Die Kulturen haben verschiedene Gesichter, die jedoch alle männlich geprägt sind, was sich beispielsweise darin widerspiegelt, dass die sieben Wahlkreise der Tiefland-Indigenen ausschließlich von Männern repräsentiert werden, während die Frauen die Stellvertreterposten ausüben.

Die indigenen Abgeordneten konstatieren eine Kluft zwischen ihren Erwartungen und den von der Staatsform gesetzten Grenzen. Einige haben beschlossen, ihr Mandat zurückzugeben, weil sie den Eindruck hatten, sich zwischen zwei Welten entscheiden zu müssen: »Weißt du, es ist besser, entweder Führer von einer Bewegung oder Parlamentarier zu sein. Wenn

⁷ Viele politische Systeme Lateinamerikas kennen die Figur eines *Suplente*, also eines stellvertretenden Abgeordneten, der den Parlamentarier als Beisitzer begleitet (Anm. d. Übs.).

du eine doppelte Funktion hast, am Morgen in den Kommissionen arbeiten sollst und am Nachmittag eine Parlamentssitzung hast, dann bleibt keine Zeit für Gewerkschaftsarbeit. Dann nimmst du nicht an Aktionen teil. Ich hab mich entschieden, ich bin zurückgetreten und wieder Gewerkschaftsführer.« Andere dagegen sind noch unentschlossen, spüren aber, dass sie sich, wenn sie der gesellschaftlichen Quelle ihrer Macht treu bleiben wollen, früher oder später entscheiden werden müssen. Das ist es, was ein Abgeordneter als die Entscheidung zwischen der moderaten, an die Machtformen des Staates angepassten »Tupac Amaru«-Linie und der radikaleren, konfliktiven »Tupak Katari«-Linie bezeichnet hat: »Es gibt zwei Positionen im revolutionären Prozess: Túpac Amaru verfolgte eher einen Ausgleich, Tupak Katari dagegen war radikaler und schlug vor, die tiefe Macht der indigenen Völker zu ergreifen. Hier müssen wir uns positionieren: entweder auf der Linie Túpac Amarus oder auf der Tupak Kataris.« (Chávez 2009)

Letztlich kreist die Debatte um das Verständnis der Macht, besonders der Staatsmacht. Die Frage ist, ob diese sich verändern lässt oder durch eine radikale Demokratisierung verdrängt werden muss, die dann auch auf die Gesellschaft ausstrahlen würde. Im Allgemeinen sind die indigenen Abgeordneten davon überzeugt, dass der Staat ein wichtiger Ort ist, um ein Schutzschild für die ärmsten und am stärksten diskriminierten Bevölkerungsteile zu schaffen. Dieser Schutz wird durch die Eroberung von Rechten garantiert. Gleichzeitig merken sie aber, dass das nicht ausreicht. Nicht nur deshalb, weil die Institutionen sich einer Transformation widersetzen, sondern auch, weil diese Institutionen immer wieder Formen der kolonialen, patriarchalen und Klassenherrschaft gegen die Veränderung hervorbringen. So werden zwar Räume zugestanden und bestimmte Linien der Politik zugelassen, aber der Kern, die eigentliche Substanz des Staates, bleibt unberührt. Ein Provinzabgeordneter sagt: »Wir sind an die Regierung gekommen, aber wir haben keine Macht.« Daher rührt das Unbehagen der Basis, die beobachtet, wie sich ihre Repräsentanten von ihr und ihrer politischen Ethik entfernen und immer stärker in einem Labyrinth von Normen und Diskussionen gefangen sind.

Die Entsendung von Vertretern der populären Sektoren in die staatlichen Strukturen bedeutet also keineswegs, dass diese sich verändern würden, sondern umgekehrt, dass die Abgeordneten selbst zu Trägern jener Logik werden, die sie systematisch ausgeschlossen haben. Die Frage der Macht und ihres Gehalts geht also über theoretische Problemstellungen hinaus und stellt sich denen, die den Prozess tragen, mit besonderer Vehemenz. Gerade für die Beteiligten geht es darum, sich Argumente und Überzeugungen zu verschaffen, um sich in Wahlen und konkreten Entscheidungen positionie-

ren zu können – um zu verstehen, auf welche Seite sie sich schlagen sollen: die eines gesellschaftlichen oder die eines staatlichen Projekts.

Ich will hier keine Schlussfolgerungen ziehen. Mir geht es darum, einige Aspekte der heute in Bolivien geführten Debatten und Konflikte darzulegen. Es gilt zu verhindern, dass diese Diskussionen einfach unterbunden werden; es müssen Räume geschaffen werden, in denen wir als Gesellschaft wieder darüber debattieren können, wohin der Prozess geht, was wir von ihm erwarten und von welchen Orten aus wir das erreichen wollen.

(Übersetzung: Raul Zelik)

Literatur

- Chávez, M. (2009): Estructuras de movilización en los levantamientos indígena-campesinos del septiembre del 2000 y junio y julio del 2001 (angenommene, unveröffentlichte Master-Arbeit).
- Chávez, P. (2005): Balance de la presencia y la labor política de los parlamentarios indígenas en el congreso boliviano (2002-2005), La Paz: Investigación realizada para ILDIS.
- Chávez, P. (2009): Relaciones de interculturalidad entre parlamentarios indígenas y no indígenas del parlamento boliviano (2006-2009), La Paz: Investigación realizada para ILDIS.
- Chávez, P. (2010): Balance de la presencia de los representantes de las circunscripciones especiales indígenas en la Asamblea Legislativa Plurinacional (2010), La Paz: Informe para el ILDIS.
- Gómez, L. (2004): El Alto de pie. Una insurrección aymara en Bolivia, La Paz: Comuna.
- Gutiérrez, R. (2008): Los Ritmos del Pachakuti, La Paz: Textos rebeldes.
- Mamani, P. (2006): El rugir de las multitudes. Microgobiernos barriales, Aruwiyiri Qullasuyu.
- Zavaleta, R. (1990): La formación de la conciencia nacional, Cochabamba/La Paz: Los Amigos del Libro.

Raul Zelik

Von Konstellationen und Hegemonien

Über die Notwendigkeit, zwischen Linksregierungen und emanzipatorischer Politik zu unterscheiden

In den 1980er Jahren sprachen deutsche Medien über die bundesrepublikanische Politik ganz ähnlich wie in den 2000er Jahren über Lateinamerika. Sie unterschieden zwischen einer »realistischen Linken«, die mit umsetzbaren Projekten eine wirkliche Veränderung der Gesellschaft voranbringen wollte, und einer »Fundi-Linken«, die angeblich Opfer ihrer ideologischen Postulate war und nur Hass und Illusionen schürte. Dieser Diskurs begleitete vor allem die Entwicklung der Grünen, die gerade als politisches Sprachrohr der außerparlamentarischen Bewegungen entstanden und in zwei Lager zerfallen waren. Den Realos, angeführt von Joschka Fischer und Daniel Cohn-Bendit, ging es in erster Linie um das Zustandekommen einer Koalitionsregierung mit den Sozialdemokraten, was sich in dem unablässigen Bemühen ausdrückte, »Politikfähigkeit« unter Beweis zu stellen. Die vermeintlichen »Fundamentalisten« hingegen bestanden darauf, dass Regierungswechsel nicht zwangsläufig emanzipatorische Veränderungen nach sich ziehen, und setzten daher auf die Stärkung außerparlamentarischer sozialer Bewegungen.

Die großen Medien, die aus auf der Hand liegenden Gründen in solchen Konflikten weder neutral noch objektiv sein können, trugen wesentlich zum Erfolg des Realo-Flügels bei. So konnte der Ex-Radikale und Ex-Steinewerfer Joschka Fischer 1998 endlich den ersehnten Koalitionsvertrag mit dem nicht minder geläuterten Ex-Juso Gerhard Schröder unterzeichnen. In den darauffolgenden Jahren trieb die rot-grüne Regierung, die von ihren Anhängern als historischer Erfolg gefeiert wurde, dann auch tatsächlich eine tief greifende gesellschaftliche Transformation voran. Diese jedoch stand in diametralem Widerspruch zu den Programmen der Regierungsparteien und den Wünschen ihrer Wähler. Die Mitte-Links-Regierung machte genau das, wofür sie *nicht* gewählt worden war: Sie führte Deutschland in den ersten Angriffskrieg seit 1945 und demontierte mit Hartz IV das Sozialsystem; ihre Steuerreform entlasteten die besitzenden Klassen und verschärften die Widersprüche; dank Schröders Nähe zur Industrie und der gleichzeitigen Anbindung der Gewerkschaften an die Sozialdemokratie gelang es, die Unternehmenseite dauerhaft und strategisch zu stärken.

Deutschland ist nicht der einzige Fall, der darauf verweist, dass »Realpolitik« häufig, vielleicht sogar in der Regel, eine miserable »Performance«

besitzt. In den vergangenen Jahrzehnten haben Mitte-Links-Regierungen in Europa fast überall für technokratische Modernisierungen im Interesse des Kapitals – und eben nicht für emanzipatorische Politik – gesorgt. Im von der Nelkenrevolution bewegten Portugal der 1970er Jahre erfüllte die sozialistische Regierung Mario Soares die Funktion, die in der Revolution entstandenen rätedemokratischen Bewegungen zu beseitigen und das Terrain für eine ökonomische und soziale Modernisierung, wie sie die Europäische Gemeinschaft zur Bedingung ihrer Unterstützung gemacht hatte, zu bereiten. Ähnlich auch der französische Fall: Dort setzte die von Sozialisten, Kommunisten und bürgerlichen Radikalen gebildete Koalitionsregierung unter Präsident Mitterrand nach einem kurzen Intermezzo alternativer Politik ab 1983 schließlich jene neoliberalen Reformen im Land durch, an die sich die Rechte nicht herangetraut hatten. Die Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens (PSOE) ging unter dem Technokraten Felipe González noch einen Schritt weiter. Sie führte das Land in die NATO, übernahm die Zerschlagung der Stahl- und Werftindustrien und fügte den im Widerstand gegen Franco erstarkten popularen und Arbeiterbewegungen im Land eine strategische Niederlage zu. Darüber hinaus baute die sozialistische Regierung mit Hilfe der Geheimdienstapparate, von Rechtsradikalen und Organisierter Kriminalität sogar Todesschwadronen auf. Angeleitet aus dem Madrider Innenministerium ermordeten die parapolizeilichen *Grupos Antiterroristas de Liberación (GAL)* – die identisch funktionierten wie die Todesschwadronen in Lateinamerika – mehr als 30 Menschen auf französischem Staatsgebiet und zwangen Paris damit, ihre traditionell liberale Asylpolitik gegenüber ETA-Anhängern zu revidieren.¹

Man kann also festhalten, dass viele der neoliberalen und autoritären Veränderungen in Europa auf das Konto von Mitte-Links-Regierungen gehen. Das ist weitaus weniger paradox, als es auf den ersten Blick wirkt. Da fortschrittliche Parteien größere Integrationsfähigkeit gegenüber sozialem Widerstand besitzen, können sie Modernisierungen effizienter umsetzen als die konservative Rechte. Dass sie das tun, hat weniger mit »Verrat«, als

¹ Führende Mitglieder der GAL-Todesschwadronen bestätigten diese Zusammenhänge im März 2012 in einer im französischen *Canal Plus* ausgestrahlten Reportage. Ihren Aussagen zufolge wurden die GAL von der Regierung Felipe González gegründet, ausgerüstet und angeleitet. Der damalige französische Innenminister Charles Pasqua bekundete in der Reportage zudem, man habe der spanischen Regierung 1987 zugesagt, alle verdächtigen Basken auszuliefern, wenn Madrid im Gegenzug für ein Ende der GAL Sorge. Aus Madrider Sicht hatten die Todesschwadronen damit ihre Aufgabe erfüllt (vgl. Interview mit dem Filmemacher Bruno Fay »Dès l'été 1984 Paris comprend que Madrid est derrière des GAL«, *Le Journal du Pays Basque* 16.3.2012).

mit dem verkürzten Politikverständnis von sozialdemokratischen, grünen, sozialistischen und teilweise auch kommunistischen Parteien zu tun, die in ihrer Fixierung auf Wahlprozesse, Regierungszusammensetzungen und den Staatsapparat die faktischen Machtmechanismen bürgerlicher Gesellschaften weitgehend ignorieren. Man könnte das als eine Verbindung von politischer Naivität und klientelistischer Bequemlichkeit bezeichnen. Die Mitte-Links-Parteien übernehmen gesellschaftlich hegemoniale Politikkonzepte, unterwerfen sich neoliberalen Dogmen, die als »Sachzwänge« daherkommen, und verkennen die Notwendigkeit, gesellschaftliche Kräfteverhältnisse und Konstellationen zu verändern.

Man könnte hieraus nun ableiten, dass es aus emanzipatorischer Perspektive immer Erfolg versprechender sein müsste, Rechtsregierungen mit einer gesellschaftlichen Mobilisierung unter Druck zu setzen. Doch so einfach ist der Zusammenhang auch wieder nicht. Die große neoliberale Wende wurde Anfang der 1980er Jahre von den ultrakonservativen Regierungen Margaret Thatcher und Ronald Reagan durchgesetzt. In Lateinamerika, wo die strategische Niederlage der popularen und Arbeiterbewegungen und die Durchsetzung einer neuen Politik blutig mit Militärputschen erzwungen wurde, ist der Fall noch eindeutiger.

Es ist also offensichtlich auch nicht egal, wer regiert. Trotzdem kann man umgekehrt auch nicht schlussfolgern, dass emanzipatorische Politik durch die Bildung von (Mitte-) Linksregierungen zwangsläufig vorangebracht wird.

Um dieses scheinbare Paradoxon der bürgerlichen Demokratie zu verstehen, drängte Johannes Agnoli (1990 und 1995) uns, die wir bei ihm studierten, immer wieder dazu, die Erzählungen des liberaldemokratischen Systems zu hinterfragen. Agnoli betonte die Grenzen der Volkssouveränität in der Demokratie. »Die Utopie der Gesellschaft der Freien und Gleichen kann nicht als Gesetzesantrag weder oppositioneller noch regierender Fraktionen in den Bundestag eingebracht werden« (ders. 1990: 225), lautete eine ebenso ironische wie zutreffende Bemerkung von ihm. Obwohl die Feststellung offensichtlich ist, wird sie im politikwissenschaftlichen Betrieb doch geflissentlich ignoriert: Selbst wenn eine große Mehrheit das repräsentativ-demokratische politische System durch eine Rätedemokratie oder die kapitalistische Marktwirtschaft durch ein auf Gemeineigentum und kooperativer Arbeit beruhendes System ersetzen wollte, könnte diese Entscheidung nicht umgesetzt werden. Der Staat würde, repräsentiert von seinen Zwangsorganen und dem Justizapparat, dafür sorgen, dass der Volkswille nicht realisiert wird. Denn in den Staat sind Herrschaftsverhältnisse eingeschrieben, die der Demokratie strukturelle Grenzen setzen.

Das hat mit der Geschichte des Staates und dem Charakter des liberalen Systems zu tun. Die zentrale Funktion des bürgerlichen Staates besteht, auch wenn er wichtige demokratische Elemente beinhaltet, eben nicht in der Materialisierung des Allgemeinwohls, wie die idealistische Staatserzählung behauptet. Historisch geht Staatlichkeit, wie bei Tilly (1992) und Gerstenberger (2006) kompetent nachzulesen ist, aus einer komplexen Dynamik von kriegerischer Konkurrenz zwischen Feudalmächten, dem Prozess der Kapitalbildung, der Ausdifferenzierung und Professionalisierung von Machtpraktiken sowie der Institutionalisierung von Konflikten (vor allem zwischen Adel, Krone und aufstrebendem Bürgertum) hervor. Auch wenn die bürgerliche Revolution und der Liberalismus diese Form grundlegend modifizieren, bleibt auch der liberale Staat eine Herrschaftseinrichtung, die das Fundament bürgerlicher Macht – den ungleichen Zugang zu den Produktionsmitteln – zu gewährleisten hat.

In diesem Sinne gilt es, dem britischen Politologen Colin Crouch (2005) zu widersprechen, der in seinem Buch »Postdemokratie« einen Verfall der europäischen Demokratien beklagt und diesen Prozess mit dem Erstarken von Lobbygruppen und dem kollektiven Suizid der Sozialdemokratien erklärt. Zwar scheint offensichtlich, dass sich die Entscheidungsmacht in den letzten Jahrzehnten in den Händen technokratischer und ökonomischer Machtgruppen konzentriert hat. Doch anders als Crouch unterstellt, beruht der liberale Staat eben nicht erst seit Ende der sozialdemokratischen Ära, sondern seit eh und je auf der Konzentration des Eigentums von Produktionsmitteln und damit auch auf gesellschaftlicher Macht. Hier hat der strukturelle Widerspruch des Liberalismus seine Ursache, der eine politische Gleichheit proklamiert, die von der eigentumsbedingten, realen Machtverteilung jedoch *ad absurdum* geführt wird.²

Die Darstellung Agnolis (1990), der die Legitimationsfunktion der bürgerlichen Demokratie hervorkehrt, scheint in diesem Zusammenhang weitaus plausibler als Crouchs Lamento. Die Hauptfunktion des liberalen politischen Systems, so Agnoli, besteht nicht darin, einen Volkswillen festzustellen und

² Diese Inkonsistenz der bürgerlichen Demokratie zeigt sich am Beispiel der Meinungsfreiheit besonders deutlich. Dieses für demokratische Gesellschaften konstituierende Recht hat für Angehörige der subalternen Klassen einen reinen formalen Charakter, da diese nicht über die nötigen Mittel verfügen, um sich Gehör zu verschaffen. Die wohlhabenden gesellschaftlichen Gruppen hingegen können dank ihrer Finanzmittel die Meinungsfreiheit auch real wahrnehmen und eine politische Entscheidungsbildung massiv beeinflussen. Daran wird deutlich, dass großer Kapitalbesitz – dessen Schutz zu den zentralen Aufgaben des bürgerlichen Staates gehört – der realen Entfaltung der Demokratie radikal widerspricht.

umzusetzen, sondern die dem Kapitalismus eigenen sozialen und politischen Widersprüche in institutionelle und kontrollierbare Bahnen zu lenken. Die Existenz einer parlamentarischen Opposition macht es möglich, dass antagonistische Gesellschaften einen Konsens bilden. Der Wechsel der Regierungsparteien garantiert dabei die Kontinuität der zugrunde liegenden Ordnung. »Obrigkeitliche Machtzentren gehen in sich zirkulierend ein Konkurrenzverhältnis ein«, schreibt Agnoli (ebd.: 51), das heißt, die großen Parteien kreisen um einen Konsens, der durch die sozioökonomischen Machtverhältnisse der liberalen Gesellschaft letztlich bereits festgelegt ist.

Trotz der Austauschbarkeit der politischen Akteure entsteht so der Eindruck, es existierten politische Alternativen. Die Wahlkampagne 2008 in den USA ist ein gutes Beispiel dafür, wie das bürgerlich-demokratische System mit diesem Mechanismus immer wieder Kontinuität herstellt. Das politische System der USA befand sich 2008 aufgrund des Irak-Kriegs und des Umgangs der Bush-Regierung mit dem Finanzcrash in einer tiefen Legitimationskrise. Zwischen der politischen Klasse und der Bevölkerungsmehrheit tat sich eine Repräsentationskluft auf. Obama (dessen spektakulärer Aufstieg genau damit zu tun hatte, dass er *nicht* aus dem klassischen Establishment stammte) gelang es mit seiner Parole *Change*, diese Repräsentationskrise zu artikulieren und ermöglichte damit eine breite soziale Mobilisierung. Dieser oppositionelle Impuls war jedoch ausgesprochen flüchtig. Heute unterscheidet sich die Obama-Regierung nicht wesentlich von den Vorgänger-Administrationen – allerdings mit der Besonderheit, dass es Obama gelungen ist, wieder integrierende und hegemoniefähigere Diskurse gegenüber den anderen imperialen Staaten zu entwickeln.

Wir können also festhalten, dass auch wenn der politische Wechsel in den USA von einer breiten gesellschaftlichen Mobilisierung erkämpft werden musste, er doch in erster Linie die Fortführung der alten Politik ermöglicht hat. Die entstehenden sozialen Widerstände wurden im Verlauf des Wahlprozesses wieder ins System eingegliedert, weil die in sich zirkulierenden »obrigkeitlichen Machtzentren« sowohl das Feld der Macht als auch der Alternativen besetzt hielten. Dadurch, dass der Regierungswechsel keinen *Politikwechsel* nach sich zog, wurden die Verhältnisse zusätzlich stabilisiert: Wenn reale Veränderungen unmöglich sind, lohnt es sich auch nicht, sich zu engagieren – eine Erkenntnis, die demobilisiert und entpolitisiert.

In den vergangenen Jahrzehnten haben soziale Bewegungen und Linke daraus die Notwendigkeit abgeleitet, alternative Parteien zu gründen, die mit dem Zweiparteiensystem und der »Kontinuität durch Wechsel« brechen. Die grünen und alternativen Parteien, die um 1980 in den meisten westeuropäischen Ländern entstanden, waren Ausdruck dieser Suche. Das

erklärte Ziel der Parteigründungen war es, alternative Politik ins Parlament zu tragen und außerinstitutionellen, transformatorischen Bewegungen ein Sprachrohr zu verleihen. 30 Jahre nach dem Entstehen dieser neuen Formationen müssen wir jedoch konstatieren, dass diese Anstrengungen zwar das Parteienspektrum erweitert, aber keine gesellschaftliche Emanzipation in Gang gesetzt haben.³ Die Stimmen der alternativen Parteien gleichen den Regierungsdiskursen heute überraschend, während gleichzeitig die sozialen Bewegungen, aus denen die neuen Parteien hervorgingen, aufgrund der parlamentarischen Repräsentation an Mobilisierungsfähigkeit eingebüßt haben. Ein schillerndes Beispiel hierfür ist die Positionierung der Grünen gegenüber der NATO-Intervention in Libyen 2011. Ähnlich wie schon im Kosovo-Krieg 1999 gehörten die – sich auf die Verteidigung von Menschenrechten berufenden – Grünen zu den aggressivsten Befürwortern der deutschen Kriegsbeteiligung. Während Konservative und Liberale für militärische Zurückhaltung plädierten, forderten die Mitte-Links-Parteien den Luftkrieg. Die pazifistische Bewegung, aus der die Grünen hervorgegangen waren, wurde in der Debatte hingegen kaum noch wahrgenommen, da die Präsenz der Grünen als scheinbare Repräsentanten der Bewegungen diesen den politischen Raum nahm.

Die Metamorphose der alternativen und grünen Parteien kann nicht verstanden werden, ohne die Assimilationskräfte der repräsentativen Demokratie zu berücksichtigen. Agnoli besteht darauf, dass hier ein eigenes Verhältnis zwischen Form und Inhalt existiert. Die Art, wie eine Forderung artikuliert wird, präge – so Agnoli – auch ihren Inhalt, weshalb die Parlamentarisierung alternativer Parteien auch ihren Charakter veränderte. »Da das Petitionsrecht eine, wenn man so will, uralte Sehnsucht der Abhängigen stillt, sich bei den Mächtigen Gehör zu verschaffen, kann es in seiner manipulativen Bedeutsamkeit nicht hoch genug eingeschätzt werden: Ein noch so radikaler Protest gegen Willkür und Machtmissbrauch wird in eine Anerkennung der bestehenden Ordnung umgemünzt, wenn er sich in eine Petition umsetzen lässt.« (Agnoli 1990: 75)

Das bedeutet, dass das demokratisch-repräsentative Feld – und mehr noch jenes von Staat und Regierung – von Herrschaftsverhältnissen gehegt und durchzogen ist. Auf den ersten Blick ermöglicht das bürgerlich-parla-

³ Die Öffnung gegenüber alternativen Lebensentwürfen und ökologischen Fragen stellt zweifellos eine wichtige Veränderung der westeuropäischen Gesellschaften dar. Meine These wäre jedoch, dass die Etablierung der Grünen diesen – gesellschaftlich getragenen – Prozess reflektiert und nicht ausgelöst hat. Anders ausgedrückt: Die Grünen existieren, weil eine gesellschaftliche Wende stattfand, nicht umgekehrt.

mentarische System Vermittlungs- und Konsensbildung. Tatsächlich jedoch sorgt es vor allem für Einbindungsprozesse, die die Entwicklung radikalerer Alternativen unterbinden. Die Geschichte der europäischen Sozialdemokratien im 20. Jahrhundert beweist, dass alternative Parteien selbst dann zur Assimilation tendieren, wenn sie über eine eigenständige Klassenbasis und ein entsprechendes politisches Programm verfügen.

Diese enorme Kooptationskraft des politischen Systems hat natürlich viel mit den Klientelstrukturen der Berufspolitik zu tun. Durch die Integration ins parlamentarische System werden die neuen Parteien Teil des staatlichen Apparats und jener eigenständigen sozialen Gruppe, die gemeinhin als »politische Klasse« bezeichnet wird. Das heißt, die Funktionäre der alternativen Partei bilden ein eigenes materielles Interesse an der Beibehaltung des existierenden Repräsentationssystems aus. Da das repräsentative System auf den Prinzipien a) der Professionalisierung der Politik, b) der hohen Entlohnung der Repräsentationstätigkeit und c) des indirekten Mandats (das nur alle vier Jahre in Wahlen bestätigt werden muss) beruht, erwächst aus der Zugehörigkeit zur politisch-repräsentativen Spezialisten-gruppe auch eine eigene soziale Identität.

Meine These wäre deshalb, dass die auf Parlamentarismus und Regierungsteilhabe beruhenden Strategien viel weniger zur gesellschaftlichen Emanzipation – die es zweifellos gegeben hat⁴ – beigetragen haben, als gemeinhin angenommen. Das, was es an sozialen Fortschritt in Europa in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gegeben hat, geht in erster Linie auf das Konto sozialer Mobilisierung und verschobener gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse – und eben nicht von Regierungswechseln. Das kann man auch daran ersehen, dass progressive Reformen im Sozial- oder Bildungsbereich ebenso wie später der neoliberale Angriff auf den Wohlfahrtsstaat sowohl von Links- als auch von Rechtsregierungen »gestaltet« wurden. Die Zusammensetzung der jeweiligen Regierungen spielte eine völlig untergeordnete Rolle.

Doch auch wenn die parlamentarischen Reformstrategien seit den 1970er Jahren nur bescheidene oder gar keine Erfolge vorzuweisen haben, kann man nicht ignorieren, dass auch die andere große Emanzipationsstrate-

⁴ Es ist in dem Zusammenhang wichtig zu erwähnen, dass die Veränderungen seit 1968 nicht nur emanzipatorischen Charakter haben – allerdings in ganz anderem Sinne als die Jan-Fleischhauer-Rechte das unterstellt. Tatsächlich hat 1968 aktiv zur Verflüssigung der Gesellschaft beigetragen und damit ungewollt auch neoliberalen Konzepten das Feld bereitet. Der Zersetzung autoritärer Muster oder die Zurückdrängung der Homophobie stehen die Ausbreitung von ich-unternehmerischen Selbstausbeutungsformen und größere soziale Unsicherheiten gegenüber.

gie des 20. Jahrhunderts gescheitert ist – und in vieler Hinsicht sogar noch dramatischer. Der Leninismus, der der Neuen Linken, Kommunistischen Parteien und Befreiungsbewegungen des Südens gleichermaßen als theoretisches Fundament diente, hält die Machtübernahme im Staat für den Schlüsselmoment jedes Emanzipationsprojekts. Die Geschichte des Sozialismus im 20. Jahrhundert beweist jedoch, dass auch wenn die Übernahme der Staatsmacht eine Gesellschaft transformieren kann, sie abgesehen von kurzen Phasen revolutionärer Selbstermächtigung kaum zu einer sozialen und politischen Emanzipation führt.

Der portugiesische Theoretiker De Sousa Santos (2010c: 170) hat die liberal-bürgerlichen Staaten recht zutreffend als »Demokratien geringer Intensität« bezeichnet, in denen »Inseln demokratischer Beziehungen in einem Archipel despotischer (ökonomischer, sozialer, ethnischer, sexueller, religiöser) Verhältnisse« angeordnet sind, »die das Leben der Bürger und Gemeinschaften effektiv kontrollieren«. Wir müssen allerdings zugeben, dass der Staatssozialismus nicht einmal über diese demokratischen »Inseln« verfügte. Die Strategie der revolutionären Machtübernahme brachte nicht einmal »Demokratien geringer Intensität« hervor; im Realsozialismus war alles Partei- und Staatsmacht.

Das ist nicht besonders überraschend. Dass das Marxsche Versprechen der allmählichen Aufhebung des Staates nach der Überwindung des Kapitalismus nicht so einfach Wirklichkeit werden würde, hätte man früher ahnen können. Mit Max Weber (2005) oder Robert Michels hätte man beispielsweise über die Reproduktion bürokratischer Apparate nachdenken können. Tatsächlich war das historische Entstehen des Staates maßgeblich durch die Herausbildung von Bürokratien geprägt, die sich mittels Spezialisierungsstrategien als eigenständige soziale Gruppe behaupteten (vgl. Gerstenberger 2006). Diese an der Aufrechterhaltung ihrer Macht und ihrer ökonomischen Teilhabe interessierten Gruppen werden – um ihr Überleben als spezifische Gruppe zu sichern – stets versuchen, existierende Strukturen zu reproduzieren. Man könnte in diesem Sinne behaupten, dass die stete Reproduktion bürokratischer Machtstrukturen durch eine spezifische Verbindung von soziologischer Trägheit und Dynamik die Erneuerung von Machtstrukturen ermöglicht.

Aus diesem Grund hat auch der sozialistische Staat – anstatt zu verschwinden – sich zu perpetuieren gesucht. Das Ergebnis war die Stärkung einer führenden politischen Gruppe und einer Staatsbürokratie, die immer mehr wie eine Proto-Klasse handelte. Auch wenn die sozialistischen Führungsgruppen keine Eigentümer der Produktionsmittel waren, verfügten sie doch über soziale und materielle Privilegien sowie eine faktische Verfü-

gungsgewalt über die Produktionsmittel, wodurch die Ausübung einer realen Demokratie unmöglich gemacht wurde.

Wir stehen in dieser Hinsicht vor einem Dilemma: Es scheint aufgrund der zugrunde liegenden sozioökonomischen Machtstrukturen unmöglich zu sein, den bürgerlichen Staat alternativ zu regieren. Dort, wo Arbeiter- oder Umweltparteien den bürgerlichen Staat transformieren wollten, ist es zu einer Transformation der Veränderer gekommen. Dort hingegen, wo der reale Staat durch einen revolutionären ersetzt wurde, entstanden neue Herrschaftsbeziehungen, die aufgrund der instabilen Machtverhältnisse eher noch autoritärer ausfielen als die im kapitalistischen Staat.

Was bleibt? Der Anarchismus hat stets die Forderung bekräftigt, es gelte, den Staat zu zerschlagen. Wenn man die neoliberale Wirklichkeit betrachtet, ist das aber auch kein besonders attraktives Projekt. Der Abbau der Staatsmacht, wie ihn die großen multinationalen Kapitale seit den 1970er Jahren befürworten, beweist, dass der Staat in einer bürgerlichen Gesellschaft, auch wenn er Machtverhältnisse verdichtet, weder die einzige noch die wichtigste Machtinstanz darstellt. Anders als der Anarchismus suggeriert, reproduziert und überträgt der liberal-bürgerliche Staat Herrschafts- und Klassenverhältnisse nicht nur, sondern er beschränkt sie auch. Daher geht die Schwächung des Staates, oder richtiger: seine Verwandlung in einen Wettbewerbsstaat (vgl. Hirsch 1998), mit dem Verlust von sozialen Errungenschaften und dem Abbau demokratischer Interventionsräume einher.

Aus diesem Grund ist in den vergangenen Jahren – in offenem Widerspruch zu den Prognosen der frühen Globalisierungstheorien (vgl. Bauman 1999; Castells 2001 und 2002; Beck 2004) – eine Renaissance des Nationalstaats in Lateinamerika zu beobachten gewesen. Die Links und Mitte-Links-Regierungen auf dem Subkontinent sind von der These ausgegangen, dass der Nationalstaat trotz der Globalisierung nach wie vor über erhebliche Gestaltungs- und Transformationsspielräume verfügt. Tatsächlich haben Venezuela, Bolivien und – in geringerem Maß – auch Ecuador ihre Steuer- und Einnahmepolitik maßgeblich verändert und sich auf diese Weise Mittel für die Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs- und Erziehungsprogrammen erkämpft. Abgesehen von dieser »Demokratisierung der Erdölrente« (Lander 2007) (bzw. – im bolivianischen Fall – der Erdgaseinnahmen (vgl. Moliz 2007; Weisbröt et al. 2011)) hat man in Venezuela zudem versucht, den Finanzmärkten Grenzen zu setzen und der Volatilität des spekulativen Kapitals durch Devisenkontrollen einen Riegel vorzuschieben. Patricia Chávez und Pablo Ospina legen in diesem Buch dar, dass von einem »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« oder einem »Staat der sozialen Bewegungen« keine Rede sein kann und die Veränderungen seit den Regierungswechseln in Bo-

livien und Ecuador sogar eher stagnieren. Trotzdem zeigen die südamerikanischen Erfahrungen auch, dass der Staat, in Anbetracht der Dispersion der Lohnabhängigen, als Instrument zur Umverteilung von Reichtum und ökonomischer Teilhabe weiter zentrale Bedeutung besitzt.

Diese Renaissance des Staates von links steht im Widerspruch zu jüngeren theoretischen Beiträgen aus der eher antiautoritären Linken. Nach der zapatistischen Revolte in Chiapas ist dort viel über Alternativen zum Staat debattiert worden. Holloway (2005) propagierte beispielsweise in »Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen« das Konzept der »Anti-Macht«. Dieser Perspektivwechsel schien sich in der zapatistischen Praxis zu materialisieren, die sich den Aufbau einer lokalen Selbstregierung aufständischer Gebiete zum Ziel setzte. Schon 1994 hatte der Zapatismus, nicht zuletzt als Eingeständnis seiner Schwäche gegenüber dem Staat, auf eine Strategie der Machtübernahme verzichtet und das klassische Revolutionskonzept durch eine Politik ersetzt, in der die herrschende Macht durch selbstregierte Räume von unten verdrängt werden soll. Der uruguayische Raúl Zibechi hat das – wie Múnera ebenfalls in diesem Buch skizziert – am Beispiel der bolivianischen Aufstände 2003 neu theoretisiert und plädiert für die »Form Gemeinschaft« als strategischer Inhalt und Grundlage revolutionärer Projekte.

Doch auch wenn Manches an Holloways oder Zibechis Argumentation richtig ist, kann man 20 Jahre nach Beginn der zapatistischen Rebellion nicht länger ignorieren, dass lokale Selbstorganisation problemlos in eine mit dem Neoliberalismus kompatible Selbstverwaltung der Armut münden kann. In diesem Sinne ist es kein Zufall, dass die kolumbianische Rechtsregierung unter Álvaro Uribe (2002-2010) einen auf der dezentralen Verwaltung von Ressourcen beruhenden »kommunitären Staat« propagiert hat.

Es gilt deshalb, die Anstrengungen der progressiven Regierungen Lateinamerikas, sich eine Transformation der *gesamten* Gesellschaft und des *ganzen* Landes zum Ziel zu setzen, bei aller Kritik zu würdigen. Das Dilemma wird dadurch noch unübersichtlicher: Auf der einen Seite werden die alternativen Bemühungen der Linksregierungen in Venezuela und Bolivien durch die dem Staatsapparat eingeschriebenen Herrschaftsverhältnisse – sowohl die übernommenen als auch die von der Linken neu geschaffenen⁵ – kontinuierlich neutralisiert und konterkariert. Gleichzeitig

⁵ Es ist in diesem Zusammenhang nicht sehr hilfreich, wenn Anhänger der Linksregierungen die Spannungen und Widersprüche in Venezuela und Bolivien mit dem Verhalten »alter Eliten« im Staat oder dem »Verrat« von Revolutionären zu erklären versuchen. Das Problem kann auch nicht einfach auf eine »endogene Rechte« redu-

verweist die ungewollte Komplementarität lokaler Selbstverwaltung mit den neoliberalen Subsidiaritätsdiskursen darauf, dass Emanzipation offensichtlich auch nicht *ohne* Staatlichkeit möglich ist.

Es scheint, als gäbe es keinen Ausweg für emanzipatorische Politik. Staaten sind Herrschaftseinrichtungen und stehen daher einer realen Demokratisierung der Gesellschaft entgegen. Eine Strategie, die sich auf nicht-institutionelle Praktiken beschränkt, verbleibt aber im Lokalen und lässt die sozioökonomischen und gesamtgesellschaftlichen Machtverhältnisse unberührt.

In diesem Zusammenhang scheint es mir hilfreich, an zwei theoretische Beiträge der 1970er Jahre zu erinnern: die Reflexionen Nicos Poulantzas (1978), der den bürgerlichen Staat als Verdichtung von Machtverhältnissen und sozialen Konflikten interpretierte, und die von Deleuze/Guattari (1977 und 1992) angestellten Überlegungen zu Konstellation, Kontingenz und Gefüge (*agencement*), die ein eher kartografisches Verständnis der Politik nahelegen.

Der griechisch-französische Marxist und Neo-Gramscianer Nicos Poulantzas – dessen im marxistischen Wahrheitsdiskurs gefangener Stil auf seltsame Weise mit überraschend elastischen Überlegungen zur Staatlichkeit verschränkt ist – setzt sich in »Staat, Macht und Sozialismus« zunächst von den Staatsvorstellungen der Linken ab. Er bekräftigt, dass der Staat von der Linken immer als Objekt betrachtet wurde, was zwei entgegengesetzte Interpretationen nach sich zog: Während er für die einen ausschließlich ein Instrument der herrschenden Klassen und somit eine homogene, konterrevolutionäre Einheit darstellt, hoffte die eher reformistische Linke auf eine Neutralität der Staatsmacht, also auf die Möglichkeit, sich des Staates zu alternativen Zwecken bedienen zu können.

Poulantzas hat, wie sich mittlerweile herumgesprochen haben dürfte, ein komplexeres Staatsverständnis vorgeschlagen. Ihm zufolge ist der Staat 1) eine Verdichtung sozialer Konflikte und Klassenbeziehungen, 2) eine spezifische und zeitlich begrenzte Festschreibung von Kräfteverhältnissen und 3) ein Terrain, auf dem um gesellschaftliche Hegemonie gerungen wird. Der bürgerliche Staat ist demzufolge nicht neutral und untersteht auch nicht dem demokratischen Volkswillen. Er hat die Funktion, sozioökonomische Machtverhältnisse gegen grundlegende Veränderungen abzusichern. Die

ziert werden, die sich, wie in Venezuela oft behauptet wird, in den revolutionären Prozess eingeschlichen haben soll. Die entscheidende Frage müsste lauten, warum sich Herrschaftsmuster auch in »progressiven« Staats- und Regierungsstrukturen reproduzieren.

Spaltung der Gesellschaft ist ihm derart eingeschrieben, dass er kontinuierlich an der Hegemoniebildung der Herrschenden mitwirkt.

Diese Funktion muss jedoch kontinuierlich neu entwickelt werden. Selbst die autoritärste und neoliberalste Regierung muss deshalb Anstrengungen unternehmen, die subalternen Gruppen zu integrieren, was nach Poulantzas (1978: 60) immer auch materielle Konzessionen impliziert. »Die Beziehung der Massen zur Macht besitzt in dem, was man insbesondere als Konsens bezeichnet, stets ein materielles Substrat«. Das heißt, Hegemonie wird nie nur von oben geschaffen, sondern konfliktiv von verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren produziert – diese Perspektive verbindet Poulantzas im Übrigen mit Foucault, der etwa zur gleichen Zeit die Frage der Produktivität der Macht thematisierte (vgl. Jessop 2005).

Hieraus leitet sich eine zunächst widersprüchlich erscheinende Schlussfolgerung ab: Eine emanzipatorische Bewegung hat innerhalb der Institutionen nicht viel zu gewinnen; trotzdem handeln antiinstitutionelle Bewegungen – selbst wenn sie sich das Gegenteil zum Ziel setzen – zwangsläufig auf staatlichem Terrain und schreiben die institutionelle Form deshalb kontinuierlich um. Wie Múnera (vgl. in diesem Buch) in Anlehnung an Negri/Cocco vorschlägt, müsste es deshalb darum gehen, ein strategisches Verständnis für ein antagonistisches und doch konstruierendes Verhältnis gegenüber dem Staat zu entwickeln. In Europa fallen in diesem Zusammenhang häufig die Begriffe »radikaler« oder »revolutionärer Reformismus«. Doch Negri/Coccos »gesellschaftliche Governance« (wie Leopoldo Múnera in diesem Buch anmerkt) geht möglicherweise darüber hinaus – der Begriff verweist darauf, dass es sich nicht um einen staatlichen oder administrativen Prozess, sondern um eine Umgestaltung aus der Gesellschaft heraus handelt. Nicht die Regierungen »reformieren«, sondern die soziale Mobilisierung.

Dabei ist Mobilisierung allerdings nicht einfach mit Massendemonstrationen zu verwechseln. Proteste – auch gewalttätige⁶ – können von den herrschenden Verhältnissen problemlos absorbiert bzw. ignoriert werden. Die Bewegung 15M hat in Spanien Millionen auf die Straße gebracht, ohne dass das zur Rücknahme auch nur einer einzigen Sparmaßnahme geführt

⁶ Das französische Autorenkollektiv Tikkun vertritt die These, dass in Anbetracht der enormen Assimilationskraft der Gesellschaft nur der Bürgerkrieg einen Ausweg aufzeige. Der Blick nach Kolumbien zeigt, dass nichts falscher ist als das. Die FARC unterbrechen die Herrschaftsverhältnisse nicht mehr, sondern affirmieren die autoritäre Legitimation der Eliten und die Militarisierung des sozialen Konflikts. Das Beispiel zeigt, dass auch eine antagonistische Politik gehegt und in Machtverhältnisse integriert sein kann.

hätte. Eine gesellschaftliche Mobilisierung, die Kräfteverhältnisse verschieben will, muss die systemische Fähigkeit unterbrechen, Regierbarkeit zu produzieren. Sie muss herrschaftliche Hegung und Konsens durch überraschende Interventionen unterlaufen.

Damit bin ich bei einem zweiten theoretischen Beitrag, den ich für das Problem für produktiv halte und der in der politischen Linken deutlich weniger bekannt ist. Gilles Deleuze und Félix Guattari widersetzen sich in »Rhizom« (1977) und »Tausend Plateaus« (1992) dem dualen Denken der hegelianisch-marxistischen Linken. Sie behaupten, dass sich Geschichte nicht aus Widersprüchen herleiten lässt,⁷ sondern mit Differenz, Kontingenz und »Fluchtlinien« erklärt werden muss. In diesem Zusammenhang entwickeln sie u.a. die Begriffe »Rhizom« und »Gefüge« (*agencement*; in manchen Übersetzungen auch »Verkettung«), mit denen sie soziale Prozesse komplexer darstellbar machen wollen. Das »Rhizom« (eine Bezeichnung von Wurzelgewächsen wie dem Ingwer) ist dabei als Alternative zur Baum-Metapher gedacht, die normalerweise das Denken von Geschichte und Wissenschaften strukturiert und dichotome Modelle mit klar definierten Evolutionslinien nahelegt. Das Rhizom hingegen wird als Netzstruktur verstanden, die auf Knoten und komplexen Verknüpfungen beruht und somit die Bilder genealogischer und evolutionärer Linearität unterläuft.

Das Gefüge wiederum ist ein Begriff, den Deleuze/Guattari in einer Schrift über Franz Kafka 1975 entwickelten, um ein Verhältnis von Heterogenität zu beschreiben, in dem ein Phänomen nicht unter ein anderes untergeordnet oder aus ihm abgeleitet werden kann. Auf diese Weise erhält die Beziehung von zwei (oder mehr) Ereignissen eine zusätzliche Ebene der Komplexität, die Raum für Kontingenz (anstelle von Ableitbarkeit) und gegenseitige Verschränkung eröffnet.

Meine These wäre nun, dass die Begriffe Deleuze/Guattaris es ermöglichen können, politische Prozesse offener und kartografischer zu denken. Betrachten wir etwa die Veränderungen in Venezuela (Zibechi hat in »Dispersar el Poder« einen ähnlichen Versuch für Bolivien unternommen): Das Problem, die Entwicklung in dem südamerikanischen Land seit den 1980er Jahren zu verstehen, hat viel damit zu tun, dass das gängige politische Analysewerkzeug von klar definierten Akteuren ausgeht: Klassen (-widersprü-

⁷ Bekräftigen ließe sich diese These am Beispiel des Staates: Die politischen und bürokratischen Strukturen der bürgerlichen Gesellschaft sind nicht in erster Linie als Ergebnis von Klassenkämpfen entstanden – auch wenn die Existenz des Staates mit diesen zu tun hat –, sondern aus Kontingenzen, d.h. aus der Überlagerung von sozialen Kräften und produktiven historischen Verbindungen.

che), Organisation/Parteien, Bewegungen, politische Führungspersonen. Das Irritierende am Beispiel Venezuela ist jedoch, dass der Prozess aus einer Verbindung inkompatibler Bestandteile hervorzugehen scheint und sich bei einer evolutionären Darstellung des Prozesses ständig Leerstellen auf-tun. Andrés Antillano hat das in seinem Aufsatz in diesem Buch skizziert: In Venezuela gibt es gesellschaftliche Mobilisierungen, aber keine sozialen Bewegungen oder bedeutenden Organisationen. Es gibt Ausbrüche der populären Wut, die nicht im eigentlichen Sinne »spontan« sind, eine plebejische Macht, aber keine Arbeiterklasse, Unregierbarkeit, aber die Unterordnung unter einen Caudillo, der – ganz im Sinne Ernesto Laclaus – als »leerer Signifikant« fungiert; und schließlich eine Selbstermächtigung subalternen Klassen, die mit tendenziell autoritären Sozialismus- und Antiimperialismuskonzepten einhergeht (für eine genauere Darstellung: Zelik 2006).

Der Chavismus lässt sich in diesem Sinne, so meine These, weder als politische Evolution noch als gegenhegemoniale »Machtakkumulation« beschreiben. Es stimmt einfach nicht, dass die Linke im Verlauf der 1990er Jahren mächtiger geworden wäre oder dass Chávez den Prozess von langer Hand geplant und zu einer Kulmination geführt hätte. Am ehesten ähnelt der venezolanische Prozess einer gleichzeitig produktiven *und* problematischen Verkettung von widersprüchlichen Momenten. Subversive Praxen, sich eröffnende emanzipatorische Möglichkeiten und neu segmentierenden Verfestigungen spielen darin gleichermaßen eine Rolle.

Entscheidend für den (relativen) Erfolg dieses Prozesses waren die überraschenden Übersprünge, durch die machttechnische Hegungen unterlaufen wurden. So war es ausgerechnet der ehemalige Contraguerilla-Offizier Chávez, der eine Artikulation der populären Unregierbarkeit ermöglichte. Beim Putschversuch 2002 sorgte die kämpferische, aber nicht-militärische, die unorganisierte, aber auch nicht spontane Mobilisierung der Massen für eine Niederlage der Rechten. Die Unfähigkeit des Staates, »regulär« zu regieren, und die daraus folgende improvisierte Ko-Regierung mit Basisorganisationen (wie es sie anfangs bei den Sozialprogrammen gab) löste eine Organisierungswelle aus, die den politischen Prozess neu öffnete. Ohne diese überraschenden *Verkettungen* hätten die traditionellen Eliten die Kontrolle möglicherweise nicht verloren.

Mein Vorschlag wäre also, sich mit Deleuze/Guattari stärker auf die Produktivität von politischen Situationen zu konzentrieren. Es war – zumindest in Lateinamerika – nicht in erster Linie die gegenhegemoniale Macht, die radikale Veränderungen ermöglichte. Es waren Gefüge heterogener, subversiver Prozesse, durch die bestehende Segmentierungen (die wiederum Grundlage jeder Regierbarkeit sind) zersetzt wurden. Für eine klar defi-

nierte und verortete Gegenmacht stehen Herrschaftstechnologien zur Verfügung. Was die Verhältnisse in Venezuela und Bolivien in den 1990er und 2000er Jahren jedoch zum Tanzen brachte, waren die nicht-evolutionären Übersprünge und Mutationen der politischen Praxis: Militärs, die sich in Ermangelung eines bewaffneten Feindes dem politischen Establishment verweigerten und unerwartet die Seiten wechselten. Gescheiterte Stadtguerilleros, deren Agitationsarbeit erst dann plötzlich zu fruchten begann, als ihre Organisationen und Avantgarde-Ansprüche nicht mehr existierten. Oder im Fall Boliviens: Ehemalige Bergarbeiter, die als Koka-Bauern an klassisch gewerkschaftlichen Organisationsformen festhielten. Die kommunitären Netzwerke der Aymara-Indigenas, die gewachsene Sozialbeziehungen in der Stadt neu artikulierten. Gegenüber diesen Verbindungen waren die erprobten Herrschaftstechnologien plötzlich wirkungslos, die Diskurse von Ein- und Ausgrenzung funktionierten nicht mehr.

An diesem Punkt wird auch deutlich, warum ich einige Konzepte von Deleuze/Guattari für politisch produktiver halte als die gramscianischen Überlegungen zum Hegemoniebegriff, auf die ja auch Poulantzas zurückgreift. So wichtig Gramscis Denken ist, um die Beweglichkeit politischer Prozesse zu beschreiben, so bleibt es doch im evolutionären, dichotomischen Muster der Zweiten und Dritten Internationale gefangen. Für Gramsci ist die beständige Arbeit an der Gegenhegemonie weiterhin auf einer Entwicklungslinie angesiedelt und Teil einer großen dichotomischen Konfrontation – nicht zufällig wählt er die Kriegsmetaphern »Stellungs«- und »Bewegungskrieg«, um seine Thesen zu veranschaulichen.⁸

Emanzipatorische Prozesse beruhen aber wesentlich auf Momenten der Unterbrechung und Überraschung, in denen sich Räume für das Unerwartete, Noch-Nicht-Gedachte, Neue öffnen. Der Begriffsapparat von Deleuze/Guattari mit seiner nomadischen Manie zielt genau hierauf ab. Er erlaubt es, in ungeordneten Konstellationen zu denken und den irritierenden Auswegen nachzuspüren. In Anbetracht einer viel zu oft nach Auto-Affirmation

⁸ Gramsci entwickelt seine Hegemonietheorie als Antwort auf die Niederlage der westeuropäischen Arbeiterbewegung 1918-20. Er kommt zu dem Schluss, dass die bürgerliche Gesellschaft Westeuropas komplexere Machtstrukturen besitzt als das feudale Russland. Daraus folgert er, dass moderne Macht nicht in erster Linie als Gewaltherrschaft, sondern als ein Prozess konstanter Hegemoniebildung zu verstehen ist. Die bürgerliche Gesellschaft wird in diesem Sinne von »Schützengräben« durchzogen, die die bürgerliche Herrschaft absichern. Die Revolutionsstrategie Lenins, die Gramsci als »Bewegungskrieg« bezeichnet, müsse demzufolge in Westeuropa durch einen langfristig angelegten gegenhegemonialen Prozess, d.i. einen »Stellungskrieg«, ersetzt werden.

und Identität lechzenden Linken könnte das ein interessantes Antidot gegen theoretische Verfestigungen sein.

Schlussfolgerungen

Autoren wie Arrighi (2010), Harvey (2010), de Sousa Santos (2010 b und c), Wright (2012) oder Hirsch (2005 und in diesem Buch) haben in den vergangenen Jahren immer wieder bekräftigt, dass die Revolutions- und Transformationsstrategien eines grundlegenden Perspektivwechsels bedürfen. Der Staat kann nicht länger im Zentrum des Projekts stehen. Auch wenn sich Befreiung notwendigerweise auch *im* und *durch* den Staat materialisiert, eröffnen die auf die Eroberung der Staatsmacht abzielenden Modelle doch keine echte Emanzipationsperspektive.

Es scheint, dass wir radikal zu der Marxschen These zurück müssen, wonach Emanzipation nur als Selbstbefreiung der Unterdrückten möglich ist. Regierung und Staatsapparate können in dieser Selbstbefreiung eine Rolle spielen, wenn sie eine »gesellschaftliche Governance« begünstigen, also die Verschiebung von Machtverhältnissen durch gesellschaftliche Mobilisierung. Regierung und Staatsapparate bleiben dabei jedoch, da sie naheliegender Weise nicht Akteure einer Selbstbefreiung sein können, stets sekundär.

Das bedeutet auch, dass sich produktive Konstellationen unter unterschiedlichen Vorzeichen ergeben können. Gesellschaftliche Mobilisierung kann Staatlichkeit auch dann erfolgreich modifizieren, wenn eine Rechte regiert.

Offensichtlich scheint mir weiterhin, dass der Demokratie – im Sinne Wrights verstanden als Ermächtigung der Gesellschaft gegenüber Staat und Kapital – eine entscheidende Rolle in jedem Emanzipationsprojekt zukommen muss. Es gilt, Demokratie als gesellschaftlichen Aneignungsprozess zu verstehen und auszuweiten. Das entscheidende Kriterium, um eine politische Situation und emanzipatorische Praxis zu bewerten, ist, ob eine solche Demokratisierung und Aneignung vorangebracht werden kann oder nicht.

(Übersetzung: Raul Zelik)

Literatur

- Agnoli, J. (1990): Die Transformation der Demokratie, Freiburg/Breisgau: Ca Ira.
 Ders.: (1995): Der Staat des Kapitals, Freiburg/Breisgau: Ca Ira-Verlag.
 Arconada, S. (2011): El otro diálogo. Carta abierta al Presidente Hugo Chávez Frías, online unter: <http://www.rosalux.org.ec/mediateca/documentos-para-el-debate/206-el-otro-dialogo-carta-abierta-al-presidente-hugo-chavez-frias>, 9.2.2011.
 Arrighi, G. (2010): Die verschlungenen Pfade des Kapitals, Hamburg: VSA.
 Azzellini, D. (2010): Partizipation, Arbeiterkontrolle und die Commune. Bewegungen und soziale Transformation am Beispiel Venezuela, Hamburg: VSA.
 Barrera, A. (2002): »El movimiento indígena ecuatoriano: entre los actores sociales y el sistema político«, in: Nueva sociedad No.182. Protestas, resistencias y movimientos sociales, Caracas.
 Bauman, Zygmunt (1999): La globalización. Consecuencias humanas, Buenos Aires, México D.F.: Fondo de Cultura Económica.
 Beck, U. (2004): Poder y contrapoder en la era global, Barcelona: Paidós.
 Bonilla, R. (2011). »Apertura y reprimarización de la economía colombiana«, in: Nueva Sociedad Nr.231, Buenos Aires.
 Castells, M. (2001): La Era de la Información. Vol. II: El poder de la identidad. México, D.F.: Siglo XXI.
 Ders.: (2002): La Era de la Información. Vol. I: La Sociedad Red. México D.F.: Siglo XXI.
 Crouch, C. (2005): Postdemokratie, Frankfurt/Main: Suhrkamp.
 Deleuze, G./Guattari, F. (1977): Rhizom, Berlin: Mervé.
 Dies.: (1992): Tausend Plateaus, Berlin: Mervé.
 Demirović, A. (2009): »Rätedemokratie oder das Ende der Politik«, in: Prokla 155, Münster.
 De Sousa Santos, B. (2010a): Para descolonizar el occidente. Más allá del pensamiento abismal, Buenos Aires: online unter: (http://www.cecies.org/imagenes/edicion_306.pdf), 11.11.2011
 Ders.: (2010b). »Enriquecer la democracia construyendo la plurinacionalidad«, in: Lang, Miriam/Santillana, Alejandra (Hrsg.): Democracia, Participación y socialismo, Quito, Ecuador: Fundación Rosa Luxemburg.
 Ders.: (2010c) : »¿Por qué Cuba se ha vuelto un problema difícil para la izquierda?«, in: Lang, Miriam, Santillana, Alejandra (Hrsg.): Democracia, Participación y socialismo, Quito, Ecuador: Fundación Rosa Luxemburg.
 Gerstenberger, H. (2006): Die subjektlose Gewalt. Theorie der Entstehung bürgerlicher Staatsgewalt, Münster: Westfälisches Dampfboot.
 Harvey, D. (2010): Den antikapitalistischen Übergang organisieren, Supplement Sozialismus 11/2010, Hamburg: VSA.
 Hirsch, J. (1998): Vom Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat, Berlin: ID Archiv.
 Holloway, J. (2005): Cambiar el mundo sin tomar el poder, Caracas: Vadell Hermanos.
 Jessop, B. (2005): Macht und Strategie bei Poulantzas und Foucault, Hamburg: VSA-

Verlag.

- Laclau, E. (2005). *La razón populista*, México DF.: Fondo de Cultura Económica.
- Lander, E. (2005). *Venezuelan Social Conflict in a Global Context*, in: *Latin American Perspectives*, 32, 2, S. 20-38.
- Ders.: (2007): »Venezuela: logros y tensiones en los primeros ocho años del proceso de cambio«, in: Stolowicz, B. (Hrsg.): *Gobiernos de izquierda en América Latina – un balance político*, Bogotá: Aurora.
- Ders.: (2010): *¿Quién ganó las elecciones parlamentarias en Venezuela? ¿Estamos ante la última oportunidad de debatir sobre el rumbo del proceso de cambio?*, online unter: <http://www.rosalux.org.ec/component/content/article/154-quien-gano-las-elecciones-parlamentarias-en-venezuela>; 21.10.2010.
- Ders.: (2011): *Venezuela: ¿Radicalizar el proceso?*, online unter: http://www.rosalux.org.ec/images/stories/Venezuela_radicalizarelprocesoEL.pdf3.3.2011.
- Moldiz Mercado, H. (2007): »Bolivia: Crisis estatal y proceso de transformación«, in: Stolowicz, B. (Hrsg.): *Gobiernos de izquierda en América Latina – un balance político*, Bogotá: Aurora.
- Poulantzas, N. (1978/2002): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*, Hamburg: VSA.
- Tilly, C. (1992): *Coercion, Capital, and European States, AD 990–1992*, Cambridge/Oxford: Wiley-Blackwell.
- Weber, M. (2005): *Gesammelte Werke*, Frankfurt/Main: Zweitausendeins.
- Weisbrot, M./Ray, R./Johnston, J. (2011): »Bolivia: La economía bajo el gobierno de Morales«, in: *Ensayos de Economía No.36*, Medellín: Universidad Nacional de Colombia.
- Wright, E. O. (2010): *Envisioning Real Utopias*, London/New York: Verso
- Zelik, R. (2006). »Venezuelas »bolivarianischer Prozess«. Mit Gilles Deleuze in Caracas«, in: *Prokla 142 – Soziale Kämpfe in Lateinamerika*, Münster.

Leopoldo Múnera

Soziale Bewegungen in Lateinamerika

Zwischen der Form »Gemeinschaft« und der Form »Staat«

Agieren die sozialen Bewegungen in Lateinamerika *gegen, außerhalb* oder *mit dem Staat*? Die Antwort fällt relativ leicht, wenn Staat und soziale Bewegungen sich durch klar entgegengesetzte Positionen und Politiken charakterisieren lassen. Das heißt, wenn der Staat von den sozialen und politischen Akteuren der Bewegungen als einer oder sogar der wichtigste Gegner betrachtet wird, der nur bekämpft werden kann. Dies war in Kolumbien der Fall, wo sich populäre oder ethnische Bewegungen und der oligarchisch dominierte Staat meist unversöhnlich gegenüber standen.

Doch selbst hier haben im 20. Jahrhundert – daher der relativierende Ton der Antwort – Bewegungen wie die in der *Confederación de Trabajadores de Colombia* (Konföderation der Arbeiter Kolumbiens) organisierte Arbeiterbewegung (ab den 1930er Jahren) oder die Bauernbewegung, die ab den 1960er Jahren in der *Asociación Nacional de Usuarios Campesinos* (Nationaler Bauernverband) zusammengeschlossen war, abwechselnd mit, gegen im und außerhalb des Staates agiert. Ähnliches lässt sich auch über die meisten anderen lateinamerikanischen Länder sagen. Im Allgemeinen jedoch richten sich die Aktionen der Bewegungen, wenn sie sich auf der Grundlage eines klaren – Klassen, Gender- oder ethnischen – Antagonismus konstituieren, *gegen* den Staat, der die bekämpften Herrschaftsstrukturen zusammenführt, oder positionieren sich außerhalb von ihm, in alternativen sozialen oder kommunitären Ordnungen, deren Forderungen vom politischen System nicht bearbeitet werden können.

Wenn hingegen die politischen Positionen und Aktionen der sozialen Bewegungen denen nahe stehen, die im Staat Führungsaufgaben innehaben, erlangt die Antwort auf unsere Ausgangsfrage ein hohes Maß an Komplexität. Die Nähe impliziert gewisse politische und inhaltliche Gemeinsamkeiten, die es den politischen Parteien und Bewegungen vor der Erlangung der Staatsmacht erlaubt haben oder noch erlauben, zusammen gegen gemeinsame Gegner zu kämpfen. Wenn diesen Gemeinsamkeiten absolut wären, würde sich die Frage auflösen, da die institutionelle Politik dann mit dem Politisch-Sozialen zusammenfallen würde¹ und es weder ein Innen noch

¹ Marchart (2009) untersucht auf der Grundlage von Nancy, Lefort, Badiou und Laclau den analytischen und praktischen Unterschied zwischen dem Politisch-Institutio-

ein Außen gäbe, wie in der Frage unterstellt. Dies ist bei jenen sozialen Bewegungen der Fall, die als Transmissionsriemen politischer Parteien auftreten, oder umgekehrt von politischen Parteien, die als Projektion institutionalisierter Macht einer oder mehrerer Bewegungen zu verstehen sind. Als Beispiele hierfür könnte man auf die sandinistische Revolution in Nicaragua oder den Peronismus in Argentinien verweisen.

Bei einer Affinität zwischen Regierung und Bewegungen fallen die Antworten hingegen vielfältiger aus. Die Beziehungen, die heute in Ländern wie Venezuela, Brasilien, Bolivien, Argentinien, Chile, Uruguay, Ecuador und Paraguay zwischen den sozialen Bewegungen und dem Staat bestehen, eröffnen ein Reflexions- und Aktionsfeld, wie es in Iberoamerika bislang nicht existiert hat und das in seiner Vielfalt in einem Aufsatz wie diesem nicht erschöpfend behandelt werden kann. Die argentinischen *Piqueteros* und *Asambleistas*, die kommunitären Bewegungen der Ayamara-Indígenas und der Barrio-Bewohner Boliviens, die brasilianische Landlosen-Bewegung MST, die Bewegung der Plurinationalen Einheit (Movimiento de Unidad Plurinacional) *Pachakutik* in Ecuador, die chilenischen und venezolanischen Studentenbewegungen oder die Bewegungskoordinationen *Espacio Radical* in Uruguay und *Bloque Social y Popular* in Paraguay haben sehr heterogene Beziehungen zu ihren Staaten entwickelt und auch nur eine zusammenfassende Beschreibung würde den Rahmen dieses Textes sprengen.

Aus diesem Grund erscheint es mir Erfolg versprechender, die viel beachtete Debatte zwischen dem uruguayischen Journalisten und Sozialforscher Raúl Zibechi und dem Mathematiker, Soziologen und heutigen Vizepräsidenten Boliviens Álvaro García Linera als Ausgangspunkt zu wählen. Diese Debatte über das Verhältnis zwischen sich politisch nahestehenden sozialen Bewegungen und dem Staat erlaubt uns aufgrund ihrer analytischen Schärfe, über eine Fallstudie hinauszudenken und Vergleiche mit anderen lateinamerikanischen Ländern anzustellen. Im Konkreten geht es mir um Zibechis (2006) »Zersplitterung der Macht«² und García Lineras Aufsatzsammlung »La Potencia Plebeya. Acción colectiva e identidades indígenas, obreras y populares en Bolivia« (»Die plebejische Macht. Kollektive Aktion und populare, Arbeiter- und indigene Identität in Bolivien«) (2009). Auch wenn einige Texte García Lineras schon vor dem Wahlsieg der *Bewegung zum Sozialismus* (MAS) bei den Präsidentschaftswahlen 2005 und dem Amts-

nellen, das seinen Ort auf dem engen Feld der Institutionen hat, und dem Politisch-Sozialen, also dem Politischen im Zusammenhang von Machtbeziehungen.

² Deutsch bei Edition Nautilus (Hamburg 2009).

antritt von Evo Morales im Januar 2006 erschienen, wird in ihnen deutlich, wie García Linera dieses Verhältnis verstanden sehen will.

Die kommunitären sozialen Bewegungen: antistaatliche Macht

Zibechi interpretiert die Erhebungen, die Cochabamba, die zentrale bolivianische Hochebene, die bei La Paz gelegene Großstadt El Alto und die großen Überlandstraßen Boliviens erschütterten, auf heterodoxe Weise und geht bei seiner Analyse vor allem von gesellschaftlichen Lebensweisen (und nicht vom Staat) aus. Das bedeutet, Zibechi nimmt die »für das Überleben von unten geschaffenen sozialen Beziehungen« als Ausgangspunkt, »die vormodernen oder familiären Beziehungen«, »die Bewegungen, Flüsse, Verschiebungen dieser Gesellschaft« (2009: 128). Zibechi macht eine primäre, bereits vorhandene Gesellschaftlichkeit – und nicht die auf spezifische kollektive Handlungen gerichtete Soziabilität – als Ursprung der Mobilisierungen aus. Er weist somit die »vorherrschende Interpretation in der Bewegungssoziologie« zurück, die sich vor allem auf die Organisation, kollektive Identität und das Repertoire der Mobilisierung konzentriert. Die Arbeiten García Lineras und andere Konzepte, die Zibechi als etatistisch bezeichnet, weil sie dem Etablierten gegenüber dem Etablierenden Priorität einräumen, werden von ihm in diese Kritik mit eingeschlossen.

Zibechi macht die Gemeinschaften,³ die auf »auf affektiven Bindungen und Vertrauensbeziehungen« (37) beruhen und aus Alltagsbeziehungen wie

³ Im Epilog zum Zibechi-Buch schreibt das argentinische Colectivo Situaciones: »Die Gemeinschaft ist der Name eines als singuläre Sozialtechnologie bestimmten politischen und organisatorischen Zeichens. In ihr kommt eine besondere Befähigung zum Ausdruck: die des Aufziehens einer kollektiven Energie, das durch die Anrufung von Bildern anderer Zeiten – und einer anderen Zeitvorstellung selbst – ermöglicht wird. Die in Bewegung geratene, Bewegung gewordene Gemeinschaft entwickelt sich auf diese Weise wie eine alternative Effizienz, in der wir eine ungewohnte Unentgeltlichkeit der Bindungen beobachten können. Die Gemeinschaft benennt die stets virulente, stets überschüssige Möglichkeit des Gemeinsamen. Es steht außer Frage, dass diese Art, die »Form Gemeinschaft« zu begreifen, hier an ihre positive Grenze gelangt. Der Text hat ihre Züge geschärft, ihre emanzipatorische Potenz, drängende Kämpfe gegen die modernisierende *Anachronisierung* zu entwickeln, aber auch ihre Fähigkeit (...), die Existenz sensibler und politischer Kräfte sichtbar zu machen, die sie in Bewegung setzen. Die Gemeinschaft operiert in diesem Buch als Bezeichnung für Formen kollektiver Aktion und tut dies in voller Absicht, gegen den Trend der sich verflüchtigen Sensibilität zu zirkulieren, durch die alles Feste diffundiert (...) Die Gemeinschaft verdient von Neuem unsere Aufmerksamkeit. Nicht länger als Exzentrizität einer Vergangenheit, die nicht zu sterben bereit ist, sondern als eine hochaktuelle Dynamik

Nachbarschaft, Freundschaft, Verwandtschaft usw. erwachsen, als Basis der sozialen Bewegungen aus. Das heißt, er betrachtet vor allem jene Formen der Soziabilität, in denen Menschen keine Mittel repräsentieren, um Ziele zu erreichen, sondern Ziele an sich sind. Der Begriff der »sozialen Bewegungen«, verstanden als von Organisationen getragene kollektive Aktionen, die eine Selbstdefinition der beteiligten Subjekte und ihrer Gegner ermöglichen, wird bei Zibechi durch die »Gemeinschaften« verdrängt, die sich durch Affirmation, Entfaltung und Projektion ihrer Existenz bewegen. Auf diese Weise soll die »Form Gemeinschaft« analytisch entwickelt werden, die eine andere Art von Gesellschaftlichkeit als die »Form Staat« besitzt.⁴

Der von Zibechi verwendeten und ursprünglich von Max Weber entwickelten Unterscheidung zufolge existieren in den Gemeinschaften »herrschaftsfremde Verbandsverwaltungen« (*administraciones no autoritarias*), in denen – anders als bei der »Repräsentanten-Verwaltung« (*administraciones por representantes*), die die Solidarität negiert, indem sie Personen als Mittel und nicht als Ziele betrachtet – »Souveränität nicht vom gesellschaftlichen Körper getrennt ist«. In dieser Hinsicht üben die Gemeinschaften, wie es Holloway ausdrückt (2005: 32f.), eine kreative Macht aus, also eine Macht, die gesellschaftlich etwas schaffen kann und nicht über die Handelnden verfügt. Sie strukturieren auf diese Weise eine nicht-staatliche Macht, die – tendenziell – homogen über die Gesellschaft »verteilt ist; das heißt, eine politische Macht, die nicht von der Gesellschaft, in der sie entsteht, getrennt ist« (Zibechi 2006: 35). Die nicht-staatliche Macht lässt sich nicht auf

gemeinschaftlicher Assoziation und Produktion, die – in gleichem Maße, wie sie über Vitalitäten verfügt – von Ambivalenzen geprägt ist. An die Gemeinschaft denken bedeutet, sie in ihrer wirklichen Dynamik zu begreifen: in Entwicklung, aber eben auch mit ihren Blockaden und Metastasen (...). Eine Gemeinschaft ohne Apriorismen und Folklore (die das Verständnis dafür erschweren, wie sich das Gemeinschaftliche neu erfindet). Und vor allem, ohne sie auf eine unproblematische, von anderen Segmenten der sozialen Kooperation getrennten Ganzheit zu reduzieren. (...) Die Gemeinschaft in ihrer Dynamik und ihrem Potenzial zu denken bedeutet, auf die Prozesse ihrer kontinuierlichen Auflösung zu achten, um so die immer wieder überraschende Reartikulation in neuen Kontexten (vom Land in die Stadt), anderen Zeiten (vom der Krise des peripheren Fordismus zu denen des Neoliberalismus), anderen Bildern (vom Volk zur Nachbarschaftsversammlung) zu verstehen.« (Zibechi 2006: 212f.)

⁴ Über den Arbeiterwiderstand sagt Zibechi (2010: 220): »Die »Form Gemeinschaft« überprüft sowohl den Mikrowiderstand als auch die großen Rebellionen. In der Fabrik sind Dutzende und Hunderte von Arbeiterinnen und Arbeitern täglich und in einer Situation klarer individueller Unterlegenheit mit einer Handvoll Vorarbeitern konfrontiert. Sie müssen die anonyme Form eines organischen und unsichtbaren Ganzen annehmen, um Sanktionen zu vermeiden, die stets individualisiert ausgesprochen werden, da eine kollektive Strafe die Gemeinschaft nur stärken würde.«

den Staat reduzieren und nimmt eine horizontale Organisation der (nicht von den sie bildenden Gemeinschaften getrennten, sich vom Staat emanzipierenden) Gesellschaft vorweg.⁵ Denn der Staat, als politische Organisation des Kapitals und als Mittel zur Homogenisierung der Gesellschaft ist, in den Worten Zibechis, »kein geeignetes Mittel, um emanzipatorische soziale Beziehungen zu schaffen«. Man muss also, wie Holloway bekräftigt, die »Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen« (2005).

Der Staat: kollektive Synthese

Bei seinem Vorhaben, die Mobilisierungen in Bolivien zu analysieren, entschied sich Álvaro García Linera 2001 für eine bestimmte Linie der Bewegungssoziologie, die sich auf Aktionsrepertoires und die Mobilisierung von Ressourcen konzentriert.⁶ Die Art und Weise, wie er die sozialen Bewegungen charakterisiert, verweist jedoch auf eine kritische Anwendung des von ihm gewählten Paradigmas. In seiner geschichtlichen Untersuchung der sozialen Bewegungen Boliviens verwendet er die folgenden Elemente: die materiellen Bedingungen, die das Entstehen einer sozialen Bewegung ermöglichen; »die Art und die Dynamik der Strukturen molekularer Zusammensetzung«, mit deren Hilfe er die Gemeinschaftsformen untersucht; die Techniken und Ressourcen der Mobilisierung; die expliziten und impliziten Ziele der sozialen Aktion; die »Erzählung des kollektiven *Ich*, das heißt, das kulturelle und symbolische Fundament der Selbstlegitimation der im Augenblick der Mobilisierung konstituierten Gruppe«; und »die zur Diskussion stehenden politischen (staatlichen oder antistaatlichen) und demokratischen (die Neuerfindung der Gleichheit und des Öffentlichen betreffenden) Dimensionen (García Linera [2001] 2009: 354).

⁵ Eine allgemeinere Analyse der sozialen Bewegungen in Lateinamerika findet sich bei Zibechi (2007: 21-63). Über städtische Bewegungen: Zibechi (2008: 17-135). Vor der Untersuchung der Mobilisierungen in Bolivien skizzierte Zibechi diese auf der »Form Gemeinschaft« beruhende Analysemethodik bereits in zwei Arbeiten (1999 und 2003).

⁶ »Für die Untersuchung der Ereignisse in Bolivien sind die Beiträge Oberschalls, Sidney Tarrow's, Tillys, Jenkins', Poupeaus und Eckerts am nützlichsten, die sich auf die Wirkung von Bewegungen auf die politische Struktur der Gesellschaft konzentrieren, ohne aus dem Auge zu verlieren, dass die kollektive Aktion sehr viel mehr ist als ein bewusstes Kalkül von Zielen und den dafür notwendigen Mitteln und dass Verbindungen wie Solidarität oder moralische Gleichheits- und Identitätsprinzipien gesellschaftliche Elemente sind, die die Mobilisierung von Menschen ermöglichen.« (García Linera [2001] 2009: 353).

Mit diesem analytischen Handwerkszeug untersucht García Linera die drei Formen, die die sozialen Bewegungen Boliviens heute annehmen: die Gewerkschaft, die Menge (*multitude*) und die Gemeinschaft (*comunidad*). Bei der Untersuchung letzterer, d.h. der Analyse der molekularen und korpuskularen Zusammensetzung und sozialen Techniken der Nachbarschaftsbewegungen hebt García Linera drei Haupteigenschaften hervor: »die Ersetzung der Staatsmacht durch eine überregionale, kommunale und in Knoten dezentralisierte politische Macht« (409f.); das »produktive nachbarschaftliche System im Bewegungskrieg« (410f.) und die »Ausweitung der kommunalen Demokratie auf regional-nationaler Ebene und die Produktion einer öffentlichen Moral der zivilen Verantwortung« (411f.). García Linera gelangt schließlich zu der Einschätzung, dass die kommunale Bewegung der Aymara über einen Horizont verfügt, der über seinen Analyserahmen hinausreicht. Die Bewegung besitze »alle Eigenschaften der Neuartikulation einer nationalen indigenen, mehrheitlich von Aymara geprägten Identität, deren Vitalität oder Flüchtigkeit sich in den kommenden Jahren erweisen wird« (418).

Auch wenn er sich in einer Strömung der Bewegungssoziologie verortet, nimmt García Linera damit die Idee der sozialen Bewegung als einer Gemeinschaft *in* Bewegung vorweg, wie sie später von Zibechi entwickelt werden wird. Natürlich versucht er dabei, wie Zibechi hervorhebt, diese Gemeinschaft mit Elementen zu untersuchen, wie sie für auf Verbandsprinzipien (und nicht auf gemeinschaftlichen Prinzipien) beruhende kollektive Aktionen typisch sind. Dadurch kommt es zu analytischen Verschiebungen: García Linera verwendet die Sprache der Netzwerke oder das Konzept Habermas' der deliberativen Demokratie, um Prozesse politischer Gemeinschaften zu beschreiben, die nicht auf Verbandslogiken reduziert werden können und sich nicht durch vertikale Formen der Machtausübung charakterisieren. Als Folge tendiert García Linera dazu, wie Zibechi (2006: 124) kritisiert, Bewegungen mit Hilfe der »organischen Struktur« von Verbänden (und nicht anhand »der Einheit durch Konfluenz«) zu bewerten. Er betrachtet sie also aus der Perspektive institutioneller Politik und nicht aus der Perspektive des Politisch-Sozialen.

Diese Interpretation der sozialen Bewegungen korrespondiert bei García Linera mit der Beschreibung des Staates als Synthese der Kollektivität oder, seiner Gramsci-Interpretation folgend, als Summe von »politischer und ziviler Gesellschaft«. Dabei wird die Zivilgesellschaft als »der konstitutive Moment des Staates« verstanden, »welcher wiederum mit seinem institutionellen Gerüst das Ideal der *Ethizität* eines Kollektivs synthetisiert, also der von einer Gesellschaft geteilten Bräuche, Werte und Glaubensvorstellungen« ([2004], 2009: 424). Zuvor jedoch hat García Linera mit Marx

festgestellt, dass es sich um eine entfremdete kollektive Synthese handelt, da »die inneren Konflikte der Gesellschaft durch die scheinbare Autonomie staatlicher Funktionen verformt werden« (423). In einem späteren Text – der 2008, also zu einem Zeitpunkt veröffentlicht wurde, als García Linera bereits Vizepräsident der Regierung Morales war – unterscheidet er zwischen drei Hauptachsen des »Verhältnisses Staat«, wie er den Staat analytisch bezeichnet: die politische Korrelation von gesellschaftlichen Kräften oder der Aufbau eines herrschenden politischen Blocks; die Institutionalisierung oder Materialisierung kollektiv verbindlicher Entscheidungen in »Normen, Regeln, Bürokratien, Haushalten, Hierarchien, bürokratischen Verhaltensweisen, Rollen und Verfahrensweisen«; sowie eine allgemeine kollektive Idee oder Überzeugung ([2008] 2009: 502). Diese Einteilung deckt sich mit der sieben Jahre zuvor von ihm skizzierten Idee, dass der Staat eine »qualifizierte, vom herrschenden Teil der Gesellschaft formulierte Synthese« repräsentiert ([2001] 2009: 423). Diese Vorstellung eröffnet die Möglichkeit, sich den Staat als eine Einrichtung im Dienste subalternen, an die Macht gelangender Gruppen vorzustellen.

Mit dieser Kategorisierung setzt sich García Linera darüber hinweg, was Holloway oder Negri/Cocco⁷ in ihrer Analyse der Aktion und der Menge (*Multitude*) in Lateinamerika als »die Form Staat« bezeichnet haben, nämlich eine mit dem Kapitalismus, sprich der Herrschaft des Kapitals über entlohnte und nicht entlohnte Arbeit, untrennbar verbundene politische Organisation. Diese Definition des Staates dient Zibechi, um die in den sozialen Bewegungen zu beobachtende Tendenz zur Staatlichkeit und zu hie-

⁷ »Wenn wir von der ›Form Staat‹ sprechen, verstehen wir darunter die Form, in der das Kapital die Klassenverhältnisse beherrscht und dabei, im Inneren dieses Verhältnisses, den Widerständen und dem Druck der subalternen Klasse ausgesetzt ist: auch aus dieser Perspektive – und besonders aus dieser Perspektive – verändert sich die Struktur des modernen Staates. Dabei lässt sich eine Periodisierung von Herrschaftsaspekten ausmachen – vom Totalitarismus hin zu Formen des Aufstands und zu neuer, temporär etablierter Macht innerhalb dieser konfliktiven Struktur, die unabhängig davon, ob sie offen, gewaltförmig geschlossen, demokratisch oder diktatorial ist, von den Klassenbeziehungen bestimmt ist.« (Negri/Cocco 2006: 147f.) »Tatsächlich ist das, was der Staat macht, dadurch begrenzt und bestimmt, dass er nur als Knotenpunkt in einem Netz von sozialen Beziehungen existiert. Dieses Netz der sozialen Beziehungen ist maßgeblich auf die Organisationsform der Arbeit ausgerichtet. Die Tatsache, dass die Arbeit auf kapitalistischer Grundlage organisiert ist, bedeutet, dass das, was der Staat macht und machen kann, durch die Notwendigkeit begrenzt und bestimmt wird, die kapitalistische Organisationsweise, zu der er gehört, aufrecht zu erhalten. Konkret bedeutet das, dass jede Regierung, die ernsthafte Maßnahmen gegen die Interessen des Kapitals ergreift, als Resultat mit einer Wirtschaftskrise und Kapitalflucht konfrontiert sein wird.« (Holloway 2005: 17)

rarchischen, vertikalen Organisationsformen zu kritisieren (Holloway 2005: 17). Er bekräftigt, dass es unmöglich sei, eine Emanzipation vom Staat aus oder mit seiner Hilfe zu betreiben.

Aus diesem Grund kritisiert Zibechi (2006: 165-191) auch García Lineras Vorschlag von 2004 (2009: 271-346), einen multinationalen oder multikulturellen Staat in Bolivien zu schaffen und damit die Gemeinschaften und Völker innerhalb des nationalstaatlichen Rahmens anzuerkennen. Auf der Grundlage der Erfahrungen der mexikanischen Zapatisten und der Indígena-Organisation CONAIE in Ecuador argumentiert Zibechi, dass die der Form »Staat« innewohnende Tendenz zur Homogenisierung, Zentralisierung und Bürokratisierung den Autonomien, der Dispersion der schaffenden Macht (*poder-hacer*) und dem Prinzip des »gehorchend Befehlens« (*mandar obedeciendo*) der indigenen Gemeinschaften widerspricht.

Zwischen der Form »Gemeinschaft« und der Form »Staat«

Im Kontext der lateinamerikanischen Debatte über das Verhältnis zwischen sozialen Bewegungen und dem Staat repräsentiert die Analyse Zibechis eine praktische Kritik, die von gemeinschaftlichen, nicht-staatlich dominierten Bewegungen (wie etwa den städtischen und ruralen Aymara-Gemeinden oder den zapatistischen *Juntas de Buen Gobierno* (Martínez Espinoza 2007) formuliert wird und die Organisationsformen »politische Partei« und »Staat« sowie die Vorstellungen der westlichen Soziologie zu kollektiver Aktion in Frage stellt. Der Begriff der »Gemeinschaft in Bewegung« bricht mit den individualistischen und kollektivistischen Annahmen, die der Bewegungssoziologie als Grundlage dienen. Das Subjekt der kollektiven Aktion ist nicht länger das Individuum oder eine von der strukturellen Position des gesellschaftlichen Akteurs abgeleitetes Kollektiv, sondern die Gemeinschaft, die als soziale Form jeder für eine Aktion gebildeten Organisation oder Vereinigung vorausgeht.

Gleichzeitig stellt die »Form Gemeinschaft« einen Typus der politischen Organisation dar, der dem Staat fremd ist und außerhalb der »Form Staat« oder »Form Partei« verbleibt, die sich, so Zibechi, durch vertikale Beziehungen und die Trennung des bürokratischen Kaders und der Repräsentanten vom gesellschaftlichen Körper auszeichnen. Die Erfahrungen der CONAIE und der Bewegung *Pachakutik* in Ecuador scheinen die Skepsis gegenüber der »Form Staat« zu bestätigen (Torres 2004: 29-62), während nicht-staatliche Organisationsformen, verstanden als eine Macht praktischen Seins und Handelns, ihre Vitalität in Chiapas und den Aymara-Gemeinden Boli-

viens unter Beweis zu stellen scheinen. Zudem ist die Gemeinschaft nicht rückwärtsgewandt (indem sie immer wieder nostalgisch die Tradition in Erinnerung rufen), sondern erschafft sich neu und projiziert sich in eine Zukunft, die von den Ambivalenzen der westlichen Moderne (z.B. hinsichtlich der Spannung zwischen der Form und der Materialität der politischen und gesellschaftlichen Demokratie) frei ist.

Die analytische und praktische Kraft von Ansätzen wie denen Zibechis oder der lateinamerikanischen Neokommunitaristen kann die Unstimmigkeiten in ihrem Konzept jedoch nicht verbergen. Diese werden deutlich, wenn wir die Überlegungen García Lineras oder verschiedene Ansätze der Bewegungssoziologie und der Staatskritik heranziehen. Die These, dass sich die von García Linera als »Multitude« bezeichneten städtischen Bewegungen als Gemeinschaften den Aymaras angleichen könnten, wirft zahlreiche Fragen auf – auch dann, wenn man die von Zibechi als analytische Grundlage übernommene Perspektive Pablo Mamamis (2004 und 2005) akzeptiert. Das hat zum einen damit zu tun, dass diese Organisationsformen mit staatlichen und klientelistischen Strukturen verwoben sind; zum anderen damit, dass die kommunitären Formen ständig dem Individualismus und der Entfremdung der städtischen Akteure ausgesetzt sind, die – eben aufgrund der subjektiven Entfremdung – häufig eher kollektiven Aktionslogiken folgen, wie sie von Smelser (1963) und Kornhauser (1959) analysiert worden sind. In anderen Worten: Sie folgen eher der instrumentellen Vernunft des entfremdeten Subjekts oder den nicht-rationalen Verhaltensmustern der Masse als der potenziell transformativen Sozialität von Gemeinschaften.

Die Untersuchung Maristella Svampas (2008) über die Beziehungen zwischen sozialen Bewegungen und politischer Macht in Argentinien und die Entwicklung der Vollversammlungs- und Piquetero-Bewegung legt den Schluss nahe, dass nicht nur die Annäherung an den Staat oder die Verwandlung der Bewegung in eine Partei die Gefahr birgt, dass sich eine Organisation vom gesellschaftlichen Körper trennt. Diese Tendenz scheint auch in den Entfremdungsprozessen populärer und kommunitärer Subjekte angelegt zu sein. Etwas Ähnliches muss man, wenn man die Idealisierung der »Form Gemeinschaft« zugunsten einer sozialen und politischen Analyse aufgibt, auch bei den städtischen und ruralen Aymara-Gemeinschaften in Bolivien konstatieren. Bei einer derartigen Analyse werden die vielfältigen Machtformen sichtbar, die diese Gemeinschaften kennzeichnen.⁸

Der Fortbestand von Klassen oder traditionell herrschenden sozialen Gruppen, die gesellschaftliche, politische und ethnische Heterogenität der

⁸ Vgl. beispielsweise Svampa, Stefanoni und Fornillo (2010).

lateinamerikanischen Gesellschaften und die Verantwortung des Staates für eine regionale Ordnung innerhalb des vom Kapital beherrschten Welt-systems (Torres Nafarrete 2004: 237) machen es erforderlich, die Analyse des politischen Systems nicht auf die »Form Staat« zu beschränken. Die exklusive Fähigkeit des Staates, kollektiv verbindliche Regelungen innerhalb eines politischen Systems zu definieren, verbietet es den sozialen Bewegungen, den Staat und die politischen Herausforderungen seiner Überwindung einfach zu ignorieren. Da der Staat die Verdichtung der Machtbeziehungen innerhalb der herrschenden gesellschaftlichen Prozesse darstellt, ist sein Handeln (oder das einer anderen auf die Herausforderungen der Gesellschaft reagierenden Struktur) so lange entscheidend, wie eine Klassenspaltung besteht und für die Produktion und Reproduktion des Kapitals notwendig ist, das heißt, solange keine neue oder keine *neuen* nicht-kapitalistischen Produktionsweisen etabliert sind. Die bolivianische Gesellschaft hat es heute mit denselben Problemen zu tun, wie sie sich den klassischen Autoren des Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus stellten, die den Übergang von einer kapitalistischen Gesellschaft zu einer von Gemeineigentum der Produktionsmittel bestimmten Gesellschaft organisieren wollten. Der *Übergang*, besonders wenn er, wie heute in Lateinamerika, innerhalb einer repräsentativen Demokratie stattfindet, macht eine politische Organisation notwendig, die – obgleich sie Charakteristika der »Form Gemeinschaft« besitzt – auf den Charakter der heute existierenden Gesellschaften und auf den Widerstand derjenigen, die die kapitalistische Produktionsweise mit allen, auch bewaffneten Mitteln zu verteidigen suchen, Antworten formuliert.

Der Übergang zu neuen Produktionsweisen, die die Ausweitung der »Form Gemeinschaft« fördern, kann die aus der gesellschaftlichen, ethnischen, politischen oder ideologischen Heterogenität der modernen Gesellschaften erwachsenden Konflikte nicht einfach abschaffen. Deswegen braucht es eine auf Diversität und Pluralismus beruhende politische Organisation, die es ermöglicht, die genannten Konflikte zu lösen, transformieren oder qualifizieren, sodass diese nicht zu bewaffneten, die soziale Struktur zerstörenden Zusammenstößen führen. Die Debatte innerhalb des Katarismo-Indianismus in Bolivien beweist, dass der einfache Rückgriff auf die Form »Gemeinschaft« keine Antwort auf die Probleme heterogener Gesellschaften bietet und die Gemeinschaft, wenn sie sich auf sich selbst und ihre Tradition beschränkt, selbst zu einem exkludierenden, die Segregation fördernden Mechanismus werden kann. Einige Kataristas wie Pedro Portugal rufen daher dazu auf, die konstituierende Vielfalt der modernen, zeitgenössischen Welt zu akzeptieren. Der Dekolonisierungsprozess müsse *in ihr* statt-

finden und eine Zukunft ermöglichen, in der das Anderssein anerkannt wird und nicht von der ständigen Sehnsucht nach einer verlorenen, von kommunitärer Reinheit bestimmten Vergangenheit beherrscht ist.⁹ Andere hingegen, wie Constantino Lima und Felipe Quispe Huanca, beziehen sich positiv auf die exkludierende Gemeinschaft, in der die Weißen und Mestizen, die nicht zur originären Nation gehören, keinen Platz haben.¹⁰ Aus diesem

⁹ »Es geht allein darum, die nationale Befreiung durchzusetzen, die Entkolonisierung zu erreichen. Die Entkolonisierung ist nicht Ergebnis von Beschwörungs- oder magischen Formeln, sondern von der Umsetzung von Politik. Und dafür müssen wir unsere kulturelle Identität bekräftigen. Wir müssen den Rest der Welt kennen und wissen, welche Macht er über uns ausübt. Dieses Wissen werden wir nicht erlangen, wenn wir uns in eine angeblich substanziale Differenz zwischen uns und den anderen flüchten, denn wenn wir unsere Identität fiktiv überbewerten, verlieren wir die Macht über das Konkrete und überlassen anderen die Verantwortung und das Privileg, uns zu regieren. Das heißt, wir spielen genau die Rolle, die die Kolonisatoren wünschen. Merken wir nicht, dass es der Westen ist, der den Mythos des mit der Natur verbundenen, guten, freundlich mit Pflanzen und Vögeln redenden Indigenen erschafft? (...) Tatsächlich geht es darum, zeitgenössische Indigenas zu sein. Das ist die Herausforderung. Die Helden, auf die wir uns beziehen, wie z.B. Tupak Katari, rebellierten auf die ihrem historischen Moment eigene Weise. Alle indigenen Bewegungen, auf die wir uns beziehen, waren konkrete Antworten auf konkrete Situationen. Sicher, wir müssen uns auf unsere Vergangenheit beziehen, aber nur, wenn wir sie auf die Zukunft projizieren können. Und dafür müssen wir sie in der Gegenwart, nur in der Gegenwart, verteidigen und erkämpfen. Das heißt, wenn wir uns befreien wollen, dann, indem wir die Ketten von heute zerreißen und uns nicht in der Vergangenheit verschanken.« (Varios autores 2010: 98ff.)

¹⁰ Constantino Lima schreibt: »Wir sind Anti-Invasoren, wir lehnen den 12. Oktober 1492 ab. Wir sind Anti-Bolivianer, wir werden niemals Bolivianer sein, und deshalb habe ich, als ich Abgeordneter war, bei meiner ersten Rede gesagt: ›Ich bin kein bolivianischer Bürger, ich bin Bürger von Khollasuyo‹. (indigene Bezeichnung des andinen Hochlands, Anm. d. Übs). Deshalb haben wir jetzt die Entschädigungsforderung gegen Europa eingereicht, gegen Spanien, Italien, Portugal usw. Vom Papst verlangen wir, ich weiß nicht genau wie viel, von ganz Europa und den über die Welt verstreuten Europäern sind es 2,357 Billionen US-Dollar. Das sind die Schulden, die Europa hier hat, in diesem Land mit seinen 1,078 Millionen Quadratkilometern, diesem reichsten Ort der Welt, von dem sie jede Art von Reichtum geraubt haben. Und da sind die Zinsen noch gar nicht mitgezählt, denn einschließlich der Zinsen würden die Europäer ihre Schuld nie zahlen können. Aber wir sind auch nicht nur anti, anti, anti, wir sind auch pro, pro, pro. Wir wollen die Restauration, wir wollen, dass unsere Persönlichkeit wieder hergestellt wird und man uns unseren Reichtum zurückgibt (...). Wir sind die Hausherren. Der Mamani, Quispe, Condori, Yampara, Cusi, wir alle sind Hausherren. Der Weiße, der Mestize kann niemals Hausherr hier sein, selbst wenn er Zehntausend Mal hier geboren ist. Die Pachamama ist unser Ort, so wie die Pachamama von Europa die weiße Rasse geboren hat. Dort haben sie Ansprüche, aber niemals, niemals hier. Viele sagen: Ich bin doch auch hier geboren, dieses Land hat mich zur Welt kommen

Grund ist es notwendig, die Geschichte des Widerstands ausgehend von seiner Vielfalt zu verstehen (auch des der Aymara-Gemeinschaften, vgl. Rivera Cusicanqui 2003), der den Staat, das politische System und die Demokratie der westlichen Gesellschaften gegen das Kapital geformt hat und der nicht zu fassen wäre, wenn man nur die »Form Staat« betrachten würde.

Zudem stellen politische oder auf die kollektive Identität abzielende Begriffe wie »Souveränität« und »Nation« – die eng mit der Entwicklung des Nationalstaats, dessen Verantwortung für eine Regionalordnung innerhalb des Weltsystems und der kapitalistischen Raumstruktur verbunden sind – Mechanismen dar, um das für die Selbstbestimmung von Gemeinschaften notwendige Territorium gegenüber der transnationalen und globalen Macht des kapitalistischen Akkumulationsprozesses zu schützen. Die Gemeinschaften können sich nach außen auf jene legitimen Gewaltmonopole berufen, die als Grundlage der Staatstheorie gelten. Politische Organisationen können diese Innen-Außen-Beziehung, die zwar in manchen abstrakten Analysen des Imperiums und der Globalisierung geleugnet wird, aber eine konkrete Bedeutung für Widerstands- und Emanzipationsprozesse besitzt, nicht einfach ignorieren.

sehen, mein Geburtsort ist hier. *Janincamaquit*, das ist definitiv falsch, dein Land ist dort: Europa.« (ebd.: 70f.).

^{Ganz} ähnlich äußert sich auch Felipe Quispe: »Als die Spanier hier ankamen, hatten sie nicht einmal Frauen, sie mussten die *ajllas* vergewaltigen, die Frauen, die wir hatten. Was geschieht, wenn sich ein Esel mit einem Pferd kreuzt? Es kommt ein Maultier oder ein Maulesel heraus. Das sind die Mestizen. Nach zwanzig Jahren kommen ihre Frauen. Von da an kreuzen sie sich untereinander, unter Weißen, den *q'aras*. Was geschieht, wenn eine Stute und ein Hengst sich kreuzen? Es kommt ein Pferd heraus. Wie Álvaro García Linera, von feiner, weißer Haut und mit gefärbten Haaren. Wir kennen sie. Ich kenne sie aus der Zeit, als ich im Gewerkschaftsdachverband gearbeitet habe. Yampara kennt sie, weil er in der Provinzregierung gearbeitet hat. Wir alle wissen genau, wer sie sind. Gehen wir ins Jahr 1780 und 1781 zurück. Ich glaube, dass wir unsere Vorträge hier in einem der Häuser eines alten Kolonial-Capos halten, im Haus von Francisco Tadeo Diez de Medina. Damals gab es eine soziale Pyramide. Oben standen die Spanier, dann kamen die Mestizen, und wir waren ganz unten, wir die Indios. Wir mussten in den Bergwerken arbeiten, bei den Bauarbeiten. Das ist in unseren Köpfen, alle wissen das. Aber was denkt Tupak Katari? Was sagt er darüber? Er sagt z.B., »gebt Cäsar, was der Cäsaren ist, und Gott, was Gottes ist«. Er sagt das in biblischen Begriffen, weil Katari von spanischen Pfarrern dressiert worden ist. Aber was sagte Tupak Katari damit? Er sagte, dass den Spaniern das Land zusteht, aus dem sie kommen, Europa, Spanien, und dass sie dorthin zurückkehren müssen. Das, was uns gehört, gehört uns. Er sagt, dass wir bleiben müssen, weil wir eine Nation sind, unser Territorium haben, unsere eigene Sprache, unsere Religion. Wir haben unsere Gesetze, Regeln, Philosophie, Kultur, Sitten und Gebräuche. Wir sind immer eine Nation gewesen.« (ebd.: 200f.)

Die Ambivalenz des Staates gegenüber den traditionell dem Kapital unterworfenen Gruppen und Klassen wird sowohl von García Linera, der sich nicht weiter mit der »Form Staat« beschäftigt, als auch von Zibechi ignoriert, der die »Form Gemeinschaft« idealisiert. Diese Ambivalenz besteht darin, dass ohne diese Form der politischen Organisation (oder einer anderen, die Antworten auf die Herausforderungen der modernen Gesellschaft liefert, z.B. auf die Frage, wie die dem Staat zugeordneten Monopole kontrolliert werden können) eine Emanzipation immer an der systemischen Macht des Kapitals scheitern und somit der kapitalistische Produktions- und Reproduktionsprozess perpetuiert wird. Wenn die subalternen Klassen und Gruppen den Staat hingegen kontrollieren, um die Machtbeziehungen in ihm umzudrehen, werden sie seine Organisationsformen und die in ihnen synthetisierten Beziehungen reproduzieren. Vor diesem Hintergrund kann die Beziehung zum Staat nur dual und von der Spannung zwischen staatlicher und nicht-staatlicher Macht beherrscht sein.

In historischen Situationen der inhaltlichen und politischen Nähe bedürfen die sozialen Bewegungen eines Verhältnisses von Innen und Außen gegenüber dem Staat, müssen gleichzeitig inner- und außerhalb von ihm sein. Sie müssen die Machtbeziehungen sowohl auf der spezifischen Ebene der sozialen Beziehungen (auf der sie selbst entstehen) als auch in der institutionellen Synthese transformieren – um so zu verhindern, dass sich Herrschaft von unten nach oben oder oben nach unten reproduziert. Vielleicht bekräftigen Negri und Cocco – Negris Theorie zur konstituierenden Macht relativierend – deshalb, dass es in Lateinamerika heute darum geht, »ein Verhältnis des kontinuierlichen Dialogs und des kontinuierlichen Bruchs zwischen Bewegungen und Regierungen zu denken (...). Der Dialog, der die demokratischen Regierungen und sozialen Bewegungen bedrängt, bleibt immer unvollendet. Sein Motor ist die konstituierende Macht. An diesem Punkt geht es nicht darum, Reformen der Revolution oder umgekehrt die Revolution den Reformen gegenüber zu stellen, sondern darum, sie interagieren zu lassen. Es geht darum, die Artikulationsfähigkeit der Bewegung in eine Art gesellschaftlicher Governance zu überführen und auf diese Weise die Regierung der bürgerlichen und kapitalistischen Staaten zu entwerfen.« (Negri y Cocco 2006: 242)

(Übersetzung: Raul Zelik)

Literatur

- Dagnino, E. (2004): «Los movimientos sociales en la globalización: retos y perspectivas», en: Planeta Paz (Hrsg.): Movimientos sociales y transformaciones populares en América Latina, Bogotá: Planeta Paz, S. 17-29.
- García Linera, Á. (2009): La potencia plebeya. Acción colectiva e identidades indígenas, obreras y populares en Bolivia, Buenos Aires: CLACSO-Siglo del Hombre.
- Holloway, J. (2005): Cambiar el mundo sin tomar el poder, Caracas: Vadell Hermanos.
- Kornhauser, W. (1959): The Politics of Mass Society, Glencoe: Free Press.
- Mamani Ramírez, P. (2004): El rugir de las multitudes, La Paz: Yachawasi.
- Mamani Ramírez, P. (2005): Microgobiernos Barriales. Levantamiento de la ciudad de El Alto (Octubre de 2003), El Alto: CADES.
- Marchart, O. (2009): El pensamiento político posfundacional. La diferencia política en Nancy, Lefort, Badiou y Laclau, Buenos Aires: Fondo de Cultura Económica.
- Martínez Espinosa, M.I. (2007): «Un puente entre la movilización y la democratización: la democracia en rebeldía de las Juntas de Buen Gobierno del Movimiento Zapatista», in: Pensamiento Jurídico N° 19, Bogotá: Universidad Nacional, S. 149-174.
- Negri, A./Cocco G. (2006): Global. Biopoder y luchas en una América Latina globalizada, Buenos Aires: Paidós.
- Rivera Cusicanqui, S. (2003): Oprimidos pero no vencidos. Luchas del campesinado aymara y quechwa 1900-1980, La Paz: Ayuwayiri-Yachaywasi.
- Smelser N. (1963): Theory of Collective Behavior, New York: MacMillan.
- Svampa, M. (2008): Cambio de época. Movimientos sociales y poder político, Buenos Aires: CLACSO-Siglo XXI.
- Svampa, M./Stefanoni, P./Fornillo, B. (2010): Debatir Bolivia. Los contornos de un proyecto de descolonización, Buenos Aires: Taurus.
- Torres Nafarrete, J. (2004): Luhmann: la política como sistema, Fondo de Cultura Económica/Universidad Iberoamericana/Universidad Nacional Autónoma de México.
- Torres, R. M. (2004): «Entre las prácticas de resistencia y la gestión de lo público: la experiencia de un movimiento social», in: Planeta Paz, Movimientos sociales y transformaciones populares en América Latina, Bogotá: Planeta Paz, S. 29-62.
- Varios autores (2010): Historia, coyuntura y descolonización. Katarismo e indianismo en el proceso político del MAS en Bolivia, La Paz: Fondo Editorial Pukara, Edición electrónica.
- Zibechi, R. (1999): La mirada horizontal. Movimientos sociales y emancipación, Montevideo: Nordan-comunidad.
- Ders.: (2003): Genealogía de la revuelta argentina, Montevideo: Nordan-comunidad
- Ders.: (2006): Dispersar el poder. Los movimientos como poderes antiestatales, Buenos Aires: Tinta Limón.
- Ders.: (2007): Autonomías y Emancipaciones. América Latina en Movimiento, Lima: Universidad Nacional Mayor de San Marcos/Programa Democracia y Transformación Global.
- Ders.: (2008): América Latina: Periferias urbanas, territorios en resistencia, Bogotá: Desde Abajo.
- Ders.: (2010): América Latina: Contrainsurgencia y pobreza, Bogotá: Desde Abajo.

Joachim Hirsch

Radikaler Reformismus

Zur Rolle des Staates in gesellschaftlichen
Emanzipationsprozessen

Welche Rolle spielt eigentlich der Staat bei gesellschaftlichen Emanzipationsprozessen? Lassen sich die bestehenden Verhältnisse mittels staatlicher Politik wirklich grundlegend verändern? Die Frage ist insofern aktuell, als sich in der letzten Zeit bei oppositionellen Gruppen und Bewegungen eine eigentümliche Rückwendung zum Staat zeigt. Offenbar gilt das Private nicht mehr so sehr als das Politische, hat sich wieder ein recht reduzierter Politikbegriff breit gemacht. Solche Entwicklungen hatten sich bereits mit dem Auftreten der GRÜNEN gezeigt und die vorübergehenden Wahlerfolge der Linkspartei haben Ähnliches bewirkt. Auch bei der »Occupy«-Bewegung wird das deutlich. Hier geht es vor allem darum, mittels des Drucks der Straße die staatlichen Apparate zu einer Abkehr von ihrer neoliberalen Politik zu zwingen. Politik besteht also darin, Massen zu mobilisieren und Forderungen an den Staat zu stellen. Diese Forderungen beschränken sich allerdings im Wesentlichen auf eine bessere ökonomische Regulierung beziehungsweise auf eine Rückkehr zu den scheinbar besseren Zeiten des wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegskapitalismus. Schwere Krisen wie die derzeitige haben oft die Wirkung, weiterreichendes Denken zu erschweren und den Blick auf das kurzfristig machbar Scheinende zu lenken.

Will man den genannten Fragen nachgehen, so gilt es zunächst zu klären, was überhaupt unter »Staat« zu verstehen ist. Dabei hilft ein Blick auf die materialistische Staatstheorie, die in den 1970er und 80er Jahren eine gewisse Konjunktur hatte, aber inzwischen eher wieder in Vergessenheit geraten zu sein scheint (vgl. dazu ausführlicher Gramsci 1991ff.; Hirsch 2005; Poulantzas 2002). Der Charakter des bestehenden, bürgerlich-kapitalistischen Staates und das, was ihn von anderen historischen Herrschaftsformen unterscheidet, resultiert aus der spezifischen Art und Weise der kapitalistischen Vergesellschaftung. Diese ist durch das Privateigentum an den Produktionsmitteln, formell freie Lohnarbeit, Privatproduktion und Warentausch gekennzeichnet. Die Produktion und Aneignung des Mehrwerts wird durch den Kauf der Arbeitskraft und durch den Warentausch vermittelt. Das heißt, dass die Ausbeutung durch die ökonomisch herrschende Klasse in der Regel nicht durch die Ausübung unmittelbarer physischer Gewalt erfolgt, sondern an das Funktionieren der Tauschgesellschaft, den »freien Markt«

gebunden ist. Das unterscheidet den Kapitalismus von anderen Klassengesellschaften, etwa dem Feudalismus oder den Sklavenhaltergesellschaften, bei denen die Ausbeutung auf der direkten Gewalt der herrschenden Klassen beruht hat. Der ungehinderte Warentausch – der »freie Markt« – und die formelle Freiheit der Lohnabhängigen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, ist eine grundlegende Voraussetzung für das Funktionieren des kapitalistischen Systems. Dies setzt voraus, dass die Kapitalisten gezwungen sind, auf die direkte Gewaltanwendung sowohl gegenüber den LohnarbeiterInnen als auch im Verhältnis untereinander zu verzichten, d.h. dass die ökonomische Konkurrenz nicht auf unmittelbare Gewaltanwendung baut und die Arbeitskräfte nicht zwangsweise rekrutiert werden. Die kapitalistische Produktionsweise kann nur Bestand haben, wenn die physische Gewalt eine von *allen* Klassen getrennte Institutionalisierung erfährt. Diese konzentriert sich im Staatsapparat, der auf diese Weise eine relative Autonomie im Verhältnis zu den Klassen aufweist. »Öffentlich« und »Privat«, Staat und Gesellschaft sind strukturell getrennt. Diese Herrschaftsform hat sich in einem langen historischen Prozess herausgebildet, der seinen Ursprung in der kriegerischen Konkurrenz der feudalen Monarchien hat, aus der der Absolutismus als Vorform des modernen kapitalistischen Staates hervorging (vgl. u.a. Gerstenberger 1990; Reinhard 2000; Teschke 2006). Dies bedeutet natürlich keinesfalls, dass keine Gewaltverhältnisse existieren, sondern dass der Staat sich in der Regel als letzte Instanz legitimer physischer Gewalt behauptet, während die stumme Gewalt der Verhältnisse, der Zwang zum Verkauf der Arbeitskraft gerade durch diesen, d.h. mittels der Garantie des Privateigentums und der Vertragsfreiheit gewährleistet wird. Deshalb spricht Max Weber vom »Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit« als dem entscheidenden Merkmal des modernen Staates (Weber 1956: 1043). Die relative Autonomie des Staates ist im Übrigen keine funktionale Gegebenheit, sondern bleibt immer umkämpft. Es gibt immer wieder den Versuch ökonomisch herrschender Gruppen und Klassen, den Staat direkt unter ihre Kontrolle zu bekommen. Dies geschieht insbesondere in Zeiten schwerer Krisen oder heftiger sozialer Konflikte, die es unmöglich machen, die Herrschaft im Rahmen der »Normalform« des bürgerlichen Staates zu sichern. Allerdings hat dies zur Folge, dass zumindest auf längere Sicht die Stabilität und Bestandsfähigkeit des Kapitalismus in Frage gestellt wird.

Weil die kapitalistische Gesellschaft in antagonistische und konkurrierende Individuen Gruppen und Klassen gespalten ist, können ihre Mitglieder nicht zu einer unmittelbaren Verständigung über ihre gemeinsamen Interessen kommen. Das gesellschaftlich Allgemeine nimmt deshalb eine verobjektivierte und versachlichte, von den Menschen getrennte Form an, eben

in der Gestalt des Staates. Die Trennung von Staat und Gesellschaft ist im Übrigen eine wesentliche Voraussetzung für die Möglichkeit einer bürgerlich-liberalen Demokratie. Ohne sie könnte es keine parlamentarisch-repräsentativen Institutionen geben. Sie ist zugleich die Grundlage für die scheinbare Neutralität des Staates und damit verbunden der Vorstellung, der Staat sei ein Instrument, das prinzipiell allen gesellschaftlichen Kräften zur Verfügung steht. Das Gegenteil ist der Fall: der Staat ist ein integraler Bestandteil des kapitalistischen Produktions- und Ausbeutungsverhältnisses und nicht einfach nur »Überbau«. Allerdings ist er dabei *weder* des unmittelbare Instrument der herrschenden Klasse, *noch* der Ausdruck eines allgemeinen Volkswillens *noch* ein autonomes Subjekt, sondern eben ein gesellschaftliches Verhältnis, in dem sich die kapitalistische Form von Ausbeutung und Herrschaft ausdrückt.

Aus der Trennung von Politik und Ökonomie, von Staat und Gesellschaft folgt, dass der Staat nur existieren kann, wenn der ökonomische Reproduktionsprozess als Verwertungsprozess aufrechterhalten bleibt und relativ krisenfrei vonstattengeht. Ohne dies können Steuern nicht erhoben, das Staatspersonal nicht bezahlt und staatliche Tätigkeiten nicht finanziert werden. Deshalb ist der Staat gezwungen, die Bedingungen der Kapitalverwertung selbst dann zu garantieren, wenn *kein* direkter Druck von Seiten des Kapitals ausgeübt wird. Der Staat ist insofern ungeachtet bestehender gesellschaftlicher Macht- und Kräfteverhältnisse und unabhängig vom Charakter der jeweils amtierenden Regierung ein kapitalistischer Staat und damit ein untaugliches Mittel zu einer grundlegenden Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Zwar ist der Staat von der Gesellschaft formell getrennt, doch stellt er gleichzeitig eine Institutionalisierung oder »materielle Verdichtung« widersprüchlicher Sozial- und Klassenverhältnisse dar (Poulantzas 2002: 154ff.). Mit der Besonderung des Staates entsteht eine eigene Bürokratie mit ihren materiellen Voraussetzungen, Verfahrensregeln und Interessen. Einzelne Staatsapparate fungieren als Stützpunkte von Fraktionen der ökonomisch herrschenden Klassen oder als Verbindungsglieder zu den beherrschten Klassen und Gruppen. Das wird deutlich an den engen Beziehungen, die in der Regel zwischen Finanzministerien oder Zentralbanken und dem Finanzkapital bestehen, oder auch an dem Verhältnis zwischen den Sozialministerien und den Lohnabhängigen bzw. zwischen Landwirtschaftsministerien und Bauern. Diese Beziehungen sind indessen ungleich und selektiv: Weil die Aufrechterhaltung des Kapitalakkumulationsprozesses für den Staat bzw. die regierenden Gruppen von fundamentaler Bedeutung ist, bleibt das Kapitalinteresse strukturell bestimmend. Die Beziehungen zwischen den

Staatsapparaten und den sozialen Klassen und Gruppen und die sie ausdrückenden Institutionalisierungsformen sind keinesfalls stabil, sondern verändern sich mit den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und im Zuge sozialer Konflikte. Dass der Staatsapparat eine Institutionalisierung widersprüchlicher sozialer Verhältnisse darstellt, bedeutet, dass er keine homogene Einheit ist, sondern in heterogene, oft konkurrierende oder sich bekämpfende Einheiten zerfällt. Der Staat ist nicht nur von der Gesellschaft getrennt, sondern stellt zugleich ein Kampffeld dar.

Die politische Form des Kapitalismus prägt auch das Parteiensystem, die gesellschaftlichen Organisationen und sozialen Bewegungen. Die Parteien unterliegen der »Logik des Staates« ebenso wie z.B. die Gewerkschaften, die gezwungen sind, die Gegensätze zwischen ihren Mitgliederinteressen und den Bedingungen der Kapitalakkumulation zu vermitteln. Wenn z.B. Parteien und Regierungen unter bestimmten Kräfteverhältnissen zwecks Verbesserung ihrer Wahlchancen soziale Zugeständnisse machen, also eine »reformistische« Politik betrieben wird, dient das immer auch der Integration und Befriedung der ökonomisch beherrschten Klassen und Gruppen. Das heißt, dass die in der politischen Form liegenden Widersprüche auch *innerhalb* der zivilgesellschaftlichen Organisationen zum Ausdruck kommen. Als Zivilgesellschaft wird das Geflecht formell vom Staat unabhängiger Organisationen wie Verbände, Gewerkschaften, Intellektuellengruppen, Kirchen Massenkommunikationsmittel usw. bezeichnet, das die Artikulation von Interessen, die Entwicklung von Ideen und eine relativ freie öffentliche Diskussion ermöglicht. Weil von der politischen Form des Staates geprägt, bezeichnet Antonio Gramsci die Zivilgesellschaft als Teil des »erweiterten Staates« (Gramsci 1986: 199ff.). Es ist deshalb falsch, eine einfache Entgegensetzung von »Staat« und »Zivilgesellschaft« anzunehmen, wie es sowohl in der herrschenden politischen Theorie als auch im Feuilleton oft getan wird.

Die Unmöglichkeit, die gesellschaftlichen Verhältnisse mittels des Staates grundlegend zu verändern, hat zu Versuchen geführt, den Staat durch revolutionäre Gewalt in Besitz zu nehmen und auf diese Weise die Gesellschaft zu transformieren. Allerdings hat nicht zuletzt die russische Revolution gezeigt, dass es unmöglich ist, das Bewusstsein der Menschen, ihre Verhaltensweisen, Wertvorstellungen und die sozialen Beziehungen auf gewaltsame Weise in emanzipativer Weise umzuformen. Auch das sozialdemokratische Projekt einer allmählichen Überwindung des Kapitalismus durch demokratisch legitimierte staatliche Politik ist Ende des 20. Jahrhunderts recht nachhaltig gescheitert. Wie also ist eine emanzipative Transformation möglich? Die Antwort ist, dass dies nur durch eine *Selbstverän-*

derung der Gesellschaft möglich ist, durch zivilgesellschaftliche Initiativen und Bewegungen, die auf eine grundlegende Transformation der gesellschaftlichen Beziehungen abzielen. Nun stellt nach Gramsci die Zivilgesellschaft das Terrain dar, auf dem sich die herrschende Hegemonie herausbildet, d.h. das verallgemeinerte Bewusstsein davon, dass die existierende gesellschaftliche Ordnung und Entwicklung vernünftig oder, wie man heute sagt, »alternativlos« ist. Dies deshalb, weil die zivilgesellschaftlichen Strukturen durch das Privateigentum, die ungleiche Verteilung des materiellen Reichtums und der gesellschaftlichen Chancen geprägt sind und in weiten Bereichen zwar vom Staat getrennt sind, aber dennoch dessen Kontrolle unterliegen. Gleichzeitig ist die Zivilgesellschaft für Gramsci aber auch das Feld, auf dem sich eine neue Hegemonie herausbildet, Klassenbewusstsein entsteht, unterdrückte Interessen zum Ausdruck kommen, alternative Gesellschaftsmodelle entwickelt und damit die Voraussetzungen für eine sozialrevolutionäre Bewegung geschaffen werden können. Die Frage ist, wie das gehen soll.

In der Argumentation Gramscis scheint hier insofern ein Widerspruch zu bestehen, als die Zivilgesellschaft sowohl der Ort ist, auf dem die herrschende Hegemonie entsteht als auch das Terrain für die Herausbildung einer alternativen Hegemonie darstellt. Er löst diesen Widerspruch dadurch auf, dass er der (kommunistischen) Partei die Rolle einer alternativen hegemonialen Kraft zuschreibt. Dies ist nach dem, was wir über den Charakter von Staat und Parteien wissen, in dieser einfachen Weise kaum haltbar. Vielmehr muss konstatiert werden, dass es unmöglich ist, dass eine alternative Hegemonie aus den Strukturen der *bestehenden*, bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft mit ihren Eigentums-, Macht und Organisationsverhältnissen heraus entstehen kann. Eine demokratische Politik muss daher auf eine *Transformation* der Zivilgesellschaft und der sie bestimmenden politische Form zielen und *gegen* die existierenden gesellschaftlichen Machtpositionen und gegen die kapitalistische politische Form gerichtet sein.

Das bedeutet, dass es notwendig ist, autonome Formen der Selbstorganisation und gesellschaftlicher Initiativen zu entwickeln, die nicht nur von den staatlichen Apparaten, sondern auch von den Parteien unabhängig sind. Wegen der Abhängigkeit der Staaten vom Kapital sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene wird das Handeln der Parteien ganz wesentlich von dessen Logik bestimmt, d.h. von dem Versuch, in der weltweiten Konkurrenz der Standorte im einzelstaatlichen Rahmen optimale Bedingungen der Kapitalverwertung zu schaffen. Mit der so genannten Globalisierung, d.h. der Liberalisierung der Kapital-, Finanz- und Warenmärkte hat sich dies weiter verstärkt. Den Parteien ist deshalb daran gelegen, die

Menschen davon zu überzeugen, dass es angesichts der bestehenden ökonomischen Zwänge keine politischen Alternativen gibt, es sei denn, man risikiere eine negative Reaktion der »Märkte« mit all ihren ökonomischen Folgen. Sie verlieren damit immer weiter den Charakter unabhängiger sozialer Organisationen, wie sich am Wandel vieler sozialdemokratischer Parteien zu neoliberalen gezeigt hat. Es geht dagegen um die Schaffung politischer Netzwerke, die es erlauben, unabhängige politische Projekte zu formulieren, historische Erfahrungen aufzuarbeiten, unabhängig von den herrschenden ökonomischen und politischen Machtstrukturen Bedürfnisse zu formulieren, Diskussionsprozesse in Gang zu setzen, Interessen zwischen verschiedenen Gruppen und sozialen Lagen zu vermitteln und eine unabhängige theoretische Debatte zu entfalten. Von zentraler Bedeutung ist die Schaffung eines autonomen öffentlichen Raums, innerhalb dessen sich diese Prozesse entwickeln können, unabhängig nicht nur von Staat und Parteien, sondern auch von der kapitalistischen Massenkommunikationsindustrie. Wichtig ist schließlich auch die Vertiefung unabhängiger Kontakte und Verbindungen auf internationaler Ebene, die eine wesentliche Voraussetzung dafür darstellen, dass die politischen Spaltungen überwunden werden können, die durch das Staatensystem erzeugt werden und die ein wesentlicher Bestandteil kapitalistischer Herrschaft sind.

Ohne eine derartige Veränderung der politischen und sozialen Strukturen bleibt ein Auswechseln des Staatspersonals ohne weitreichende Wirkung. Eine demokratische Transformation, eine wirkliche soziale Revolution wird nur stattfinden, wenn sich diese Strukturen verändern. Dies bezieht sich auf die Formen der Arbeit und der Produktion, die gesellschaftlichen Naturverhältnisse, die Geschlechterverhältnisse, die Konsumstile, die Lebensweise und die herrschenden Vorstellungen von einem guten Leben. Dies ist ein schwieriger Prozess, der oft schmerzhaft und auf jeden Fall langwierig ist. Mittels staatlicher Gewalt und administrativer Dekrete lässt er sich nicht durchsetzen. Es geht um eine wirklich demokratische, von den Menschen selbst ausgehende Entwicklung der Zivilgesellschaft. Darin drückt sich die Erkenntnis aus, dass die Befreiung der Menschen nur durch diese selbst erfolgen kann. Wenn ein derartiger Prozess in Gang kommt, wird sich auch der Staat und werden sich die politischen Parteien verändern, was wiederum dazu beitragen kann, den Spielraum für soziale Bewegungen und Initiativen zu erweitern.

Ich nenne dies »*radikaler Reformismus*«. »Radikal« bezieht sich darauf, dass es um eine Umwälzung grundlegender gesellschaftlicher Strukturen geht und nicht nur um eine Veränderung der staatlichen Apparate, dass es notwendig ist, die kapitalistische Form der Vergesellschaftung zu überwin-

den. »Reformismus« bedeutet, dass es eben nicht primär um die Machtergreifung im Staat geht, sondern um eine Veränderung der Lebensweise insgesamt (Holloway 2002, 2010; zur Kritik vgl. Hirsch 2011a). Dies ist ein langwieriger und schwieriger Prozess, der schrittweise angegangen werden muss und der keinen einfachen Ausgangs- und Angelpunkt hat, sondern nur durch eine Verkettung vielfacher Initiativen und Bewegungen auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen stattfinden kann (vgl. dazu Zelik in diesem Band). Nach den Erfahrungen des vergangenen Jahrhunderts gibt es keine fertigen Modelle für eine bessere Gesellschaft. Wie diese aussehen könnte, muss sich aus den konkreten Praxen sozialer Veränderung, den darauf bezogenen Kämpfen und durch die Aufarbeitung der damit gemachten Erfahrungen entwickeln. Das Konzept des Radikalen Reformismus steht somit in einem klaren Gegensatz sowohl zum Staatssozialismus als auch zum traditionellen sozialdemokratischen – eben wesentlich staatszentrierten – Konzept der gesellschaftlichen Transformation. Es müssen die Bedingungen dafür geschaffen werden, dass die Menschen frei über ihre gesellschaftliche Lebensweise reflektieren, über Bedürfnisse und Notwendigkeiten diskutieren und Interessen artikulieren können – die durchaus gegensätzlich sein können – und dadurch zu einer Verständigung über die Gestalt einer wirklich freien und humanen Gesellschaft kommen. Dies selbst ist ein sozialrevolutionärer Prozess. Es geht nicht darum, vorfabrizierte Gesellschaftsmodelle zu propagieren, Parteiprogramme in die Welt zu setzen oder Pläne am Schreibtisch zu entwickeln. Wie eine solche Entwicklung aussehen wird, ist immer das Resultat gesellschaftlicher Kämpfe. Wirkliche Demokratie ist kein Zustand, sondern ein permanenter Prozess von Auseinandersetzungen. Und dabei spielen soziale Bewegungen und Initiativen eine zentrale Rolle.

Unvermeidlich geht es dabei auch um Gewalt. Der Aufbau demokratischer zivilgesellschaftlicher Strukturen muss notwendigerweise zu erheblichen Konflikten mit dem Staatsapparat, den Organisationen der bestehenden Zivilgesellschaft, den Medien und Parteien sowie den kapitalistischen Unternehmen führen und repressive Reaktionen nach sich ziehen. Das bedeutet, dass demokratische Freiheiten und Selbstbestimmung verteidigt werden müssen. Entscheidend ist dabei allerdings, dass die dabei verwendeten Mittel nicht im Gegensatz zu den verfolgten Zielen stehen. Insbesondere in Ländern der kapitalistischen Peripherie war es bisweilen notwendig, sich gegen die Angriffe autoritärer Staaten und ihrer Helfershelfer mit militärischen Mitteln zu verteidigen. Dies kann aber nur die Bedingungen für eine emanzipative Politik schaffen, die dann unterbleibt, wenn die militärische Logik die sozialen Auseinandersetzungen und Entwicklungen be-

herrscht. In den eher bürgerlich-demokratisch verfassten Regionen der Welt sind die Bedingungen anders.

Diese Überlegungen sind nicht allein das Resultat theoretischer Reflexionen. Um den Zusammenhang deutlich zu machen, lohnt sich ein kurzer historischer Rückblick. In Gefolge der Studentenbewegung Ende der 1960er Jahre waren hierzulande bekanntlich eine ganze Reihe von Bürgerinitiativen und sozialen Bewegungen entstanden, nicht zuletzt die Frauen-, Friedens- und Ökologiebewegung. Dabei entwickelten sich Ansätze zu autonomer Selbstorganisation und zur Entwicklung einer alternativen Öffentlichkeit, also Vorboten einer unabhängigen Zivilgesellschaft. Dies hat zu einer merklichen Veränderung der Wertvorstellungen, der Gesellschaftswahrnehmungen und der Verhaltensweisen geführt, die durchaus Züge einer kulturellen Revolution aufwiesen. Zum Beispiel wurde die Atomenergieerzeugung gegen die Interessen des Staats, der Parteien, der Gewerkschaften und der Industrie massiv in Frage gestellt. Das geschah auf Kosten heftiger, oft gewaltsamer Konflikte, zwang aber die Parteien und die Staatsapparate schließlich zu einer Reaktion. Die Gründung der Partei der GRÜNEN war ein Resultat dieser Bewegungen und beeinflusste das Parteiensystem nachhaltig. Dies ist ein Beispiel dafür, wie soziale Bewegungen gesellschaftliche Kräfteverhältnisse und das System der Staatsapparate verändern können. Dass die Bundesregierung im Jahre 2011 nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima den Ausstieg aus der Atomenergie beschließen musste, war der breiten Ablehnung dieser Technik in der Bevölkerung und der Furcht der im Bund regierenden Parteien geschuldet, die anstehenden Landtagswahlen zu verlieren – was in Baden-Württemberg dann trotzdem eintrat. Dies bedeutet allerdings nur einen ersten Schritt. Die Aufgabe, Konsumstile, Lebensweisen, die Geschlechterverhältnisse, den Verkehr und die Naturverhältnisse insgesamt zu verändern, steht nach wie vor an. Wenn dies nicht geschieht, werden sich die sozialen Bewegungen als nicht mehr als der Treibsatz für eine ohnehin anstehende kapitalistische Modernisierung erweisen, etwa in der Weise, dass dem »Modell Deutschland« internationale Wettbewerbsvorteile erwachsen (2011b). Im Übrigen hatte das Auftreten der GRÜNEN auch eine Kehrseite: nämlich eine politische Reorientierung auf staatliche Politik und damit die Schwächung von sozialen Bewegungen.

Die Bedeutung gesellschaftlicher Transformationsprozesse wird auch bei einem Rückblick auf die Entstehung der kapitalistischen Gesellschaft deutlich. Die politische bürgerliche Revolution wurde erst möglich, als sich kapitalistische Produktionsverhältnisse im Schoße der feudalen Gesellschaft bereits herausgebildet hatten. Damit wurden die Bedingungen für die Ent-

stehung des modernen, bürgerlich-kapitalistischen Staates geschaffen, der seinen Vorläufer in der absolutistischen Herrschaftsform hatte. Dies war zugleich die Voraussetzung für die weitere Entwicklung und Ausbreitung der kapitalistischen Vergesellschaftungsweise. Dieser Prozess vollzog sich gewissermaßen naturwüchsig, ohne dass ihm eine bewusste Strategie zugrunde gelegen hätte. Während die Struktur der feudalen Gesellschaft die allmähliche Entwicklung einer neuen Produktionsweise möglich machte, ist dies im Kapitalismus nicht der Fall. Dieser hat die Tendenz, andere Produktions- und Vergesellschaftungsweisen aufzulösen und zu zerstören. Daher bedarf es der bewussten politischen Aktion.

Was ergibt sich aus diesen Überlegungen hinsichtlich der Bedeutung des Staates und staatsförmiger Politik für gesellschaftliche Emanzipationsprozesse? Zunächst einmal bleibt festzuhalten, dass der Staat als Bestandteil des kapitalistischen Produktionsverhältnisses selbst dann, wenn liberal-demokratische Institutionen vorhanden sind, niemals ein Ansatzpunkt dafür sein kann. Aus strukturellen Gründen – und auch unabhängig davon, welche Kräfte die Regierung stellen – ist er darauf angelegt, diese Produktionsverhältnisse zu stabilisieren und zu erhalten. Ohnehin ist Befreiung nicht durch Zwang möglich und eine Veränderung der politischen Herrschaftsverhältnisse setzt eine Transformation der herrschenden Vergesellschaftungsweise voraus. Dies bedeutet, dass sozialen Bewegungen und Initiativen eine zentrale Bedeutung zukommt. Allerdings heißt dies nicht, dass der Staat und staatliche Politik in diesem Zusammenhang bedeutungslos wären. Es ist ohnehin unmöglich, aus dem Herrschafts- und Zwangszusammenhang herauszutreten, den Gramsci als »erweiterten Staat« bezeichnet. Soziale Bewegungen und Initiativen sind immer schon ein Teil davon und es kommt darauf an, sich praktisch mit diesen Bedingungen auseinanderzusetzen. Emanzipative Kämpfe richten sich *gegen* den Staat und finden zugleich *innerhalb der* staatlichen Apparate statt. Zwar geht es nicht darum, staatliche Macht zu ergreifen, wie etwa Holloway insoweit zutreffend feststellt (Holloway 2002), aber der Staat stellt ein Kampffeld dar, das für die Durchsetzung gesellschaftlicher Emanzipationsprozesse durchaus wichtig ist. Wenn also die Notwendigkeit gesellschaftlicher Selbstorganisation unabhängig von Staat und Parteien betont wird, heißt dies doch nicht, dass dieses Terrain zu vernachlässigen wäre. Eigeninitiativen und Selbstverwaltungsansätze, die sich in Nischen ansiedeln, passen durchaus auch in neolibérale Gesellschaftskonzepte, soweit es dabei um die Verwaltung von Ausgrenzung und die Entlastung eines »verschlankten« Staates von sozialpolitischen Aufgaben geht. Wenn Gesellschaft insgesamt verändert werden soll, kann dies vor dem staatlichen Herrschaftsapparat nicht Halt machen.

Bei strikt anti-etatistischen Überlegungen wie etwa bei Holloway (2010) wird im Übrigen leicht übersehen, dass die Garantie gesellschaftlicher Freiheit *und* Gleichheit die Existenz einer Zentralgewalt voraussetzt, die die Durchsetzbarkeit von Rechten garantiert und gegebenenfalls materielle Umverteilungen ermöglicht. Der bürgerlich-kapitalistische Staat leistet dies in einer höchst beschränkten und selektiven Art und Weise. Freilich ist auch eine wirklich demokratische, auf freier Assoziation begründete politische Form denkbar. Diese gälte es anzuvisieren, wozu allerdings, wie gesagt, grundlegende gesellschaftliche Transformationen die Voraussetzung sind.

Im Hinblick auf diese Transformationen stellt die Herstellung einer unabhängigen Öffentlichkeit ein besonders wichtiges Feld dar. Die bestehende »Zivilgesellschaft« wird in besonderer Weise durch die Existenz privater oder staatlich kontrollierter Massenmedien, den Einfluss privater Think Tanks und durch eine Mischung von bürokratischer Reglementierung und marktförmiger Ökonomisierung charakterisierten Hochschulen geprägt. Das Feld der alternativen Medien, das im Gefolge der Studentenbewegung eine Zeit lang eine wichtige Rolle gespielt hatte, ist nicht zuletzt auch durch ökonomische Zwänge erheblich ausgedünnt worden. Eine unabhängige Öffentlichkeit ist nicht nur für den Informationsaustausch sowie die politische und theoretische Debatte über die Grenzen einzelner Initiativen und Bewegungen hinaus wichtig, sondern auch deshalb, weil in ihr Analysen publiziert, Zusammenhänge aufgezeigt, Recherchen veröffentlicht und Probleme auf die Tagesordnung gesetzt werden können, die die massenmedialen Apparate zu einer Reaktion zwingen – Publizistisches »agenda setting« also. Die »tageszeitung« hat in Deutschland eine Zeit lang in diesem Sinne eine gewisse Wirkung entfaltet, bevor sie sich als eher parteigrünes Meinungsblatt sozusagen in den erweiterten Staat einfügte. Die neuen Informations- und Datenverarbeitungstechniken, insbesondere das Internet eröffnen in dieser Beziehung neue Möglichkeiten. Ohne oder mit geringen Kosten ermöglichen sie Informationsverbreitung und Kommunikation in bisher nicht gekanntem Umfang und Schnelligkeit. Es ist allerdings zweifelhaft, ob das durch Profitinteressen gesteuerte Facebook dafür das geeignete Medium darstellt – zumal man sich dann auch gleich beim Verfassungsschutz anmelden kann. Gegen die Facebook-Euphorie, die zuletzt im Zusammenhang mit den arabischen Aufständen publizistisch erzeugt wurde, bleibt festzuhalten, dass die Existenz verbindlicherer und dauerhafterer Organisationsformen die notwendige Grundlage einer alternativen Öffentlichkeit bleibt.

Man kann die hier ausgeführten Zusammenhänge an einem Beispiel verdeutlichen. In der letzten Zeit hat die Forderung nach der Einführung eines allgemeinen, bedingungslosen und garantierten Grundeinkommens

in einer für ein menschenwürdiges Leben ausreichender Höhe sowie nach einem massiven Ausbau der »sozialen Infrastruktur« Bedeutung erlangt. Mit sozialer Infrastruktur ist die kostenlose oder zumindest kostengünstige Versorgung mit Gütern und Diensten gemeint, die in den Bereich der Grundbedürfnisse gehören, also vor allem im Bereich der Gesundheit, des Verkehrs, der Bildung, des Wohnens und der Kultur (vgl. dazu Redaktion links-netz 2011; Rein u.a. 2008). Es geht also um die Bereitstellung öffentlicher Güter, die im Zuge der laufenden Privatisierungspolitik immer stärker beschränkt werden. Weite Bereiche des Gesundheitswesens, das Bildungssystem, das Verkehrs- und Wohnungswesen sollen öffentlich betrieben und damit nicht nur privaten Profitinteressen entzogen, sondern auch sachgerechter verwaltet werden, als dies z.B. heute im Gesundheitsbereich der Fall ist. Dabei wird eine administrative Dezentralisierung angestrebt, durch die eine bessere Beteiligung der Betroffenen und damit eine wesentliche Demokratisierung der staatlichen und kommunalen Administration möglich wird. Eine Gesellschaft, die über ein hohes Maß an materiellem Reichtum verfügt, kann sich dies durchaus leisten. Zumal die Situation zumindest in den entwickelteren Ländern durch ein extremes Missverhältnis von höchst ungleich verteiltem privaten Reichtum und öffentlicher Armut gekennzeichnet wird und immer deutlicher wird, dass ein auf Warenkonsum beruhender Wohlstand nicht nur seine Grenzen hat, sondern in sein Gegenteil umzuschlagen beginnt.

Die Debatte darüber ist von einer Vielzahl von Initiativen aus ganz unterschiedlichen Zusammenhängen ausgegangen und findet inzwischen auch in den Medien und in der Politik eine gewisse Resonanz. Dass dabei Forderungen an den Staat gestellt werden, ergibt sich daraus, dass diese Maßnahmen aus Steuermitteln finanziert werden müssen, über die bekanntlich nur der Staat verfügt. Private Selbsthilfe und Selbstorganisation reichen dafür nicht aus, weil sie nicht alle Betroffenen erreichen kann, vor allem nicht die, die es am nötigsten hätten. Es geht um gesellschaftliche Allgemeinheit und garantierte Rechtsansprüche, die durch private Mildtätigkeit – im Übrigen ein neoliberales Steckenpferd – nicht garantiert werden können, ganz abgesehen davon dass damit erhebliche Umstrukturierungen der Verwaltungsapparate, z.B. im Gesundheits- und Bildungswesen verbunden wären. Die Überlegungen zielen darauf, den Kernbereich der kapitalistischen Vergesellschaftungsweise, nämlich das Lohnarbeits- und das Warenverhältnis zwar nicht aufzuheben, aber grundlegend zu verändern. Ziel ist es, der immer weiter fortschreitenden Kommerzialisierung des Lebens und der gesellschaftlichen Beziehungen entgegenzutreten und damit Ansätze zu einer gesellschaftlichen Transformation zu schaffen.

Natürlich wäre es illusorisch, angesichts der bestehenden Kräfteverhältnisse auf eine unmittelbare Erfüllung derartiger Forderungen durch Staat und Parteien zu hoffen. Die Debatte dient vielmehr dazu, zunächst einmal das allgemeine Bewusstsein dafür zu entwickeln, dass und warum dies notwendig und möglich ist und dies in die öffentliche Diskussion zu bringen. Dem steht einiges entgegen, nicht nur die herrschenden Interessen, die auf Arbeitszwang und private Profiterzielung gerichtet sind, sondern z.B. auch die in der Bevölkerung verbreitete und medial verfestigte Ansicht, dass Menschen nur arbeiten, wenn sie dazu gezwungen werden, dass nicht genügend Geld da sei oder dass eine öffentliche Verwaltung grundsätzlich schlechter funktioniere als eine private. Zweifellos ist es nicht leicht, die an den Warenkonsum gebundenen Vorstellungen davon, was ein gutes Leben sein könnte, in Frage zu stellen. Auch die Gewerkschaften, deren Basis das Lohnarbeitsverhältnis ist, standen diesen Überlegungen zunächst eher ablehnend gegenüber. Angesichts der immer weiter gehenden Zersplitterung des Normallohnarbeitsverhältnisses und wachsender Prekarisierung hat sich dies inzwischen etwas geändert. Es geht also darum aufzuzeigen, dass eine andere Form der Vergesellschaftung nicht nur möglich, sondern auch notwendig ist, wenn die Gesellschaft ihren eigenen zivilisatorischen Standards gerecht werden soll. Eine wesentliche Lockerung des Arbeitszwangs und eine öffentlich finanzierte Versorgung mit den wichtigsten Grundbedürfnissen stehen in einem deutlichen Gegensatz zu der kapitalistischen Vergesellschaftungsweise. Sie würde auch dazu dienen, die die kapitalistische Herrschaft befestigende Angst um Arbeitsplätze und Einkommen abzumildern. Das würde zugleich mehr Freiheit und größere Chancen zu politischer und gesellschaftlicher Beteiligung eröffnen und damit die Bedingungen für Selbstbestimmung und Selbstorganisation verbessern. Entscheidend ist, dass es gelingt, über den Tellerrand der bestehenden Verhältnisse hinauszublicken und andere, emanzipativere Formen der Vergesellschaftung anzuvisieren. Das setzt schwierige und langwierige Diskussions- und Verständigungsprozesse voraus: also einen Kampf um eine andere, gegen die herrschende neoliberale gerichtete Hegemonie. Zugleich richtet sich damit der Blick nach vorne, nimmt Abschied von den gescheiterten Modellen des etatistischen Sozialstaats mit seinen disziplinierenden und ausgrenzenden Wirkungen.

Es lässt sich also abschließend feststellen, dass eine emanzipative gesellschaftliche Transformation ihren entscheidenden Ansatzpunkt bei unabhängigen gesellschaftlichen Initiativen und Bewegungen hat. Gleichzeitig bleiben staatliche Politik und der Einfluss darauf relevant, und zwar deshalb, weil diese wichtige Bedingungen für gesellschaftliche Veränderungs-

prozesse schafft, weil allgemeine Rechtsansprüche garantiert werden müssen und in einer kapitalistischen Gesellschaft materielle Umverteilungen notwendig sind, die vorläufig nur mittels des Staates durchgesetzt werden können. Veränderungen der staatlichen Politik und der staatlichen Apparate sind immer die Folge sozialer Bewegungen, hegemonialer Kämpfe und einer Transformation gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Es geht um eine Politik *innerhalb* und *gegen* den Staat.

Literatur

- Gerstenberger, H. (1990): Die subjektlose Gewalt. Theorie der Entstehung bürgerlicher Staatsgewalt, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Gramsci, A. (1991ff.): Gefängnishefte, hrsg. v. K.Bochmann/W.F.Haug, Hamburg: Argument.
- Gramsci, A. (1986): Selections from Prison Notebooks, hrsg. V. Q.Hoare//G.N.Smith, London: Nowell-Smith.
- Hirsch, J. (2005): Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems, Hamburg: VSA.
- Ders.: (2011a): »Kapitalismus aufbrechen« – aber wie?, in: Das Argument, Nr. 291, S. 231-236.
- Ders.: (2011b): Ein grüner Kapitalismus?, in: Blätter des iz3w, Nr. 327, S. 19-21.
- Holloway, J. (2002): Die Welt verändern ohne die Macht zu übernehmen, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Ders.: (2010): Kapitalismus aufbrechen, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Poulantzas, N. (2002): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus, Hamburg: VSA.
- Redaktion links-netz (2011): Sozialpolitik als Breitstellung einer sozialen Infrastruktur, online unter: http://www.links-netz.de/K_texte/K_links-netz_sozipol.html, 1.11.2012
- Rein, H. et al. (2008): Existenzgeld Reloaded, Neu-Ulm: AG SPAK.
- Reinhard, W. (2000): Geschichte der Staatsgewalt, München: C.H. Beck.
- Teschke, B. (2007): Mythos 1648. Klassen, Geopolitik und die Entstehung des europäischen Staatensystems, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Weber, M. (1956): Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen: Mohr

Temporäre Versprechen: Der Wechsel im Akkumulationsregime in Ecuador

Vorhaben und Praxis der »Bürgerrevolution«

Von den »fortschrittlich« regierten Ländern Lateinamerikas gehört Ecuador zu denen, die sich die radikalsten Veränderungen des Entwicklungsmodells auf die Fahnen geschrieben haben. So hat der ecuadorianische Staat sogar den Begriff der »Entwicklung« zugunsten des neuen Paradigmas »Gutes Leben« aufgegeben. Er vertritt, dass der Paradigmenwechsel sich in wirtschaftlicher Hinsicht in einer radikalen Veränderung des »Akkumulationsmodells« und in einer klaren Unterscheidung zwischen (mehrdimensionaler) »Entwicklung« und (eindimensionalem) »wirtschaftlichen Wachstum« ausdrücken muss.¹ Zwei Regierungsdokumente können als Grundlage des Projekts gelten: die im Oktober 2008 durch ein Referendum bestätigte Verfassung und der *Plan del Buen Vivir*, der im November durch den Nationalen Planungsrat beschlossen wurde.²

Die enorme Bedeutung beider Dokumente darf nicht unterschätzt werden. Es kommt nicht häufig vor, dass offizielle Staatsdokumente in Lateinamerika so revolutionäre Ziele formulieren. In den Sozialwissenschaften von heute wird stets auf die Bedeutung der »Diskurse« als »performative« Handlungspraktiken verwiesen. Diese theoretischen Hinweise vergessen oder leugnen jedoch den ontologisch primären und prioritären Charakter von Handlungen über Diskurse.³ Das Ziel dieses Aufsatzes ist es, die Diskurse mit den realen politischen Erfolgen abzugleichen, durch die jene vom Papier in die »Welt des Lebens« geholt werden. Für dieses Unterfangen möchte ich zunächst die revolutionären Ziele des *Plan del Buen Vivir* skizzieren, um dann die politische Umsetzung in jenen Bereichen, die in den Dokumenten

¹ Theoretisch ausgeführt werden diese Vorschläge aus Regierungsperspektive u.a. in: Ramírez (2010) und República del Ecuador/SENPLADES (2010).

² Vgl. República del Ecuador (2008), República del Ecuador/SENPLADES (2009).

³ Ohne eine tiefergehende epistemologische Debatte zu eröffnen, lässt sich festhalten, dass wir von einer *methodologischen* Unterscheidung sprechen, da Praktiken und Diskurse in der realen Welt der menschlichen Handlungen untrennbar miteinander verbunden sind. Dennoch würde ich bekräftigen, dass die methodologische *Unterscheidung* zwischen beiden notwendige Voraussetzung von Erkenntnis ist. Die Vereinigung (im Denken) dessen, was wir zunächst (im Denken) getrennt haben, ist ein Ergebnis, und *nicht Ausgangspunkt*, der Erkenntnis (Marx 1978).

als zentral erachtet werden, zu bewerten. Das soll uns zu verstehen ermöglichen, wie die »Bürgerregierung« das neue »Akkumulationsregime« in ihrer politischen Praxis interpretiert.

Die theoretische Doktrin: Das »Gute Leben« (Buen Vivir) und die Voraussetzungen seiner Realisierung

Der für den Zeitraum 2009-2013 aufgestellte »Plan für ein Gutes Leben« ist innovativ, radikal und kohärent. Zu seinen Grundlagen gehört die These, dass der Staat zu einer wirtschaftlichen Umverteilungs- und Leitungsaufgabe zurückkehren muss, was als *republikanischer Egalitarismus* bezeichnet wird, und nennt den *Wechsel des Akkumulationsmodells* weg vom alten, auf Rohstoffexporten beruhenden Modell hin zu einem endogenen, biozentrierten, von der Nutzung von Biodiversität, Wissen und Tourismus ausgehenden Projekt.⁴ Im Plan heißt es: »Der neue Sozialpakt, den die ecuadorianische Gesellschaft im von der Regierung der »Bürgerrevolution« initiierten Verfassungsprozess geschlossen hat, *kann nicht mit einer auf Rohstoffexporten beruhenden Strategie koexistieren*. Eine solche Strategie, die Ecuador auf die Rolle eines Lieferanten von Bodenschätzen beschränkt, wäre zum Scheitern verurteilt.« (República del Ecuador/SENPLADES 2009: 94; Hervorhebung durch den Autor).

Wodurch soll dieses Modell ersetzt werden? Der ecuadorianische Planungsminister René Ramírez (2010: 69) schreibt: »Es gilt zu berücksichtigen, dass der wichtigste komparative Vorteil Ecuadors in seiner Biodiversität besteht und dass es darum gehen muss, diesen durch deren Erhaltung und den Aufbau einer Bio- und nanotechnologischen Industrie zu nutzen. In diesem Sinne zielt die neue Strategie mittel- und langfristig darauf ab, eine *Biopolis* aufzubauen: eine Gesellschaft des »Bio-Wissens«, gemeinschaftlicher ökotouristischer Dienstleistungen und organisch-ökologischer Produkte.«

Diese Veränderungen des Akkumulationsmodells sind jedoch nicht kurzfristig möglich, da wir es mit einer alten und widerständigen Struktur zu tun haben, die durch die Anreize des Weltsystems immer wieder reproduziert wird. Der Plan skizziert daher eine Art *road map* mit vier Phasen von

⁴ Auch wenn dieser Punkt an mehreren Stellen auftaucht, ist er in República del Ecuador/SENPLADES (2009: 91-95) am deutlichsten ausgeführt. Andere Beobachter haben die begrifflichen Verweise auf Amartya Sen und John Rawls, typische Vertreter des Liberalismus, und die Bedeutung der ideologischen Definition des Bürgerprojekts in diesem Dokument hervorgehoben (León/Unda 2009: 14f.).

jeweils vier Jahren, die mittelfristig eine radikale Transformationsperspektive eröffnet.

Die erste Phase wird dabei als Übergang definiert, bei dem sich die Veränderungen vor allem auf die Umverteilung, die Entwicklung des Tourismus und strategische öffentliche Investitionen zur Erhöhung der systemischen Produktivität konzentrieren. In dieser Phase soll die Abhängigkeit Ecuadors von der Rohstoffausbeutung noch nicht grundlegend durch eine selektive Importsubstitution verringert werden. In einer zweiten Vierjahres-Periode hofft man dann, »die relative Bedeutung der neuen nationalen Industrie gegenüber dem Primärsektor erhöhen und einen Energieüberschuss, im Besonderen sauberer Bio-Energie«, erzielen zu können (República del Ecuador/SENPLADES 2009). Außerdem will man in dieser Phase – in der eine verantwortungsvolle und nachhaltige Nutzung nicht-erneuerbarer Bodenschätze weiterhin eine wichtige Rolle spielen wird – die Investitionen in Forschung und Entwicklung, den Aufbau eines Hochschulwesens (von Masterstudiengängen und Doktorandenprogrammen) und von Technologiezentren verstärken. In der dritten Phase des *Plan del Buen Vivir* soll die Diversifizierung und Substitution von Exporten vorangetrieben werden. In dieser Phase soll die einheimische Industrie die gleiche Bedeutung wie der Rohstoffsektor erlangen. In der vierten Vierjahres-Periode schließlich soll die Bio-Ökonomie und ihre technische Anwendung voll zur Entfaltung gekommen sein. Zu diesem Zeitpunkt sollen Wissensdienstleistungen und touristische Dienste wichtiger sein als der Primärsektor.⁵

René Ramírez (2010: 61) stellt diesen Vorschlag in einen größeren gesellschaftstransformatorischen Zusammenhang: »Im ecuadorianischen Fall könnten wir sagen, dass es zunächst nötig ist, eine postneoliberale Gesellschaft aufzubauen – ein Schritt, der heute in mehreren lateinamerikanischen Ländern zu beobachten ist –, dann einen populären Kapitalismus bzw. Marktsozialismus und schließlich in einem dritten Schritt den republikanischen Bio-Sozialismus«.

Eine grundlegende Ambivalenz in diesem langfristigen Projekt ist im Zusammenhang mit den Begriffen »Umweltdienstleistungen« und des »Bio-Wissens« zu beobachten. Es bestehen notorische Differenzen in der Regierung hinsichtlich der Frage, was als Zieletappe der Transformation gelten kann. Um diese Widersprüche zu veranschaulichen, möchte ich auf ein von

⁵ Ich verwende hier die Zusammenfassung des Plans von Mancheno (2011). Die ursprünglichen Fassungen sind bei Ramírez (2010: 68-72) und República del Ecuador/SENPLADES (2009: 94-98) nachzulesen.

Rafael Correa im Dezember 2009 veröffentlichtes Wirtschaftsbuch zurückgreifen (Correa 2009).

Es handelt sich dabei um eine Verteidigungsschrift heterodoxer Ökonomie: eine Anklageschrift gegen den Neoliberalismus und einige Reflexionen zu keynesianischer Wirtschaftspolitik. Einschätzungen praktischer Wirtschaftspolitik werden hier mit Hinweisen auf die sie tragenden Doktrinen verwoben. Das Buch zeugt von einer klaren Ablehnung der fundamentalistischen Orthodoxie, die Ecuador im Namen ökonomischer »Technik« jahrzehntelang regiert hat und von der Theorie komparativer Kostenvorteile, der unbeschränkten Öffnung gegenüber dem Weltmarkt und des schlanken Staats bestimmt war. Die auch von der Planungsbehörde SENPLADES aufgegriffene Formel Correas bringt seine Position auf den Punkt: »eine Gesellschaft mit Märkten anstelle einer Marktgesellschaft (Correa 2009: 136; vgl. República del Ecuador/SENPLADES 2009: 121, Fußnote 58 zit. von José Luis Coraggio).⁶ Diese antineoliberale Einstellung repräsentiert den radikalsten Aspekt der Wirtschaftspolitik der Regierung.

Doch genau dort verlaufen auch die Grenzen. In einem Absatz des letzten Kapitels weist Correa den Begriff des »Humankapitals« zurück (und verwendet stattdessen das »menschliche Talent«), weil dieser die Menschen in einen Produktionsfaktor verwandelt. Trotzdem verwendet er gleichzeitig immer wieder den Begriff »Naturkapital« (Correa 2009: 175). Correa akzeptiert also für die Natur, was er für die Menschen ablehnt: die vollständige Inwertsetzung. Die Initiative Ishpingo-Tiputini-Tambococha (ITT oder auch Yasuní-Initiative) – in deren Rahmen Ecuador vorgeschlagen hat, 860 Millionen Barrel Öl in einer besonders biodiversen Region Amazoniens im Boden zu belassen – illustriert, wie unterschiedlich in der Regierung das ökonomische Modell interpretiert worden ist. Der Planungsminister René Ramírez (2010: 62) legt die ITT-Initiative besonders revolutionär und anti-ökonomistisch aus: »Am meisten wäre erreicht, wenn die Welt erkennen würde, wie wertvoll es ist, gar nichts zu tun. Denn das würde implizieren, dass man die Bedeutung eines weltweiten, öffentlichen und allgemeinen Guts respektiert. Man würde den Wert der Natur, einer globalen aktiven Aktion, der Nicht-Akkumulation anerkennen und festhalten, dass das Leben von gestern, heute und morgen den gleichen Wert besitzt.«

⁶ Die Idee einer »Gesellschaft« mit Märkten anstatt der Marktgesellschaft kann als zentrale These des »Dritten Wegs« gelten, d.h. einer neoliberal modernisierten Sozialdemokratie. Die zentrale Unterscheidung besteht darin, dass es für die Wortführer des »Dritten Wegs« zwar eine Marktwirtschaft, aber eben keine Marktgesellschaft geben sollte.

Ähnlich äußert sich auch Alberto Acosta (2009: 193, 199): »Das Konzept, das von Umweltgerechtigkeit und Naturrechten ausgeht, beruht auf einer Strategie postmaterieller Entwicklung. Es impliziert eine post-extraktive Komponente für ein Land, das von seinen Ölexporten abhängig ist (...). Das Konzept ist Teil einer neuen Energiekonzeption (...). Alles von möglichen internationalen Ausgleichszahlungen abhängig zu machen, würde die anderen Gründe für das Projekt vergessen machen (...) Der Schutz des ITT-Gebiets ist als solches wichtig; unabhängig von der Laune und Zahlungsbereitschaft der internationalen Gemeinschaft.«

Rafael Correa (2009: 186) bietet hingegen eine Interpretation, die perfekt zum ökonomischen Reduktionismus seiner Analyse passt. So präsentiert der Präsident die Initiative als revolutionäre Möglichkeit, um *einen großen Markt* von Umweltdienstleistungen zu eröffnen: »Die Länder Amazoniens sind die Lunge des Planeten,⁷ ohne die das Leben auf der Erde ausgelöscht würde. Obwohl die frische Luft ein öffentliches Gut ist, erhalten die genannten Länder keine Ausgleichszahlungen für ihre Dienste (...). Vielleicht war die – aufgrund von richtiger Regulation und kollektiven Aktionen durchgesetzte und auf ein Umweltgleichgewicht abzielende – Einführung der CO₂-Zertifikate einer der wichtigsten Fortschritte der Marktwirtschaft. [Die Anreize] waren jedoch ungenügend, ineffizient und ungerecht. U.a. verhinderte das System Ausgleichszahlungen an Länder, die noch nicht abgeholzt hatten und deren Wälder bereits zur Kohlendioxid-Aufnahme dienten (...). Nichtsdestotrotz ist das alles noch ungenügend (...). Die Idee, Ausgleichszahlungen für verhinderte Rodungen zu leisten, ist Teil eines größeren Konzepts, das die Vermeidung von Umweltzerstörung in den Mittelpunkt stellt. Wenn die Anreize von Kyoto auf diese vermiedene Zerstörung ausgeweitet würde, könnte das einen revolutionären Wandel in den internationalen Beziehungen bedeuten, der viele Länder (...) in Exporteure von Umweltdienstleistungen verwandeln würde.«

Wenn der Kauf und Verkauf von Umweltdienstleistungen bei Correa – im Gegensatz zu Alberto Acosta (oder René Ramírez) – in den Mittelpunkt rückt, dann bedeutet das, dass die »internationale Entschädigung« nicht mehr ein Element unter mehreren (neben dem Wechsel des Energiemodells oder der postmateriellen Entwicklung), sondern zentrale Grundlage des Vorhabens ist. Das einzig »Revolutionäre« besteht dann darin, einen

⁷ Es ist in Expertenkreisen allgemein anerkannt, dass die Rede von Amazonien »als Lunge des Planeten« ein Mythos ist. Die Sauerstoff- und Kohlendioxid-Nettobilanz liegt im Fall eines ausgebildeten tropischen Waldes bei null. Vgl. Tratado de Cooperación Amazónica. Comisión Amazónica de Desarrollo y Medio Ambiente (1992).

zusätzlichen Exportrohstoff – neben Kupfer und Eisen – gefunden zu haben. Ein Paradigmenwechsel sieht anders aus.

Mehrfach hat der Präsident als Beweis seiner Umweltsensibilität hervorgehoben, dass er während seiner akademischen Laufbahn auch Umweltwirtschaft unterrichtet hat. Doch sein Verständnis der Yasuní-Initiative verweist auf die von ihm unterrichtete Umweltwirtschaft. Eine der Haupttendenzen in der Ökonomie ist, die Umwelt als »vergessene« Variable zu behandeln, die als zusätzlicher Faktor in die unvollständigen, alten Produktions- und Konsummodelle integriert werden muss. Deshalb bemühen sie sich, Umwelt und Natur als Werte ins ökonomische Kalkül mit einzubeziehen. Sie behalten das ökonomische Modell bei, unterziehen es jedoch einer »Korrektur«. Der Ökonomismus des Präsidenten in einem langfristig wichtigen politischen, ethischen und programmatischen Thema ist also nicht zu übersehen.

In einer Untersuchung zur Industriepolitik der Bürgerrevolution unterscheidet Pablo Andrade zwei ökonomische Projekte in der Regierung. Auf der einen Seite sieht er die »bewegungsnahe«, von René Ramírez und der Planungseinrichtung SENPLADES vertretene Position, die Andrade als Collage von antikapitalistischer Rhetorik und Entwicklungsindustrialismus bezeichnet. Die zweite Position wird ihm zufolge vom Präsidenten Rafael Correa, der Produktionsministerin Natalie Celi und dem im Dezember 2010 verabschiedeten Produktionskodex repräsentiert.⁸ Sie ist klarer definiert und zielt auf ein konventionelles Projekt »selektiver Industrialisierungs- und Handelspolitik« ab, wie es die südostasiatischen Länder im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts verfolgt haben: »Bei genauerer Betrachtung besteht das politische Ziel der neuen Industriepolitik in einer selektiven Industrialisierung, die zum einen den Import bestimmter industrieller Güter ersetzen und zum anderen einen hochtechnologischen industriellen Exportsektor schaffen soll. Beide Ziele würden die Abhängigkeit Ecuadors von ausländischen Exporten verringern, die einheimische Wertschöpfung begünstigen und die Zahlungsbilanz verbessern, womit auch die Verwundbarkeit des Landes abnehmen würde. Der Unterschied zwischen diesem neuen Industrialisierungsversuch und jenem, der zwischen 1950 und 1984 von den ecuadorianischen Regierungen verfolgt wurde, besteht darin, dass der

⁸ Código de la Producción (2010). Manuel Chiriboga, Hernán Ibarra und Jorge León stimmen in der Analyse überein, dass dieses Gesetz als Annäherung an die großen Privatunternehmer zu betrachten ist. Vgl. »Diálogo sobre la coyuntura: Causas y consecuencias del 30 de septiembre«, in: *Ecuador Debate*. No. 81, Quito: CAAP, diciembre, S. 22, 30-31.

Staat die Entscheidungsgewalt darüber besitzt, welche industriellen Sektoren unterstützt werden sollen. Außerdem wird heute der Export industrieller Güter stärker betont. Um es einfach auszudrücken: Es reicht nicht, eigene Industrien zu haben, sondern diese sollen auch fähig sein, Märkte im Ausland zu erobern und sich in der internationalen Konkurrenz behaupten können.« (Andrade 2011)⁹

Dieser Artikel soll zeigen, welche konkreten politischen Maßnahmen die Regierung in jenen Bereichen ergriffen hat, die sie selbst als entscheidend für einen Wechsel des Akkumulationsmodells bezeichnet. Wenn der »republikanische Bio-Sozialismus« das Ziel der Transformation ist, müsste der Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik auf Umverteilung, dem Schutz der Biodiversität und der Förderung des Tourismus liegen. Wenn es hingegen um eine Industrialisierung nach südostasiatischem Vorbild ginge, dann wäre die Verringerung der Umweltschäden und die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums deutlich weniger wichtig.

Praktiken: Die Regierungspolitik

Die Rückkehr des Staates: Die Regierung der Bürgerrevolution ist seit dem 15. Januar 2007 im Amt. Auf welche Bilanz kann sie verweisen? Strategie und Programm der Regierung zielen offensichtlich darauf ab, die zentrale Rolle und Autorität des Staates wieder herzustellen. Die Zahlen sind in diesem Zusammenhang sehr aussagekräftig: Der Staatshaushalt stieg von 6 Mrd. im Jahr 2006 auf 21 Mrd. US-Dollar im Jahr 2011 an. In den ersten vier Jahren der Correa-Regierung beliefen sich die öffentlichen Ausgaben auf 74 Mrd. US-Dollar und waren somit höher als die Ausgaben in den 14 Jahren vor Correas Amtsantritt zusammengezählt (Mancheno 2011: 77f.). Die staatlichen Steuereinnahmen stiegen von 4,522 Mrd. 2006 auf 7,8 Mrd. 2010¹⁰ und hatten zudem einen Umverteilungseffekt. Machten die direkten und progressiv wirkenden (Einkommens-)Steuern 2002 noch 26% der Steuereinnahmen aus, so waren es acht Jahre später 40,7%. Die öffentlichen Sozialausgaben lagen 2006 bei 4,8% des Bruttoinlandsprodukts, 2009 bei 8,1 und 2010 bei 7,9%.¹¹ Das erlaubte, die Gehälter für Lehrer, Po-

⁹ Das Zitat findet sich auf Seite 22, die Argumentation über die beiden Perspektiven in der ecuadorianischen Regierung wird auf den Seiten 18 bis 25 entwickelt.

¹⁰ 2011 stiegen die Steuereinnahmen weiter auf über 9 Mrd. US-Dollar an (vgl. Banco Central de Ecuador (2012): *Información Estadística Mensual, No 1922*, Quito).

¹¹ Die Zahlen stammen aus dem Artikel: Acosta/Ponce (2010): »Discretos resultados con grandes recursos«, in: *El Comercio 15.1.2011, Especial, 4 años después*, S. 16

lizisten und Staatsangestellte zu erhöhen. Das Geld wurde zudem eingesetzt, um Schulmaterialien, -uniformen und -einrichtungen zu finanzieren. Die Patientenzahlungen in Krankenhäusern und staatlichen Gesundheitsposten wurden abgeschafft, was zu einem sprunghaften Anstieg der Untersuchungen führte. Diese nahmen von 14,3 auf 34,6 Millionen Untersuchungen jährlich zu¹² (Arroyo/Borja/Aguilar 2011).

Auch die öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur, vor allem den Straßenbau wurden verstärkt: Nach Regierungsangaben hat man in vier Jahren 3 Mrd. US-Dollar für Instandhaltung und Ausbesserung von 6.000 Kilometer Straßen ausgegeben.¹³ Der Staat hat also eine aktive Interventions- und Distributionsfunktion ausgeübt. Die Grenzen dieses Modells bestehen in der limitierten Verfügbarkeit von Finanzmitteln für öffentliche Ausgaben. Es gibt Hinweise darauf, dass die Regierung Correa diese Grenze bereits überschritten hat.¹⁴

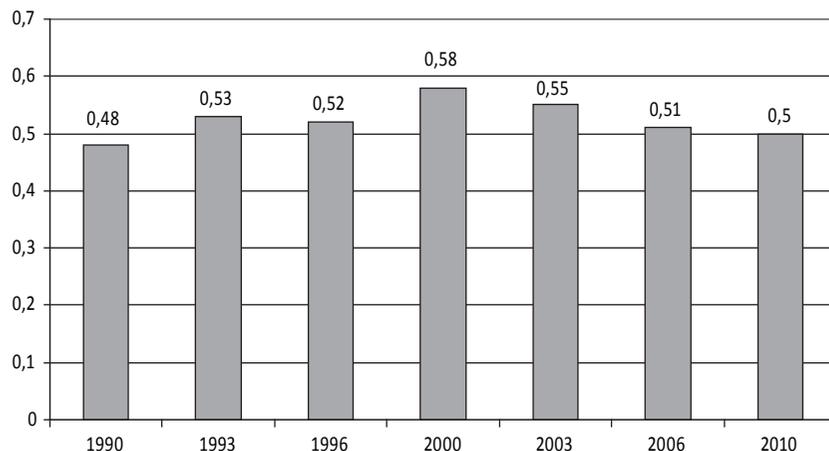
Die beträchtliche und positive Erhöhung der öffentlichen und Sozialausgaben haben jedoch nicht die erhofften Ergebnisse gezeitigt. Eine aktuelle Untersuchung zeigt, dass die Verringerung der Armut zwischen 2006 und 2010 langsamer verlaufen ist als in den Jahren nach der Krise von 2000. Während der Armutsanteil an der Gesamtbevölkerung zwischen 2000 und

und dem Artikel »Impuestos: más eficiencia, transparencia y justicia«, in: *Gestión, economía y sociedad. Edición Especial, No. 200, febrero 2011*, S. 53.

¹² Die Ausgaben nahmen so stark zu, dass die Regierung in Anbetracht der Krise der Gesundheitseinrichtungen im Januar 2011 eine Steuererhöhung vorschlug (Einführung einer Mehrwertsteuer auf Medikamente, eine fünfprozentige Mehrwertsteuer auf spezielle Konsumgüter und Mobiltelefonate und eine Erhöhung der Alkohol- und Tabaksteuer), um so 400 Millionen US-Dollar zusätzlich für die Finanzierung von Medikamenten in öffentlichen Krankenhäusern zu erhalten. Dazu kamen außerdem Abgaben für Kraftfahrzeughalter, die von der Regierung als »Umweltsteuer« bezeichnet und ebenfalls zur Finanzierung des Gesundheitssektors verwendet wurden (Artikel »Ecuador ve nuevos impuestos 'verdes' para mejorar sector de la salud«, in: *El Universo, 13.6.2011*).

¹³ Vgl. den Artikel »Dos obras emblemáticas fueron inauguradas en estos cuatro años«, *El Comercio 15.1.2011, Especial, 4 años después*.

¹⁴ Die Regierung hat bereits alle in der neoliberalen Periode aufgebauten Fonds aufgebraucht, hat auf die Rücklagen der Sozialversicherungen zurückgegriffen und Kredite in China aufgenommen, die mit den Öleinnahmen der nächsten acht Jahre abgesichert wurden. »Mit diesen Krediten ist die öffentliche Auslandsschuld von 7,393 Mrd. US-Dollar im Jahr 2009 (14,2% des BIP) auf 8,509 Mrd. US-Dollar 2010 (15,2% des BIP) angewachsen. Darüber hinaus kaufte die ecuadorianische Sozialversicherungskasse (Instituto Ecuatoriano de Seguridad Social) staatliche Schuldverschreibungen in Höhe von einer Mrd. Dollar. Auf diese und andere Weise wuchsen auch die inländischen Staatsschulden von 2,842 Mrd. Dollar Ende 2009 (5,5% des BIP) auf 4,665 Mrd. Dollar 2010 (8,2% des BIP)« (CEPAL 2011: 2).

Abbildung 1: GINI der (städtischen) Einkommensverteilung pro Kopf

Quelle: Encuestas de Empleo y Desempleo, aus verschiedenen Jahren. INEC, in: Juan Ponce (2011): *Desigualdad del ingreso en Ecuador: un análisis de los años 1990 y 2000*, Quito, FLACSO, (bislang unveröffentlicht), S. 4.

2005 von 64,7 auf 41,9% fiel, ging der Anteil zwischen 2006 und 2010 nur noch von 37,4 auf 35,8% zurück (Acosta/Ponce 2011: 13).¹⁵ Den Autoren der Untersuchung zufolge hat das in erster Linie damit zu tun, dass die Verringerung der Armut nach großen Wirtschaftskrisen stets schneller verläuft, sich dann jedoch, wenn die *strukturellen Faktoren der Armut*, wie etwa die ungleiche Verteilung von Produktionsmitteln zum Tragen kommen, deutlich verlangsamen. Zudem wirken sich Investitionen in kostenlose Gesundheit und Erziehung erst mittel- und langfristig aus: Auf diesen Feldern sind langfristig angelegte und konstante Anstrengungen nötig.

Zu beobachten ist auch ein Stillstand bei der Bekämpfung der Ungleichheit (siehe Abbildung 1). Die Rahmenbedingungen für den Abbau von Armut und Ungleichheit waren in den 2000er Jahre deutlich besser als in den 1990er Jahren. Dennoch zeigt die Statistik (zumindest was die städtische Ungleichheit angeht, für die Daten zur Verfügung stehen), dass sich der Trend ab 2006 verlangsamt hat.

Diese Ergebnisse sind nicht weiter überraschend. Die Regierung selbst ist sich der Begrenztheit einer nur auf Sozialprogrammen und Steuermaßnahmen beruhenden Umverteilungspolitik bewusst. Wie wir zuvor gesehen

¹⁵ Unter den Indigenen ist die Situation schlechter. Während der *Bürgerrevolution* soll die extreme Armut unter ihnen um 10% zugenommen haben.

haben, liegt die Betonung der »ersten Phase« beim Wechsel des Akkumulationsmodells auf *Verteilung*.¹⁶ Um »verteilend produzieren« und »produzierend verteilen« zu können« (»producir distribuyendo« und »distribuir produciendo«),¹⁷ ist es notwendig, *die Produktionsfaktoren zu demokratisieren*. Im »Plan del Buen Vivir« (Strategie 1: »Demokratisierung der Produktionsmittel, Umverteilung des Reichtums und Diversifizierung der Eigentums- und Organisationsformen«) heißt es, eine egalitärere Gesellschaft könne nicht geschaffen werden, ohne die Grundlagen der strukturellen Ungleichheit anzugehen: »Die Regierung setzt sich als Ziel, einen Prozess zur Demokratisierung der Produktionsmittel voranzutreiben, mit besonderer Aufmerksamkeit auf Land, Wasser und solchen Produktionsmitteln, die im Moment keine soziale Funktion erfüllen (...). Die Strategie zielt besonders auf den Agrarsektor ab, wo die neoliberale Politik durch die Konzentration von Land- und Wasserbesitz besonders schädliche Folgen hat. Diese Politik hat den kleinen Landbesitz zerstört, öffentliche Institutionen sowie die regulierende und umverteilende Funktion des Staates ausgehöhlt, die kleinen Bauern so sehr geschwächt, dass sie ihr Land aufgeben und sich in lohnabhängige Migranten verwandeln, und die Kluft zwischen Land und Stadt vertieft.« (República del Ecuador/SENPLADES 2009: 101).

Da die Umverteilung als prioritär und als notwendige Grundlage für den Umbau des Akkumulationsmodells betrachtet wird und da das Hauptaugenmerk auf den Bereichen Land und Wasser liegen, scheint es mir sinnvoll, mich im Weiteren etwas ausführlicher mit der Politik der *Bürgerrevolution* auf diesem Feld zu beschäftigen.

Umverteilung von Land

Es ist zweifellos ein Verdienst der Regierung, auf die Notwendigkeit einer Umverteilung von Land und Wasser hingewiesen zu haben. Keine Regierung der letzten 30 Jahre hat über das Thema gesprochen. Wie soll das schwierige und grundlegende Problem jedoch angegangen werden?

¹⁶ Der *Plan del Buen Vivir* (República del Ecuador 2009: 57) postuliert: »Die erste Phase erfüllt, hinsichtlich der Akkumulation, eine Übergangsfunktion. Die Abhängigkeit von Rohstoffen wird fortbestehen; aber die Umverteilung wird vertieft, die als Kern der Transformation in dieser Phase und allgemein der Strategie betrachtet wird.«

¹⁷ So interpretiert René Ramírez (2010: 64) den Inhalt der Verfassungsartikel 276 und 284, die die Ziele des Entwicklungsregimes und der Wirtschaftspolitik definieren.

Nachdem zwei Landwirtschaftsminister eher konventionelle Politik auf dem Feld betrieben hatten, ernannte die Bürgerregierung im August 2009 Ramón Espinel zum Minister, der die kleinbäuerliche Ökonomie aufgrund ihrer positiven Effekte auf Beschäftigung, Lebensmittelversorgung und Erhaltung und Nutzung der Biodiversität als zentral für ein alternatives Landwirtschaftsmodell bezeichnete.

Die Planungsbehörde und das Agrarministerium (SENPLADES/MAGAP 2010: 8) entwarfen einen »Plan zur Landfrage«, der von der Diagnose ausging, dass etwa eine halbe Million Bauernfamilien landlos sind und eine weitere halbe Million nur ungenügend Land zur Verfügung hat. Die Ziele des Plans waren ehrgeizig formuliert.

Auch wenn das Dokumente der Planungsbehörde SENPLADES es nicht ausdrücklich erwähnt, nannten die Sprecher des Ministeriums doch das Ziel, den augenblicklich bei unfassbar hohen 0,80 liegenden GINI-Faktor innerhalb von vier Jahren auf den (immer noch sehr hohen) Faktor 0,69 zu verringern. Der »Plan del Buen Vivir« postulierte ein sogar noch ambitioniertes Ziel als das Ministerium: Bis 2013 sollte die Landkonzentration um 22% von 0,78 auf 0,61 verringert werden (SENPLADES 2009: 151, 155). Um dieses Projekt umzusetzen, haben Sprecher des Landwirtschaftsministeriums mehrfach die Übergabe von 2,5 Millionen Hektar Land an Kleinbauern vorgeschlagen.

Dabei sollen drei Methoden angewandt werden: die Übergabe von 69.000 Hektar Land, die sich in Staatsbesitz befinden,¹⁸ zweitens die Gründung eines nationalen Fonds zum Aufkauf und zur Enteignung von Land, so wie es in der Verfassung (Artikel 282) vorgesehen ist, und drittens der Kauf von Ländereien, die nicht bewirtschaftet werden und dementsprechend ihre soziale Funktion nicht erfüllen (wobei allerdings nur die unproduktiven Ländereien in der Küstenprovinz Santa Elena genannt werden, die bis Mai 2011 enteignet werden sollten) (Rosero 2011: 83).

Andere Versionen des Plans nannten acht Zielvorgaben: in vier Jahren (bis Dezember 2013) sollten 20.000 Hektar Land verteilt werden, die sich in Händen staatlicher Institutionen befanden, für eine weitere Million Hektar sollten Landtitel übergeben werden, der Fonds zum Kauf von Ländereien sollte 550.000 Hektar erwerben, etwas mehr als eine Million Hektar sollten enteignet, weitere zwei Millionen durch Katasterämter erfasst werden. Die Kosten des »Plan Tierra« wurden auf 38 Millionen US-Dollar innerhalb von

¹⁸ Im Agrarplan war zunächst von 69.000, dann von 95.000 und von 120.000 Hektar die Rede. Präsident Correa sprach schließlich von 200.000 Hektar, die sich in Besitz des Staates befänden. Die Wahrheit ist, dass die genauen Zahlen unbekannt sind.

vier Jahren beziffert – eine Zahl, bei der offensichtlich weder die Kosten für den Kauf von einer halben Million Hektar Land noch die Entschädigungszahlungen für die Enteignung einer weiteren Million Hektar berücksichtigt waren (SENPLADES/MAGAP 2010: 11, 12, 26).

Wie sehen nun die Ergebnisse aus? Von den Staatsländereien wurden bis Ende 2011 etwa 5.000 Hektar übereignet. Davon waren 2.000 Hektar zuvor Gemeindeland gewesen; staatliches Land ist also kaum verteilt worden.

Kein übereignetes Land stammte aus dem Eigentum, das man bei den zur Jahrtausendwende Konkurs gegangenen Banken beschlagnahmt hatte (Rosero 2011: 86 und Landívar/Yulán 2011: 34, 42). Eine neuere Untersuchung über den Versuch, vier Bauernorganisationen aus den Küstenregionen hochwertiges Land zu übereignen, das nach einer Bankenrettung in den Besitz des Staates übergegangen war, zeigt, dass mehrere Faktoren diese Übereignung verhindert haben: Es gibt juristische Auseinandersetzungen zwischen Bankiers und dem Staat, es intervenieren an den Ländereien interessierte Immobilienhändler in den Konflikt, und schließlich sind auch bewaffnete Gruppen der ehemaligen Landeigentümer in der Region aktiv (Landívar/Yulán 2011: 43-58).

Und das ist nicht alles. Wenn man die Haushaltsausgaben des Landwirtschaftsministeriums im Jahr 2010 auswertet, stellt man fest, dass fast der gesamte operative Haushalt (von insgesamt 205 Millionen US-Dollar) für die Förderung der Produktion und nicht für die Umverteilung von Land bestimmt ist. Für den »Plan Tierras« sind gerade einmal 4 Millionen US-Dollar vorgesehen, also 2%, während nach ursprünglichen Planungen 10 Millionen US-Dollar im Jahr 2010 und 12 Millionen 2012 verwendet werden sollten (Carrion et al. 2010: 48f., SENPLADES/MAGAP 2010: 26).

Der Fonds zum Aufkauf von Ländereien (Fondo de Tierras), der ursprünglich im Januar 2010 seine Arbeit aufnehmen sollte, existiert bis heute nicht. Man muss in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass Ecuador in den 1990er Jahren wichtige Erfahrungen beim Aufbau eines solchen Fonds gesammelt hat. Mit Hilfe eines Schuldenausgleichs in Höhe von 10 Millionen US-Dollar finanzierte die Regierung Rodrigo Borja damals ein Programm, um auf die Forderungen des indigenen Aufstands von Juni 1990 reagieren zu können. Der Fonds wurde innerhalb von sechs Monaten gegründet und mit Finanzmitteln ausgestattet. Die Verwaltung wurde an eine kirchennahe NGO abgetreten (Fondo Ecuatoriano Populorum Progressio, FEPP), der die Indígenas Vertrauen schenkten (zumindest mehr als der Nationalen Förderbank). In acht Jahren wurden an 7.952 Familien Kredite für den Kauf von 44.169 Hektar Land vergeben, 343.481 Hektar Land wurden an 1946 Familien übereignet und weitere 37.838 Hektar wurden legalisiert, wovon

950 Familien profitierten (Chiriboga et al. 1999: 101).¹⁹ Die Bürgerregierung hingegen hat nach vier Jahren noch nicht einmal mit einem solchen Programm angefangen.

Zusammengefasst lässt sich also sagen, dass die ersten zwei Jahre der Bürgerrevolution von einer konventionellen Agrarpolitik bestimmt waren. In den folgenden zwei Jahren *konzipierte* man die Verteilung von Land als zentrale Voraussetzung eines neuen Akkumulationsmodells, kam in der Praxis aber keinen Millimeter bei der Umsetzung der sehr moderat entworfenen Maßnahmen voran.

Was ist mit den guten Vorsätzen geschehen? Zunächst muss man klar stellen, dass die gewählten Mittel nicht ausreichend waren, um die Ziele zu realisieren. Mit dem Fondo de Tierras, durch den ein Viertel des Landbedarfs der Kleinbauern abgedeckt werden sollte, konnte in der Praxis nur Land schlechter Qualität verteilt werden. Selbst mit zinsgünstigen Krediten, wie sie der FEPP in den 1990er Jahren verteilte, sind die Bauern nicht in der Lage, die mit Infrastruktur, Bewässerungssystemen und Marktzugang ausgestatteten und dementsprechend teuren Ländereien zu erwerben.²⁰ Der Mechanismus ist also geeignet, um die Agrarkonflikte zu entschärfen, aber verringert die Ungleichheit nicht. Doch selbst eine so moderate und umsetzbare Maßnahme wie den Fondo de Tierras, den eine viel gemäßigter auftretende Regierung (wie die des Sozialdemokraten Rodrigo Borja) in sechs Monaten aufbaute, hat die Correa-Regierung nicht auf den Weg gebracht. Woran liegt das?

Anscheinend hängt es damit zusammen, dass man einen von der Nationalen Förderbank (Banco Nacional de Fomento) verwalteten Fonds aufbauen will. Hier jedoch ist das Scheitern vorprogrammiert. Die Erfolge des kirchennahen Fondo Ecuatoriano Populorum Progressio waren auf die enge Kooperation mit Indígena- und Bauernorganisationen zurückzuführen. Es gibt hingegen kaum eine Institution, der die Bauern weniger trauen als dem Banco Nacional de Fomento. Ohne diesen Vertrauensvorschuss und Beziehungen zu den Organisationen wird der Fonds nicht einmal mit der Arbeit anfangen können. Der kirchennahe FEPP schuf in den 1990er Jahren zunächst gemeinsame Arbeitsgruppen von nationalen und örtlichen Bauernorganisationen sowie der Nichtregierungsorganisation selbst, um

¹⁹ Während der Agrarreform zwischen 1964 und 1990 wurden etwa 850.000 Hektar übereignet oder legalisiert.

²⁰ Von den 44.000 Hektar Land, die zwischen 1977 und 1998 gekauft wurden, waren 61% »mittlerer und geringer Qualität (Typ 3, 4 und 5). Nur 10% war hoher Qualität und nur 6% verfügte über Bewässerung« (Chiriboga et al. 1999: 102).

den Kauf, die Kreditvergabe und -zuteilung zu überwachen (Chiriboga et al. 1999: 106). Nur auf diese Weise lässt sich der Einfluss von Immobilienhändlern verringern (ganz eliminieren lässt er sich nie) und die Landübergabe, die ohne die Mobilisierung der Bauern unmöglich ist, transparent gestalten. Die Beziehung zwischen der Regierung und den stärksten Bauernorganisationen Ecuadors ist hingegen schlecht und verschlechtert sich beständig weiter. Doch ohne legitimierte und unterstützte Bauernorganisation kann es keine Landverteilung geben. Die Regierung hat zuletzt versucht, auf Distanz zu den existierenden Organisationen zu gehen, sie zu schwächen und sich möglicherweise »eigene« Organisationen zu schaffen. Selbst wenn sie mit dieser Strategie Erfolg haben sollte, wird die Lücke zwischen der Schwächung existierender und dem Entstehen neuer Organisationen dafür sorgen, dass die Landverteilung erst in Jahrzehnten in Angriff genommen werden kann.

Das Scheitern bei der Übergabe von Staatsland und die Unmöglichkeit, die Enteignung in »priorisierten Gebieten« wie der Halbinsel von Santa Elena in Gang zu bringen, verweisen auf ein weiteres strukturelles Problem. Solange es keine den Landkauf begleitende Gesetzgebung zur Umverteilung von Land gibt, wird ein finanzkräftiger Fonds die Bodenpreise in die Höhe treiben und damit den Ärmsten den Zugang zum Land noch weiter erschweren. Bis 1993 lag der Preis des durchschnittlichen, mit FEPP-Krediten bezahlten Hektar Landes nie über 200 US-Dollar. 1995, nachdem das Gesetz zur Agrarentwicklung verabschiedet und die Agrarreform für beendet erklärt worden war, stieg der durchschnittliche Kaufpreis auf 650 US-Dollar an (Chiriboga et al. 1999: 112). Der Grund liegt auf der Hand: Die bloße Möglichkeit, dass Bauern Rechte gegenüber großen Landeigentümern vor Gericht geltend machen konnten, ließ die Preise fallen und verbesserte ihre Verhandlungsposition.²¹ Der ursprüngliche »Plan Tierras« sieht nun vor, ein Gesetz zur Umverteilung von Land zu erarbeiten, in dem klar bestimmt ist, was als »Großgrundbesitz« gilt (der nach Artikel 282 der Verfassung geächtet, aber nicht legal definiert ist) und wann Eigentum seine soziale und ökologische Funktion nicht erfüllt (SENPLADES/MAGAP 2010: 11, 21).

Die Regierung hat jedoch schon bei der Verabschiedung des Gesetzes zur Nahrungsmittelsouveränität deutlich gemacht, dass sie kein Interesse

²¹ Alle ecuadorianischen Agrarexperten wissen, dass der größte Teil des in der Reformperiode (1964-1994) verteilten Landes über den Markt verteilt wurde. Es ist auch bekannt, dass es Landreformgesetze waren, die dafür sorgten, dass der Markt auf diese Weise eine bessere Landverteilung ermöglicht. (Eine der wenigen Studien über die Wirkung der Märkte, als die Gesetze zur Landreform noch in Kraft waren, findet sich bei Ibarra/Ospina 1994: Kapitel 5).

an einem derartigen Gesetz hat. Die Diskussion über das Projekt wurde aufgeschoben, und man gab sich mit der Gründung einer Kommission zufrieden, die in unbestimmter Zukunft Gesetze vorbereiten soll. Doch warum interessiert sich die Regierung nicht für die Umverteilung von Land? Ein solches Gesetz würde heftige politische Konflikte provozieren und wohl auch eine Welle von Landbesetzungen nach sich ziehen.

Zusammengefasst: Die Ungleichheit auf dem Land kann nicht verringert werden, ohne die produktiven Ländereien zu berücksichtigen, d.h. ohne eine Obergrenze für Grundbesitz festzulegen und große Ländereien zu enteignen, die bestimmte soziale und ökologische Kriterien nicht erfüllen. Das jedoch würde den Konflikt nicht begrenzen, sondern ihn anfachen. Schon allein die bloße Ankündigung, dass man staatliches Land verteilen werde, weckte in den Küstenregionen große Erwartungen und provozierte eine Reihe von Landkonflikten, die darauf verweisen, was passieren könnte, wenn man die Agrarreform ernst nehmen würde: Bauerndemonstrationen, Zusammenstöße, unvorhersehbare Konflikte. So ist es nun einmal: Es gibt keine Revolution ohne Revolution.

Der Tourismus, eine Achse des Übergangs

Wie bereits erwähnt, soll in der ersten der vier Übergangsperioden die Förderung des Tourismus eine entscheidende Rolle spielen. Der »Plan del Buen Vivir« postuliert: »Durch eine selektive Substitution von Importen [die den petrochemischen Sektor, Bioenergie und -kraftstoffe, die metallverarbeitende Industrie, Biomedizin und Pharmazeutik, Biochemie, Hard- und Software sowie Umweltdienstleistungen fördern soll], durch die Stärkung des Tourismussektors und durch produktivitätssteigernde strategische Investitionen der öffentlichen Hand sollen die Grundlagen geschaffen werden, um eine einheimische Industrie aufzubauen und substantielle Veränderungen im Energiesektor einzuleiten.« (República del Ecuador/SENPLADES 2009: 96)

Aus Platzgründen möchte ich mich an dieser Stelle nicht weiter mit der Politik der selektiven Imports substitution und der Veränderungen im Energiesektor beschäftigen, sondern auf den Tourismussektor konzentrieren, der nicht nur während des Übergangs, sondern auch beim langfristigen Ziel der »ökotouristischen Biopolis« eine zentrale Rolle einnehmen soll. Am Rande sei allerdings erwähnt, dass die Imports substitution aufgrund der Regierungsstrategie exponentiell steigender Importe kaum eine Zukunft besitzen dürfte. Tatsächlich verschlechterte sich die ecuadorianische Handelsbilanz von einem Überschuss von 1,414 Mrd. US-Dollar im Jahr 2007 zu

einem Defizit von 1,460 Mrd. US-Dollar bis November 2010.²² Dies hat mit der progressiven, durch den festen Wechselkurs verursachten Verbilligung der Importe zu tun – denn »die Schwäche des Sucre (der 2000 von der neoliberalen Regierung Jamil Mahuad abgeschafft und durch den Dollar ersetzt wurde, Anm. d. Hrsg.) wirkte als Importbremse« (Vela/Salcedo 2011: 25). Die Steigerung der Nachfrage zieht somit eine Steigerung der Importe nach sich. Dieses strukturelle Problem der Dollarisierung (negative Anreize für den Export, positive für den Import) verschärft sich tendenziell mit der Zeit, auch wenn es im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts zwei Gegen Tendenzen gab, die diese Wirkung abschwächten: die globale Abwertung des Dollars und der Anstieg der Rohstoffpreise.²³

Reden wir also über die Politik im Tourismussektor. Das 2007 vom Ministerium vorgelegte Projekt formuliert bescheidene Ziele, die mit der im Plan del Buen Vivir definierten Rolle des Tourismus kaum kompatibel sind.²⁴ Den Planungen zufolge sollten in 13 Jahren 197 Millionen US-Dollar in den Tourismussektor investiert werden, was einer jährlichen Investition von 15 Millionen entspräche (Ministerio de Turismo 2007: 31). Tatsächlich fielen die öffentlichen Investitionen zwischen 2008 und 2010 jedoch von 17 Millionen Dollar im ersten Jahr auf 13 Millionen Dollar 2010; der Anteil am Regierungshaushalt ging von 0,8 auf 0,4% zurück.²⁵ In Anbetracht dieser Zahlen ist völlig unnachvollziehbar, wie sich der Tourismus in einen »Motor« der ecuadorianischen Wirtschaft verwandeln und den Übergang zu einem alternativen, nicht auf dem Rohstoffexport beruhenden Modell ermöglichen soll.

Man kann nun argumentieren, dass die – wie wir gesehen haben, tatsächlich beträchtlichen – Investitionen in Straßenbau und -erhaltung eine indirekte Förderung des Tourismus darstellen. Es ist wahr, dass diese Ausgaben die systemische Konkurrenzfähigkeit erhöhen und sowohl den export-

²² »Discretos resultados con grandes recursos«, in: *Comercio 15.1.2011, Especial, 4 años después*, S.16.

²³ In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre gerieten die Länder, die mit einem festen Wechselkurs an den Dollar gebunden waren und nicht auf die Wirkung der Gegen Tendenzen zählen konnten, in eine schwere Krise: Argentinien, Brasilien und die Länder Südostasiens.

²⁴ Ein Zitat unter vielen, das die Bedeutung des Tourismus in der Gesamtstrategie des Plan del Buen Vivir hervorhebt, lautet: »Wir müssen Grundlagen für die Transformation der alten, auf Rohstoffförderung reduzierten Produktionsformen in Richtung einer Dienstleistungsökonomie schaffen, die auf dem Export von Bio-Wissen und Tourismus beruht.« (República del Ecuador/SENPLADES 2009: 254)

²⁵ Die Zahlen beruhen auf der von SENPLADES im Mai 2011 erstellten und bisher unveröffentlichten (Stand Anfang 2012) Analyse der öffentlichen Ausgaben.

orientierten Primärsektor als auch alle anderen Bereiche begünstigen. Dass es keine »Symbiose« zwischen den Straßenbauinvestitionen und der Tourismusentwicklung gab, lässt sich jedoch daran erkennen, dass die Ziele, die man sich im Tourismussektor gesteckt hatte, nicht erreicht wurden.

Das wichtigste ökonomisch messbare Ziel im Plan del Buen Vivir lautet, dass der Anteil des Tourismus an den Gesamtexporten (abzüglich der Ölexporte) von zwischen 10 und 11 auf 15,1% im Jahr 2013 steigen soll (República de Ecuador/SENPLADES 2009: 340). Das wäre eine beträchtliche Erhöhung, aber man kann kaum behaupten, dass dies in den ersten vier Jahren des Übergangs ausreichen würde, um den Tourismus zum »Motor« des ökonomischen Wandels zu machen. Wie das Bild 1 zeigt, ist das Ziel zudem auch keineswegs erreicht worden. Tatsächlich hat der Anteil des Tourismus an den Nicht-Öl-Exporten in den letzten Jahren stagniert oder ist sogar zurückgegangen.

Auch das hat vermutlich mit der Dollarisierung zu tun, die die Dienstleistungen verteuert und das Land als Reiseziel unattraktiv gemacht hat. In den ersten Jahren nach der Dollarisierung hatte die Binneninflation die bei der Abschaffung des Sucres vorgenommene Entwertung noch nicht wettgemacht.

Wir können also folgende Schlussfolgerungen ziehen: Erstens sind die Programme und Investitionen ungenügend, um dem Tourismussektor die strategische Bedeutung zu verschaffen, die dieser den Plänen der Regierung zufolge bei der Umwandlung des Akkumulationsprojekts haben soll. Zwei-

Tabelle 1: Anteil der Tourismuseinnahmen an den nicht-erdölbasierten Güter- und Dienstleistungsexporten

Jahr	Anteil in Prozent
2002	15,07
2003	11,29
2004	13,20
2005	11,53
2006	9,49
2007	10,45
2008	10,90
2009	9,87
2010	10,02

Quelle: Banco Central del Ecuador, entnommen bei: »Sistema de seguimiento al Plan del Buen Vivir« www.senplades.gob.ec

tens: Selbst wenn es andere Maßnahmen zur Tourismusförderung gibt, die in den genannten Plänen des Finanzministeriums nicht auftauchen, zeigen die wirtschaftlichen Daten doch, dass der Tourismussektor nicht dabei ist, sich in einen wichtigen Motor einer neuen, post-extraktiven Ökonomie zu verwandeln. Drittens sind die Pläne zu allem Überfluss auch noch schlecht konzipiert oder man ist unfähig, sie umzusetzen.²⁶

Währenddessen ist die Abhängigkeit von den Rohstoffen unverändert hoch. Machten die Erdöleinnahmen 1994 34% der Gesamtexporte aus, waren es 2010 bereits 55%. Der Erdölbeitrag zu dem nicht-finanziellen öffentlichen Sektor blieb im gleichen Zeitabschnitt bei 30 % (Castellanos 2011: 32).²⁷ Der Plan del Buen Vivir hebt selbst hervor, dass diese Abhängigkeit in der ersten Phase des Transformationsprojekts Bestand haben wird. Aber es gab die Hoffnung, dass die Rohstoffabhängigkeit nicht weiter zunehmen und einige für einen Übergang entscheidende Sektoren eine sichtbare Entwicklung aufweisen würde. Nichts von beidem ist eingetreten.

Schlussfolgerungen

Die Regierung der Bürgerrevolution hat einige gemäßigte Wirtschaftsreformen umgesetzt. Sie hat die öffentlichen Ausgaben und die produktiven Investitionen des Staates ebenso sowie die Einnahmen aus direkten, progressiv wirkenden Steuern erhöht. In Regierungsdokumenten ist sogar das Ziel formuliert worden, dass Akkumulationsmodell der ecuadorianischen Wirtschaft grundlegend zu transformieren. Heute sind jedoch nicht einmal die Grundvoraussetzungen geschaffen, um diese radikalere Veränderung in Gang setzen zu können. Die Umverteilung des Reichtums und die Verringerung der Armut stagnieren. Eine Umverteilung der Produktionsfaktoren im Agrarsektor wurde nie in Angriff genommen.

Die revolutionären Versprechen sind deprimierend weit von den realen Veränderungen entfernt. Dabei erwartet niemand, dass die Regierung jahrhundertalte Probleme auf einen Schlag beseitigt. Nichtsdestotrotz stellt sich die Frage, ob es für die Kluft zwischen postulierten Zielen und der tatsächlichen Praxis der Regierung nicht eine Erklärung gibt, die über die unter-

²⁶ Wahrscheinlich handelt es sich natürlich um eine Verbindung beider Faktoren. Sehr interessant ist in diesem Zusammenhang der Vergleich der Haushalte 2009 und 2010. Während im ersten Jahr 94% der vorgesehenen Mittel ausgegeben wurden, waren es unter dem neuen, im Mai 2010 vereidigten Tourismusminister Freddy Elhers nur noch 44%.

²⁷ Die Zahlen von 2010 berücksichtigen die Einnahmen bis Oktober-November.

schiedlichen Geschwindigkeiten eines Transformationsprozesses hinausreicht. Klarer ausgedrückt: Das Problem ist nicht, dass die Regierung langsamer ist als erhofft, sondern dass *Projekt, Orientierung und Inhalte* in den strategischen Plänen anders definiert sind als in der Regierungspraxis.

Es scheint, dass das eigentliche ökonomische Ziel, so wie Pablo Andrade vermutet, darin besteht, den Weg Südkoreas oder Taiwans zu kopieren. Bei diesem Vorhaben gilt es, die Erdölförderung auszuweiten und den Bergbau stark zu expandieren, denn so könnte der Umbau der ökonomischen Struktur finanziert werden. Doch wie soll Ecuador die Rohstoff- und Weltmarktorientierung überwinden, wenn genau dieser Sektor gestärkt wird? Die Ausbeutung von Bodenschätzen ist inkompatibel mit Tourismus und dem Schutz der Biodiversität. Präsident Correa rechtfertigt seine Politik folgendermaßen:

»Was die Umweltschäden bei der Ausbeutung nicht-erneuerbarer Ressourcen angeht, so sind wir alle der Natur sehr verpflichtet. Wir glauben sogar, dass die Kreaturen der Schöpfung eigene Rechte besitzen, und brechen auf diese Weise mit anthropozentrischen Visionen von Ökonomie und Gesellschaft. Diese alternative Vision kann auch in der neuen Verfassung Eingang finden. Wir wissen, dass es grundlegende ethische und moralische Prinzipien zum Erhalt der Natur gibt, und unterstützen sie kompromisslos. Aber man darf auch nicht so naiv sein, Kosten-Nutzen-Analysen ganz zu ignorieren. Wer plädiert einfach so für Bergwerke im Tagebauverfahren? Wer kann ethisch und ästhetisch befürworten, dass sich dort, wo früher ein Urwald war, heute Erdölfelder erstrecken? Aber wenn eine Mine einen Wert von 100 Millionen US-Dollar besitzt, wenn ein Erdölvorkommen über ein Potenzial von 20 Milliarden US-Dollar verfügt, dann wäre es vielleicht umgekehrt unmoralisch, diese große Chance für die Entwicklung des Landes aus fundamentalistischen Überzeugungen nicht wahrzunehmen. Wir können uns den Luxus nicht leisten, so naiv zu sein. Und ich muss betonen, dass die gerade genannten Beispiele völlig real sind.«²⁸

Das entspricht dem Vorhaben, das alle extraktiven Regierungen zu allen Zeiten vertreten haben: »Erdöl säen, um Entwicklung zu ernten«. Aber warum war es, nachdem man unermesslich viel Geld geerntet hatte, so schwierig zur Saat überzugehen? Aus dem einfachen Grund, dass die extraktive Ökonomie nicht nur Geld in private Hosentaschen spült, sondern auch Machtstrukturen schafft. Die heute ergriffenen Maßnahmen verringern den Handlungsspielraum zukünftiger Generationen. Sie lagern ein Se-

²⁸ Rede des Präsidenten, Rafael Correa bei der Eröffnungszeremonie der Verfassungsvergabendenden Versammlung in Montecristi am 30. November 2007.

diment über der Gesellschaft ab, das härter ist als von wohl-(oder auch schlecht-) intentionierten Regierungen geformter Lehm. Sie schaffen unlösbar mit Machtinteressen amalgamierte ökonomische Strukturen und undurchdringlichen politischen Filz. Wenn wir heute feststellen, dass das Projekt der »ökotouristischen Biopolis« offensichtlich zugunsten einer konventionellen, am asiatischen Beispiel orientierten Entwicklungsstrategie aufgegeben worden ist, weil man die strategischen Interessen des extraktiven, weltmarktorientierten und auf der Konzentration von Wasser- und Landeigentum beruhenden Sektors nicht antasten kann, dann ist auch ausgesprochen plausibel, dass wir den Traum einer Industrialisierung nach koreanischem Vorbild werden aufgeben müssen: Eine solche Industrialisierung würde den Interessen der alten oder neuen Rohstoffkonzerne widersprechen. Der leuchtende Weg in eine südostasiatische Zukunft kann sich dann als gewundene Umleitung in den verhängnisvollen Halbschatten eines kolonialen Potosís entpuppen.

(Übersetzung: Raul Zelik)

Literatur

- Acosta, A. (2009): La maldición de la abundancia. Quito: Swissaid, Abya –Yala, CEP.
 Acosta, A./Ponce, J. (2010): »La pobreza en la 'revolución ciudadana' o ¿pobreza en la revolución?«, in: Ecuador Debate 81, Quito: CAAP, S. 8f..
 Andrade, P. (2011): La política de industrialización selectiva y el nuevo modelo de desarrollo ecuatoriano, Quito. Universidad Andina Simón Bolívar (unveröffentlicht).
 Arroyo, M./Borja, D./Aguilar, S. (2011): »Hospitales públicos, radiografía de un enfermo crónico«, in: Vistazo. No. 1046, Quito, S. 32.
 Carrión, D./Flores, J./Herrera, S./Larrea, M./Rodríguez, J. (2010). Análisis de la inversión y la política pública para la agricultura en el Ecuador. Quito: Documento preparado por Intermón OXFAM y el Instituto de Estudios Ecuatorianos (unveröffentlicht).
 Castellanos, M. (2011): »Petróleo: 200 meses intensos de tira y afloja en este jugoso negocio«, in: Gestión, economía y sociedad. Edición especial, No. 200, Quito, S. 32.
 CEPAL (2011): Estudio económico de América Latina y el Caribe 2010-2011. Ecuador, Santiago de Chile: CEPAL.
 Chiriboga, M./North, L./Flores, R./Vaca, J. (1999): Cambiar se puede. Experiencias del FEPP en el desarrollo rural del Ecuador. Quito: FEPP, Abya – Yala.
 Código de la Producción (2010): Registro Oficial, Suplemento No. 352, 29 de diciembre de 2010, Quito.
 Comisión Amazónica de Desarrollo y Medio Ambiente (1992): Amazonía sin Mitos, (ohne Ortsangabe): BID-PNUMA-TCA.
 Correa, R. (2007): Discurso Presidente de la República Rafael Correa. Ceremonia de in-

- auguración de la Asamblea Nacional Constituyente, Montecristi.
- Ders.: (2009). Ecuador: de Banana Republic a la No República, Bogotá: Debate, Random House Mondadori.
- Ibarra, H./Ospina, P. (1994): Cambios agrarios y tenencia de la tierra en Cotopaxi. Quito: FEPP. Cuadernos de Investigación 3, 5. Kapitel.
- Landívar, N./Yulán, M. (2011): Monitoreo de políticas de redistribución de tierra estatal y el derecho a la alimentación de posesionarios. Informe 2010, Quito: FIAN – Tierra y Vida (CEDOCUT).
- León, J./Unda, M. (2009): «Diálogo sobre la coyuntura: tiempo de redefiniciones y opciones políticas», in: Ecuador Debate, No. 78. Quito, S. 14f.
- Mancheno, D. (2011): «La economía política y la política económica del gobierno: ¿ilusión o realidad?», en: La Tendencia. Revista de Análisis Político, No. 11, Quito: FES-Ildis/CAFOLIS, S. 77.
- Marx, Karl (1978): Elementos fundamentales para la crítica de la economía política. Borrador 1857-1858 (Grundrisse). P. Scaron (trad.). México: Siglo XXI, S. 3-33.
- Ministerio de Turismo (2007): Plan estratégico de desarrollo de turismo sostenible para Ecuador, PLANDETUR 2020. Versión resumida, Quito: Ministerio de Turismo.
- Ramírez, R. (2010): Socialismo del sumak kawsay o biosocialismo republicano. Quito: SENPLADES.
- República del Ecuador (2008): Constitución de la República del Ecuador. Quito: Consejo Nacional Electoral.
- República del Ecuador/SENPLADES (Secretaría Nacional de Planificación y Desarrollo) (2009): Plan Nacional para el Buen Vivir 2009- 2013: Construyendo un Estado Plurinacional e Intercultural, Quito: SENPLADES.
- República del Ecuador/SENPLADES (Secretaría Nacional de Planificación y Desarrollo) (2010): Los nuevos retos de América latina: Socialismo y SumakKawsay. Quito: SENPLADES.
- Rosero, F. (2011): «Tierra y conflicto social en tiempos de Rafael Correa», in: La Tendencia. Revista de Análisis Político, No. 11, Quito: FES-Ildis, CAFOLIS, S. 83f.
- SENPLADES/MAGAP (2010): Plan de fomento del acceso a tierras de los productores familiares en el Ecuador. PLAN TIERRAS, Quito, (unveröffentlicht).
- Vela, M./Salcedo, J. (2011): «200 números siguiendo a una cambiante macroeconomía», in: Gestión, economía y sociedad. Edición especial, No. 200, Quito, S. 25.

Elmar Altvater

Wachstum, Energiemodell und Kapitalakkumulation nach Fukushima

Die ökologische Gretchenfrage: »Ist Kapitalismus ohne Akkumulation überlebensfähig?«

Bei positivem und obendrein »beschleunigtem« Wachstum werden die begrenzten Ökosysteme des Planeten Erde übernutzt im schlimmsten vorstellbaren Fall bis zum Kollaps der planetaren Natur. Der aus Natur und Gesellschaft entbettete Markt führt, sofern nicht gesellschaftliche Kräfte und politische Institutionen regulierend eingreifen, zur Zerstörung der Natur, zur Schädigung der Arbeitskraft und zur Unterminierung von Geld und Währung, sprich »zum Ruin des Menschen« (Polanyi 1979: 130). Daher wundert es nicht, wenn moderne Naturwissenschaftler, insbesondere die Klimaforscher eine Argumentationsfigur des »historischen Materialismus« wiederentdecken: Im Verlauf der geschichtlichen Entwicklung vollziehen sich quantitative Veränderungen, die in qualitativ Neues umschlagen können, wenn eine kritische Schwelle überschritten wird. An den so genannten tipping points können sich die Dynamik des globalen Klimasystems und daher die Bedingungen des Lebens auf Erden radikal verändern (vgl. Lanius 2010). Möglicherweise markiert auch die Katastrophe von Fukushima einen solchen »tipping point«, an dem sich die Bedingungen der Entwicklung verändern.

Das wird in der ökonomischen Theorie und auch in der Wirtschaftspolitik anders gesehen. »Tipping points« gibt es nicht. Das Wachstum der Wirtschaft vollzieht zwar makroökonomische Zyklen, ist dabei aber insgesamt expansiv. Mikroökonomisch wird bei Investitionen mit einem unterstellten Zinssatz oder entsprechender Rendite mit einer geometrischen Zunahme des Kapitals kalkuliert. Ein »tipping point« ist auch hier nicht vorgesehen und wenn, dann als Pleite. Die kann mit Joseph A. Schumpeter als eine schöpferische Zerstörung interpretiert werden, wobei das Schöpferische vor allem darin erblickt wird, dass es mit neuer Kraft und Dynamik auf dem erprobten kapitalistischen Entwicklungspfad von Neuem vorwärts und aufwärts geht. Immanent ökonomische Grenzen des Wachstums gibt es also entweder nicht; und wenn sie dennoch nicht zu leugnen sind, können »die Grenze wachsen« durch eben das Schöpferische in der Zerstörung. Schon ist das Problem der Wachstumsgrenzen gelöst. Die Wirtschaftsstruktur, so

führt Schumpeter aus, wird »unaufhörlich... von innen heraus revolutioniert, unaufhörlich die alte Struktur zerstört und unaufhörlich eine neue (geschaffen).« Und er fügt die Schlussfolgerung an: »Dieser Prozess der »schöpferischen Zerstörung« ist das für den Kapitalismus wesentliche Faktum. Darin besteht der Kapitalismus und darin muß auch jedes kapitalistische Gebilde leben.« (Schumpeter 1950: 137f.) Das ist kein einzigartiger Gedanke. Auch bei Marx finden wir die Überlegung, dass das Alte zerstört werden muss, um Neuem Raum zu verschaffen. England habe, so führt er aus, »in Indien eine doppelte Mission zu erfüllen: eine zerstörende und eine erneuernde die Zerstörung der alten asiatischen Gesellschaftsordnung und die Schaffung der materiellen Grundlagen einer westlichen Gesellschaftsordnung in Asien.... Hat die Bourgeoisie jemals... einen Fortschritt zuwege gebracht, ohne Individuen wie ganze Völker durch Blut und Schmutz, durch Elend und Erniedrigung zu schleifen?« (MEW 9: 221-224). Das sind »tipping points«, die historische Wendemarken darstellen. Hindernisse des Fortschritts werden aus dem Weg geräumt.

Doch ist ebenfalls mit Marx zu berücksichtigen, dass alle ökonomischen Prozesse einen »doppelten Charakter« haben, dass in ihnen monetär bemessene Werte produziert und gleichzeitig unvermeidlich und irreversibel Stoffe und Energie verbraucht werden: Diese werden zwar aus der »rohen« Natur in die erwünschten Gebrauchswerte transformiert, mit denen wir Menschen unsere Bedürfnisse befriedigen. Die Kehrseite davon ist, dass erstens die Ressourcen der Erde verbraucht und zweitens unerwünschte Abfälle, Abgase, Abwasser in die Schadstoffsenken des Planeten Erde entsorgt werden müssen.

Hinzu kommt drittens, dass die Prozesse der Stoff- und Energiewandlung mit Risiken behaftet sind, die insbesondere bei großtechnologischen Lösungen katastrophische Ausmaße annehmen, wenn der Risikofall eintritt. Das haben Harrisburg 1979, Tschernobyl 1986 und zuletzt Fukushima 2011 vor Augen geführt.

Die vom Club of Rome 1972 und danach immer wieder (Meadows u.a. 1972; 1993; 2006) festgestellten »Grenzen des Wachstums« sind daher »irgendwann« erreicht. Die Halbwertszeit des Ressourcenverbrauchs ist dann überschritten, wenn weniger Ressourcen exploriert und neu erschlossen werden können als verbraucht werden. Ab diesem Peak sind die irdischen Bestände unweigerlich rückläufig. Für viele Stoffe liegt das »irgendwann« in der Vergangenheit, für Öl als dem wichtigsten Energieträger muss »irgendwann« in »heute« übersetzt werden, und für die meisten anderen Stoffe, auf denen unsere Zivilisation gründet, liegt das »irgendwann« in naher oder sehr naher Zukunft. Der »Peak everything« (Heinberg 2007) ist eine Tatsa-

che, die anderen planetary boundaries« (Rockström et al 2009) und die mit jeder neuen und mit der Alterung der alten Atomanlagen zunehmenden Risiken sind nicht zu leugnen. Also kann das Wachstum der Wirtschaft nicht weitergehen wie in der Vergangenheit, es führt zur Zerstörung der Natur, in der und von der wir alle leben. Und daran ist nichts Schöpferisches.

»Post-Wachstum« (Paech 2010) und »Degrowth« (vgl. Degrowth 2008) drängen sich daher als eine historische Notwendigkeit auf. Auf der »Oberfläche der Erde... als Kugelfläche... (können sich die Menschen) nicht ins Unendliche zerstreuen«; sie müssen sich daher »endlich doch nebeneinander dulden«, so Immanuel Kant in seiner Schrift »Zum ewigen Frieden« aus dem Jahre 1795 (Kant 1984: 21; vgl. auch: Heller-Roazen 2009: 238). Sie müssen Grenzen anerkennen, und zwar nicht nur die des vermessenen Territoriums der Erdkugel, sondern auch die Grenzen, die sich aus Naturgesetzen, ökonomischen Sachzwängen und gesellschaftlichen Kräftekonstellationen dynamisch ergeben. Ökonomisches Wachstum ist in diesen Grenzen nur vorübergehend und keineswegs dauerhaft möglich, weil alle ökologischen Reproduktionszyklen aus den Fugen geraten können. Dennoch ist der »Wohlstand der Nationen«, so wie von Adam Smith versprochen (Smith 1776/1976), auch in Krisen und Kriegen mehr als zwei Jahrhunderte lang gestiegen. Es ist jedoch eine Lebenslüge des Kapitalismus und seiner Repräsentanten heute, dieses Wohlstands- und Wachstumsversprechen aus dem späten 18. Jahrhundert auch im frühen 21. Jahrhundert einlösen zu wollen. Denn die »boundaries« sind erreicht, und nach dem Peak lässt sich das Angebot von Ressourcen auf dem Markt nicht mehr steigern, es ist sogar rückläufig. Wenn dann die Nachfrage weiter zunimmt, steigt unweigerlich der Preis der Ressource, z.B. des Öls mit harten Folgen für Produktion und Verbrauch, für die Verteilung und Verwendung der Einkommen, für die Funktionsweise der Finanzmärkte.

Auch Null- oder Postwachstum, findet im Rahmen der kapitalistischen Produktions- und Regulationsweise statt. Diese ist aber auf die Erzielung von Profit, auf einen Überschuss auf den Kapitalvorschuss, daher auf Wachstum ausgerichtet. Profiterzielung ist das wichtigste, ja das entscheidende einzelwirtschaftliche Rationalitätskriterium, und wirtschaftliches Wachstum ist dann Kriterium der makroökonomischen Rationalität. Das Kapital muss ständig zu sich zurückkehren und zwar spiralförmig nach oben. »Returns on capital« (dies ist das englische Wort für Profit) werden verlangt. Ohne die Akkumulation von Kapital sind Dynamik und Stabilität des Systems gefährdet.

Es kommt also unweigerlich die ökologische Gretchenfrage auf: »Ist Kapitalismus ohne Akkumulation überlebensfähig?« (Zinn 2008: 26) Ist eine »steady state«-Ökonomie (Daly 1991) stabil, sind Nullwachstum, Degrowth

oder Postwachstum eine realistische Option, wenn die Akkumulation von Kapital treibendes Motiv einzelwirtschaftlichen Handelns und stabilisierender Faktor gesamtgesellschaftlicher Funktionsbedingungen bleiben?

In der gegenwärtigen Wachstumsdebatte wird diese ökologische Gretchenfrage in aller Regel nicht einmal gestellt. Ban Ki-moon versichert mit seiner Autorität als UN-Generalsekretär selbstbewusst, dass die Prinzipien des *global compact*, also die Selbstverpflichtung von Unternehmen auf Menschenrechte, Arbeitsrechte, ökologische Nachhaltigkeit, Bekämpfung der Korruption einerseits und das Prinzip des Profits andererseits »zwei Seiten der gleichen Medaille sind«. Wachstum könne »nachhaltig« sein und »Profit auch sozialen Fortschritt bringen« (Ban Ki-moon 2010). Ein Problem gibt es also nicht, weil es keinen Widerspruch zwischen ökonomischem Wachstum, Profitprinzip und Naturgesetzen gibt. Ignoranz ist ein politisches Prinzip, das man sich eine Amtsperiode leisten kann, länger nicht.

Man kann sich auch mit dem tröstenden Hinweis begnügen, dass »Wohlstand ohne Wachstum« (Jackson 2011) eine Perspektive biete, wenn nur das Publikum den »inneren Teufel des Konsums« fortjage und so den aus dem »Konsumverhalten« resultierenden »Wachstumszwang« überwinde (so Stefan Wiechmann im »Vorwärts« über einen Vortrag von Tim Jackson im April 2011 in Berlin.¹ Man kann auch nach alternativen Wachstumsindikatoren Ausschau halten; daher hat der Deutsche Bundestag Ende 2010 eine Enquete-Kommission eingesetzt, die sich diesen Fragen widmet. Auch die Hoffnung auf postmaterielles, virtuelles Wachstum und daher auf neue Wege der Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch kommt auf, obwohl diese in der Geschichte des Kapitalismus immer getrogen hat. Feministische Ökonominen zeigen ihrerseits, dass eine »Care-economy« Alternativen zur Wachstumslogik bieten könne. Aber, so wird generell unterstellt, mit der »Systemfrage«, mit den Restriktionen der kapitalistischen Ökonomie und den sozioökonomischen Gesetzen der Kapitalakkumulation habe dies nichts zu tun, die institutionelle Struktur des Systems muss nicht verändert werden. Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass.

Eine seltene Ausnahme in diesem Postwachstums-Konsens auf schütterer Grundlage ist der Beitrag von John Bellamy Foster (Foster 2010), der mit Ko-Autoren in dem Buch »The Ecological Rift – Capitalism's War on the Earth« vertieft wird (Foster/Clark/York 2010). Deren Botschaft ist eindeutig: Wer über Degrowth oder Postwachstum redet, darf zur kapitalistischen Produktionsweise nicht schweigen; und wer eine Postwachstumsgesellschaft er-

¹ Vgl. »Business as usual? Geht nicht!«, online unter: http://www.vorwaerts.de/artikel_archiv/27404/business-as-usual-geht-nicht.html, 1.11.2012.

richten will, kann die kapitalistischen Institutionen nicht unverändert mit-schleppen.

»Akkumuliert, Akkumuliert! Das ist Moses und die Propheten«

In der kapitalistischen Marktwirtschaft werden alle natürlichen und gesellschaftlichen Bindungen und Prozesse vom in Aristoteles' Begrifflichkeit »chrematistischen« Erwerbsstreben dominiert. Es geht darum, autoreferentiell Profite, Zinsen und Renditen zu steigern und nicht um die Organisation eines die Bedürfnisse der Haushalte befriedigenden ökonomischen Produktionsprozesses (bei Aristoteles: »oikonomia«). Gemessen an dieser aristotelischen Unterscheidung ist die erwähnte Wachstumskritik, die den Wachstumszwang mit menschlichem Konsumverhalten individual- und sozialpsychologisch begründet, ein theoretischer Rückfall.

In Normalzeiten stammen die Profite aus dem real produzierten Überschuss, aus dem Mehrwert, man könnte auch vereinfacht sagen: aus dem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukt (BIP). Über eine längere Frist können daher die Profite, Renditen und Zinsen nicht höher sein als das durch Arbeit ermöglichte reale Wachstum der Wirtschaft. Dieses wiederum ergibt sich aus der Zunahme der Erwerbsbevölkerung, der Ausdehnung der Arbeitszeit und der Arbeitsintensität, also letztlich des Arbeitsvolumens, der Verfügbarkeit von Naturressourcen, auch von Flächen zur räumlichen Expansion, und aus den Produktivitätssteigerungen, in deren Verlauf lebendige Arbeit durch totes Kapital, vor allem durch fossile Energieträger, ersetzt wird.

Die Steigerung der Produktivität ist also immer ein Substitutionsprozess. Der Ersatz von Arbeit durch Kapital ist der Grund dafür, dass entgegen den Versprechen der Wachstumsfanatiker wirtschaftliches Wachstum per Saldo und im Endeffekt die Arbeitslosigkeit erhöht und nicht senkt. Die Steigerung der Produktivität ist gleichbedeutend mit der Beschleunigung aller Prozesse in Produktion und Zirkulation (Transport). Die Beschleunigung in der Zeit ist nur möglich, wenn der Raum zu diesem Zweck zuge richtet wird: durch urbane Agglomeration, durch eine der Beschleunigung förderliche Verkehrsinfrastruktur, durch (Zer-)Siedlungsmuster, die im territorialen Raum architektonische Artefakte hinterlassen, die mit dazu beitragen, dass Natur- und Kulturräume zerstört werden, um der dominanten Beschleunigungsmaxime zu genügen. Das ist der von David Harvey so genannte spatial fix, der aus Naturräumen Kulturräume macht.

Das reale Wachstum der Wirtschaft ebenso wie die räumliche Expansion wird von der Peitsche der Zinsen angetrieben. Denn weil Zinsen auf

knapp gehaltenes Geld gezahlt werden müssen, wird der Produktionsprozess möglichst effizient zur Produktion des Überschusses organisiert, aus dem die Zinsen auf den Kredit abgezweigt werden können. Das ist die Wirkung einer »harten Budgetrestriktion«, die von der ökonomischen Theorie daher für unverzichtbar gehalten wird, wenn die wirtschaftliche Dynamik nicht zum Stillstand kommen soll (vgl. Heine/Herr 1999: 318ff.; Riese 1987). Denn dort, wo sie aufgeweicht worden ist, wie einst im real existierenden Sozialismus, sind Ineffizienz und Niedergang die Folge (so Kornai 1986). Die makroökonomische Budgetrestriktion erfordert auch eine entsprechende Lohnpolitik, ist also relevant für die Einkommens- und Vermögensverteilung. Denn der Druck auf Individual- und Soziallohn steigert den Gewinn, sodass sowohl Anreize zur Investition als auch Fonds, aus denen diese finanziert werden, gebildet werden können. Die Sucht des Wachstums wird also mit einem ökonomischen Aufputzmittel befriedigt, das von den Finanzmärkten geliefert wird. Daher ist es gerechtfertigt, den modernen Kapitalismus des 21. Jahrhunderts als »finanzmarktgetrieben« zu bezeichnen. Die Finanzmärkte sind sozusagen die »software«, die die »hardware« der Wirtschaft treibt (vgl. Altvater 2009c; 2010).

Das Programm des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus sieht Null-Wachstum nicht vor; die Software stürzt ab, wenn das Wachstum stockt. Es hat einen weiteren gravierenden Mangel. Bis zu einem gewissen Grade wirkt das Aufputzmittel positiver Realzinsen stimulierend, darüber hinaus machen sie jedoch den Patienten krank. Denn die Finanzmärkte mit ihrer im Aristotelischen Sinne »widernatürlichen«, chrematistischen Erwerbskunst sind im Sinne Karl Polanyis (1978) »entbettet« und treiben die Renditen und Realzinsen über jedes der Natur und Gesellschaft »angemessene« Maß der »Oikonomik« hinaus. Sie sind »ohne Maß und Mitte« und üben eine finanzielle Repression aus, die das Wachstum lähmt und die Krise auslöst, die als Finanzkrise beginnt und auch die »Realwirtschaft« erreicht (genauer: Altvater 2010: 52ff.). Die Wachstums-Software ist so programmiert, dass der Motor des Wachstums überdreht wird und dann bockt und stockt. »Degrowth« kommt nicht infolge selbstbewusster Entscheidungen der Zeitgenossen, sondern als Katastrophe, weil im Verlauf des wirtschaftlichen Wachstums die natürlichen, menschlichen und gesellschaftlichen Ressourcen aufgezehrt worden sind. Die Krise tritt ein.

Das ist auf den ersten Blick betrachtet auch im fordistischen Kapitalismus des 20. und im Kapitalismus der Manufakturen und »Großen Industrie« im 19. Jahrhundert nicht anders als in der finanzmarktgetriebenen Moderne. Hat nicht Karl Marx das Motto der Kapitalisten und der politischen Ökonomie seiner Zeit als ein unerbittliches Akkumulationsgebot karikiert? »Akku-

muliert, Akkumuliert! Das ist Moses und die Propheten... spart, spart, d.h., rückverwandelt möglichst großen Teil des Mehrwerts oder Mehrprodukts in Kapital! Akkumulation um der Akkumulation, Produktion um der Produktion willen« (MEW 23: 621)

Marx hat freilich den im Akkumulationstrieb eingeschlossenen Widerspruch klar benannt, der in den aktuellen Wachstumsdebatten zumeist übersehen wird. Er erläutert ihn, indem er den von ihm nicht besonders geschätzten und als »vulgär« charakterisierten Thomas Robert Malthus zitiert, der eine Teilung der Arbeit vor Augen hat, »welche dem wirklich in der Produktion begriffenen Kapitalisten das Geschäft der Akkumulation, den andren Teilnehmern am Mehrwert, der Landaristokratie, Staats-, Kirchenpfründnern usw., das Geschäft der Verschwendung zuweist. Es ist von der höchsten Wichtigkeit, sagt er, die Leidenschaft für Ausgabe und die Leidenschaft für Akkumulation (the passion for expenditure and the passion for accumulation) getrennt zu halten« (MEW 23: 622). Das zunehmende Angebot auf Gütermärkten benötigt die entsprechende Geldnachfrage. Das wäre keynesianisch gedacht und so argumentieren auch moderne Keynesianer und viele Gewerkschafter heute. Marx fügte freilich (Malthus kritisch interpretierend) hinzu, dass die Produzenten des Reichtums erstens nicht die gleichen sein dürfen wie dessen Konsumenten und dass zweitens nicht die industriellen Kapitalisten die Produzenten der Werte und des Mehrwerts sind, sondern die Arbeitskräfte. Die Wachstumsfrage verweist also in einer kapitalistischen Gesellschaft auf die Klassenfrage.

Malthus hat sich eindeutig positioniert: Verschwenden dürfen nur die Besitzenden, die Armen und Entwurzelten müssen (unfreiwillig) Verzicht leisten. Denn in den Zuchthäusern (workhouses), wo sie zur Arbeit gezwungen wurden, galt wie in anderer Form heute auch das Lohnabstandsgebot (»*less eligible-principle*«): Ein Empfänger von Unterstützungen musste auf jeden Fall fühlbar weniger bekommen als der am schlechtesten bezahlte Arbeitende. Auf diese Weise wurden nicht nur die Unterstützungsleistungen, sondern auch die Arbeitslöhne gedrückt und die Kapitaleinkommen gesteigert, die von den einen akkumuliert, von den anderen verspekuliert, von den dritten verschwendet werden konnten, ja mussten. Denn die Güternachfrage hat verschiedene Funktionen im wirtschaftlichen Kreislauf, an die Karl Georg Zinn (2008: 27) unter Bezug auf Nicholas Kaldor erinnert: »Die Arbeiter geben aus, was sie verdienen, und die Unternehmen verdienen, was sie ausgeben.«

Die Akkumulation von Kapital, mithin auch Wachstum des Produktionsergebnisses bzw. »die Entwicklung der kapitalistischen Produktion (machen, E.A.) eine fortwährende Steigerung des in einem industriellen Unternehmen angelegten Kapitals zur Notwendigkeit, und die Konkurrenz herrscht jedem

individuellen Kapitalisten die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise als äußere Zwangsgesetze auf. Sie zwingt ihn, sein Kapital fortwährend auszudehnen, um es zu erhalten, und ausdehnen kann er es nur vermitteltst progressiver Akkumulation.« (MEW 23: 618) Ohne das Aufputzmittel von Mehrprodukt und Mehrwert, ohne den durch die »harte Budgetrestriktion« ausgeübten Akkumulationszwang erschläfft die kapitalistische Wirtschaftsdynamik. Denn ohne Mehrwertproduktion keine Akkumulation und ohne Akkumulation von Kapital kein Wachstum der Wirtschaft und ohne Wachstum nicht all die vielen Wohltaten, die den Kapitalismus in den vergangenen Jahrhunderten so attraktiv gemacht haben. Die Wachstumsrate ist also ein simpler quantitativer, zum internationalen Vergleich (»benchmarking«), zur Bewertung der Qualität von »governance« bestens geeigneter Ausdruck eines komplexen sozialen, ökonomischen und politischen Prozesses, in dem es um Aneignung, wirtschaftliche Expansion, um Herrschaft, Hegemonie und um Macht geht.

Energetisch und stofflich wächst nichts auf Erden

Die naturwissenschaftliche Selbstverständlichkeit, dass stofflich und energetisch gar nichts auf Erden auf Dauer wächst, wird in der kapitalistischen Moderne verdrängt. Die Hauptsätze der Thermodynamik (von der Energieerhaltung) sind in der Mainstream-Ökonomie, also in Neoliberalismus und Neoklassik unbekannt, aber auch im Keynesianismus unbeachtet, und die thermodynamische Ökonomie (Georgescu-Roegen 1971) fristet ein marginalisiertes Schattendasein. Im Produktionsprozess ebenso wie in der Konsumtion der Haushalte werden Stoffe und Energien transformiert, und zwar in jene Produkte, die der Befriedigung von Bedürfnissen dienen können. Es ist unvermeidlich, dass dabei Abfälle, Abwärme, Abwasser etc. entstehen. Zwar bleiben Stoffe und Energien erhalten, aber ihre Qualität hat sich ganz anthropozentrisch betrachtet für die Nutzung durch Menschen verschlechtert. Vieles lässt sich recyceln, aber das gelingt nur, wenn Energie in den Prozess der Wiedergewinnung von Stoffen investiert wird, und ob sich das »lohnt«, ist in jedem einzelnen Fall zu prüfen. In vielen Fällen werden Naturstoffe auch zu Schadstoffen, die kompliziert entsorgt, gegenüber Menschen isoliert und, wie bei nuklearen Abfällen, für extrem lange Zeiträume von Hunderten oder Tausenden von Jahren hermetisch in Endlagern abgeschlossen werden müssen.

Die qualitative Transformation von Stoffen und Energien kommt ganz ohne quantitatives Wachstum aus. Sie würde irgendwann einmal infolge

des Entropieanstiegs zur Erschöpfung oder gar Vermüllung und Zerstörung der irdischen Natur führen, wenn nicht Tag für Tag enorme Energiemengen der Sonne auf Erden einstrahlen und die Entnahme von Energie und Stoffen auf der irdischen Kugeloberfläche immer wieder kompensieren würden. Die Erde war und ist ein für die Sonnenstrahlung offenes System. Seit der industriell-fossilen Revolution in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts freilich änderte sich dies. Die für viele Bereiche des menschlichen Lebens, insbesondere für die Produktion und den Transport wichtigste Energiequelle sind nicht mehr die Strahlen des im »Sicherheitsabstand« (Hermann Scheer) von etwa 150 Millionen km von der Erde entfernten »schnellen Brütters Sonne«, sondern die fossilen Bestände der Erde selbst. Die Erde wird also im Zuge der industriell-fossilen Revolution in ein geschlossenes Energiesystem mit einem Kohlenstoffzyklus und einem nuklearen Zyklus verwandelt: Der erstgenannte basiert darauf, dass die energetischen Kohlenwasserstoffe aus der Kruste der begrenzten Kugeloberfläche der Erde gefördert und durch Verbrennung in Nutzenergie umgewandelt werden. Die Verbrennungsprodukte, insbesondere das Kohlendioxid werden für 120 Jahre, so lange ungefähr ist die Verweildauer, in der Erdatmosphäre deponiert. Dort absorbieren sie einen Teil der Wärmeabstrahlung ins Weltall, sodass ein von Menschen zu verantwortender Treibhauseffekt entsteht, der möglicherweise katastrophale Folgen für das Leben auf Erden haben wird.

Der zweitgenannte nukleare Zyklus ist eigentlich kein Zyklus. Uran wird aus der Erdkruste gefördert und so angereichert, dass seine Kernenergie kontrolliert in Wärmeenergie umgesetzt werden kann. Diese wiederum kann zur Betreibung von Dampfturbinen und auf diesem Umweg zur Stromerzeugung genutzt werden. Doch auch hier zeigt es sich, dass nach dem ersten thermodynamischen Hauptsatz nichts verloren geht. Die nicht mehr verwendbaren nuklearen Brennstäbe bleiben erhalten und müssen entsorgt, d.h. sicher gelagert werden, und zwar über Zehntausende von Jahren. Entsorgung heißt vollständige Isolierung gegenüber natürlicher Erosion und menschlichen Eingriffen. Dass das nicht über 100.000, ja noch nicht einmal über 30 Jahre möglich ist, haben die Katastrophen von Tschernobyl 1986 und von Fukushima 2011 gezeigt. Wenn der nukleare Zyklus sich schließt, dann als Explosion mit nuklearem Fallout. Der Zyklus wird durch die Katastrophe geschlossen, und das macht die nukleare Technologie so gefährlich.

In der Perspektive des Wertbildungs- und Verwertungsprozesses ergibt sich freilich ein anderes Bild. Hier gehorcht die Transformation von Stoffen und Energien dem Imperativ des Zuwachses von Kapital in Gestalt von Mehrwert und Profitrate, gleichgültig in welcher betriebswirtschaftlichen

Kennziffer dies ausgedrückt wird: als Rentabilität des Kapitals oder Rendite der Investitionen, als Shareholder value des börsennotierten Kapitals oder als Kurs-Gewinn-Verhältnis. Der Prozess der Kapitalakkumulation ist also mehr als Entwicklung und Wachstum. Mehrarbeit schafft Mehrwert und mit dessen Akkumulation wird neues Kapital geschaffen; »Das ist es, was man nennt: Kapital durch Kapital erzeugen.« (MEW 23: 608) »Man« das ist heute vor allem die neoklassisch-neoliberale Theorie, die sich, weil Kapital autoreferentiell durch Kapital erzeugt wird, eines expansiven Kapitalbegriffs bedient. Alles ist Kapital: Geld- und Finanzinvestitionen, Humankapital, Sozialkapital, Naturkapital. Die verschiedenen Kapitalsorten können in der neoliberalen Garküche sogar wechselseitig substituiert oder von Spekulanten zusammengewürfelt werden.

Finanzkapital kann das verzehrte »Naturkapital« ersetzen. Nach dem Finanzcrash »geht« der Finanzinvestor in Anlagen im Rohstoffsektor oder in der Nahrungsmittelerzeugung, spekuliert also mit Naturkapital wie vorher mit Finanzkapital. Simple Volksweisheit ist da allerdings klüger als sophistifizierte neoliberale Ökonomen: Geld kann man nicht essen. Hier erschließt sich die Paradoxie der »Pro-growth«-Politik. Naturkapital bringt Erträge, wenn beispielsweise der Wald abgeholzt oder Uran abgebaut und im Siedewasser-Reaktor zur Elektrizitätserzeugung genutzt werden, wenn also der Natur schwerer Schaden zugefügt wird. Dem Fetisch Wachstum und Kapitalverwertung werden also Opfer dargebracht, bis die Katastrophe da ist.

»Progrowth« oder »Degrowth« das ist hier die Frage

Die »Zentralität« des Wachstums in der kapitalistischen Produktionsweise nährt den Wachstumsfetischismus und umgekehrt sorgt der Fetischismus für die Verbreitung des Aberglaubens, Wachstum sei das Allheilmittel für die kapitalistischen Gebrechen. Wachstum könne aus der Beschäftigungskrise herausführen, meinen Gewerkschafter und müssen frustriert feststellen, dass auch im Aufschwung die Zahl der Arbeitslosen nur mit statistischen Kunstgriffen reduziert werden kann. Ohne Wachstum ließe sich die Finanzkrise nicht überwinden, stellen wirtschaftliche Sachverständige aller Richtungen fest und müssen dann zugestehen, dass hohes Wachstum bei den autoreferentiell hoch gejagten Renditen nicht hoch genug ist, um den Ausbruch der nächsten Finanzkrise zu verhindern. Wachstum sei »gut für die Armen«, behaupten Entwicklungspolitiker, obwohl sich trotz eines durchschnittlichen Wachstums der Weltwirtschaft von 3,8% in den ver-

gangenen zwei Jahrzehnten (das Wachstum ist vor allem wegen des Tempos in China, Indien und in anderen Schwellenländern so hoch) die Lage der Armen nur in einigen Ländern, aber nicht generell gebessert hat. Die Armut in der Welt nimmt vielmehr zu (vgl. die Daten und deren Interpretation bei Pogge 2010). An der Wachstumsrate werden Regierungspolitiken im internationalen Vergleich bewertet, »good governance« wird am »output« einer hohen Wachstumsrate der Wirtschaft bemessen.

»Pro Growth Principles« werden von der US-Regierung (vgl. Council of Economic Advisors 2003: 213ff.) oder »flagship-publications« der OECD formuliert, denen die Wirtschaftspolitik überall in der Welt zu allen Zeiten Folge leisten sollte. Dazu gehören »Privatisierung, Öffnung der Märkte für den Handel mit Gütern und Dienstleistungen und für Direktinvestitionen sowie die Liberalisierung der Finanzmärkte«. Zumindest das letztgenannte Pro-Wachstum-Prinzip hat sich als ursächlich für die Finanzkrise und das dadurch ausgelöste zeitweise Negativwachstum herausgestellt. »Das Wachstumsgebot«, so Tim Jackson (2011), »war der Grund, warum man dem Finanzsektor so viel Freiheit eingeräumt hat. Die ständige Krediterweiterung wurde bewusst als ein wesentlicher Mechanismus zur Stimulierung des Wachstums begünstigt. Im »Zeitalter der Verantwortungslosigkeit« (um Gordon Brown zu zitieren) ging es nicht um Flüchtigkeitsfehler oder die Gier Einzelner. Wenn es Verantwortungslosigkeit gab, dann war diese im System begründet und allgemein gebilligt, gerichtet auf ein ganz klares Ziel: nämlich die Fortsetzung und Bewahrung des Wirtschaftswachstums. Die Finanzkrise führte die Welt allerdings an den Rand des Abgrunds und erschütterte das herrschende Wirtschaftsmodell in seinen Grundfesten.«

Die Wachstumsideologie ist integrales und unverzichtbares Element des Projekts kapitalistischer Hegemonie. Das fing bereits im frühen 19. Jahrhundert an. John Stuart Mill kritisiert daher den Ökonomen John Ramsay McCulloch, weil für ihn »prosperity does not mean a large production and a good distribution of wealth, but a rapid increase of it; his test of prosperity is high profits....« (Mill, Book IV, Chapter VI). Mill wendet sich explizit gegen die Wachstumshektik, gegen einen »normal state of human beings... (in dem) the trampling, crushing, elbowing, and treading on each other's heels, ...form the existing type of social life«. Gegen das neue Zeitregime der Atemlosigkeit vertritt Mill die Idee einer »stationären Gesellschaft«, von der er sagt, »that a stationary condition of capital and population implies no stationary state of human improvement« (Mill 1848). Die Verankerung des Lebens im 18. und 19. Jahrhundert in landwirtschaftlichen Welten wirkt also noch lange Zeit nach, Wachstum ist noch keine die ganze Gesellschaft in ihren Bann ziehende Norm, obwohl niemand einen Gedanken an mögli-

che Grenzen der Verfügbarkeit von Ressourcen oder der Tragfähigkeit von Schadstoffsenken verlieren musste.

Die Wachstumstheorie im modernen Sinne kommt erst ab den 1920er Jahren auf, und zwar zunächst in der frühen Sowjetunion. Mit der keynesianischen makroökonomischen Wende nach dem großen Schock der Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren kommt das Wachstumsthema auch in der westlichen ökonomischen Theorie auf die Agenda, zumal inzwischen der »Systemwettbewerb« ausgebrochen ist. Das erklärte Ziel lautet: Steigerung der Wachstumsraten, um den Kapitalismus »einzuholen und zu überholen«, bzw. um den Vorsprung gegenüber der Sowjetunion zu bewahren und durch Wachstum Arbeitsplätze zu schaffen. Das war jedoch keineswegs widerspruchsfrei, denn zeitgleich entsteht, wie Karl Georg Zinn (2008) hervorgehoben hat, die »Stagnationstheorie«.

Das Wachstumsprogramm wird in »fordistischen Zeiten« nach dem Zweiten Weltkrieg erweitert. Dem steigenden Angebot von Waren, das dem Produktivitätszuwachs geschuldet ist, muss die Nachfrageentwicklung entsprechen. Doch das ist mehr als eine Schlussfolgerung aus der oben zitierten Feststellung von Malthus, dass »die Leidenschaft für Ausgabe und die Leidenschaft für Akkumulation« zu gewährleisten, doch dabei getrennt zu halten seien. Denn nun verlangt die fordistische Massenproduktion die Förderung der Massennachfrage. Dies ist aber nicht Wirkung eines systemimmanenten Automatismus, sondern Ergebnis von gewerkschaftlichen Lohnkämpfen und von sozialen Auseinandersetzungen um den Sozialstaat und von aktiver Fiskalpolitik. Das war das so genannte goldene Zeitalter der Wirtschaftswunder und der Vollbeschäftigung in den Industrieländern. Es stellte sich erst nach seinem Ende in den 1970er Jahren heraus, dass dafür eine historisch einmalige Konstellation von sozialer und ökonomischer Regulation der Arbeitsbeziehungen, des Geschlechterverhältnisses, des Verhältnisses von Ökonomie und Politik, von Nationalstaatlichkeit und Weltmarkt und ein rüder Umgang mit der Natur und eine fortschrittsnaive Einschätzung von Risiken verantwortlich war.

Heute ist Wachstum in die gesellschaftlichen Verhältnisse, in Produktion und Konsumwelt, in das Bewusstsein der Menschen gleichermaßen eingeschrieben, es ist fest im gesellschaftlichen Naturverhältnis der kapitalistischen Moderne verankert. Wenn die Natur in Wert gesetzt und so die außerordentliche Vielfalt der Natur auf die Einfalt der monetären Bewertung und Verwertung, daher auf Naturkapital in Euro oder US-Dollar reduziert wird, werden der Quantitativismus des in Geld ausgedrückten Wachstums und daher der Fetischismus der Wachstumsraten zu bestimmenden Denkmustern. Die Natur verschwindet aus dem diskursiven Horizont. Die Natur

wächst zwar nicht, das Naturkapital im neoliberalen Wunderglauben hingegen sehr wohl. Auch der erwachsene Mensch wächst nicht, das Humankapital kann dennoch zunehmen. Denn die Größe des Kapitals bemisst sich an den abdiskontierten erwarteten Zukunftserträgen. Die sind unsicher und deshalb wird alles getan, um das Wachstum der Wirtschaft, wenn es denn stockt, wieder in Gang zu bringen. Investoren wollen ja Sicherheit ihrer Anlage. Daher ist das »Wachstumsbeschleunigungsgesetz« keineswegs ein schlechter Scherz im absurden Polittheater. Es ist der Wegweiser aus der Falle des Nullwachstums, weil damit nach herrschendem Verständnis die Welt, das ist die kapitalistische Produktionsweise, untergeht und Kapital, auch Naturkapital vernichtet würde.

Das alles verstärkt die Botschaft, Wachstum befinde sich auf einem Triumphzug. »Growth triumphant« lautet der Titel eines Buches von Richard Easterlin (1998), das dem neoliberalen Optimismus Ausdruck verleiht, Grenzen der Natur seien dazu da, durch die Ökonomie überwunden zu werden. Es locke »never ending economic growth, a world in which ever growing abundance is matched by ever rising aspirations...« (Easterlin 1998: 153). Statt Degrowth wird Progrowth versprochen und zum politischen Projekt gemacht. Doch lässt sich das Wachstum politisch beschleunigen?

Die frustrierende Tatsache tendenziell abnehmender Wachstumsraten

Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass hohes wirtschaftliches Wachstum die Ausnahme und nicht die Regel der Entwicklung menschlicher Gesellschaften gewesen ist. Bis zur industriellen Revolution in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts betrug das Wirtschaftswachstum ca. 0,2% im Jahr, wie Angus Maddison in seiner »Millenniumsstudie« berechnet (Maddison 2001). Das »Null-Wachstum« war keine Antwort auf radikale Forderungen von ökologisch bewussten Menschen, sondern Normalzustand der real existierenden Gesellschaften, wie auch immer sie geordnet waren. Daher gab es auch keinen Wachstumsdiskurs, keinen Innovationswettbewerb, und Standortwettbewerb war ein Fremdwort. Doch seitdem sich die Produktionsmethoden der modernen Industriegesellschaft und das fossile Energieregime zusammen mit Geld, Markt und Kapitalverhältnis durchgesetzt haben, verzehnfachte sich der jahresdurchschnittliche reale Anstieg der Pro-Kopf-Einkommen von 1820 bis 1998 auf 2,21% (Maddison 2001).

Die höchsten durchschnittlichen Wachstumsraten wurden in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erzielt. Doch die Tendenz war und ist (ab-

gesehen von den aufstrebenden Ökonomien) rückläufig. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen, von denen vier erwähnt werden sollen: dass der Zuwachs (1) immer geringer wird je größer die Masse ist, die da wächst, dass (2) monetäre Begrenzungen des Wachstums existieren, dass (3) auch bei hohem Wachstum eine Größe nicht wächst, nämlich die Beschäftigung und dass (4) über die »planetary boundaries« hinaus Wachstum auf Erden ausgeschlossen ist.

Erstens erfordert allein die Aufrechterhaltung von konstanten Wachstumsraten mit der Niveausteigerung des Bruttoinlandsprodukts immer höhere absolute Beträge, die dem Bruttoinlandsprodukt von Jahr zu Jahr zuwachsen. In der Geschichte der (alten) Bundesrepublik Deutschland sind die absoluten Zuwächse über eine lange Zeitperiode weitgehend konstant geblieben. Über ein bestimmtes Maß hinaus können sie offensichtlich schon aus immanenten ökonomischen Gründen nicht gesteigert werden (Müller-Plantenberg 1998). Die Folge davon ist notwendigerweise eine Senkung der relativen Zuwächse (also der wirtschaftlichen Wachstumsraten) im Zeitverlauf.

Zweitens ist zu beachten, dass wachstumswirksame Investitionen in aller Regel kreditfinanziert werden. Auf diese Weise entstehen Gläubiger-Schuldner-Beziehungen. Wenn die Schuldner nicht in der Lage sind, die Schulden zu bedienen, bricht eine Schuldenkrise aus: in den 1980er Jahren in der gesamten Dritten Welt, in den 1990er Jahren in Mexiko, in Asien, in Russland, Osteuropa und erneut in Lateinamerika, um die Jahrtausendwende als »new economy«-Blase in den USA und ein Jahrzehnt später als globale Finanz- und Wirtschaftskrise in aller Welt. Die Bedienung der Kredite und die Erhaltung des Werts verbriefteter finanzieller Forderungen werden zu einem alle anderen wirtschaftspolitischen Ziele in den Hintergrund drängenden Sachzwang. Das ist die Wirklichkeit der schon erwähnten »harten Budgetrestriktion«, die nun nicht Wachstum forciert, sondern harte »Stabilitätspolitik« verlangt. Wachstum wird blockiert, bis durch den Druck auf die Lohn-einkommen die Verteilung zugunsten des Kapitals »korrigiert« worden ist und die Investitionstätigkeit wieder aufgenommen wird.

Zwei Schlussfolgerungen, die für das Wachstumsthema von beträchtlicher Bedeutung sind, lassen sich nun ziehen. Der von manchen Wachstumskritikern verlangte »Verzicht« beim Verbrauch von Stoffen, Energie und Fläche, um so das Wachstum zu bremsen (vgl. Paech 2010), kann in einem kapitalistischen System konterproduktiv wirken. Durch Lohnverzicht wird zwar die Nachfrage gesenkt, aber gleichzeitig werden auch die Arbeitskosten verringert. Die Profite steigen und wachstumswirksame Investitionen werden rentabel. Der Verzicht ist in einem kapitalistischen Institutionen-

system kein Weg, auf dem man in die Gefilde des Degrowth oder des No-growth gelangt.

Auch erschließt sich bei Berücksichtigung der monetären Seite des Wachstumsprozesses der Sinn von Insolvenzregelungen oder anderer Formen des Schuldenerlasses. Denn da beide Seiten der Geldbeziehung, die Schulden ebenso wie die Geldvermögen, keinerlei Rücksicht auf die reale Leistungsfähigkeit zur Bedienung von Schulden nehmen, überfordern die Schulden irgendwann die Schuldner und machen die aus den Geldvermögen abgeleiteten monetären Forderungen zum Teil wertlos. Die verbrieften Papiere werden »fiktiv« und »toxisch«. Es gibt nur drei Auswege: Der erste ist schon genannt worden. Es ist der nicht freiwillige, sondern mit harter Austeritätspolitik erzwungene Verzicht, um Mittel für den Schuldendienst abzuzweigen, also monetäre Forderungen zu bedienen und daher den sie verbrieften Kapitalwert zu erhalten. Dieser Verzicht hat in Schulden- und Finanzkrisen der vergangenen Jahrzehnte eine zumindest temporäre Verarmung ganzer Bevölkerungsschichten zur Folge gehabt. Die Kreditfinanzierung des Wachstums kann also das Gegenteil von Wohlstandswachstum bewirken.

Daher setzen viele auf eine zweite Möglichkeit, nämlich »aus den Schulden herauszuwachsen«. Wachstum ist das Rezept gegen Verschuldung und Schuldenkrise. Die Weltbank hat in den 1970er und 1980er Jahren daraus eine Entwicklungsstrategie, basierend auf der »Schuldenzyklus-Hypothese«, abgeleitet. Tatsächlich könnte dies gelingen, wenn die realen Wachstumsraten die realen Zinsen übersteigen. Doch steht dem entgegen, dass die realen Zuwächse tendenziell rückläufig sind und der Schuldendienst, der Logik der Finanzmärkte gehorchend, gerade mit steigendem Risiko zunimmt. Es gibt daher nur wenige Beispiele in der Geschichte, die die unterstellte Möglichkeit belegen, »aus den Schulden herauszuwachsen«.

Daher bleibt nur die dritte Möglichkeit: die Streichung von Schulden. Dies war in präfossilen, vorindustriellen Zeiten ganz üblich, weil es bei Nullwachstum sowieso ausgeschlossen war, aus den Schulden »herauszuwachsen«. Daher gab es das biblische Jubeljahr des periodischen Schuldenerlasses, die »Lastenabschüttelung« (seisáchtheia) im antiken Griechenland, die Entwertung von Geld, und immer wieder die Streichung vor allem von souveränen Schulden. Dabei hat häufig Gewalt eine bedeutsame Rolle gespielt. Die regelmäßige Staatspleite hat dann im 19. Jahrhundert dazu veranlasst, die erwarteten Verluste durch die Gestaltung von Kreditkonditionen möglichst vor der Pleite des verschuldeten Souveräns auszugleichen. Auch in der heutigen Finanzkrise ist dies das Ende der Fahnenstange, wenn eine Verschärfung der Austeritätspolitik auf sozialen und politischen Wi-

derstand stößt und daher nicht durchsetzbar ist und wenn das Wachstum aus ökologischen Gründen, die sich freilich ökonomisch Geltung verschaffen müssen, nicht gesteigert werden kann.

Drittens hat wirtschaftliches Wachstum noch niemals in der Geschichte des kapitalistischen Systems eine dauerhafte Steigerung der Beschäftigung oder gar Vollbeschäftigung hervorgebracht. Denn infolge der Erhöhung der Produktivität der Arbeit gehen per saldo Arbeitsplätze verloren. In der Produktivitätssteigerung wird seit Adam Smiths »Wohlstand der Nationen« (Smith 1776/1976) der Fortschritt der Moderne erblickt. Die »Wohlfahrt der Nationen« steigt, wenn immer weniger Menschen immer mehr Produkte produzieren und auf den Markt werfen können. Ricardo hat mit großem Optimismus geglaubt, dass die Freisetzung von Arbeitskräften durch Neueinstellungen kompensiert werden kann (Ricardo 1817/1959). Neueinstellungen erfordern Wachstum, aber daraus ergab sich für Ricardo nicht die Notwendigkeit der Ausarbeitung einer Wachstumstheorie. Marx hat die »Kompensationstheorie« spöttisch kritisiert (Marx, MEW 23).

Hier jedoch könnte eine große Chance für eine Degrowth-Ökonomie liegen. Denn in ihr wächst die Produktivität der Arbeit langsamer als in den vergangenen Jahrzehnten des Progrowth und daher werden weniger Arbeitskräfte frei gesetzt. Die Degrowth-Ökonomie kann arbeitsintensiver sein und es können alle in der Vergangenheit nicht genutzten Produktivitätspotenziale in eine beträchtliche Reduzierung der Arbeitszeit mit dem Ziel einer Arbeitsumverteilung verwandelt werden. Eine realistische Beschäftigungspolitik kann daher gar nicht anders als auf eine Verlangsamung des Produktivitätsfortschritts zu drängen, dessen Richtung zu verändern und gleichzeitig die Arbeitszeit zu verkürzen. Hier zeigt es sich aber, dass eine Entwicklung in diese Richtung die Tendenz der Profitrate zu fallen unterstützt und in kapitalistischen Verhältnissen die ökonomische Krise verschärfen kann. Die zu Beginn gestellte ökologische Gretchenfrage ist also politisch immer noch aktuell.

Viertens stößt eine wachsende Ökonomie an die Grenzen des im quantitativen Sinne nicht wachsenden »Umweltraums«, an die »planetary boundaries«. Die »Tragfähigkeit« der irdischen Ökosysteme ist irgendwann erschöpft. Der »ökologische Fußabdruck«, insbesondere der Menschen in den Industrieländern, ist zu groß. Die begrenzte Kugeloberfläche des Planeten Erde wird zertrampelt. Woran das liegt? Von den vielen Gründen ist einer für die Wachstumsdynamik der vergangenen zwei Jahrhunderte besonders wichtig. Das ist die Nutzung fossiler (und später auch: nuklearer) Energieträger.

In vorindustriellen Zeiten beruhte das Wachstum des Sozialprodukts in allererster Linie auf der Zunahme der Bevölkerung, und diese wiederum

hing vom Zuwachs der Güter und Dienste zur Subsistenz und Reproduktion der Menschen ab. Seit der industriellen Revolution jedoch ist das Wachstum nicht mehr hauptsächlich von der Zufuhr von Arbeitskräften und der Fruchtbarkeit der Böden abhängig, sondern vom Anstieg der Produktivität industrieller Arbeit. Dieser ist eine Folge (a) der systematischen Nutzung von Wissenschaft und Technik zur Entwicklung der Produktivkräfte, (b) der sozialen Organisation der kapitalistischen Mehrwertproduktion in der aufkommenden Industrie, aber auch in der Landwirtschaft, (c) der »great transformation« zur aus Gesellschaft und Natur entbetteten Marktwirtschaft (dazu vgl. Polanyi 1978) und last not least (d) des massiven Einsatzes fossiler und seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nuklearer Energieträger (vgl. genauer: Altvater 2009b).

Fossile Energieträger sind anders als Wasserkraft oder Windenergie nicht ortsgebunden. Sie können von den Lagerstätten relativ leicht mit Hilfe globaler logistischer Netzwerke (Tankerrouten, Pipelines, Eisenbahnlinien etc.) zu den Verbrauchsorten transportiert werden. Auch die Zeit verliert beim Einsatz fossiler Energieträger ihre Bedeutung als Taktgeber für die Rhythmen des individuellen und gesellschaftlichen Lebens. Denn sie sind leicht zu speichern und stehen 24 Stunden am Tag, und dies während des ganzen Jahres zur Verfügung. Fossile Energien erlauben die Konzentration und Zentralisierung ökonomischer Prozesse. Sie können mit der Akkumulation des Kapitals mitwachsen solange sie in der Erdkruste verfügbar sind und die zu ihrem Abbau aufgewendete Energie nur einen Bruchteil der Ernte ausmacht (so lange also der »Energy returned on energy invested« EROEI hoch ist).

Schon mit den fossilen Energieträgern Kohle und Öl (und Gas) ist eine enorme Steigerung der militärischen Zerstörungskraft möglich. Diese wird ins Unermessliche potenziert, wenn nukleare Energie zum Einsatz kommt. Die davon ausgehende Abschreckungswirkung hat die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts gekennzeichnet, das »Gleichgewicht des Schreckens«. Das war und ist immer noch ein Anlass und Anreiz für Regierungen, Atomkraftwerke zu bauen, weil diese eine Bedingung für die Erzeugung atomwaffenfähigen Materials sind. Internationale Abkommen (vor allem der Atomwaffensperrvertrag) und Institutionen (vor allem die IAEO) sollen den Transfer von der »friedlichen« Nutzung der Nuklearenergie zur militärischen Anwendung verhindern. Hermann Scheer (2010) hat klar gezeigt, dass dies eine gefährliche Illusion ist. Denn »die Atomtechnik ist in allen Atomwaffenstaaten eine »Double-Use-Technik«. Atomare Rüstung ohne eigenes atomtechnologisches Potenzial ist nicht denkbar... Die Atomenergienutzung zu beenden bedeutet, die Abrüstung der Atomwaffen realisieren zu müssen.« Scheer (2010: 249) Kernkraftwerke schrecken ab, nicht nur weil sie Zeitbomben

sind, sondern weil sie das technische Know-how und das Potenzial zum Bau der nuklearen Bombe dokumentieren.

Doch die Bestände der fossilen und nuklearen Energieträger sind endlich und bevor sie zur Neige gehen, sackt der EROEI ab, weil immer mehr Energie aufgewendet werden muss, um fossile Energie zu ernten. Auch steigen die ökologischen Folgekosten und daher die Risiken der großflächigen Naturzerstörung. Das mag den Energiekonzernen gleichgültig sein, so lange es sich dabei »nur« um Natur handelt. Es macht sich aber in der Bilanz geltend, wenn Naturkapital, das ist in Wert gesetzte Natur vernichtet wird. Das beeinträchtigt die Profitabilität und daher die Interessen der Anleger. Deren Interessen zu wahren ist aber nach Ausführungen des Vorsitzenden des Deutschen Atomforums Ralf Güldner (in einem Interview des RBB-Infodialog vom 17.3.2011) die erste Aufgabe der CEOs der Atomindustrie.

Mehr noch: Die Verbrennungsprodukte fossiler Energieträger bleiben als Treibhausgase ebenfalls in den Sphären der Erde, und die Aufnahmefähigkeit der Atmosphäre ist begrenzt. Auch die hermetisch gegenüber allen natürlichen Zyklen gesicherte Endlagerung nuklearer Abfälle ist begrenzt oder gar ausgeschlossen, sodass die heutigen Zwischenlager eigentlich Endlager sind. Das Zwischenlager aber ist über lange Zeiträume von Tausenden von Jahren unsicher, sodass es kein Endlager sein kann. Das ist das tödliche Dilemma des Atomzeitalters.

Das Wachstum der Wirtschaft stößt also an viele Grenzen und einige sind undurchdringlich. Die frivole Rede vom »Wachstum der Grenzen« anstelle der »Grenzen des Wachstums« ist da wie das Pfeifen im Walde oder die Meerwasserspülung, um die freiliegenden Brennstäbe im Reaktor von Fukushima zu kühlen. Es wird gar nicht anders gehen, als den Pfad der Entwicklung zu ändern, also anderen Wegweisern als denen des bisherigen Wachstumsensembles von Geld, Markt, Kapitalverhältnis und fossilen Energieträgern zu folgen.

Paradoxien des Wachstumsdiskurses

Das kapitalistische Wachstum hat ein Janusgesicht. Selbst Wachstumskritiker wollen »das Gute, das Wachstum in den letzten 50 Jahren gebracht hat, (nicht bestreiten, E.A.): höhere Lebenserwartung, bessere Gesundheitsfürsorge, umfassendere Bildung, weniger harte Arbeit, größere Mobilität, erweiterte Möglichkeiten für Kreativität, Freizeit, Reisen« (Jackson 2011). Man kann dies tatsächlich nicht bestreiten, leider die negativen Folgen der Schließung des Energiesystems für den Planeten Erde auch nicht.

Fern von den Grenzen des Wachstums können Märkte funktionieren. Nur dann sind Güter physisch nicht knapp. Sie können dann durch die harte Budgetrestriktion des Geldes ökonomisch verknappt werden und rationale Wahlhandlungen von Konsumenten und Produzenten verlangen. Jedes neoklassische Lehrbuch der Ökonomie zeigt die Regeln der instrumentellen Rationalität. An den Grenzen, angesichts der »tipping points« eines dialektischen Umschlags der Qualität von Ökosystemen, verwandeln sich einst scheinbar reproduzierbare Güter, die durch die »harte Budgetrestriktion« knappen Geldes ökonomisch knapp gehalten werden, in »positionelle Güter« (Hirsch 1980), die nicht knapp gehalten werden können, weil sie bereits soziale und vor allem ökologische Mangelware sind (zum Unterschied von Knappheit und Mangel vgl. Altvater 1992: 82ff.). Dann sind Systeme von Verteilung und Zuteilung rationaler, als es der Marktmechanismus sein kann. Die »Mangelware« ist Folge davon, dass Massenproduktion und Massenkonsumtion einen ebenfalls massenhaften Naturverbrauch verlangen. Naturgrenzen werden etwa von Friedrich Engels in seiner »Dialektik der Natur« aus den 1870er Jahren, also ein Jahrhundert vor den Warnungen des »Club of Rome« (Meadows u.a. 1972), thematisiert: »Schmeicheln wir uns... nicht zu sehr mit unsern menschlichen Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns... so werden wir bei jedem Schritt daran erinnert, daß wir keineswegs die Natur beherrschen, ...sondern daß wir mit Fleisch und Blut und Hirn ihr angehören und mitten in ihr stehn, und daß unsre ganze Herrschaft über sie darin besteht, im Vorzug vor allen andern Geschöpfen ihre Gesetze erkennen und richtig anwenden zu können.« (Engels in: MEW 20: 453)

Eine paradoxe Verkehrung vollzieht sich im Verlauf der kapitalistischen Entwicklung. In der Frühzeit der kapitalistischen Industrialisierung am Ende des 18. Jahrhundert wurde das ökonomische Wachstum durch den Rückgriff auf fossile Energieträger enorm beschleunigt. Ein gesellschaftlicher Imperativ, das Wachstum zu steigern, existierte jedoch zu Beginn der Entfesselung der kapitalistischen Dynamik nicht. Denn die Gesellschaften waren noch nicht vollständig durchkapitalisiert.

Heute ist der Wachstumszwang in allen Diskursen eingeschrieben, die »Beschleunigung des Wachstums« hat sogar Gesetzeskraft erlangt. Alle wissen oder ahnen es zumindest, dass es sich um Beschleunigungsversuche in einer Sackgasse handelt, das Wachstum kommt nach dem unvermeidlichen Crash an der harten Schranke der Endlichkeit von natürlicher und sozialer Tragfähigkeit zum Stillstand. Die in Natur und Gesellschaft sich türmenden Grenzen des Wachstums sind ebenso gegenwärtig wie der Wachstumszwang und drängen sich beispielsweise als »Peak Oil« und Klimakollaps

auf, als Vernichtung der Biodiversität oder als Kontaminierung von Gewässern und Versiegelung der Böden, als immer größere Risiken und extreme Risikofälle wie die radioaktive Kontamination von dicht besiedelten Regionen, also als mächtige »planetary boundaries« (Rockström et al 2009). Wer sie mit analytischem Verstand nicht wahrnehmen will, wird durch die Vielzahl »normaler« Katastrophen darauf gestoßen: Bei der Förderung des »unkonventionellen Öls« im Golf von Mexico und dem Blow-Out auf der Ölplattform Deepwater Horizon, bei der großflächigen Naturvernichtung in der Folge der Förderung von Öl aus Sand oder Schiefer, bei der Zerstörung von artenreichem Regenwald durch die Errichtung von Großkraftwerken zur Erzeugung von Hydroenergie in Amazonien oder bei der Erzeugung von Atomstrom und den Reaktorkatastrophen von Harrisburg, Tschernobyl und Fukushima.

Daher kommt es darauf an, die Richtung rechtzeitig zu wechseln, einen Pfadwechsel einzuleiten und Tempo aus dem ökonomischen Vehikel zu nehmen.

Literatur

- Altvater, E. (1992): Die Zukunft des Marktes. Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des »real existierenden Sozialismus«, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Ders.: (2009a): Horror vor Null-Wachstum. Wachstum und Entwicklung oder Akkumulation, in: Wissenschaft & Umwelt Interdisziplinär, Nr. 13, 2009, Wien: 101-109.
- Ders.: (2009b): Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen, 6. Aufl., Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Ders.: (2009c): Globalisierung als Verselbständigung der Ökonomie, in: Nissen, S./Vobruba, G. (Hrsg.): Die Ökonomie der Gesellschaft. Festschrift für Heiner Ganßmann, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Ders.: (2010): Der große Krach oder die Jahrhundertkrise von Wirtschaft und Finanzen, von Politik und Natur, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Ban Ki-moon (2010): Rede zur Eröffnung des Leaders Summit des UN Global Compact am 24. Juni 2010 in New York, zitiert als Geleitwort in: Global Compact Deutschland, Münster: Mediengruppe Macondo.
- Boeing, N. (2011): Energieeffizienz ist keine effiziente Strategie, in: Technology Review Blog, (<http://www.heise.de/tr/blog/artikel/Energieeffizienz-ist-keine-effiziente-Strategie-1195144.html>, 1.11.2012).
- Council of Economic Advisers (2003): Economic Report of the President, submitted to the Congress, Washington D.C. February 2003.
- Daly, H. E. (1991): Steady-State Economics, Washington D.C./Covelo: Island Press.
- Degrowth (2008): Proceedings of the First International Conference on Economic De-Growth for Ecological Sustainability and Social Equity, Paris, 18-19 April 2008, online unter: <http://events.it-sudparis.eu/degrowthconference/en/appeal/Degrowth%20Conference%20-%20Proceedings.pdf>, 1.11.2012
- Diamond, J. (2006): Kollaps. Warum Gesellschaften überleben oder untergehen, Frankfurt/Main: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Dürrmeier, T./Egan-Krieger, T. von (2006) (Hrsg.): Die Scheuklappen der Wirtschaftswissenschaft, Marburg: Metropolis.
- Easterlin, R.A. (1998): Growth Triumphant. The Twenty-first Century in Historical Perspective, Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Feldman, G.A. (1965): On the Theory of Growth Rates of National Income, in: Spulber, N. (Hrsg.): Foundations of Soviet Strategy for Economic Growth Selected Essays, 1924-1930, Bloomington: Indiana University Press
- Foster, J. B. (2010): Capitalism and Degrowth – An Impossibility Theorem, in: Monthly Review, Vol 62, No 8, January 2010, online unter: <http://monthlyreview.org/110101foster.php>, 1.11.2012.
- Foster, J. B./Clark, B./York, R. (2010): The Ecological Rift Capitalism's War on the Earth, New York: Monthly Review Press (dt. Der Ökologische Bruch, Hamburg 2011: Laika Verlag).
- Georgescu-Roegen, N. (1971): The Entropy Law and the Economic Process, Cambridge (Mass.)/London: Harvard University Press.
- Heinberg, R. (2007): Peak Everything. Waking up to the Century of Declines, Gabriola Island/Canada: New Society Publishers
- Heine, M./Herr, H. (1999): Volkswirtschaftslehre. Paradigmenorientierte Einführung in die Mikro- und Makroökonomie, München/Wien: Oldenbourg.
- Heller-Roazen, D. (2009): Der Feind aller. Der Pirat und das Recht, Frankfurt /Main: S. Fischer Wissenschaft.
- Hirsch, F. (1980): Die sozialen Grenzen des Wachstums, Reinbek: Rowohlt.
- Jackson, T. (2011): Die Droge Wachstum, in: Institut für Auslandsbeziehungen, Kulturaustausch-online, 1/2011, online unter: <http://www.ifa.de/pub/kulturaustausch/archiv/ausgaben-2011/weniger-ist-mehr/die-droge-wachstum/>, 1.11.2012.
- Kant, I. (1984): Zum ewigen Frieden, Stuttgart: Reclam.
- Kapp, K. W. (1958): Volkswirtschaftliche Kosten der Privatwirtschaft, Tübingen/Zürich: J.C.B. Mohr/Polygraphischer Verlag AG.
- Kornai, J. (1986): The Soft Budget Constraint, in: Kyklos, Vol. 39 1986, Fasc. 1: 3 30, Zürich.
- Lanius, K. (2010): Tipping Points-Beispiele aus Natur und Gesellschaft, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften, Band 107, 2010. Berlin, S. 5-36.
- Luks, F. (2001): Die Zukunft des Wachstums. Theoriegeschichte, Nachhaltigkeit und die Perspektiven einer neuen Wirtschaft, Marburg: Metropolis.
- Luxemburg, R. (1913/1975): Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus, in: (dies.): Gesammelte Werke, Band 5, Ökonomische Schriften, Berlin: Dietz Verlag, online unter: <http://www.marxists.org/deutsch/archiv/luxemburg/1913/akkkap/index.htm>, 1.11.2012.
- Maddison, A. (2001): The World Economy: A Millennial Perspective, Paris (OECD).
- Malthus, T. R. (1970): An Essay on the Principle of Population and A Summary View of

- the Principle of Population. Harmondsworth Penguin.
- Marx, K. (1979): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Erster Band Buch I: Der Produktionsprozeß des Kapitals, in: K. Marx/F. Engels, Werke, Band 23, Berlin: Dietz Verlag.
- Meadows, D./Meadows, D. L./Randers, J. (1993): Die neuen Grenzen des Wachstums. Reinbek: Rowohlt.
- Dies.: (2006): Grenzen des Wachstums Das 30-Jahre-Update, Stuttgart: Hirzel Verlag.
- Meadows, D./Meadows, D. L./R. Randers, J./Behrens III, W. W. (1972): Die Grenzen des Wachstums Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, München: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Mill, J. S. (1848): Principles of Political Economy, online unter: <http://socserv.mcmaster.ca/econ/ugcm/3ll3/mill/prin/book4/index.html>, 1.11.2012.
- Müller-Plantenberg, U. (1998): Zukunftsverbrauch, in: Michael Heinrich/Dirk Messner (Hrsg.), Globalisierung und Perspektiven linker Politik, Festschrift für Elmar Altvater, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Paech, N. (2010): Die Legende vom nachhaltigen Wachstum Ein Plädoyer für den Verzicht, in: Le Monde Diplomatique, deutsche Ausgabe, September 2010.
- Pogge, T. (2010): Weltarmut, Menschenrechte und unsere Verantwortung, in: Horster, D. (Hrsg.): Welthunger durch Weltwirtschaft, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.
- Polanyi, K. (1978): The Great Transformation, Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Ders.: (1979): Wirtschaft und Gesellschaft, Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Ricardo, D. (1817/1959): Über die Grundsätze der Politischen Ökonomie und der Besteuerung, übers. und mit einer Einleitung versehen von G. Bondi, Berlin: Akademie Verlag.
- Riese, H. (1987): Aspekte eines monetären Keynesianismus Kritik und Gegenentwurf, in: Kalecki/Sraffa (Hrsg.): Postkeynesianismus: Ökonomische Theorie in der Tradition von Keynes, Marburg: Metropolis, S. 189-206.
- Rockström, J. et al (2009): Planetary Boundaries: Exploring the Safe Operating Space for Humanity, in: Ecology and Society 14 (2), online unter: <http://www.ecologyandsociety.org/vol14/iss2/art32/>, 1.11.2012.
- Scheer, H. (2010): Der energetische Imperativ. 100% jetzt: Wie der vollständige Wechsel zu erneuerbaren Energie zu realisieren ist, München: Kunstmann.
- Schumpeter, J. A. (1908): Das Wesen und der Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie, Leipzig: Duncker & Humblot.
- Ders.: (1950): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Bern: A. Francke Verlag.
- Smith, A. (1776/1976): An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations, edited by E. Cannan. Reprint, Ann Arbor: The University of Chicago Press.
- Weizsäcker, E. U. von/Lovins, A. B./Lovins, L. H. (1997): Faktor 4. Doppelter Wohlstand halbiertes Naturverbrauch, München: Droemer Knauer.
- Zinn, K. G. (2008): Die Keynesische Alternative, Hamburg: VSA.

Jairo Estrada Álvarez

Zur politischen Ökonomie der Sozialpolitik in Lateinamerika

Reflexionen über die progressiven Regierungen
des Subkontinents

Sozialpolitik und fortschrittliche Regierungen. Der Wahlsieg von Hugo Chávez in Venezuela lieferte in den späten 1990er Jahren den Anstoß zu einer Reihe von Transformationsprozessen in Lateinamerika, die die politische Landkarte der Region auf bedeutsame Weise verändern sollten. Trotz aller Unterschiede ist diesen Prozessen doch gemein, dass es sich um Antworten auf die Neoliberalisierung Lateinamerikas und deren Auswirkungen auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen handelte; und dass diese Antworten aus dem wachsenden Widerstand und den Kämpfen der sozialen und popularen Bewegungen hervorgingen. Erste Analysen der Entwicklung verwiesen auf eine politische Verschiebung in der Region, die das breite Spektrum von linken bis zu Mitte-Links-Positionen abdeckt. Diese Charakterisierung ergab sich aus einer Analyse von Diskursen und konkreter Regierungspolitik, aber auch aus der Betrachtung der geopolitischen Auswirkungen des Wandels auf die imperialistische Macht der USA in der Region, der Forderung nach nationaler Souveränität und das vehemente Eintreten einiger Regierungen für eine alternative Integration.¹

Auf Grundlage dieser Kriterien lassen sich in Südamerika zwei Gruppen von Regierungen unterscheiden. Venezuela, Bolivien und Ecuador werden als Linksregierungen bewertet, Brasilien, Uruguay, in gewisser Hinsicht auch Argentinien und zuletzt Paraguay und Peru gelten als Mitte-Links-Regierungen.² Aufgrund der Entwicklung der Prozesse bleibt jeder Versuch der Kategorisierung jedoch unvollständig und unterkomplex. Die Definition der politisch-ökonomischen Projekte ist umkämpft – und zwar nicht nur im Inneren der Regierungen, sondern auch im allgemeineren Kontext der Klassenkämpfe. Im Besonderen ist die in einigen Ländern begonnene Auseinan-

¹ Siehe dazu Stolicz (2008), Varios (2009), Rodríguez, Barrett, Chávez (2005).

² Eine detaillierte Auseinandersetzung mit den Ursprüngen und dem Charakter der neuen Regierungen sprengt den Rahmen dieses Aufsatzes. Ebenso wenig kann an dieser Stelle auf die Konzepte »progressiv« und »national-popular« eingegangen werden. Das im Text verwendete Adjektiv »progressiv« oder »fortschrittlich« bezieht sich sowohl auf »linksgerichtete« als auch auf »Mitte-Links-Regierungen.«

dersetzung mit Klassen, die ihre Herrschaft und Privilegien bedroht sehen, bislang unentschieden.

Mittlerweile, zu Beginn der 2010er Jahre, gibt es jedoch mehr Elemente, um den politischen und ökonomischen Prozess des vergangenen Jahrzehnts in Lateinamerika und dessen Zukunftsaussichten zu verstehen. Zum einen hat sich der wirtschaftliche Kurs der Region, zum anderen aber auch die Veränderung der politischen Regime und die Tendenzen der institutionellen Restrukturierung des Staates klarer herauskristallisiert. All das erlaubt eine objektivere und realistischere Bewertung der Transformationen in der Region.

In diesem Sinne lässt sich – auch wenn den Transformationsprozessen große Bedeutung zukommt – eine Kluft zwischen den Hoffnungen, die die neuen Regierungen anfangs vor allem bei der ausgebeuteten und unterdrückten Mehrheit in der Region hervorriefen, und den konkreten Ergebnissen der Politik konstatieren. In der subjektiven Wahrnehmung Lateinamerikas herrscht die Meinung vor, dass die realen Veränderungen – abgesehen von einzelnen konkreten Erfahrungen – weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind und nicht mehr mit der Kraft und Dynamik der sozialen und popularen Bewegungen der Region korrespondieren.

Während sich Lateinamerika vor einem Jahrzehnt die Frage nach Alternativen zum Kapitalismus stellte, wird heute verstärkt über das Problem diskutiert, ob einige der neuen Projekte nicht vielmehr Ausdruck einer Rekonfiguration der Klassenmacht und der Bündnisse innerhalb und außerhalb des Blocks an der Macht sind.³ Der Diskurs zur Verteidigung von nationaler Souveränität, Territorium und natürlichen Ressourcen, die Forderung nach Selbstbestimmung und einem neuen ökonomischen Modell mit klar antikapitalistischer Ausrichtung (wie es der Begriff des »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« nahelegt) ist nicht in allen Fällen mit einer entsprechenden Politik einhergegangen und fehlt in anderen Fällen, vor allem bei den so genannten Mitte-Links-Regierungen, völlig.

Diejenigen, die die Transformationserfolge der neuen Regierungen in erster Linie auf der Grundlage der geopolitischen Verschiebungen bewerteten, müssen heute registrieren, dass die Machtverhältnisse in Lateinamerika auf eine Weise reorganisiert werden, bei der Energieversorgung, Drogenbekämpfung, Sicherheitsfragen, Infrastruktur und Rohstoffausbeutung zur Grundlage »einer neuen politischen Ordnung jenseits der ideo-

³ Siehe dazu Stolowicz (2010).

logischen Unterschiede«, wie es die Sekretärin der UNASUR ausgedrückt hat, geworden sind.⁴

Unabhängig davon, ob diese Aussage die Entwicklung Lateinamerikas tatsächlich beschreibt, lässt sich die Stärkung der politischen Mitte beobachten, die sich sowohl auf Rechts- (Mexiko, Chile) und Mitte-Rechts-Regierungen (Kolumbien) als auch auf die Mitte-Links-Regierungen (Brasiliens, Uruguays und Argentiniens) stützen kann und – mit unterschiedlichem Erfolg – Druck auf die Regierungen Venezuelas, Ecuadors und Boliviens ausübt. Das Statement des brasilianischen Präsidenten Lula während eines von der Internationalen Entwicklungsbank (IDB) organisierten Brasilien-Kolumbien-Forums ist in dieser Hinsicht sehr aussagekräftig: »Heute brauchen wir nicht Bolívars Schwert, sondern Investmentbanken und Kredite.«⁵ Diese Aussage bringt die Absichten der an der transnationalen Dynamik der Kapitalakkumulation beteiligten lateinamerikanischen Eliten auf den Punkt, für die Handel und Investitionen wichtiger sind als politische Meinungsverschiedenheiten. Gleichzeitig bekräftigt die Aussage die These, wonach das Projekt in Lateinamerika umkämpft ist.

Die Überlegungen sind nützlich, um die sozialpolitischen Tendenzen der so genannten fortschrittlichen Regierungen einzuordnen. Sozialpolitik ist insofern Bestandteil jedes politisch-ökonomischen Projekts, als ihre Ausrichtung durch den Kurs des Projekts weitgehend determiniert wird.

Die Sozialpolitik der Linksregierungen: zwischen strukturellem Wandel und Neo-Assistenzialismus

Die größten Anstrengungen, mit der über Jahrzehnte in Lateinamerika vorherrschenden neoliberalen Politik zu brechen, wurden bislang – wenn auch mit unterschiedlicher Konsequenz – in Venezuela, Ecuador und Bolivien unternommen. Besonders bedeutend waren dabei die verfassungsgebenden Prozesse, die einen wichtigen Fortschritt bei dem Versuch darstellten, den rechtlich-institutionellen Rahmen des neoliberalen Projekts aufzubrechen, alternative Wirtschaftskonzepte zu formulieren und Grundlagen für die Absicherung wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und ökologischer Rechte der Bevölkerung zu schaffen. In die Verfassungen Boliviens und Ecuadors wurde sogar das von den indigenen Völkern verwendete Konzept *Suma Kamaña*

⁴ Vgl. »Unasur trae un nuevo orden político que supera las diferencias ideológicas: María Emma Mejía«, in *Revista Semana*, Bogotá, 13. Juni 2011.

⁵ Zitiert in Gaviria (2011).

(»gutes Leben«) aufgenommen, um sich von den westlichen, auf einem zerstörerischen Verhältnis zur Natur beruhenden Entwicklungsvorstellungen abzusetzen. Eigentlich müsste es auf Grundlage dieses neuen rechtlich-institutionellen Rahmens zu einer Neudefinition der Sozialpolitik und zu einem strukturellen Wandel des herrschenden Entwicklungsmodells kommen.

Obwohl die neuen verfassungsrechtlichen Übereinkünfte zweifelsohne einen wichtigen Fortschritt darstellen, zeigt die Realität der politisch-ökonomischen Projekte jedoch, dass diese Verfassungsreformen keineswegs ausreichend sind, um – gleichsam automatisch – eine Neuorientierung der Wirtschaft, des Staates und des politischen Systems oder die Entwicklung einer neuen sozio-ökonomischen Formation einzuleiten. Es lässt sich noch nicht einschätzen, ob die politisch-ökonomischen Projekte in Venezuela, Ecuador und Bolivien wirklich einen langfristigen und soliden Strukturwandel nach sich ziehen.⁶ Da diese Projekte den Spielregeln der liberalen Demokratie untergeordnet sind, sind sie gezwungen, bei Wahlen immer wieder ein neues Mandat für die Fortführung ihrer Politik zu gewinnen. Zum anderen haben die neu verabschiedeten Gesetze die durch die Verfassungen erzeugten Erwartungen nicht immer erfüllt. In manchen Fällen boten sie sogar Anlass für Konflikte und provozierten die Opposition von Teilen der sozialen Bewegungen.⁷

Nichtsdestotrotz sollte angemerkt werden, dass in diesen Ländern national-populäre Positionen sowie Prinzipien der Souveränität und der Selbstbestimmung gestärkt worden sind, was sich insbesondere in der Rohstoffpolitik niederschlägt. Nationale Interessen und die Umverteilung des aus der Rohstoffförderung resultierenden Reichtums – in Venezuela und Ecuador der Erdölrenten, in Bolivien der Einnahmen aus der Gasförderung – spielen heute eine größere Rolle als zu Zeiten des Neoliberalismus.

Diese Maßnahmen haben die Interessen ausländischer Investoren beschnitten und zur Neuverhandlung bestehender, während der neoliberalen Herrschaft durchgesetzter Eigentumsrechte geführt. Dabei kamen Dispositive zum Vorschein, die man als transnationales »Kapitalrechtsregime« beschreiben könnte (vgl. Estrada 2010). Das erklärt zum einen, warum transnationale Konzerne an internationalen Gerichten und Schiedsinstanzen – in erster Linie am *International Centre for Settlement of Investment Disputes*

⁶ Zur ecuadorianischen Debatte vgl. Machado (2011) und Hops (2011); zu Bolivien Arkonada (2011) und zu Venezuela Denis (2011).

⁷ Als Beispiel könnte man auf den Widerstand von Teilen der indigenen und sozialen Bewegung Ecuadors gegen die neuen Bergbau- und Wassergesetze verweisen, die von der Correa Regierung aufgrund des Verfassungsmandats verabschiedet wurden.

(ICSID) – Klagen einreichen konnten (vgl. Carvajal 2011). Zum anderen macht es deutlich, warum es keine echten Enteignungen oder Verstaatlichungen gab, wie dies bei Revolutionen in der Vergangenheit der Fall gewesen ist, sondern ausgehandelte Enteignungen und Verstaatlichungen, die auf Kauf, Entschädigung oder die Festsetzung neuer, den Staat begünstigender Abgabensätze hinausliefen.

Unabhängig von den konkreten Ergebnissen dieser Politik lässt sich der politische Wille konstatieren, die staatliche Kontrolle über die natürlichen, als strategisch erachteten Ressourcen zu erweitern und die Erträge für eine Umverteilungspolitik und eine Erhöhung der Sozialausgaben zu nutzen. Diese Haltung hat neue fiskalpolitische Spielräume für die Sozialpolitik eröffnet. In die gleiche Richtung zielen der veränderte Umgang mit Auslandsschulden (wie er aus der ecuadorianischen Verfassung hergeleitet wird) und internationale Währungsreserven (der sich beispielsweise in der Entscheidung Venezuelas ausdrückt, Währungsreserven ins Land zurückzuholen und den Goldabbau zu nationalisieren).⁸

Die Rohstoffpolitik war aufgrund der doppelten Wirkung extraktiver Ökonomien nie frei von Widersprüchen: Während die Ressourcenausbeutung auf der einen Seite Einnahmen brachte, die zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Bevölkerung verwendet werden können, hat sie andererseits sozio-ökologische Auswirkungen, die eben diese Lebensbedingungen verschlechtern. In diesem Dilemma sind die Regierungen von Venezuela, Ecuador und Bolivien gefangen. Legen diese Länder ein politisch-ökonomisches Projekt der nachholenden Entwicklung (*proyecto neo-desarrollista*) neu auf, das die Erfahrungen der Industrialisierung und die daraus folgenden Konflikte unter neuen Voraussetzungen reproduziert, oder entwickeln sie eine Lebensweise, die nicht auf einem zerstörerischen Naturverhältnis beruht?⁹ Es handelt sich dabei um ein schwer zu lösendes Dilemma, das die politischen und gesellschaftlichen Kräfte, die den Transformationsprozess durchgesetzt haben, spaltet¹⁰ und beträchtliche Konse-

⁸ Vgl. »Chávez promulga una ley para nacionalizar la explotación de oro en el país«, in *El Mundo*, 24.08.2011, <http://www.elmundo.es/america/2011/08/24/venezuela/1314194297.html>.

⁹ In diesem Zusammenhang hat abseits sozio-ökologischer und indigener Ansätze in letzter Zeit auch die vor mehr als 20 Jahren von Samir Amin formulierte These der »Abkoppelung« immer mehr an Gewicht gewonnen. Vgl. Amin (1988).

¹⁰ Es lassen sich hinsichtlich der sozio-ökologischen Auswirkungen von Bergbau- oder Infrastrukturprojekten verschiedene Etappen des Konflikts zwischen indigenen Gemeinschaften und der sozialen Basis und den Regierungen von Ecuador und Bolivien unterscheiden.

quenzen für ein weiter gefasstes und komplexeres Konzept von Sozialpolitik (bei der die sozialökologische Perspektive zu einem konstituierenden Bestandteil ist) besitzt.

Die Rückaneignung natürlicher Ressourcen und die Verwendung ihrer Erträge sind, auch wenn sie enorme Bedeutung für die Finanzierung von Sozialmaßnahmen haben, unzureichend für eine strukturelle Neudefinition der Sozialpolitik. In diesem Zusammenhang ist die Transformation der Eigentumsverhältnisse als solche – und nicht die Begrenzung transnationalen Eigentums – von zentraler Bedeutung. Zudem bedarf es einer strukturellen Reform des durch den Neoliberalismus etablierten Steuersystems, das vornehmlich auf indirekten Steuern, Gebühren und Beiträgen basiert.

Wenn man von der Überlegung ausgeht, dass das Privateigentum private Aneignung impliziert, dann hat die in Venezuela – in geringerem Maße gilt dies auch für Ecuador und Bolivien – mit Präsidialdekretten vorangetriebene Verstaatlichungspolitik dazu beigetragen, die Einkommensverteilung zugunsten der gesellschaftlichen Mehrheit zu verändern und dadurch eine auf die bloße Armutsbekämpfung reduzierte Sozialpolitik zu überwinden.

Es ist ein Verdienst der politischen Projekte in Venezuela, Ecuador und Bolivien, die extreme soziale Ungleichheit in Lateinamerika und die Diskussion über Möglichkeiten ihrer Überwindung wieder auf die Tagesordnung gesetzt zu haben. Es ist von großer Bedeutung, dass man mit der von multilateralen Organisationen betriebenen und sich auf Armutsbekämpfung beschränkenden Sozialpolitik gebrochen¹¹ und sich der Frage der Ungleichheit zugewandt hat.

Die Neuverstaatlichung privaten Eigentums – die einen unbestreitbaren politischen und wirtschaftlichen Wert besetzt, weil sie der neoliberalen Politik Grenzen setzt – lässt historische Debatten der Linken über die Bedeutung der Verstaatlichung für eine wirksame Vergesellschaftung der Produktionsmittel neu aufflammen. Im Mittelpunkt dieser Debatten stehen die Auswirkungen, die die Verstaatlichung auf sozio-ökonomische Transformationsprozesse hat, wenn diese nicht durch gesellschaftliche Kontrolle begleitet und gegen eine wachsende Verselbstständigung der Bürokratie abgesichert wird. Ohne gesellschaftliche Kontrolle kann Verstaatlichung nämlich zu anderen Formen sozialer Enteignung führen, wie dies im »real existierenden Sozialismus« der Fall war. Auch in dieser Hinsicht ist die Situation in den hier diskutierten Ländern offen. Die Schwächung der imperialistischen Macht kann mit einer strukturellen Erosion von Klassenherrschaft

¹¹ Zum Diskurs dieser Organisationen vgl. De Ferranti, Perry, Ferreira, Walton (2005), Molina (2006), Ocampo (2008). Kritisch dazu Zibechi (2010).

und einer Verschiebung der Machtverhältnisse zugunsten der sozialen und popularen Sektoren einhergehen. Sie kann auf der Grundlage neuer Klassenallianzen aber auch zu einer Rekonfiguration und Modernisierung von Herrschaftsformen führen.

Es stimmt zwar, dass die Veränderungen in den Eigentumsverhältnissen die Struktur der Einkommensverteilung beeinflusst haben.¹² Doch über die Steuerpolitik lässt sich nichts Vergleichbares sagen. Im Großen und Ganzen sind die in den Zeiten des Neoliberalismus eingeführten Steuersysteme intakt und es hat keinen Reformprozess in diesem Bereich gegeben. Die für die Sozialpolitik verwendeten Mittel stammen in diesem Sinne nicht aus einer redistributiven Steuerpolitik, sondern – wie erwähnt – aus den höheren Öl- und Erdgasrenten. In dieser Hinsicht bleibt die Steuerpolitik der linksregierten Länder Lateinamerikas hinter den Konzepten sozialdemokratischer Wohlfahrtsstaaten zurück.

In einer alternativen Sozialpolitik muss das Problem der Ernährungssouveränität eine zentrale Stellung einnehmen. Auch in dieser Hinsicht sind die Anstrengungen der Regierungen Venezuelas, Ecuadors und Boliviens bemerkenswert. Ihre Grundlagendokumente formulieren das Ziel, die strukturelle Abhängigkeit von Lebensmittelimporten zu überwinden und die Selbstversorgung zu stärken – und zwar gegen den vom Kapitalismus erzwungenen Trend der sich ausweitenden Produktion von Biokraftstoffen, sich verschärfender Bodenspekulation und der Ausdehnung der Rohstoffförderung.

In diesem Zusammenhang ist es von größter Bedeutung, dass die Landfrage wieder auf die politische Tagesordnung zurückgekehrt ist und sich die Regierungen von Venezuela, Ecuador und Bolivien (wenn auch mit unterschiedlichem Nachdruck) die Forderungen nach einer Agrarreform und konkreten Maßnahmen zur Veränderung der Eigentumsverhältnisse auf dem Land zueigen gemacht haben. Diese Politik ist bislang jedoch eher zaghaft und setzt zu stark auf Verhandlungen und Übereinkünfte mit dem Großgrundbesitz. Dennoch ist positiv, dass Anreize zur Nahrungsmittelproduktion geschaffen werden und man mit einer Veränderung der Eigentumsverhältnisse und stärkerer Selbstversorgung den Hunger auch strukturell bekämpfen will. Auf diese Weise geht man über Ansätze hinaus, die sich auf Fürsorgemaßnahmen beschränken.

¹² Es ist kein Zufall, dass Venezuela laut CEPAL derzeit das Land mit dem niedrigsten Gini-Koeffizienten in Lateinamerika ist und dass das Land in Sachen Armutbekämpfung auf die größten Erfolge verweisen kann. Unter Rücksichtnahme der sozialen Transferleistungen und deren Auswirkungen erzielte Venezuela einen Koeffizienten von 0,36, Ecuador 0,44 und Bolivien 0,48. Die Armut sank in Venezuela von 23,6 auf 10 %, in Bolivien von 47,2 auf 29,2 % und in Ecuador von 36,5 auf 18,1 %. Vgl. CEPAL (2010).

Der strukturelle Rahmen der Sozialpolitik wird weiterhin von den makro-ökonomischen Richtlinien bestimmt, auch wenn es hier einige Akzentverschiebungen gegeben hat. Man muss konstatieren, dass weiterhin eine neoliberale Politik, die der so genannten makro-ökonomischen Stabilität durch Haushaltsdisziplin und Inflationskontrolle Priorität einräumt, vorherrschend ist. Es ist dem Neoliberalismus offensichtlich gelungen, die Idee einer vermeintlichen Neutralität der Wirtschaftspolitik durchzusetzen und sich somit als alternativlos zu präsentieren. Venezuela hat sich am deutlichsten von diesen Prinzipien abzusetzen versucht, was sich vor allem in der Finanzpolitik des Landes niederschlägt. Nicht zuletzt deshalb wird die Wirtschaftspolitik des Landes vom neoliberalen Lager häufig als »populistisch« kritisiert. Noch die geringfügigste Abweichung vom neoliberalen Kanon wird von rechten Medien und Theoretikern mit diesem Begriff belegt und diffamiert (vgl. Estrada 2008).

Tatsächlich hat es in Venezuela, Ecuador und Bolivien, wenn auch sehr unterschiedliche, Fortschritte bei dem Anliegen gegeben, die strukturellen und institutionellen Rahmenbedingungen der Sozialpolitik und die vom Neoliberalismus aufgezwungenen Definitionen zu verändern. Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass Sozialpolitik als konstituierender und integraler Bestandteil eines politisch-ökonomischen Projekts verstanden wird und ihr nicht nur eine subsidiäre Funktion zur Unterstützung der Opfer des Wirtschaftsmodells zukommt. In diesem Sinne erlangen die Veränderungen der Eigentumsverhältnisse und die eine systematische Umverteilung des Einkommens als Mechanismen zur Lösung der sozialen Frage und zur Bekämpfung der sozialen Ungleichheit zentrale Bedeutung.

Dennoch ist es auch in den linksregierten Ländern bislang nicht gelungen, die Sozialpolitik von assistenzialistischen Ansätzen und an (an Bedingungen geknüpften) Fürsorgesozialleistungen zu befreien. Bekanntermaßen stellen diese Art von Sozialleistungen den Kern neoliberaler Sozialpolitik dar, wie sie von den multilateralen Organisationen zur Armutsbekämpfung propagiert wird. Mit ihrer Hilfe lassen sich Loyalitäten für politische Projekte und gesellschaftliche Kontrolle schaffen bzw. aufrecht erhalten (vgl. Villatoro 2007).

Mit Ausnahme Venezuelas lässt sich diese Art von Politik auch in den linksregierten Ländern Südamerikas beobachten. Trotz der Akzentverschiebungen kann auch die Sozialpolitik Boliviens und Ecuadors als »neo-assistenzialistisch« gelten. Selbstverständlich ist angesichts der von Hunger und Armut geprägten strukturellen Bedingungen verständlich, dass jedes linke politische Projekt zunächst versucht, die soziale Not durch Maßnahmen zu lindern, die das Einkommen anheben und das soziale Leid verringern. Aber

dieser Schritt ist eben nicht ausreichend. Die ethische und politische Pflicht besteht genau darin, jene Umstände zu überwinden, die solche Lebensbedingungen hervorrufen und für die dramatische soziale Lage auf dem Subkontinent verantwortlich sind.

Im Fall Venezuela hingegen hat man die *Misiones* als Instrument eines Strukturwandels begriffen. Da der Staatsapparat (als Erbe des 1958 von den venezolanischen Eliten geschlossenen Paktes von Punto Fijo) für eine gesellschaftliche Transformation nicht zur Verfügung stand, begann die Boliviarische Revolution mit dem Aufbau einer parallelen Institutionalität in Form der so genannten *Misiones*. Mittlerweile existieren um die 30 Sozialprogramme, die die vorrangigen Probleme in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Ernährung, Arbeit und Wohnungsbau bearbeiten. Anders als die selektiven Fürsorgeprogramme der anderen lateinamerikanischen Länder decken die *Misiones* ein großes Spektrum von Aufgaben ab.¹³ Finanziert werden sie aus dem Staatshaushalt oder mit direkt vom staatlichen Erdölkonzern PDVSA zur Verfügung gestellten Mitteln (Vera 2008).

Bemerkenswert an den *Misiones* ist, dass sie nicht als Ausgleich für die negativen Folgen der Wirtschaftspolitik, sondern als integraler Bestandteil der ökonomischen Veränderungen verstanden werden. Programme stützen sich weder auf direkte Transferzahlungen (die die Binnennachfrage stärken sollen) noch sind sie an Bedingungen geknüpft oder zeitlich beschränkt. Ihre Aufgabe ist vielmehr, den Zugang zu einer allgemeinen Grundversorgung sicherzustellen, Chancengleichheit zu gewährleisten, politische Ungleichheiten und kulturelle Exklusion zu überwinden und auf diese Weise die in der Verfassung verankerten universellen sozialen Rechte zu garantieren. Darüber hinaus werden sie, indem sie lokale Organisationsprozesse fördern und direkte Formen der Demokratie stimulieren, als Bestandteil eines Volksmachtkonzepts (*poder popular*) begriffen. Doch auch den *Misiones* wohnt insofern eine Tendenz zu korporativistischen Sozialbeziehungen inne, als sie die Grenzen zwischen Staat und sozialen Bewegungen verwischen und Klientelpraktiken zur Reproduktion des politischen Regimes fördern.

Die großartigen Ergebnisse Venezuelas im Sozialbereich (vgl. Weisbrot/Ray/Sandoval 2009; Alvarez 2009) sind zu einem Großteil den *Misiones* und dem deutlichen Anstieg des Ölpreises im vergangenen Jahrzehnt zu verdanken, der eine Verteilung der Öleinnahmen für soziale Zwecke ermöglichte.

¹³ Laut Lander und Navarrete stellt die außerinstitutionelle Umsetzung der *Misiones* gleichermaßen eine Stärke wie eine Schwäche dar. Aufgrund der *Misiones* wird die Verwaltungsreform im Staat, die zur Verbesserung bestehender bürokratischer Strukturen notwendig wäre, aufgeschoben. (Vgl. Lander / Navarrete 2007).

cht hat. Nichtsdestotrotz stellen die Enteignung dieser traditionell von den herrschenden Klassen beanspruchten Erdölrente und die Umverteilung der Einnahmen zugunsten der Bevölkerungsmehrheit eine der wichtigsten Veränderungen im venezolanischen Prozess dar. Die Abhängigkeit von den Öleinnahmen ist zugleich jedoch auch die größte Schwäche des Prozesses – zumindest solange, wie dieser nicht entschlossen von strukturellen Veränderungen begleitet wird, mit deren Hilfe Grundlagen für eine neue sozio-ökonomische Formation gelegt werden.

Was Bolivien und Ecuador angeht, ist das Festhalten an einer assistenzialistischen Sozialpolitik offenkundig. Im Mittelpunkt dieser Politik, die sich auf die Zahlung von Geldbeträgen stützt, stehen hier die ärmsten Bevölkerungsschichten. In Bolivien handelt es sich u.a. um die Programme *Bono Madre Niño/Niña Juana Uzurduy*,¹⁴ *Bono Juanchito Pinto*¹⁵ und *Renta Dignidad*¹⁶; in Ecuador um das Programm *Juntos por el Buen Vivir*, dessen Ursprünge ins Jahr 1998 (also vor die Regierung Correa, Anm. d. Übs.) – zurückreichen.

Die Sozialpolitik der Mitte-Links-Regierungen: »Neo-Assistenzialismus«, neoliberale Kontinuitäten und die Neukonfiguration von Klassenmacht¹⁷

Was die so genannten Mitte-Links-Regierungen angeht, lässt sich konstatieren, dass diese offensichtlich nicht zum Ziel haben, einen sozio-ökonomischen und politischen Wandel voranzutreiben und bestehende Herrschafts- und Ausbeutungsstrukturen zu verändern. Weder in der politischen Agenda noch im Diskurs spielt der Begriff des Reformismus eine Rolle. In diesem Sinne handelt es sich um Projekte, deren Konzepte noch hinter der

¹⁴ Hierbei handelt es sich um eine Geldzahlung an Mütter während der Schwangerschaft und in den ersten zwei Lebensjahren neugeborener Kinder. Die Zahlung ist an die Teilnahme an Kontrolluntersuchungen geknüpft und soll zur Senkung der Geburten- und Kindersterblichkeit sowie von chronischen Mangelerscheinungen bei Kindern beitragen (vgl. die offizielle Webseite der bolivianischen Regierung: http://bolivia.nu-trinet.org/index2.php?option=com_content&do_pdf=1&id=532)

¹⁵ Diese Geldzahlung soll die Schulabbrecherquote, vor allem in ländlichen Gegenden und Armenvierteln, verringern.

¹⁶ Eine Mindestrente für jene BolivianerInnen im Alter von über 60 Jahren, die nicht in die normalen Rentenkassen eingezahlt haben.

¹⁷ Obwohl in das Spektrum der Mitte-Links Regierungen auch andere Länder wie Argentinien, Paraguay, und zuletzt Peru fallen würden, beziehen sich die folgenden Reflexionen hauptsächlich auf Brasilien und Uruguay.

historischen Sozialdemokratie zurückbleiben und die durch eine eklektische Verbindung aus (einem auf einzelne Bereiche beschränkten) Staatsinterventionismus, makro-ökonomischem Neoliberalismus, sozialem Assistenzialismus und den daraus resultierenden komplexen Klassenallianzen und -kompromissen charakterisiert sind.

Auch wenn man die Bedeutung der brasilianischen Arbeiterpartei (PT) und der uruguayischen *Frente Amplio* für die Linke in Lateinamerika nicht unterschätzen darf, der Regierungswechsel in diesen Ländern im konkreten historischen Moment einen wichtigen Wendepunkt darstellte und es in diesen Parteien auch Forderungen nach einem linken Kurswechsel gibt, so wird doch immer deutlicher, dass das, was zunächst als Linksruck in Lateinamerika beschrieben wurde, in Wirklichkeit als Teil eines politisch-ökonomischen Projekts verstanden werden muss, das auf eine Neugestaltung der Klassenmacht und eine Einbindung von Gewerkschaften, sozialen und populären Bewegungen abzielt, um die gesellschaftliche Mobilisierung auf diese Weise zu neutralisieren oder zugunsten eines neuen Klassenkompromisses zu instrumentalisieren. Die geopolitische Analyse Lateinamerikas, die auf die erfreuliche Schwächung der imperialistischen Macht in der Region verweist, ist daher unzureichend, um die Möglichkeiten struktureller Transformationen zu bewerten.

Im Fall Brasilien sind wir Zeugen, wie Teile der nationalen Eliten ihre alten Bestrebungen fortsetzen, sich als globaler Machtakteur zu etablieren. Dies mag eine verständliche Absicht sein – vor allem wenn es darum geht, den noch vorherrschenden (allerdings geschwächten) Unilateralismus der Weltordnung in Richtung multilateraler Machtbeziehungen zu verschieben. Doch ein Integrationsprojekt in Lateinamerika wird sich kaum entfalten können, wenn Brasilien die Beziehungen zu anderen Ländern der Region vor allem als Mittel versteht, die Expansion brasilianischer Konzerne zu garantieren. Diese beschränken ihre Investitionen nämlich hauptsächlich auf die Kontrolle von Ressourcen (für die Versorgung der brasilianischen Wirtschaft mit Rohstoffen), auf Energieerzeugung (Öl, Wasserkraft und Biokraftstoffe) und auf Infrastrukturprojekte (vgl. Varios Autores 2008 und 2009a), wobei sie sich in offener Konkurrenz mit dem Kapital anderer aufstrebender Mächte (wie China und Russland) oder mit nordamerikanischen und europäischen transnationalen Unternehmen befinden. Anders ausgedrückt: Das politisch-ökonomische Projekt dient eher den Ambitionen des brasilianischen Kapitals als einem sozio-ökonomischen Wandel zugunsten der Mehrheit in einem der ungleichsten Länder Lateinamerikas. Vor diesem Hintergrund ist denn auch der Inhalt der Sozialpolitik und ihr Bezug zu jener kapitalistischen Akkumulationsstrategie, die in verschiedenen Unter-

suchungen als »Neo-Desarrollismo« (vgl. Katz 2008; Boron 2008) bezeichnet worden ist, einfacher zu verstehen.

In Uruguay lässt sich eine ähnliche Tendenz beobachten. Auch dort geht es offensichtlich darum, eine Integration des Landes in transnationale Akkumulationsdynamiken voranzutreiben, um – wie es der amtierende Präsident Mujica ausgedrückt hat – einen »ernsthafte[n] Kapitalismus« zu ermöglichen. Elias (2007: 75) weist darauf hin, dass in Uruguay heute »ein extraktivistisches, exportorientiertes und auf Raubbau beruhendes Modell durchgesetzt wird, das eine Reprimarisierung der Wirtschaft, die zunehmende Öffnung gegenüber transnationalen Investitionen und den Ausverkauf von Produktionskapazitäten, vor allem von Land und den zentralen Bestandteilen der strategischen Produktionsketten (Fleisch, Reis und Forstwirtschaft) nach sich zieht.«¹⁸ Während der Regierung der Frente Amplio sind die rechtlich-institutionellen Rahmenbedingungen weiterentwickelt worden, unter denen sich die aktuelle Akkumulationsstrategie entfaltet.

In diesem Zusammenhang ist es nur folgerichtig, dass die Mitte-Links-Regierungen sich von einer auf Umverteilung orientierten Sozialpolitik verabschiedet haben und stattdessen eine klassische Fürsorgepolitik verfolgen, die sich – abgesehen von einigen rhetorischen Akzenten – nicht wesentlich von der neoliberalen Sozialpolitik unterscheidet, wie sie die multilateralen Organisationen in der Region propagieren. Diese Haltung scheint das Ergebnis einer Verbindung von theoretischen Überzeugungen und politischem Opportunismus zu sein.¹⁹

Der auf unmittelbare Effekte abzielende Pragmatismus dieser politischen Projekte ist zur Voraussetzung geworden, um bei Wahlen Erfolge zu erzielen, an die Regierung zu kommen und sich dort zu behaupten. Dabei ist es zur zentralen Aufgabe geworden, jene Ruhe und Sicherheit zu gewährleisten, die die transnationalen Kapitalmärkte verlangen. Das bedeutet aber auch, die vom Neoliberalismus durchgedrückten wirtschaftspolitischen Vor-

¹⁸ Elias weist im Gegenzug auch darauf hin, dass »das sich die Bedeutung (...) der Arbeiterklasse im Ausbau ihrer Rechte und in der Stärkung der Gewerkschaften niederschlägt.«

¹⁹ In Brasilien stellen *Bolsa Família e Fome Zero*, *Bolsa Escola*, *Bolsa Alimentação*, *Programa do Erradicação do Trabalho Infantil*, *Programa Economia-Escola*, *Escola Plural*, *Serviços de Saúde os Pobres*, *ProUni*, *Benefício de Prestação Continua* die wichtigsten Sozialprogramme dar. In Uruguay handelt es sich um die Programme *Plan de Asistencia Nacional a la Emergencia Social (PANES)*, *Plan Alimentario*, *Trabajo por Uruguay*, *Rutas de Salida*, »*Nos tenemos que ver*«; und in Argentinien *Jefes y Jefas de Hogar*, *Programa Familias por la Inclusión Social*, *Plan Nacional de Seguridad Alimentaria*.

schriften und ihre rechtlich-institutionellen Rahmenbedingungen zu übernehmen. In diesem Sinne haben wir es also mit politischen Projekten zu tun, die sich den neoliberalen Maximen unterwerfen. Das Ziel der Politik besteht – wie gesagt – darin, eine bestimmte Vorstellung makro-ökonomischer Stabilität sicherzustellen (Inflationskontrolle, Reduktion von Wechselkursschwankungen, Erzielen von Haushalts- und Primärüberschüssen),²⁰ den Schutz von Eigentumsrechten zu gewährleisten und die gesamte Wirtschaft auf der Grundlage von Marktlogiken zu organisieren.

Ein wesentliches Merkmal dieser Politik war, dass sie in der Verfassung Eingang fanden oder als Gesetze verabschiedet, wodurch der normativ-institutionelle Rahmen festgeschrieben wurde. Dieser verwandelt sich in ein Argument für die Alternativlosigkeit der bestehenden Politik und etabliert eine »Sachzwang«-Logik, die nur eine spezifische Form von Pragmatismus fördert.

Da die Grundlagen der Wirtschaftspolitik bereits feststehen, erscheint die Sozialpolitik als ein komplementärer Bereich, der den Fiskalzielen, sprich der Vermeidung von Haushaltsdefiziten, untergeordnet wird. Aus diesem Grund kann auch die Kontinuität der Sozialpolitik nicht wirklich überraschen. Einige Mitte-Links-Regierungen haben sogar soziale Gegenreformen durchgesetzt, zu denen neoliberale Regierungen nicht in der Lage waren. Die »gemäßigte Linke« betrachtet den Neo-Assistenzialismus nicht als sozialpolitische Zwischentappe – was man in Anbetracht der Dramatik der Lage verstehen könnte –, sondern als Kern der Sozialpolitik. Man muss also konstatieren zwischen der Sozialpolitik der »gemäßigten Linken« und der von neoliberalen Regierungen keine wesentlichen Unterschiede bestehen. Differenzen gibt es nur bei Akzentsetzungen, der Reichweite von Programmen und der Höhe der Sozialausgaben.

Diese Kritik impliziert jedoch keineswegs, dass man die von den Mitte-Links-Regierungen erzielten sozialen Fortschritte negieren sollte. Besonders hervorzuheben sind die Erfolge bei der Armutsbekämpfung. Der entscheidende Einwand muss jedoch lauten, dass diese Fortschritte eben nicht zu einer strukturellen Lösung der sozialen Frage beitragen. Es handelt sich um eine Art Palliativ, das die extrem prekären Lebensbedingungen eines Teils der Bevölkerung zu lindern vermag, aber die strukturellen Ursachen der Un-

²⁰ Das jüngste Beispiel hierfür ist die Ankündigung der Regierung Dilma Russel, den Haushaltsüberschuss »zur Beruhigung der Märkte« von 3 auf 3,5 % zu erhöhen. Teil der Agenda sind Kürzungen in Höhe von 15.000 Millionen Reais (ungefähr 6.500 Mio. €); zudem widersetzt sich die Regierung der durch den Kongress gebilligten Erhöhung der Staatsausgaben. Vgl. »Brasil anuncia un ajuste fiscal para protegerse de la crisis«, in *El País*, Madrid, 20. August 2011.

gleichheit und des gesellschaftliches Elend nicht berühren – und das auch gar nicht sollen. Dies erklärt, warum in einigen Fällen die Ungleichheit zugenommen hat, obwohl gleichzeitig die Armutsquote gesunken ist.²¹

In dieser Hinsicht bleibt der Neo-Assistenzialismus der Mitte-Links-Regierungen hinter einer klassisch reformistischen Politik zurück, die sich ja durchaus die strukturelle Umverteilung des Reichtums zum Ziel setzte.

Der (scheinbare) Vorteil einer assistenzialistischen Sozialpolitik besteht darin, dass sie kurzfristig, fast unmittelbar Resultate zeitigt. Für politische Projekte, deren Horizont durch Wahlzyklen und formaldemokratische Prozeduren definiert ist, scheint dies attraktiv. Der Neo-Assistenzialismus setzt in diesem Sinne auf »politische Investitionen«, die den Zugang zur und den Verbleib in der Regierung ermöglichen.

Meiner Ansicht nach sind die Kosten dieser Fürsorge-Politik auf lange Sicht jedoch höher als die Dividenden, die durch sie erzielt werden können. Dafür gibt es mehrere Gründe: Erstens lässt eine derartige Politik keine klare Definition »des Sozialen« innerhalb der politischen Projekte zu, da kein grundlegender Unterschied mehr zwischen der neoliberalen Fürsorge und dem Assistenzialismus der (Mitte-)Links-Regierungen besteht.²² Zweitens legt der Assistenzialismus mit seinen paternalistischen Vorstellungen das kollektive Handeln sozialer und populärer Subjekte lahm, indem er korporatistische Tendenzen stärkt und ein Verständnis der Politik als »Leistung für Gefälligkeiten« fördert. In diesem Sinne trägt der assistenzialistische Ansatz drittens zu einer Deformation der politischen Kultur bei, in dem er Klientelpraktiken Vorschub leistet und sich von einer Kultur der sozialen Emanzipation entfernt.

Die Entscheidung für eine assistenzialistische Sozialpolitik erklärt sich auch durch das bereits erwähnte Verständnis von makro-ökonomischer Politik. Da angesichts der Kritik von rechts die Angst besteht, dass Sozialpolitik als Populismus bewertet werden könnte, hat man sich für eine Sozialpolitik entschieden, die nicht im Widerspruch zur Maxime fiskalpolitischer Stabilität geraten kann. Was die Einnahmeseite des Staates angeht, handelt es

²¹ Nach zwei Regierungen unter Lula Da Silva gehört Brasilien nach wie vor zu einem der Länder mit der größten sozialen Ungleichheit weltweit. Laut einer CEPAL-Studie liegt der Gini-Koeffizient des Landes auch nach sozialen Transferleistungen bei 0,58. Die Armut konnte nicht zuletzt dank dieser Transfers jedoch von 26,9% auf 19,9% gesenkt werden (CEPAL 2010: 222).

²² Es gibt beispielsweise Gemeinsamkeiten zwischen den Sozialprogrammen Mexikos und Kolumbiens auf der einen Seite und Brasiliens, Uruguays und Argentiniens andererseits. In all diesen Fällen stehen gezielte und an Bedingungen geknüpfte Transferleistungen an extrem arme Familien im Mittelpunkt.

sich um einen Ansatz, der die neoliberalen Grundsätze unangetastet lässt: ein Steuersystem, das sich auf indirekte Steuern, Gebühren und Beiträge stützt und die Einkommens- und Vermögensunterschiede der Bevölkerung nicht ins Visier nimmt. Hinsichtlich der Ausgabenpolitik unterwirft man sich der Haushaltsrestriktion, um die »fiskalische Nachhaltigkeit« nicht zu gefährden. Das bedeutet, dass man sich von auf einer auf Umverteilung abzielenden Wirtschaftspolitik verabschiedet hat, wie sie sowohl den Keynesianismus als auch die Sozialdemokratie charakterisierte.

Dieser Verzicht ist angesichts der sozialen Folgen dieser makro-ökonomischen Politik (die mit ihren Haushalts- oder Primärüberschüssen den internationalen Schuldendienst garantieren soll) grundsätzlich in Frage zu stellen. Eine derartige Politik zieht Finanzierungskonzepte nach sich, bei der eine Einkommensumverteilung von der Mittelschicht nach unten durchgesetzt wird. Tatsächlich wird die Sozialpolitik über höhere indirekte Steuern im Wesentlichen von der Mittelschicht und den Armen bezahlt, während für das große Kapital steuerliche Anreize für Investitionen und Wachstum geboten werden. Die Schuldenkrise in den USA und in Europa ist zum Anlass genommen worden, die vulgärökonomischen Vorstellungen des Neoliberalismus zu Fragen der Haushaltsdisziplin zu bekräftigen und die Kosten der Krise auf die Bevölkerungsmehrheit abzuwälzen.

Ein weiteres Argument für den Assistenzialismus ist die Tatsache, dass dieser gegenwärtig die kostengünstigste Form von Sozialpolitik darstellt, aber große politische Rentabilität und gesellschaftliche Wirkung verspricht.

Abschließende Bemerkungen

Wie im Text gezeigt, sind Kurs und Inhalt der Sozialpolitik der progressiven Regierungen von der politischen Entwicklung in den jeweiligen Ländern bestimmt. In keinem der untersuchten Fälle lässt sich ein nachhaltiger Transformationsprozess ausmachen. Da die Prozesse den Spielregeln der bürgerlichen Demokratie unterworfen sind, sich immer wieder der Bestätigung bei Wahlen unterwerfen müssen und auch ein Machtwechsel nicht ausgeschlossen ist, bleiben die Prozesse und ihre weitere Entwicklung umkämpft. Für die Sozialpolitik bedeutet dies, dass es – abgesehen von Venezuela und in geringerem Maße Bolivien und Ecuador – keinen auch noch so vorsichtigen Bruch mit der assistenzialistischen Politik gegeben hat, die der Neoliberalismus und die multinationalen Organisationen der Region aufgezwungen haben. Die so genannten fortschrittlichen Regierungen zeichnen sich durch einen (linken) Neo-Assistenzialismus aus.

In Venezuela ist der am weitesten reichende Versuch unternommen worden, eine alternative Sozialpolitik zu entwickeln, die auf der gesellschaftlichen Umverteilung der Erdölrente, der Neubestimmung der Eigentumsverhältnisse und der Bildung einer eigenen (parallelen) Institutionalität beruht. Dies gilt jedoch nicht für die Fiskalpolitik, die sich nach wie vor ausschließlich auf indirekte Steuern stützt. In Bolivien und Ecuador schließlich haben die Verfassungsgebenden Prozesse Fortschritte bei der Schaffung neuer rechtlich-institutioneller Rahmenbedingungen erlaubt und es hat eine Umverteilung der Einnahmen aus Rohstoffexporten stattgefunden. Ob dies zur Durchsetzung einer neuen Sozialpolitik führen wird, bleibt abzuwarten.

Welche Richtung die Sozialpolitik in Lateinamerika in den kommenden Jahren einschlagen wird, hängt im Wesentlichen von den Dynamiken der sozialen und popularen Kämpfe ab. Entscheidend wird sein, ob es ihnen gelingt, sich in eine gesellschaftliche Kraft zu verwandeln, die die Machtverhältnisse zugunsten einer sozio-ökonomischen Transformation verschiebt und damit eine Politik ermöglicht, die die strukturellen Ursachen der sozialen Ungleichheit bekämpft.

(Übersetzung: Aaron Taus)

Literatur

- Álvarez, V. (2009): »La Transformación del modelo productivo venezolano: balance de diez años de gobierno«. En: Jornadas Intelectuales, democracia y socialismo: callejones sin salida y caminos de apertura. Caracas: Centro Internacional Miranda.
- Amín, S. (1988): La desconexión. Hacia un sistema mundial policéntrico, Madrid: Iepala.
- Arkonada, K. (2011): »Tensiones y contradicciones del proceso de cambio«. En: Revista Izquierda, No. 14, Bogotá: Espacio Crítico, Centro de Estudios.
- Borón, A. (2008): »El mito del desarrollo capitalista nacional en la nueva coyuntura política de América Latina«. In: Estrada Álvarez, Jairo (Hrsg.), Izquierda y socialismo en América Latina, Universidad Nacional de Colombia, Bogotá: Universidad Nacional de Colombia.
- Carvajal, J. (2011): Acceso a la justicia global. El caso del Centro Internacional de Arreglo de Diferencias Relativas a Inversiones, CIADI (documento de trabajo), Bogotá: Instituto Latinoamericano para una sociedad y un derecho alternativos, ILSA.
- CEPAL (2010): La hora de la igualdad: brechas por cerrar, caminos por abrir, Santiago: CEPAL.
- De Ferranti, D./Perry, G./Ferreira, F./Walton, M. (2005): Resumen Ejecutivo: Desigualdad en América Latina y el Caribe: ¿Ruptura con la historia?, Washington: Banco Mundial.

- Elías, A. (2007): »Uruguay: un gobierno en disputa«. In: Stoliczka, Beatriz (Hrsg.) Gobiernos de izquierda en América Latina. Un balance político. Bogotá. D.C.: Ediciones Aurora.
- Engel, W. (2006): Estrategias de Reducción de la Pobreza y la Desigualdad en América Latina y el Caribe. Bogotá: Banco Interamericano de Desarrollo, Departamento de Desarrollo Sostenible.
- Estrada Á. J. (2008): »La cuestión social en América Latina: entre el 'neoliberalismo social' y el neosocialismo de izquierda«. In: Estrada Álvarez, Jairo (Hrsg.), Izquierda y socialismo en América Latina, Bogotá: Universidad Nacional de Colombia.
- Ders.: (2008): »Populismo económico en América Latina. ¿Práctica histórica o construcción ideológica?«. In: Anuario Colombiano de historia social y de la cultura, No. 35, Bogotá: Universidad Nacional de Colombia.
- Ders.: (2010): Derechos del capital. Dispositivos de protección e incentivos a la acumulación en Colombia, Bogotá: Universidad Nacional de Colombia.
- Gaviria, A. (2011): »Lulismo«, In: El Espectador, Bogotá, 7. August.
- Gudynas, E./Guevara, R./Roque, F. (Hrsg.) (2008): Heterodoxos. Tensiones y posibilidades de las políticas sociales en los gobiernos progresistas de América del Sur, Montevideo: Claes.
- Katz, C. (2008): »Socialismo o neodesarrollismo«. En: Estrada Álvarez, Jairo (Hrsg.), Izquierda y socialismo en América Latina, Universidad Nacional de Colombia, Bogotá: Universidad Nacional de Colombia.
- Lander, E./Navarrete, P. (2007): »La política económica de la izquierda latinoamericana en el Gobierno. Venezuela«. Ámsterdam: Havens Center, Rosa Luxemburg Stiftung, Transnational Institute.
- Machado, D. (2011): »Llegar al gobierno o transformar el Estado«. En: Rebelión, 18.08.2011. <http://www.rebelion.org/seccion.php?id=34>.
- Molina, C. G. (Hrsg.) (2006): Universalismo Básico: Una Nueva Política Social para América Latina. Washington: Banco Interamericano de Desarrollo.
- Ocampo, J. A. (2008): »Las concepciones de la política social: universalismo versus focalización«. In: Nueva Sociedad. No. 215, Buenos Aires.
- Rodríguez Garavito, C./Barrett, P./Chávez, D. (Hrsg.) (2005): La nueva izquierda en América Latina. Sus orígenes y trayectoria futura. Bogotá: Grupo Editorial Norma.
- Salto, N. (2011). »Ecuador: el tiempo y la revolución«. In: Revista Espacio crítico, No. 14, Bogotá.
- Stoliczka, B. (2008): Gobiernos de izquierda en América Latina. Un balance político, Bogotá: Ediciones Aurora.
- Ders.: (2008): »La izquierda latinoamericana y las encrucijadas del presente«. En: Estrada Álvarez, Jairo (Hrsg.), Izquierda y socialismo en América Latina, Universidad Nacional de Colombia, Bogotá: Universidad Nacional de Colombia.
- Ders.: (2010): »El posneoliberalismo y la reconfiguración del capitalismo en América Latina«, ponencia presentada en el VII Seminario internacional Marx vive. América Latina en disputa. Proyectos políticos y (re)configuraciones del poder, Bogotá. Universidad Nacional de Colombia, 27-29 de octubre.
- Turra, J. (2007): »Lula en Brasil: un gobierno en contradicción con su base social«. En: Stoliczka, Beatriz (Hrsg.), Gobiernos de izquierda en América Latina. Un balance

- político. Bogotá. D.C: Ediciones Aurora. Varios autores (2008). Financiamento e megaprojectos. Uma interpretacao da dinâmica regional sul-americana, Brasilia: Inesc.
- Varios Autores (2009a): Empresas transnacionais brasileiras na América Latina: un debate necesario. Sao Paulo: Expresao popular.
- Varios autores (2009b): América Latina hoy: ¿Reforma o revolución?, México: Ocean Sur.
- Vera, L. (2008): »Políticas sociales y productivas en un Estado patrimonialista petrolero: Venezuela (1999-2007)«. In: Nueva Sociedad. No. 215, pp. 111-128, Buenos Aires.
- Villatoro, P. (2007): Las transferencias condicionadas en América Latina: Luces y Sombras. Documento Seminario Internacional: »Evolución y desafíos de los programas de transferencias condicionadas«. Brasilia: CEPAL, Instituto de Investigación Económica Aplicada (IPEA) del Gobierno de Brasil.
- Weisbrot, M./Ray. R./Sandoval, L. (2009): El gobierno de Chávez después de 10 años: Evolución de la economía e indicadores sociales. Washington: Center for Economic and Policy Research (CEPR).
- Zibechi, R. (2010): América Latina: contrainsurgencia y pobreza, Bogotá: Ediciones desde abajo.

Christian Siefkes

Peer production & Commonism

Von der freien Softwarebewegung
zur »freien Assoziation der ProduzentInnen«?

Stellen wir uns eine Welt vor, in der Produktion und Reproduktion bedürfnisorientiert zum Wohle aller stattfinden und von Menschen organisiert werden, die sich niemandem unterordnen müssen und sich freiwillig die erforderlichen Tätigkeiten teilen. Ich nenne eine solche Gesellschaft *Commonismus*, weil ich glaube, dass darin die *Commons*, die Gemeingüter, eine wichtige Rolle spielen werden.

Man mag einwenden, dass eine solche Gesellschaft unmöglich sei, weil es sie noch nicht gab oder weil sie der Natur des Menschen widerspreche. Doch daraus, dass es etwas noch nicht gab, kann man nicht schließen, dass es unmöglich ist; und Argumente zur »Natur des Menschen« übersehen, dass die Menschen nicht nur die Gesellschaft machen, sondern umgekehrt auch durch die Gesellschaft beeinflusst und geprägt werden. Ändern sich die Strukturen, ändert sich auch das Verhalten der Menschen.

Der Commonismus bliebe allerdings eine abstrakte Idee, wenn er nicht das Zeug hätte, aus der heutigen Gesellschaft, dem Kapitalismus, heraus zu entstehen. Karl Marx (1859: 9) sagte dazu, dass »die materiellen Existenzbedingungen« neuer Produktionsverhältnisse »im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet« werden müssen.

Eine commonistische Gesellschaft hat meiner Ansicht nach zwei wesentliche Voraussetzungen, deren Entwicklung durch die kapitalistische Logik zum Teil begünstigt wird, während ihre vollständige Umsetzung im Widerspruch zum Kapitalismus steht: (1) Menschliche Arbeit verschwindet aus dem Produktionsprozess, sie wird durch Automatisierung und Selbstentfaltung ersetzt. (2) Der Zugang zu Ressourcen und Produktionsmitteln steht allen gleichermaßen offen.

Wie diese Voraussetzungen die Produktionsprozesse verändern, wird bislang im Bereich der digitalen Produktion von Software und anderen Informationsgütern am deutlichsten sichtbar. Die *Freie-Software-* und *Freie-Kultur-Bewegung* hat diesen Kernbereich der modernen Produktion so grundsätzlich umgewandelt, dass bestimmte Märkte deutlich geschrumpft oder gar komplett verschwunden sind. Dies betrifft etwa Internetsoftware, Software für Programmierer/innen und Enzyklopädien. In diesen Bereichen haben sich frei verwendbare Programme wie Apache, Firefox, WordPress, frei nutzbare

Programmiersprachen wie Python, Entwicklungsumgebungen wie Eclipse sowie die freie Internet-Enzyklopädie Wikipedia durchgesetzt. Konkurrenzangebote, die gemäß der üblichen kapitalistischen Logik nur käuflich erwerbbar sind, haben nahezu keine Chance mehr. Indem sie Märkte zum Verschwinden bringt, weist diese Bewegung über den Kapitalismus hinaus. Zugleich basiert sie aber auf Voraussetzungen, die im Kapitalismus entstehen und der kapitalistischen Logik zufolge entstehen *müssen*.

Ein Paradox des Kapitalismus ist, dass die menschliche Arbeit einerseits seine Grundlage ist, andererseits aber ein Kostenfaktor, den jedes Unternehmen möglichst stark reduziert. Arbeit ist Quelle des Mehrwerts und damit des Profits, doch zugleich kann jedes Unternehmen seinen Profit zumindest temporär dadurch erhöhen, dass es Arbeit einspart und so gegenüber seinen Konkurrenten einen Kostenvorteil erzielt. Arbeit in Billiglohnländern auszulagern ist eine Möglichkeit zur Kostensenkung, doch noch besser ist es aus unternehmerischer Sicht, sie durch Maschineneinsatz oder durch von den Kund/innen freiwillig und unentgeltlich übernommene Tätigkeiten zu ersetzen.

Bis vor einigen Jahrzehnten ging der Einsatz von Maschinen und menschlicher Arbeit meist Hand in Hand, etwa bei der Fließbandarbeit. Doch mit zunehmender Automatisierung wird die menschliche Arbeit bei Routine-tätigkeiten immer entbehrlicher. Übrig bleiben Arbeiten, die sich kaum automatisieren lassen, weil sie Kreativität, Intuition oder Einfühlungsvermögen erfordern. Deshalb ist in Bezug auf den modernen Kapitalismus oft von »Dienstleistungs-« oder »Informationsgesellschaft« die Rede, weil die meisten nicht automatisierbaren Tätigkeiten in diese Bereiche fallen.

Zudem werden Aufgaben an die Kund/innen selbst delegiert, was weitere Arbeitskräfte einspart. Dank Selbstbedienung brauchen Supermärkte weniger Verkäufer/innen; beim Online-Shopping und Online-Banking werden die Verkäufer bzw. Schalterangestellten ganz überflüssig; Ikea überlässt den Kund/innen das Zusammenbauen ihrer Möbel und spart so Personal und Transportkosten.

Doch diese Entwicklungen verändern zugleich den Charakter des Tuns. Als Angestellter arbeite ich, um Geld zu verdienen. Wenn ich jedoch meine eigenen Möbel zusammenbaue oder im Internet nach für mich geeigneten Produkten suche, dann interessiert mich das *Ergebnis* meines Tuns. Und durch die zunehmende Automatisierung werden langweilige Routinetätigkeiten, die man nur gegen (Schmerzens-)Geld erledigt, zunehmend durch kreativere und daher auch inhaltlich interessantere Tätigkeiten ersetzt.

Für letztere ist eine Bezahlung zwar (sofern man noch Geld braucht) ein netter Pluspunkt, aber – wie sich in den letzten Jahrzehnten zur Überras-

chung vieler Ökonom/innen gezeigt hat – keineswegs eine notwendige Bedingung. Seit das Internet es immer mehr Menschen ermöglicht, andere mit ähnlichen Interessen auch über größere Entfernungen hinweg zu finden, sind viele Projekte entstanden, in denen Menschen gemeinsam an Dingen arbeiten, die ihnen wichtig sind. Dazu gehören Freie Software, Freie Inhalte wie die Wikipedia und Open-Hardware-Projekte, in denen die Beteiligten gemeinsam materielle Dinge entwerfen und die Baupläne mit der ganzen Welt teilen. Beim Freifunk-Projekt, das offene Funknetzwerke aufbaut, und bei Gemeinschaftsgärten, wo Menschen gemeinsam städtische Freiflächen in offene Gärten umgestalten, steht dagegen die Zusammenarbeit vor Ort im Mittelpunkt. All diese Projekte haben zwei Grundlagen: zum einen die freiwillige, bedürfnisorientierte Zusammenarbeit der Beteiligten; zum anderen die Gemeingüter – Software, Wissen, Netzwerke oder Orte –, die sie nutzen, pflegen oder hervorbringen.

Manchen der Beteiligten geht es dabei ums Geldverdienen oder die Verbesserung ihrer Berufschancen, aber viele engagieren sich aus anderen Gründen: Weil sie selbst an dem entstehenden Werk Interesse haben, weil sie dabei Aufgaben übernehmen können, die ihnen Spaß machen, oder weil sie den anderen etwas zurückgeben möchten (ohne dazu verpflichtet zu sein). Arbeit zum Zweck des Geldverdienens wird so ersetzt durch Tätigkeiten, die man gerne um ihrer selbst willen, aufgrund ihres Ergebnisses oder den anderen Beteiligten zuliebe übernimmt: Selbstentfaltung.

Möglich ist das nur, weil die Beteiligten Zugang zu den benötigten Produktionsmitteln – wie Computern und Internetzugang – haben. Das mag als Begrenzung dieser freien, commonistischen Produktionsweise erscheinen, da die Konzentration der meisten Produktionsmittel in den Händen weniger für den Kapitalismus charakteristisch ist. Gemeinschaftlich produzieren kann man Software und Wissen, wo nur kleine, schon weit verbreitete Produktionsmittel nötig sind, aber wie steht es um Dinge, die riesige Fabriken erfordern?

Glücklicherweise treibt auch hier die Produktivkraftentwicklung den Kapitalismus in eine Richtung, die seine eigene Überwindung erleichtert. Ähnlich wie die heutigen Personalcomputer Nachfolger der Millionen kostenden und Räume füllenden Großrechner des letzten Jahrhunderts sind, werden auch andere Produktionstechniken immer günstiger und für Einzelne oder kleine Gruppen erschwinglicher. Kostengünstige, aber flexible computergesteuerte (CNC) Maschinen ersetzen in der industriellen Produktion zunehmend schwerfällige Großanlagen. Gleichzeitig hat sich rund um diese Maschinen eine Bewegung von Hobbyisten gebildet – die sogenannte »Maker«-Szene –, die sie nicht zum Geldverdienen benutzen, son-

dern um bedürfnisorientiert zu produzieren, zu experimentieren und Spaß zu haben.

In diesem Kontext sind auch erste Open-Hardware-Projekte entstanden, die selbst solche Produktionsmaschinen entwerfen und ihr Wissen als Gemeingut teilen. Damit werden die Grundlagen für eine bedürfnisorientierte, auf Gemeingütern basierende Produktionsweise gelegt.

Die Organisation einer Welt ohne Geld

Im Kapitalismus hat die Produktion gesellschaftlichen Charakter – man produziert immer für andere, nicht für sich selbst. Allerdings stellt sich der gesellschaftliche Charakter der Produktion erst im nachhinein – und auch keineswegs in allen Fällen – heraus, da die Güter zunächst privat (in Firmen) produziert werden. Zur Vermittlung zwischen privater Produktion und gesellschaftlicher Nutzung (durch andere) bedarf es des Marktes und des Geldes. Verkaufen kann man nur, was einem formell gehört, deshalb braucht es das Privateigentum und den Staat, der es durchsetzt und auch sonst darauf achtet, dass sich alle an die »Spielregeln« halten.

Im Commonismus wären alle diese Institutionen überflüssig, weil die Produktion von Anfang an gesellschaftlich und bedürfnisorientiert erfolgt. Im Folgenden soll dies vor allem anhand des Geldes durchgespielt werden, denn das Geld spielt in unserer Gesellschaft eine so große Rolle, dass es schwierig ist, sich eine Welt ohne Geld vorzustellen. Arbeiten die Menschen nicht nur, um Geld zu verdienen? Produzieren die Firmen nicht nur, um Gewinne zu machen? Würde ohne Geld nicht alles zum Stillstand kommen?

Zweifellos würden Firmen ohne Erwartung von Profiten nicht produzieren, doch für das Tun der Menschen spielt das Geld keine so große Rolle, wie man gewöhnlich denkt. So werden weniger als 40% der in Deutschland geleisteten Arbeiten bezahlt, der größere Teil wird nicht entlohnt: Tätigkeiten im Haushalt, private Pflege- und Betreuungsleistungen sowie ehrenamtliche Tätigkeiten (vgl. Meretz 2010). Gerade weil sie unbezahlt sind, werden diese Tätigkeiten in unserer Gesellschaft meist nicht sehr ernstgenommen, doch ohne sie würde alles zusammenbrechen. Und sie demonstrieren eindrucksvoll, dass Menschen für andere nützliche Dinge tun, auch wenn sie nicht mit Geld »bestochen« werden.

Auch im Internet spielen weitgehend geldfreie Formen der Produktion eine wichtige Rolle. Für Freie Software, wie das Betriebssystem Linux oder den Browser Firefox, und Freie Inhalte, wie die Internet-Enzyklopädie Wikipedia oder das OpenStreetMap-Projekt, muss ich nichts bezahlen. Ich

darf sie nutzen, an andere weitergeben und sogar – wenn ich die entsprechenden Kenntnisse habe – erweitern und verbessern; und das alles kostet mich keinen Cent.

Bedürfnisorientierte Produktion

Bisweilen wird Freie Software von Firmen produziert, die damit auf indirektem Weg Geld verdienen, z.B. über den Verkauf von Supportverträgen, Dokumentation oder passender Hardware. Doch in vielen Fällen steht hinter solchen Projekten eine Community von Menschen, die sich freiwillig und unentgeltlich engagieren, weil ihnen das dort entstehende Produkt wichtig ist oder weil sie die Tätigkeit genießen. Anderen geht es darum, etwas zu lernen, ihre Kenntnisse zu demonstrieren oder der Community etwas zurückzugeben. Es gibt viele Gründe, warum Menschen sich engagieren – auch ohne Geld.

Den Vorstellungen der modernen, neoklassischen Wirtschaftstheorie zufolge entstehen Firmen zur Reduzierung von sogenannten Transaktionskosten (Coase 1937). Das heißt, als Unternehmer meine Angestellten zu beauftragen ist für mich günstiger, als jede einzelne Leistung einzukaufen. Die Angestellten haben den Vorteil, im voraus zu wissen, welche Einnahmen sie erwarten können, statt sich täglich auf dem Markt bewähren zu müssen, aber sie sind Teil eines hierarchischen Systems und müssen den Anweisungen der Geschäftsführung folgen. Beziehungen auf dem Markt spielen sich dagegen zwischen formell Gleichberechtigten ab, sind jedoch rein funktionell: Die anderen interessieren mich nur als Tauschpartner, die mir etwas verkaufen oder abkaufen können.

Die Neoklassik kennt keine anderen Formen außer dem Markt und der Firma, doch die Communities von Menschen, die gemeinsam produzieren, zeigen, dass es auch anders geht. Anders als in Firmen sind alle freiwillig dabei, niemand erteilt den anderen Befehle. Deshalb wird diese Produktionsweise als Peer-Produktion bezeichnet: Die Beteiligten arbeiten auf gleichberechtigter Basis (als »Peers«) zusammen.

Und anders als auf dem Markt sind die anderen keine potenziellen Tauschpartner, sondern Menschen, die mit mir zusammen zu einem Ziel beitragen, das uns wichtig ist. Bei solchen Projekten geht es also ums Beitragen statt ums Tauschen. Beitragen ist im Gegensatz zum Tauschen kein Nullsummenspiel: Wenn ich beim Tauschen bzw. (Ver-)Kaufen ein »gutes Geschäft« gemacht habe, bedeutet dies allzu oft, dass jemand übers Ohr gehauen wurde. Wenn dagegen jemand gute Beiträge liefert, gewinnen alle Beteiligten.

Solange die Produzent/innen Verkäufer sind und die Nutzer/innen Käufer, arbeiten alle tendenziell gegeneinander: Die Einnahmen der einen sind die Kosten der anderen. Und ein höherer Marktanteil für einen Produzenten schmälert die Einnahmen derjenigen, die dasselbe produzieren, weshalb die Produzenten zwangsläufig in einem Konkurrenzverhältnis zueinander stehen. Derselbe Interessengegensatz wie zwischen Verkäufern und Käufern besteht zwischen Angestellten und Inhabern bzw. Geschäftsführung einer Firma: Erstere wollen zu möglichst günstigen Konditionen ihre Arbeitskraft verkaufen; letztere wollen ein Maximum an Arbeitskraft für möglichst wenig Geld erhalten. Diese Gegensätze fallen bei der bedürfnisorientierten Peer-Produktion weg, da meine Bedürfnisse nicht auf Kosten der Bedürfnisse anderer gehen müssen. Im Gegenteil: Die Beteiligten unterstützen sich gegenseitig bei der Befriedigung ihrer Bedürfnisse, was für alle von Vorteil ist.

Ungezwungene Produktion für andere

Bedürfnisorientierte Produktion darf nicht dahingehend missverstanden werden, dass jede und jeder nur für sich produziert. Peer-Produktion beginnt zwar oft dort, »wo's die Entwickler/in juckt«, wie Eric Raymond (2001), einer der Pioniere der Freien Software, sagte, aber gleichzeitig entstehen dabei immer auch nützliche Güter für andere. Und häufig beteiligen sich Menschen nicht aufgrund konsumtiver, sondern aufgrund produktiver Bedürfnisse: Sie machen etwas, weil sie es gerne machen, weil sie etwas lernen oder weil ihnen die Menschen wichtig sind, für die sie es machen.

Dass Peer-Produktion immer auch Produktion für andere ist, widerspricht gängigen ökonomischen Vorstellungen, wonach die Alternative zum Markt eine Art Robinson-Modell ist: Alle würden nur noch für sich oder ihre Familie produzieren; Kooperation größeren Stils fände nicht mehr statt. Dass man mit so einem isolierten Modell nicht weit kommt, ist klar. Als weitere Alternative wird die zentralisierte Planwirtschaft – der verfloßene »Realsozialismus« – genannt: Die ganze Gesellschaft funktioniert nach dem Modell einer Firma. Das Management, die Planerinnen und Planer geben vor, was alles zu tun ist, verteilen die zu erledigenden Aufgaben und überwachen, dass diese ordnungsgemäß erledigt werden. Diese Alternative hat historisch nicht sonderlich gut funktioniert und klingt wenig attraktiv: Man ist weiterhin abhängiger Angestellter, jetzt allerdings des Staats, und muss tun, was die Vorgesetzten sagen.

Peer-Produktion ist dagegen Produktion für andere, die nicht erzwungen wird und nicht um des Geldes willen stattfindet. Peers produzieren für an-

dere, weil sie es können und weil es eine Möglichkeit ist, weitere Mitstreiter/innen zu finden. Denn je mehr Menschen die Ergebnisse eines Projekts nutzen, desto mehr potenzielle Beitragende gibt es, da die Beitragenden meist nach und nach aus dem Kreis der Nutzer/innen dazustoßen. Wenn ein Projekt nicht mit anderen teilt und für andere mitproduziert, nimmt es sich die Chance, »Nachwuchs« zu gewinnen.

Die Aufgabenverteilung bei Peer-Projekten erfolgt in einem offenen Prozess, für den sich der Begriff »Stigmergie« etabliert hat (vgl. Heylighen 2007). Die Beteiligten hinterlassen Hinweise (griechisch *stigmata*) auf begonnene oder gewünschte Arbeiten, die andere dazu anregen, sich darum zu kümmern. Diese Zeichen, etwa To-Do-Listen und Bug-Reports in Softwareprojekten oder »rote Links« auf noch nicht existierende Artikel in der Wikipedia, bilden einen wichtigen Teil der Kommunikation.

Alle Beteiligten folgen den Zeichenspurten, die sie am meisten interessieren, und sorgen auf diese Weise sowohl für eine automatische Priorisierung der offenen Aufgaben – was mehr Menschen am Herzen liegt, wird im Allgemeinen schneller erledigt – als auch dafür, dass die unterschiedlichen Kenntnisse und Fähigkeiten der Beitragenden nahezu optimal eingesetzt werden. Man arbeitet zumeist an dem, was man sich am ehesten zutraut. Und da man sich aussucht, ob und wo und wie viel man mitarbeitet, sind die Beteiligten motivierter als Menschen, denen eine Aufgabe zugeteilt wird oder die als Angestellte oder Selbständige auf dem »freien Markt« nur wenig Alternativen haben.

Die unangenehmen Aufgaben

Aber reicht das? Was passiert, wenn man das Modell der Peer-Produktion auf alle Bereiche der Gesellschaft projiziert? Was wäre, wenn sich für bestimmte Aufgaben keine Freiwilligen finden, weil sie von allen als unangenehm, gefährlich oder aus anderen Gründen unattraktiv empfunden werden? Ein geldbasiertes System zwingt die schwächsten Glieder der Gesellschaft zur Übernahme solcher Aufgaben – diejenigen, die keine anderen Möglichkeiten zum Geldverdienen haben. Dass das eine gute Lösung ist, würden nur Zyniker behaupten – aber wie geht es anders?

Manche dieser Aufgaben würden sich wahrscheinlich als verzichtbar erweisen; wo das nicht der Fall ist, bleiben Automatisierung, Umorganisation und faire Aufteilung als Lösungen. Die Automatisierung hat seit Beginn der »industriellen Revolution« schon enorme Wirkungen entfaltet; immer größere Teile der Produktion werden ganz oder teilweise automatisiert.

Allerdings stellt im Kapitalismus der Lohn eine Grenze der Automatisierung dar. Je schlechter bezahlt ein Job ist, desto schwieriger wird es, ihn ohne Mehrkosten zu automatisieren. Deshalb lohnt sich dies bei vielen undankbaren Tätigkeiten, wie etwa Putzen, innerhalb der kapitalistischen Kalkulation nicht. Anders bei der Peer-Produktion: Wenn es hier Aufgaben gibt, an deren Erledigung alle oder viele interessiert sind, die aber niemand selbst tun will, dann ist der Anreiz, sie zumindest teilweise zu automatisieren, sehr hoch. Und da die Automatisierung von Tätigkeiten selbst eine spannende und herausfordernde Beschäftigung ist, sind die Chancen, dafür Freiwillige zu finden, sehr viel besser.

Wo dies unmöglich ist, dürften sich Tätigkeiten häufig so umgestalten lassen, dass sie angenehmer werden. Im Kapitalismus finden manche Arbeiten unter sehr schlechten Bedingungen statt. Man denke an eine Angestellte, die um vier Uhr morgens Büros putzen soll. Das würden gleichberechtigte, freiwillig kooperierende Menschen von sich aus nicht so organisieren.

Automatisierung und Umorganisation lassen sich auch kombinieren. Beispielsweise werden in einigen spanischen Städten heute Müllautos mit Greifarmen eingesetzt, mittels derer die Mülltonnen vom Fahrerhaus aus ferngesteuert aufgenommen und geleert werden. So kommt niemand mehr mit dem Müll direkt in Berührung, und die Müllabfuhr wird zu einer einem Videospiele ähnlichen Geschicklichkeitsaufgabe, für die sich leicht Freiwillige finden.

Falls weder Automatisierung noch Umorganisation greifen, ist ein Pool von unangenehmen Aufgaben denkbar, von denen jede und jeder anteilig einige übernimmt. Wenn sich so alle oder die meisten an der Erledigung dieser Aufgaben beteiligen, hat niemand lange damit zu tun, und was alle machen müssen, ist erfahrungsgemäß auch weniger schlimm.

Gemeingüter und Besitz produzieren

In jeder Gesellschaft verhalten sich die Menschen zur Natur und zu den Produkten ihres Tuns in einer Weise, die dieser Gesellschaft entspricht. Im Kapitalismus werden Ideen, Produkte und natürliche Ressourcen vorwiegend als Privateigentum betrachtet, das nur mit Zustimmung der Eigentümerin oder des Eigentümers – und in aller Regel gegen Geld oder eine andere Gegenleistung – den Besitzer wechseln kann. Im Commonismus werden sie dagegen zu Gemeingütern und Besitz, denn wo das Geld überflüssig wird, verliert auch das Eigentum, also die Berechtigung, Dinge »zu Geld zu machen«, seine Bedeutung. Etwas zu besitzen, bedeutet dagegen, es zu be-

nutzen: Die Wohnung, die ich gemietet habe, ist mein Besitz, aber das Eigentum meines Vermieters.

Gemeingüter (englisch *commons*) sind Güter, die von einer Gemeinschaft produziert oder gepflegt werden und die für die Nutzer/innen nach gemeinsam festgelegten Regeln verfügbar sind. Freie Software und Freie Inhalte sind Gemeingüter, die alle nicht nur nutzen, sondern auch verändern und weiterentwickeln dürfen. Wasser, Luft, Wälder und Land galten oder gelten in vielen Gesellschaften als Gemeingüter, die von größeren oder kleineren Gruppen genutzt und gepflegt werden.

Peer-Produktion basiert auf Gemeingütern und bringt ihrerseits neue Gemeingüter hervor. Deswegen spricht der US-amerikanische Jurist Yochai Benkler (2006), der den Begriff geprägt hat, auch von *commons-based peer production*. Das von Peers produzierte Wissen – ob Software, Inhalte oder Freies Design, freie Bauanleitungen und Konstruktionspläne, die die Herstellung, Nutzung und Wartung materieller Güter dokumentieren – wird zum Gemeingut, das andere anwenden und weiterentwickeln können. Aber Peer-Produktion kann nicht nur Informationen, sondern auch Infrastrukturen und materielle Güter hervorbringen. So sind in vielen Städten Freie Funknetze entstanden, die allen in der Umgebung kostenfreien drahtlosen Internetzugang ermöglichen. Häufig sind diese Projekte als »Mesh-Netzwerke« organisiert, die ohne privilegierte Server auskommen – alle beteiligten Computer sind gleichberechtigt. Mittels solcher dezentraler, selbstorganisierter Netzwerke können sich die Menschen nicht nur mit Kommunikationsmöglichkeiten versorgen (vgl. Rowe 2010, 2011), sondern auch mit Energie und Wasser. Selbstorganisierte commonsbasierte Projekte zur Wasserversorgung existieren beispielsweise in Südamerika (vgl. De Angelis 2010).

Gleichzeitig sind auch erste offene Einrichtungen für die Produktion materieller Güter entstanden. Hackerspaces und Fab Labs werden von Freiwilligen betrieben und verfügen oft über computergesteuerte Maschinen – z.B. Fräsmaschinen und sogenannte 3D-Drucker oder Fabber –, die eine weitgehend automatisierte Produktion kleiner Stückzahlen ermöglichen. Die Baupläne der verwendeten Maschinen werden nach Möglichkeit selbst als Freies Design offengelegt, und man arbeitet daran, dass sich mit ihnen wiederum mindestens gleichwertige Maschinen herstellen lassen. So schafft sich die commonsbasierte Peer-Produktion selbst die Basis für ihre weitere Ausbreitung und gleichzeitig für die Versorgung der Menschen mit dem, was sie zum Leben brauchen.

Wo die Dinge als Gemeingüter und Besitz produziert werden, wird die Frage der Verteilung viel entspannter. Ich kann beliebig viele Lebensmittel verkaufen, aber nur eine sehr begrenzte Anzahl essen. Dasselbe gilt für alle

anderen Güter: Jedes Bedürfnis, sie zu nutzen, ist tendenziell begrenzt. Potenziell grenzenlos sind nur die Möglichkeit und gegebenenfalls das Interesse, sie zu Geld zu machen (sofern es genug Käufer/innen gibt). Aber diese Möglichkeit verschwindet in einer Welt, in der die Produktion bedürfnisorientiert erfolgt und niemand kaufen und verkaufen muss.

Peers produzieren für sich und andere. Ich tue etwas für die anderen und vertraue darauf, dass die anderen etwas für mich tun. Alle suchen sich die Bereiche aus, die ihnen wichtig sind oder gut gefallen. Auch wenn einige gar nichts machen, ist das kein Problem, solange genügend andere aktiv werden. Dabei funktioniert Peer-Produktion immer nur dann, wenn man die anderen tatsächlich als Peers, als ebenbürtig begreift. Einzelne können sich nicht auf Kosten der anderen verwirklichen, weil die anderen nicht dumm sind und sie dabei nicht unterstützen werden – und ohne Unterstützung kommt man nicht weit.

Auch eine commonistische Gesellschaft wird entscheiden müssen, wie die vorhandenen Ressourcen eingesetzt werden – produziert man lieber Lebensmittel für alle oder Biosprit, damit einige nach Erschöpfung der Ölvorräte weiter Auto fahren können? Setzt man für die Energieversorgung auf dezentrale erneuerbare Energiequellen oder auf Atomkraftwerke, deren Abfälle noch für Jahrtausende ein Risiko darstellen? Wie lassen sich die Interessen der Nutzer/innen eines Guts, die sich eine neue Fertigungsstätte wünschen, mit denen der Nachbarn, die sich dadurch gestört fühlen, in Einklang bringen? Wer verstanden hat, wie und warum Peer-Produktion funktioniert, wird sich vorstellen können, wie die Antworten auf solche Fragen ausfallen dürften. Aber das Wichtigste ist, dass sie von denen gestellt und beantwortet werden können, die sie angehen – uns allen.

Literatur

- De Angelis, M. (2010): Water Umaraqa (<http://www.commoner.org.uk/blog/?p=241>), 2.4.2011.
- Benkler, Y. (2006): *The Wealth of Networks. How Social Production Transforms Markets and Freedom*, New Haven, Conn: Yale University Press.
- Coase, R. (1937): »The Nature of the Firm«, in: *Economica* 4(16): 386-405, London.
- Heylighen, F. (2007): »Warum ist Open-Access-Entwicklung so erfolgreich?«, in: Lutterbeck, Bernd/Bärwolff, Matthias/Gehring, Robert (Hrsg.), *Open Source Jahrbuch 2007*, Berlin: Lehmanns Media, (<http://www.opensourcejahrbuch.de/portal/articles/pdfs/osjb2007-02-04-heylighen.pdf>), 2.4.2011.
- Marx, K. (1859): Zur Kritik der Politischen Ökonomie, in: Karl Marx/Friedrich Engels, *Werke* (MEW), Band 13, Berlin 1961.

- Meretz, S. (2010): Produktive Schweine und unproduktive Kinder (<http://www.keimform.de/2010/produktive-schweine-und-unproduktive-kinder>), 23.4.2011.
- Raymond, E.S. (2001): »The Cathedral and the Bazaar«, in: *The Cathedral and the Bazaar: Musings on Linux and Open Source by an Accidental Revolutionary*, Sebastopol, CA: O'Reilly, (<http://gnuwin.epfl.ch/articles/de/Kathedrale>), 2.4.2011.
- Rowe, D. (2010): Baboons, Mesh Networks, and Community, (<http://www.rowetel.com/blog/?p=124>), 2.4.2011.
- Rowe, D. (2011): Dili Village Telco Part 11 – State of the Mesh, (<http://www.rowetel.com/blog/?p=1447>), 2.4.2011.

Argentiniens besetzte Betriebe

Das emanzipatorische Potenzial
und die Grenzen der Arbeiterkontrolle

In den 1990er Jahren und danach in verstärktem Maß als Konsequenz der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2001/2002 entstanden in Argentinien eine Vielzahl von sozialen Bewegungen: neue Gewerkschaften, Arbeitslosenorganisationen, Nachbarschaftsversammlungen, Müllsammler und besetzte, selbstverwaltete Betriebe (Uriona 2006: 89). Während die meisten Initiativen im Zuge von Argentiniens wirtschaftlichem Aufschwung in den Folgejahren rasch wieder in der Bedeutungslosigkeit versanken, etablierten sich die besetzten Betriebe als eine relativ starke und gutorganisierte Form des sozialen Protestes. Der jahrelange Kampf der Arbeiter um die Wiedereingangssetzung der Produktionsanlagen konkursgegangener, verschuldeter Unternehmen veränderte zum Teil auf radikale Weise die bestehenden Formen von Repräsentation und Partizipation am Arbeitsplatz.

Von Versammlungen erhaltene Mandate, direkte Wahlen von internen Kommissionen, die Rotation von Positionen und Koordinatoren, die Repräsentation von Minderheitsstimmen und die freie Meinungsäußerung der Arbeiter und Arbeiterinnen etablierten sich als Praxen, die deren direktdemokratische Beteiligung förderte (Korol 2005). Diese Errungenschaften ersetzten sowohl die hierarchischen Beziehungen zwischen Kapital und Arbeiterschaft als auch die bürokratische Führung von Seiten der traditionellen klientelistischen Gewerkschaften. Der vorliegende Text zielt zum einen darauf ab, kurz den spezifischen sozio-ökonomischen und politisch-ideologischen Kontext nachzuzeichnen, der die Wiederbelebung der Selbstverwaltung in Argentinien hervorgebracht hat. Zum anderen soll auf das emanzipatorische Potenzial sowie die Hindernisse und Grenzen der Arbeiterselbstverwaltung in Argentinien eingegangen werden.

1. Die Renaissance der Selbstverwaltung in Argentinien

Seit den 1970er Jahren haben Debatten über Demokratie am Arbeitsplatz, solidarisches Wirtschaften und Selbstverwaltung einen starken Aufschwung erlebt. Dies ist vor allem das Ergebnis der neoliberalen Politik, die einen beträchtlichen Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen in prekäre Arbeitsverhält-

nisse und in die Arbeitslosigkeit katapultierte. Diese Entwicklung zwang die marginalisierte Gesellschaftssektoren dazu, sich nach alternativen Formen der wirtschaftlichen Tätigkeit umzuschauen. In Folge der desaströsen Strukturanpassungsprogramme in den 1980er Jahren breiteten sich heterogene Kooperationsinitiativen und demokratisch organisierte Produktionsmodelle vor allem in verschiedenen Teilen Lateinamerikas aus (Sardá de Faria/Cavalcanti 2009: 23).

Argentiniens Entwicklung seit den 1970er Jahren ist gleichzeitig paradigmatisch und außergewöhnlich für die Region. Ähnlich wie andere lateinamerikanische Länder wurde das Land Zeuge tiefgreifender und teilweise tragischer sozial-ökonomischer und politischer Veränderungen: eine massive Auslandsverschuldung und Strukturanpassungsprogramme in Folge der Schuldenkrise von 1982, die Umsetzung neoliberaler Politik in den 1980er und 1990er Jahren, Deindustrialisierung und Finanzialisierung der Wirtschaft, Verarmung, Marginalisierung und Ausgrenzung großer Teile der Bevölkerung, wachsende soziale Ungleichheit und Prekarisierung; und schließlich der Aufstieg sozialer Protest- und Widerstandsbewegungen in den 1990er Jahren (Ranis 2010: 80). Das Außergewöhnliche an Argentiniens jüngerer Geschichte war der wirtschaftliche und politische Zusammenbruch im Jahr 2001, der gleichzeitig die schwerste Krise in der jüngeren Geschichte des Landes darstellte. Diese Krise legte aber auch den Grundstein für das Aufkeimen neuer und unkonventioneller Formen wirtschaftlicher Organisation.

Ein kurzer Überblick über die Geschichte der Selbstverwaltung

Während des Großteils der Menschheitsgeschichte war die Beziehung zur Natur kollektiv organisiert und gründete sich auf die aktive Beteiligung der Mitglieder einer Gemeinschaft. Charakteristisch für vorkapitalistische Gesellschaften war die Einbettung des Marktes in die Gesellschaft. Polanyi (1944) untersuchte die historische Umkehrung dieser Beziehung mit dem Aufstieg der kapitalistischen Produktionsweise. Das Konzept der Selbstverwaltung bezieht sich auf »eine Form der Institutionalisierung, die sowohl die externe als auch interne Bürokratisierung ablehnt« (Cox 1987: 32, Übers. d. A.). Historisch gesehen war das Konzept eng mit dem Kampf der Arbeiter für eine post-kapitalistische Form der gesellschaftlichen Organisation verknüpft (Bonnet 2011). Marx sah die selbstorganisierte Assoziation »freier Menschen (...), die mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten und ihre vielen individuellen Arbeitskräfte selbstbewusst als eine gesellschaftliche Arbeitskraft verausgaben« (MEW 23: 92), als die grundlegende Organisationsform für die Schaffung einer alternativen Gesellschaftsordnung an.

Erste Erfahrungen der Selbstverwaltung im Kapitalismus reichen zurück bis zu Robert Owens utopischem Sozialismus im England des frühen 19. Jahrhunderts (Leubolt/Auinger 2006: 40f.). Im Jahr 1871 war es die Gründung der Pariser Kommune, die einen kurzlebigen Versuch der Selbstverwaltung darstellte und die blutig niedergeschlagen wurde (Marx 1871, Gluckstein 2011: 34f.).¹ Während des Ersten Weltkriegs fanden Fabrikbesetzungen in Deutschland unter der Führung der Revolutionären Obleute (Hoffrogge 2011) und in Russland als Teil der bolschewistischen Revolution statt. Unmittelbar nach dem Krieg, in den Jahren 1919-1920, erlebten die norditalienischen Städte Turin und Mailand eine Reihe von wild umkämpften Betriebsbesetzungen (Di Paola 2011). Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs bis in die späten 1980er Jahre entstand in Jugoslawien ein historisch einzigartiges System der Arbeiterselbstverwaltung. Im Gegensatz zur Sowjetunion wurde die zentrale Planung abgelehnt und stattdessen ein dezentrales wirtschaftliches, politisches und soziales Modell gefördert, das sich in erster Linie auf Mitbestimmung und Selbstorganisation der Arbeiter stützte (Herbert 2006: 25ff., Musić 2011).

In den vergangenen zwei Jahrzehnten ist Lateinamerika als Region im Kampf der Arbeiter und Arbeiterinnen um die Kontrolle der Produktionsmittel zunehmend in den Vordergrund gerückt. Als Antwort auf die strukturelle Transformation der Region, die sich unter dem Banner der neoliberalen Globalisierung seit den 1970er Jahren entfaltet hatte, entstanden zahlreiche soziale Bewegungen.² Neben Argentinien breiteten sich Selbstverwaltungsformen auch in den indigenen Kommunen in Chiapas (Boyer 2006), in Brasilien (Müller-Plantenberg 2006, Auinger 2005, 2007, Sardá de Faria/Cavalcanti 2009, Sardá de Faria/Novaes 2011), in Venezuela (Azzellini 2011) und in der Grenzregion von Arauca zwischen Kolumbien und Venezuela (Arps/Zelik 2006) aus.

¹ Zu den Ursprüngen und den ersten praktischen Erfahrungen der Arbeiterselbstverwaltung vgl. Gubitzer 1989, Albert 2003, Ness/Azzellini 2011.

² In einigen Ländern gelang es Arbeitslosenbewegungen, die nationalen Regierungen zumindest teilweise von ihren Forderungen zu überzeugen. Insbesondere leisteten die Regierungen in Brasilien und Venezuela konkrete Unterstützung für diverse Initiativen der Arbeiterselbstverwaltung durch die Finanzierung von Kreditprogrammen für Genossenschaften und die Subventionierung von Bildungsprogrammen für Mitglieder von Genossenschaften. Darüber hinaus unternahmen die Regierungen beider Länder durch die Legalisierung besetzter Betriebe und die Enteignung konkursgegangener Unternehmen konkrete Schritte zur Institutionalisierung solidarischer Produktionsmodelle (Leubolt/Auinger 2006: 43f.).

Das Wiedererstarken von Betriebsbesetzungen in Argentinien

Argentinien hat eine lange Geschichte von Arbeiter- und Selbstverwaltungs-kämpfen. Während der frühen 1970er Jahre waren Fabrikbesetzungen eine verbreitete Taktik des Widerstands gewesen (Scodeller 2011). Doch bis Mitte der 1990er Jahre waren fast alle Versuche, die Kontrolle über Produktionsstätten zu übernehmen, kurzlebig und hatten letztendlich mit einer Rückkehr zu traditionellen, hierarchischen Arbeitsbeziehungen geendet (Geiger 2006: 93).

Die Krise von 2001-2002 führte zur Insolvenz von schätzungsweise 30.000 Industrieunternehmen und vernichtete rund 750.000 Arbeitsplätze, was 9% der gesamten argentinischen Arbeiterschaft entsprach (Sardá de Faria/Cavalcanti 2009: 39). Den Schließungen waren in vielen Fällen drastische Lohnkürzungen und das Zurückhalten ausstehender Gehälter vorausgegangen. Mit all ihren verheerenden sozialen Folgen war die Krise aber auch Geburtshelferin neuer politischer Praxen.

Im November 2002 waren rund 150 der über 1.200 bankrotten Betriebe von 13.000 Arbeitern und Arbeiterinnen besetzt und schließlich wieder in Gang gesetzt worden. In dieser von Massenverarmung geprägten Zeit verfolgten die argentinische Regierung und die Provinzbehörden eine widersprüchliche Strategie gegenüber dem militanten Aktivismus der Arbeiter. In einigen Fällen wurden Werksbesetzungen toleriert oder sogar punktuell unterstützt.³ Die Regierung hoffte offensichtlich, mit dieser Politik eine drohende Eskalation sozialer Unruhen verhindern und eine ökonomische Notlösung für die Arbeiterinnen und Arbeiter anbieten zu können. Die Kooptation der Arbeiter von Seiten der argentinischen Regierung ging jedoch gleichzeitig mit einem direkten Angriff gegen die radikalsten und revolutionärsten Teile der Fabrikbesetzer einher (Cockcroft 2003, La Vaca Collective 2007).

Argentinien's Selbstverwaltungsinitiativen sind politisch und sozial sehr heterogen. Auch die Betriebe, die im weitesten Sinne Teil der Bewegung sind, unterscheiden sich deutlich hinsichtlich ihrer sozialen und politischen Orientierung. Im Allgemeinen kann man zwischen zwei Hauptlinien unterscheiden: zum einen eine Gruppe von Fabriken, bei denen der politische Kampf und die soziale Emanzipation der Arbeiterschaft im Vordergrund stehen; und zum anderen ein Konglomerat von Akteuren, die sich in erster

³ Im Frühjahr 2002 gaben Änderungen in Argentinien's Insolvenzgesetz den Arbeitern die Gelegenheit, für eine Dauer von zwei Jahren die rechtliche Kontrolle über die besetzten Unternehmen zu übernehmen, insofern sie dafür Genossenschaften gründeten. Die Mehrheit der besetzten Betriebe ging auf dieses Angebot ein, so dass im Jahr 2010 90% der selbstverwalteten Unternehmen genossenschaftlich betrieben wurden (Geiger 2006: 96).

Linie auf die Institutionalisierung der Betriebe, die Sicherung von Arbeitsplätzen und die Befriedigung der unmittelbaren Bedürfnisse der Arbeiter konzentrieren (Rebón/Salgado 2010: 191).

Die erste Strömung verfolgt eine eher autonome Agenda, die auf die Ausweitung der Selbstverwaltung und die entschädigungslose Verstaatlichung der besetzten Fabriken abzielt. Kapitalistische Eigentumsverhältnisse und die bürgerliche Staatsmacht werden vehement zurückgewiesen und gleichzeitig die Enteignung der besetzten Fabriken und die Wiederaufnahme der Produktion unter der direkten Kontrolle der Arbeiter gefordert. Darüber hinaus werden eine radikale Umgestaltung der argentinischen Gesellschaft und die Schaffung einer neuen sozialen Ordnung befürwortet, die auf Selbstverwaltung, Solidarität und partizipativer Demokratie basieren soll. Diese Gruppe wird von den Arbeitern von Zanón (einer Keramikfabrik in Neuquén), der lokalen Gewerkschaft (*Sindicato de Obreros y Empleados Ceramistas de Neuquén*) den Arbeitern der Schneiderei Bruckman in Buenos Aires, den *Madres de Plaza de Mayo* und dem *Movimiento Nacional de Fábricas Recuperadas* (MNER) angeführt (Villablanca 2010, Aiziczon 2009, Cockcroft 2003).

Die zweite Strömung, die sich durch eine reformistisch-konservative Position auszeichnet, verfolgt eine Strategie der schrittweisen Verbesserung innerhalb der bestehenden kapitalistischen (Re)-Produktion. Diese Gruppe wird hauptsächlich vom *Movimiento Nacional de Fábricas Recuperadas por los Trabajadores* (MNFRT) unter der Leitung von Luis Alberto Caro vertreten und genießt die Unterstützung der Katholischen Kirche sowie von Mitgliedern des peronistischen *Partido Justicialista* (JP) und dem Gewerkschaftsverband *Central de Trabajadores de la Argentina* (CTA). Die MNFRT unterstützt die Enteignung besetzter Fabriken unter bestimmten Voraussetzungen wie Entschädigung, Mietzahlungen für die Betriebe und Fristen für die Enteignungen (Apertura Colectiva 2010: 14, Ranis 2010: 84).

2. Das emanzipatorische Potenzial der Selbstverwaltung in Argentinien

Trotz aller Differenzen haben die besetzten Betriebe eine gemeinsame Basis, die von der Solidarität unter den Arbeitern und zu ihrem weiteren sozialen Umfeld, der demokratischen Teilhabe an der Entscheidungsfindung und dem kollektiven Eigentum an den Fabriken lebt. Es ist die praktische Anwendung dieser Grundsätze, in der das emanzipatorische Potenzial der argentinischen Selbstverwaltung zu finden ist (Bauni/Fajn 2010: 19).

Solidarität und kollektives Bewusstsein

Das Solidaritätsprinzip richtet sich gegen die Logik der Kapitalverwertung, in der die Menschen zu bloßen Mitteln für die kapitalistische (Re)-Produktion erniedrigt werden. Ein auf Solidarität basierendes Produktionsmodell betrachtet wirtschaftliche Tätigkeiten als ein Mittel der menschlichen Selbstverwirklichung und als einen Schritt zur individuellen und kollektiven Emanzipation. Die Solidarität zwischen den Arbeitern als Ausdruck des kollektiven Bewusstseins entsprang den gemeinsamen Erfahrungen im Kampf während der Besetzung der Betriebe, dem gemeinsamen Widerstand gegen Räumungsversuche, der Wiederaufnahme der Produktion und der kollektiven Schaffung eines Systems moralischer Werte.

Im Gegensatz zu traditionellen kapitalistischen Unternehmen, die Gewinnmaximierung und Strategien der exportorientierten Internationalisierung verfolgen, ordnete die Mehrheit der besetzten Betriebe ihr privates Profitstreben sozialen und gemeinnützigen Zielen, kollektiver Profitverteilung und der Errichtung kooperativer Formen der Organisation unter. Das Hauptziel der Arbeiterselbstverwaltung ist nicht die bloße Erzielung von Gewinnen, sondern deren Nutzung für soziale und kollektive Ziele, sowohl innerhalb als auch außerhalb des Arbeitsplatzes, also die Umlenkung privater wirtschaftlicher Initiativen auf die Gesamtheit sozialer, ökologischer und moralischer Zwecke.

Im Hinblick auf die praktische Umsetzung der Solidarität gibt es eine starke Korrelation zwischen der Intensität des Kampfes um die Produktionsmittel während der Besetzung und der anschließenden solidarischen, demokratischen und kollektiven Organisation der Produktion. In Bezug auf die Vergütung wurden in den besetzten Fabriken traditionelle Löhne durch ein kollektiv erstelltes System der Gewinnausschüttung ersetzt, das die Entscheidung der Arbeiter und Arbeiterinnen widerspiegelt, die Gewinne entweder zu gleichen Teilen auszubehalten oder ein Entlohnungssystem einzuführen, das die jeweilige individuelle Situation der Arbeiter mit einbezieht (Geiger 2006: 97). Im Jahr 2010 stützten sich 56% der besetzten Betriebe auf egalitäre Entlohnungssysteme (Programa Facultad Abierta 2010: 55).

In den meisten anderen Fabriken entstanden mit der Zeit Vergütungssysteme, die Aspekte wie Qualifikation, Erfahrung, Anzahl der Kinder, Verantwortung und Dienalter in der Lohnberechnung berücksichtigten. Argentinien besetzte Fabriken unterscheiden sich dennoch von traditionellen kapitalistischen Firmen durch das Fehlen großer sozialer Unterschiede zwischen den Arbeitern, was durch die Einführung von Lohnober- und untergrenzen gewährleistet wird (Bauni/Fajn 2010: 28, Rebón/Salgado 2010: 189, La Vaca Collective 2007: 38).

Darüber hinaus begannen die Arbeiter durch die Einführung flexibler Rotationspläne eine größere Zahl verschiedener Aufgaben auszuführen, als dies während der traditionellen Beschäftigung der Fall gewesen war. Dadurch erhöhte sich die Verantwortung in den verschiedenen Stufen des Produktionsprozesses und gleichzeitig entstand ein Gefühl der Partizipation, Eigenverantwortung und Freiheit (Costa 2010: 119). Die organisatorischen Veränderungen innerhalb der besetzten Betriebe verwandelten auch die bisher verwendeten Mechanismen der Kontrolle. Statt auf Zwang griffen die Arbeiter auf konsensuale, auf Dialog beruhende Formen der Konfliktlösung zurück. In vielen Fällen wurden auch Verhaltenskodexe vereinbart und eingeführt (Rebón/Salgado 2010: 196).

Partizipative Demokratie am Arbeitsplatz

Das Demokratieprinzip gründet auf der Überzeugung, dass politische Gleichheit, das Grundprinzip der Demokratie, nicht ohne die Gleichstellung im wirtschaftlichen Bereich erzielt werden kann. Durch die Einbeziehung von Differenz und Dissens in den Prozess der Entscheidungsfindung in der Arbeiterversammlung auf Betriebsebene nähert sich das Demokratieprinzip sehr an den Begriff der »radikalen Demokratie« (Laclau/Mouffe 1985) an. Es fordert somit sowohl die liberale, parlamentarische Demokratie heraus als auch die deliberative Demokratie, die auf die Herstellung eines Konsens durch öffentlichen Diskurs abzielt.

Die Beteiligung der Arbeiter in den besetzten Betrieben ist fest in der Idee der gleichberechtigten demokratischen Entscheidungsfindung verwurzelt, also im Prinzip des one (wo-)man, one vote. Das übergeordnete Ziel ist es, eine gleichmäßige Verteilung der Macht zwischen den Arbeitern und Arbeiterinnen zu schaffen und eine demokratische Kontrolle innerhalb des Unternehmens zu etablieren (Auinger 2009, Costa 2010: 121). Die Disposition auf Seiten der Arbeiter, sich an der Entscheidungsfindung zu beteiligen, ist stark von ihrem Bildungsgrad abhängig, insbesondere vom persönlichen Wissen und von einem Verständnis des historischen Charakters der sozialen Strukturen und der darin vorherrschenden Machtverhältnisse (Hafner 2009: 54).

In fast allen besetzten Unternehmen Argentiniens ist die Versammlung das höchste Entscheidungsorgan. Sie bietet den Arbeitern und Arbeiterinnen einen Raum und die Gelegenheit, relevante Themen hinsichtlich rechtlicher und politischer Strategien, finanzieller und organisatorischer Fragen oder Solidaritätsaktionen zugunsten der lokalen Gemeinschaft, gemeinsam mit anderen besetzten Betrieben zu besprechen. Die Diskussion unter den Arbeitern wird dadurch zu einer auf Gegenseitigkeit basierenden

und eine intersubjektive Wahrheit suchenden Tätigkeit, bei der die individuelle Beteiligung direkten Einfluss auf die künftige Gestalt des Kollektivs hat. Aus praktischen und zeitsparenden Gründen kam es allerdings in vielen besetzten Fabriken zur Schaffung von gewählten Delegationen, die die Relevanz und Häufigkeit der Versammlungen entscheidend reduzierten (Rebón/Salgado 2010: 196).

Kollektives Eigentum und neue Subjektivität

Durch die Priorisierung des Rechts auf Arbeit gegenüber dem Recht auf Privateigentum stellen Argentiniens Betriebsbesetzungen und Initiativen der Arbeiterselbstverwaltung eine der tragenden Säulen der kapitalistischen Verhältnisse in Frage. Das Konzept des kollektiven Eigentums transzendiert die klassendefinierende Trennung zwischen Kapital und Arbeit; die grundlegenden Strukturen kapitalistischer Produktion und Organisation werden durch egalitäre und horizontale Beziehungen zwischen den Mitgliedern des besetzten Betriebs ersetzt (Heller 2002: 4).

Darüber hinaus führte die Schaffung von kollektivem Eigentum und die Selbstverwaltung der Produktion zu einer neuen Form der Arbeitersubjektivität. Die autonome und kollektive Organisation der Arbeiter und Arbeiterinnen überwand die postfordistische Produktionsweise teilweise durch ihren Fokus auf Selbstbestimmung und Selbstexperiment. Dies stellt auch einen Versuch dar, die tayloristischen Produktionsmethoden, die auf die sorgfältige Planung und die rigorose Kontrolle jeder Bewegung und jedes Moments des Arbeitsprozesses abzielen, aufzuheben. In der Selbstverwaltung zeigt sich somit das Potenzial, die umfassende Nutzung und die Integration der individuellen Fähigkeiten in das kollektiv geführte Unternehmen zu fördern (Moldaschl/Weber 2009: 95, Sanmartino 2003).

3. Hindernisse und Grenzen

Die meisten besetzten Betriebe in Argentinien waren zunächst mit einem schwierigen Umfeld und ungünstigen Rahmenbedingungen für die Wiederaufnahme der Produktion konfrontiert. Die bedeutendsten externen Hindernisse, die die Arbeiter und Arbeiterinnen zu bewältigen hatten, waren der Mangel an Kapital, der fehlende Zugang zu Bankkrediten, der unsichere rechtliche Status, das Fehlen einer Gesetzgebung zugunsten der besetzten Betriebe und der Konkurrenzdruck von Seiten traditioneller kapitalistischer Unternehmen. Intern bestanden die wichtigsten Herausforderungen in den meist antiquierten oder sogar unbrauchbaren Maschinenparks, der Lang-

wierigkeit von Entscheidungsprozessen, der Dynamik zur Gruppenbildung, der Aushandlung von Regeln zur gerechten Verteilung von Einkommen und Gewinn und zur Einstellung neuer Arbeiter (Moldaschl/Weber 2009: 97f., Bauni/Fajn 2010: 24). Aus Platzgründen konzentriere ich mich im folgenden auf drei Punkte, mit denen die besetzten Betriebe zu kämpfen haben.

Das Dilemma mit dem Staat

In der Beziehung mit dem Staat sind Argentiniens selbstverwaltete Fabriken mit einem Dilemma konfrontiert. Im Fall, dass sich die Arbeiter zu einem autonomen Kampf entschließen und die Rolle des Staates weitgehend ignorieren, ist es wahrscheinlich, dass ihre Bemühungen auf die lokale Ebene begrenzt bleiben. Dies beinhaltet das Risiko des Scheiterns aufgrund mangelnder finanzieller Mittel. Wenn der Kampf der Arbeiter hingegen auf die Zusammenarbeit mit dem Staat ausgerichtet wird, ist er durch eine staatliche Vereinnahmung und die Einbindung in bestehende Machtstrukturen bedroht (Leubolt/Auinger 2006: 44).

Argentiniens besetzte Betriebe sind somit gezwungen, ein Verhältnis zu entwickeln, das sich zwischen einer Zusammenarbeit mit dem Staat (hinsichtlich einer Klärung der Rechtslage und finanzieller Förderung) und der notwendigen Distanz gegenüber Vereinnahmungs- und Assimilationsversuchen bewegt. Angesichts ihrer Abhängigkeit von rechtlicher und finanzieller Unterstützung müssen die Arbeiter stets dagegen ankämpfen, dass die Transformation von unten nicht als Folge der unvermeidlichen und strategischen Zusammenarbeit mit dem Staatsapparat in eine Transformation von oben umschlägt.

Bis heute hat die argentinische Regierung keine kohärente Politik gegenüber den selbstverwalteten Betrieben entwickelt. Gesetzesinitiativen zugunsten des Privateigentums haben auch die juristischen Auseinandersetzungen, die um besetzte Fabriken ausgetragen wurden, entscheidend mitbestimmt. In vielen Fällen profitierten die ehemaligen Eigentümer von der Enteignung der Unternehmen, indem die Arbeiter am Ende mehr als den tatsächlichen Wert der Immobilien in den Auktionen bezahlen mussten (Geiger 2006: 99).

Das Dilemma mit dem Markt

Selbstverwaltung beinhaltet die potenzielle Gefahr der Selbstausbeutung innerhalb eines kapitalistischen Umfelds. In der Vergangenheit hatten Arbeiter oft versucht, ihren Wettbewerbsnachteil hinsichtlich der zur Verfügung stehenden technischen Mittel durch eine Erhöhung der totalen Arbeitsbelastung auszugleichen, sofern sie mit veralteten Maschinen arbeiten

mussten. Das Dilemma der möglichen Selbstausbeutung wurde bereits von Rosa Luxemburg treffend angesprochen:

»In der kapitalistischen Wirtschaft beherrscht aber der Austausch die Produktion und macht, angesichts der Konkurrenz, rücksichtslose Ausbeutung, d.h. völlige Beherrschung des Produktionsprozesses durch die Interessen des Kapitals, zur Existenzbedingung der Unternehmung. Praktisch äußert sich das in der Notwendigkeit, die Arbeit möglichst intensiv zu machen, sie zu verkürzen oder zu verlängern, je nach der Marktlage, die Arbeitskraft je nach den Anforderungen des Absatzmarktes heranzuziehen oder sie abzustößeln und aufs Pflaster zu setzen, mit einem Worte, all die bekannten Methoden zu praktizieren, die eine kapitalistische Unternehmung konkurrenzfähig machen. In der Produktivgenossenschaft ergibt sich daraus die widerspruchsvolle Notwendigkeit für die Arbeiter, sich selbst mit dem ganzen erforderlichen Absolutismus zu regieren, sich selbst gegenüber die Rolle des kapitalistischen Unternehmers zu spielen. An diesem Widerspruche geht die Produktivgenossenschaft auch zugrunde, indem sie entweder zur kapitalistischen Unternehmung sich rückentwickelt, oder, falls die Interessen der Arbeiter stärker sind, sich auflöst.« (Luxemburg 1899: 417)⁴

Da im Kapitalismus die Produktion vom Warenaustausch und Wettbewerb bestimmt wird, ist die Ausbeutung der Arbeiter und Arbeiterinnen auch für das Überleben eines selbstverwalteten Unternehmens Voraussetzung. Im Falle der argentinischen besetzten Betriebe zwingen die Marktkräfte die Arbeiter dazu, selbst Kapitalisten zu werden. Das Fehlen von Vorgesetzten befreit die Arbeiter nicht vom Zwang, der von Konkurrenten ausgeübt wird. Um die Dominanz des Warenaustausches über die Produktionssphäre zu überwinden, müssten die besetzten Unternehmen versuchen, den Zwängen des freien Wettbewerbs zu entkommen. Dies kann letztlich nur durch die erfolgreiche Etablierung eines Systems von Konsumenten-Produzenten-Netzwerken erreicht werden, also durch die Schaffung einer parallelen Marktstruktur. Dies jedoch fesselt das Schicksal der Produzenten an die Konsumententscheidungen der Verbraucher, was wiederum dazu führt, dass die Produktion auf die Befriedigung der unmittelbaren sozialen Bedürfnisse innerhalb eines lokalen Kontexts beschränkt bleibt. Luxemburg zog daher den Schluss, dass Produktionsgenossenschaften als Instrumente ei-

⁴ Der durchschnittliche Arbeitstag in den selbstverwalteten Unternehmen dauerte im Jahr 2010 8,6 Stunden (Programa Facultad Abierta 2010: 55). Dies würde in der Tat Luxemburgs Argument widersprechen. Allerdings bleibt die potenzielle Gefahr der Selbstausbeutung als Folge der Dynamiken des kapitalistischen Marktes bestehen.

ner radikalen Umwandlung der gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse nicht in Betracht gezogen werden können.

Nach mehr als einem Jahrzehnt des Kampfes und den täglichen Erfahrungen in der Selbstverwaltung hat bisher kein Wirtschaftszweig Argentiniens eine signifikante Verschiebung hin zu der Errichtung von autonomen und solidarischen Strukturen erlebt. Die Mehrheit der angeeigneten Betriebe sind klein- und mittelständische Unternehmen von lokaler Bedeutung, die nur über einen begrenzten Marktanteil in ihren jeweiligen Segmenten verfügen (Rebón/Salgado 2010: 189). Die meisten Betriebe sind weiterhin stark in die Verwertungsstrukturen des kapitalistischen Marktes integriert.

Im Hinblick auf die Organisation des Arbeitsprozesses, die Fragmentierung der Arbeitsschritte und die Wiederholung bestimmter Tätigkeiten unterscheiden sich Argentiniens selbstorganisierte Unternehmen tatsächlich kaum von traditionellen kapitalistischen Betrieben (Bauni/Fajn 2010: 20, Rebón/Salgado 2010: 198). Die Nutzung bestimmter Technologien schränkt die Möglichkeit der Arbeiter ein, den Arbeitsprozess von Grund auf neu zu gestalten, sodass tatsächlich wesentliche organisatorische und soziale Veränderungen innerhalb des Unternehmens stattfinden könnten (Costa 2010: 118).

Die Kurzsichtigkeit der Selbsthilfe

Historisch gesehen war das vorrangige Ziel der Arbeiterselbstverwaltung nicht die Schaffung von demokratischen wirtschaftlichen Strukturen, sondern die Befriedigung der Grundbedürfnisse und die Verbesserung der materiellen Situation der Arbeiter (Flieger 2006: 57). In dieser Hinsicht ist die Mehrheit der selbstverwalteten Betriebe in Argentinien keine Ausnahme. Der Kampf der Arbeiter sollte deshalb nicht mit emanzipatorischen Bestrebungen der Arbeiterklasse und einer grundsätzlichen Kapitalismuskritik gleichgesetzt werden. In der Mehrzahl der Fälle ist die Besetzung der Fabriken und die anschließende Instandsetzung der Produktionsmittel nicht aus einer bestimmten antikapitalistischen Ideologie erwachsen, die von allen Arbeitern geteilt wurde (Rebón 2004: 10). Die Aktionen waren in erster Linie Maßnahmen der Selbsthilfe innerhalb eines diskreditierten politischen und wirtschaftlichen Systems, das weitgehend als korrupt und kriminell angesehen wurde. Der Gesetzesbruch, den die Betriebsbesetzung impliziert, wurde von den Arbeitern größtenteils als legitimer Akt der Notwehr angesichts der Krise und der sich verschärfenden sozioökonomischen Bedingungen betrachtet (Fajn u.a. 2003: 102, Altvater 2007: 29).

Die unternehmerischen und profitorientierten Haltungen der Arbeiter, die sich in der Mehrzahl der zurückgewonnenen Fabriken durchsetzten, hat-

ten in gewisser Weise wohl auch eine stabilisierende Wirkung auf Argentinien in den Jahren nach dem finanziellen Zusammenbruch. Durch die Förderung von Selbsthilfepraktiken legitimierten die Arbeiter in gewissem Sinne den Sozialabbau der Menem-Regierung im nachhinein und untergruben damit, zumindest teilweise, das Potenzial einer radikaleren Transformation der argentinischen Gesellschaft angesichts der schwersten Wirtschaftskrise in der Geschichte des Landes (vgl. Schlosser/Zeuner 2006: 32).

4. Perspektiven für eine zukünftige Ausweitung der Selbstverwaltung

In den Jahren nach Argentinens wirtschaftlichem Kollaps stieg die Zahl der selbstverwalteten und besetzten Betriebe zwischen 2004 und 2010 von 161 auf 205 (Programa Facultad Abierta 2010: 7). Die Bedingungen, die eine solche Entwicklung genährt hatten, waren wesentlich gekennzeichnet durch den Mangel an Alternativen angesichts von struktureller Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Darüber hinaus führte der zehnjährige Kampf der Bewegung zu einer Sensibilisierung der Öffentlichkeit und ermutigte andere Belegschaften zur Nachahmung.

Die Aussichten für eine Ausweitung der Selbstverwaltung in Argentinien hängen einerseits von einer Reihe sozioökonomischer und politischer Umstände ab, andererseits von der Fähigkeit der Arbeiterbewegung, ihren Kampf sowohl hinsichtlich der materiell-institutionellen Basis als auch in ideologisch-kultureller Hinsicht zu erweitern. Die strukturellen Grenzen und Widersprüche und die zunehmenden Krisentendenzen des post-fordistischen Akkumulationsmodells werden den Widerstand der Bevölkerung möglicherweise weiter intensivieren und die Suche nach alternativen Formen der sozio-ökonomischen und politischen Praxis fördern.

In diesem Prozess wird der Erfolg der besetzten und selbstverwalteten Betriebe in Argentinien weitgehend davon abhängen, ob eine produktive, kommerzielle, finanzielle, politische und kulturelle Einbettung in Netzwerke gelingt, die auf Zusammenarbeit, Solidarität und gegenseitiger Unterstützung basieren (Rebón/Salgado 2010: 206). Entscheidend hierfür ist die Zusammenarbeit mit lokalen Gemeinden, Basisorganisationen, Kulturinstitutionen, soziale Bewegungen, Universitäten und unabhängigen Medien (Korol 2005: 20).

Schlussfolgerungen

Die Renaissance der Selbstverwaltung im globalen Kontext eines post-fordistischen, neoliberalen, finanzgetriebenen Akkumulationsregimes ist ein Versuch, die Dominanz des Marktes zu überwinden und ihn gleichsam wieder in Natur und Gesellschaft einzubetten (Altwater 2006: 17). Angesichts der zunehmenden Prekarisierung und des *De-skilling* von Arbeitern auf der ganzen Welt sind Initiativen der Selbstverwaltung als pragmatische und zum Teil radikale Antwort marginalisierter Sektoren innerhalb der Gesellschaft entstanden. Entgegen dem Trend zur Atomisierung der Arbeiterschaft unter neoliberaler Vorherrschaft haben Betriebsbesetzungen zu Prozessen einer echten Demokratisierung geführt und die Solidarität zwischen den Arbeitern gefördert.

Letztendlich gilt es, den Kampf für eine partizipative Demokratie am Arbeitsplatz, in der lokalen Gemeinschaft, der Familie und innerhalb von Bildungseinrichtungen auszutragen, also im »unpolitischen« Netzwerk der sozialen Beziehungen« (Žižek 2010: 88, Übers. d. A.). Trotz ihres hybriden, und zum Teil widersprüchlichen Charakters haben Argentiniens besetzte und selbstverwaltete Betriebe zur Schaffung eines neuen Raums für kritische Forschung und emanzipatorische Projekte beigetragen. Mit einer Vielzahl von Akteuren verknüpft haben Argentiniens selbstverwaltete Betriebe zweifellos das Potenzial, zur Überwindung der bestehenden Herrschafts- und Machtverhältnisse und zur kollektiven Gestaltung alternativer Lebensformen beizutragen.

Literatur

- Aiziczon, F. (2009): *Zanón: Una experiencia de lucha obrera*, Buenos Aires: Herramienta.
- Albert, M. (2003): *Parecon (Participatory Economics): Life after capitalism*, London: Verso.
- Altwater, E. (2006): *Solidarisches Wirtschaften: prekär oder emanzipativ?*, in: Altwater, E./Sekler, N. (Hrsg.), *Solidarische Ökonomie*, Hamburg: VSA, 9-21.
- Altwater, E. (2007): *Theoretische Herangehensweisen in den Wirtschaftswissenschaften und ihre Implikationen für die politische Ökonomie Lateinamerikas*, LAI Präsentation, 18.10.2007.
- Apertura Colectiva (2010): *Empresas recuperadas por sus trabajadores*, in: *Gestión Obrera: Del fragmento a la acción colectiva*, Montevideo: Nordan, 13-17.
- Arps, A./Zelik, R. (2006): *Mit, im und gegen den Staat. Kooperativen im Grenzgebiet von Kolumbien und Venezuela*, in: Altwater, E./Sekler, N. (Hrsg.), *Solidarische Öko-*

- nomie, Hamburg: VSA, 124-131.
- Auinger, M. (2005): *Demokratisierungsimpulse und Ansatzpunkte für eine Transformation des Arbeitsprozesses in Brasilien*, *Journal für Entwicklungspolitik*, XXI 2-2005, Wien, 45-63.
- Auinger, M. (2007): *Solidarische Ökonomie und betriebliche Selbstverwaltung: Das Beispiel der Usina Catende in Pernambuco, Brasilien*, in: Faschingeder, G./Wittmann, V. (Hrsg.), *Eigentum anders: Beiträge junger ForscherInnen*, Linz: Trauner, 17-30.
- Auinger, M. (2009): *Introduction: Solidarity Economics-Emancipatory Social Change or Self-Help?*, *Journal für Entwicklungspolitik*, XXV 3-2009, Wien, 4-21.
- Azzellini, D. (2011): *Workers' control under Venezuela's Bolivarian Revolution*, in: Ness, I./Azzellini, D. (Hrsg.), *Ours to master and to own: Workers' control from the commune to the present*, Chicago: Haymarket, 382-399.
- Bauni, N./Fajn, G. (2010): *Las regulaciones de trabajo en las empresas recuperadas*, in: *Gestión Obrera: Del fragmento a la acción colectiva*, Montevideo: Nordan, 19-30.
- Bonnet, A.R. (2011): *The political form at last discovered: Workers' councils against the capitalist state*, in: Ness, I./Azzellini, D. (Hrsg.), *Ours to master and to own: Workers' control from the commune to the present*, Chicago: Haymarket, 66-81.
- Boyer, M. (2006): *Solidarische Vergesellschaftung indigener Gemeinden in Chiapas, Mexiko*, in: Altwater, E./Sekler, N. (Hrsg.), *Solidarische Ökonomie*, Hamburg: VSA, 103-111.
- Cockcroft, J.D. (2003): *Argentina: The Argentinazo one year on*. IV Online Magazine, 347, http://www.internationalviewpoint.org/article.php?id_article=264, 16.10.2011.
- Costa, C.A. (2010): *Empresas recuperadas: ¿Democratización versus mercado?*, in: *Gestión Obrera: Del fragmento a la acción colectiva*, Montevideo: Nordan, 114-122.
- Cox, R.W. (1987): *Production, power and world order: Social forces in the making of history*, New York: Colombia University Press.
- Di Paola, P. (2011): *Factories councils in Turin, 1919-1920: »The sole and authentic social representatives of the proletarian class«*, in: Ness, I./Azzellini, D. (Hrsg.), *Ours to master and to own: Workers' control from the commune to the present* (pp. 130-147), Chicago: Haymarket.
- Fajn, G. u.a. (2003): *Fábricas y Empresas Recuperadas: protesta social, autogestión y rupturas en la subjetividad*, Buenos Aires: CCC.
- Flieger, B. (2006): *Genossenschaften in Deutschland: Teil der Solidarischen Ökonomie?*, in: Altwater, E./Sekler, N. (Hrsg.), *Solidarische Ökonomie*, Hamburg: VSA, 47-61.
- Geiger, M. (2006): *Betriebsbesetzungen in Argentinien*, in: Altwater, E./Sekler, N. (Hrsg.), *Solidarische Ökonomie*, Hamburg: VSA, 92-102.
- Gluckstein, D. (2011): *Workers' councils in Europe: A century of experience*, in: Ness, I./Azzellini, D. (Hrsg.), *Ours to master and to own: Workers' control from the commune to the present*, Chicago: Haymarket, 32-47.
- Gubitzer, L. (1989): *Geschichte der Selbstverwaltung*; München: AG SPAK.
- Hafner, A. (2009): *Genossenschaftliche Realität im baskischen Mondragón*, *Journal für Entwicklungspolitik*, XXV 3-2009, Wien, 43-64.
- Heller, P. (2002): *Fábricas ocupadas y gestión obrera: Los trabajadores frente al derumbe capitalista, Razón y Revolución*, 10. <http://www.razonyrevolucion.org/textos/revryr/prodetrab/ryr10-13-heller.pdf>, 16.10. 2011.

- Herbert, G. (2006): Die »unsichtbare Hand« in der Selbstverwaltung, in: Altvater, E./Sekler, N. (Hrsg.), *Solidarische Ökonomie*, Hamburg: VSA, 22-31.
- Hoffrogge, R. (2011): From unionism to workers' councils: The revolutionary shop stewards in Germany, 1914-1918, in: Ness, I./Azzellini, D. (Hrsg.), *Ours to master and to own: Workers' control from the commune to the present*, Chicago: Haymarket, 84-103.
- Korol, C. (Hrsg.) (2005): *Obreros sin patrón. Sistematización de la experiencia de los obreros y obreras de Zanónm*, Buenos Aires: Madres de Plaza de Mayo.
- La Vaca Collective (2007): *Sin Patrón: Stories from Argentina's worker-run factories*, Chicago: Haymarket.
- Laclau, E./Mouffe, C. (1985): *Hegemony and socialist strategy: Towards a radical democratic politics*, London/New York: Verso.
- Leubolt, B./Auinger, M. (2006): Lokale Initiativen und Staatlich Regulation, in: Altvater, E., Sekler, N. (Hrsg.), *Solidarische Ökonomie*, Hamburg: VSA, 40-46.
- Luxemburg, R. (1899): *Sozialreform oder Revolution*, in: *Gesammelte Werke*, Bd. 1.1, Berlin: Dietz, 1982.
- Marx, K. (1871): *The Paris Commune*, in: Marx, K., *The Civil War in France*, <http://www.marxists.org/archive/marx/works/1871/civil-war-france/ch05.htm>, 16.10.2011.
- Marx, K. (1890): *Das Kapital: Kritik der politischen Ökonomie*, Erster Band, MEW 23, Berlin: Dietz, 1971.
- Moldaschl, M.F./Weber, W. G. (2009): Trägt organisationale Partizipation zur gesellschaftlichen Demokratisierung bei?, *Journal für Entwicklungspolitik* XXV 3-2009, Wien, 87-112.
- Müller-Plantenberg, C. (2006): *Solidarische Ökonomie in Brasilien*, in: Altvater, E./Sekler, N. (Hrsg.), *Solidarische Ökonomie*, Hamburg: VSA, 112-123.
- Musić, G. (2011): *Yugoslavia: Workers' self-management as state paradigm*, in: Ness, I./Azzellini, D. (Hrsg.), *Ours to master and to own: Workers' control from the commune to the present*, Chicago: Haymarket, 172-190.
- Ness, I./Azzellini, D. (Hrsg.) (2011): *Ours to master and to own: Workers' control from the commune to the present*, Chicago: Haymarket.
- Polanyi, K. (1944): *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Frankfurt: Suhrkamp, 1978.
- Programa Facultad Abierta/Facultad de Filosofía y Letras (UBA) (2010): *Informe el tercer relevamiento de empresas recuperadas por sus trabajadores: Las empresas recuperadas en la Argentina 2010*, http://www.recuperadasdoc.com.ar/Informes%20relevamientos/informe_ultima_correccion.pdf, 16.10.2011.
- Ranis, P. (2010): *Argentine worker cooperatives in civil society: A challenge to capital-labor relations*, *Working USA: The Journal of Labor and Society*, 13, 77-105.
- Rebón, J. (2004): *Desobedeciendo al desempleo: La experiencia de las empresas recuperadas*, Buenos Aires: Picaso.
- Rebón, J./Salgado, R. (2010): *Empresas recuperadas en la Ciudad de Buenos Aires*, in: *Gestión Obrera: Del fragmento a la acción colectiva*, Montevideo: Nordan, 189-208.
- Sanmartino, J. (2003): *A year on from the revolutionary days in Argentina: A balance sheet of the political strategies*, *Estrategia Internacional*, 19, [http://www.ft.org.ar/](http://www.ft.org.ar/estrategia/ei19/ei19inglesargentina.htm)

- [estrategia/ei19/ei19inglesargentina.htm](http://www.ft.org.ar/estrategia/ei19/ei19inglesargentina.htm), 16.10.2011.
- Sardá de Faria, M./Cavalcanti Cunha, G. (2009): *Self-management and solidarity economy: The challenges for worker-recovered companies in Brasil*, *Journal für Entwicklungspolitik*, XXV 3-2009, Wien, 22-42.
- Sardá de Faria, M./Novaes, H.T. (2011): *Brazilian recovered factories: The constraints of workers' control*, in: Ness, I./Azzellini, D. (Hrsg.), *Ours to master and to own: Workers' control from the commune to the present*, Chicago: Haymarket, 400-417.
- Schlosser, I./Zeuner, B. (2006): *Gewerkschaften, Genossenschaften und Solidarische Ökonomie*, in: Altvater, E./Sekler, N. (Hrsg.), *Solidarische Ökonomie*, Hamburg: VSA, 32-39.
- Scodeller, G. (2011): *The limits and possibilities of workers' control within the state: Mendoza, Argentina, 1973*, in: Ness, I./Azzellini, D. (Hrsg.), *Ours to master and to own: Workers' control from the commune to the present*, Chicago: Haymarket, 248-262.
- Uriona, V. (2006): *Moralische Ökonomie und solidarisches Wirtschaften in der argentinischen Gesellschaft*, in: Altvater, E./Sekler, N. (Hrsg.), *Solidarische Ökonomie*, Hamburg: VSA, 85-91.
- Villablanca, O. (2010): *Interview im Dezember 2010*, Neuquén, Argentinien.
- Žižek, S. (2010): *A permanent economic emergency*, *New Left Review*, 64, London, 85-95.

Autorinnen und Autoren

Elmar Altvater ist emeritierter Professor für Politische Ökonomie an der Freien Universität Berlin und arbeitet seit vielen Jahren zum Verhältnis von Ökologie, Kapitalismuskritik und Globalisierung. Altvater sitzt im wissenschaftlichen Beirat von ATTAC-Deutschland.

Andrés Antillano ist Soziologe, Kriminologe und langjähriger Basisaktivist der venezolanischen Stadtteilbewegung. Er unterrichtet an der Universidad Central de Venezuela und war zuletzt an der Ausarbeitung einer radikalen Polizeireform in seinem Land beteiligt.

Patricia Chávez ist Soziologin und Doktorandin der Universidad Mayor de San Andrés in La Paz/Bolivien. Als Indígena und Feministin ist Chávez aktiv im Frauenkollektiv *Mujeres Samka Sawuri*.

Jairo Estrada, Ökonom und Sozialhistoriker, ist langjähriger Aktivist der kolumbianischen Linken und Professor für Politikwissenschaften der Nationaluniversität Kolumbiens in Bogotá.

Joachim Hirsch, emeritierter Professor für Politikwissenschaften der J.W. Goethe-Universität in Frankfurt, gilt als einer der renommiertesten Vertreter materialistischer Staatskritik.

Klaus Meschkat ist emeritierter Professor für Soziologie an der Leibniz-Universität Hannover, arbeitet seit vielen Jahrzehnten in und zu Lateinamerika und ist Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von ATTAC-Deutschland. In den 1960er Jahren forschte er, damals noch Doktorand mit Osteuropaschwerpunkt, zur Darstellung der Pariser Commune in der sowjetischen Geschichtsschreibung. Anfang der 1970er begleitete er die Entwicklung von Räten in den Industriegürteln Chiles während der Allende-Regierung.

Leopoldo Múnera, Politikwissenschaftler und Rechtsphilosoph. Múnera, der den sozialen Bewegungen und der popularen Bildungsarbeit in Kolumbien seit Jahrzehnten eng verbunden ist, lehrt Politikwissenschaft und politische Philosophie an der Nationaluniversität Kolumbiens in Bogotá.

Pablo Ospina, Historiker und Anthropologe, lehrt an der Universidad Andina Simón Bolívar in Quito. Als Aktivist forscht er zu revolutionär-refor-

Autorinnen und Autoren

197

mistischen Transformationsansätzen und zur Umsetzung einer radikalen Landreform in Ecuador.

Christian Siefkes lebt als Informatiker in Berlin. Als Entwickler beteiligt er sich an der Freie-Software-Bewegung und diskutiert ,u.a. auf <http://www.keimform.de>, über die politische Dimension digitaler Gemeingüter.

Aaron Tauss stammt aus Österreich und ist Professor für Politikwissenschaften an der Nationaluniversität Kolumbiens in Medellín.

Raul Zelik ist Professor für Politikwissenschaften an der Nationaluniversität Kolumbiens und lebt in Berlin und Medellín.